



zeppelin university

Hochschule zwischen
Wirtschaft, Kultur und Politik

Familienentwicklungsplan für den Bodenseekreis

Studie im Auftrag des Landratsamts Bodenseekreis
Friedrichshafen, 30. April 2009



Prof. Dr. Gertraud Koch & Dipl. Soz. Christopher Kötzner

**Zeppelin University
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen**

www.zeppelin-university.de

Grußwort zum Familienentwicklungsplan.....	5
1. Vorteile eines Familienentwicklungsplans auf Kreisebene	7
2. Methodische Vorgehensweise der Studie	10
2.1 Sekundär- und Kommunalstatistiken	10
2.2 Experteninterviews	10
2.3 Bürgermeisterbefragung	11
2.4 Repräsentative Familienbefragung.....	11
Grundgesamtheit.....	12
Kontrollgruppe.....	12
Repräsentativität.....	13
Zeitlicher Ablauf	13
Eckdaten der Stichprobe	14
2.5 Grundlegende Definitionen	15
Familie	15
Migrationshintergrund	15
Kontrollgruppe.....	16
Qualifikationsniveau.....	16
Bedarfsgewichtetes Einkommen.....	17
3. Die demographische Struktur des Bodenseekreises.....	20
3.1 Einwohnerzahlen der Kommunen	20
3.2 Altersstruktur	21
3.3 Ausländische Bevölkerung	25
3.4 Bevölkerungsbewegung	27
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	27
Wanderungen	29
Zwischenfazit.....	31
4. Familienstrukturen im Bodenseekreis.....	32
4.1 Kinderzahl	32
4.2 Familiäre Lebensformen.....	34
4.3 Nichtdeutsche Haushalte mit Kindern	37
Zwischenfazit.....	39
5. Wohnsituation der Familien im Bodenseekreis.....	40
5.1 Wohnstrukturen.....	40
5.2 Subjektive Wohnzufriedenheit	43
5.3 Familien mit Umzugsplänen	50
Zwischenfazit.....	54

6. Kinder in der Familie	55
6.1 Betreuung	55
6.2 Schulbesuch	57
Schulweg.....	58
Verkehrssicherheit.....	59
Schulzufriedenheit.....	62
6.3 Alltagssprache in Familien mit Migrationshintergrund	65
6.4 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	66
Zwischenfazit.....	70
7. Zusammenleben in der Familie	71
7.1 Haushaltsarbeit	71
Geschlechterspezifische Aufteilung der Haushaltsarbeit	71
Einbindung der Kinder bei der Haushaltsarbeit	73
7.2 Inner- und außerfamiliäre Hilfsstrukturen.....	73
Unterstützung in Problemsituationen	76
7.3 Pflege innerhalb der Familie	77
Zwischenfazit.....	80
8. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	81
8.1 Subjektive Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	81
8.2 Zur Begründung der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ..	83
8.3 Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und Institutionen.....	85
Zwischenfazit.....	89
9. Familienbezogene Infrastrukturen.....	90
9.1 Institutionelle Unterstützungsangebote	91
9.2 Fehlende Infrastruktur für Familien	92
Zwischenfazit.....	95
10. Familien im Bodenseekreis: Eine Analyse der wirtschaftlichen Situation....	96
10.1 Einkommenssituation	96
Einkommensverteilung	96
Einkommenszusammensetzung.....	101
Einkommensverwendung	103
10.2 Interkommunale Analyse der Einkommenssituation	109
10.3 Einkommenssituation und Familienform	111
10.4 Einkommenssituation und Migrationshintergrund	113
10.5 Einkommenssituation und Bildung.....	114
10.6 Finanzielle Belastung der Familien im Bodenseekreis	116
10.7 Erwerbsarmut im Bodenseekreis.....	119
Zwischenfazit.....	123

11. Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	125
11.1 Lebenslagen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	126
Interkommunale Verteilung	126
Ökonomische Situation	127
Erwerbsbeteiligung	132
11.2 Problemlagen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	134
Probleme mit dem Geld	135
Zusätzliche Problemlagen	136
11.3 Hilfsnetzwerke für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	142
Zwischenfazit	144
12. Ergebnisse der Bürgermeisterbefragung	146
12.1 Familienfreundlichkeit der Kommunalverwaltung	146
12.2 Wahrgenommener Handlungsbedarf	150
12.3 Kooperation auf Kreisebene	152
13. Familienpolitische Handlungsbedarfe	153
13.1 Gemeindespezifische Handlungsfelder	155
Demographiesensible Familienpolitik	155
Kritik am Wohnumfeld	156
Schulweg- und Verkehrssicherheit	156
13.2 Familien in schwierigen Lebensverhältnissen	157
Finanzielle Probleme	157
Kinder aus einkommensschwachen Familien	158
Einkommensverwendung	159
Bildung	160
13.3 Öffentlichkeitsarbeit familienpolitischer Akteure	161
Informationspolitik	161
Zielgruppenbezug	161
13.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	162
Wechselnde und zu lange Arbeitszeiten	162
Besondere Anforderungen der Schule an die Familien	162
Erwerbsarmut	163
13.5 Kinderbetreuung	164
Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen und Schulen	165
Fehlen geeigneter Betreuungseinrichtungen	165
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	167
Tabellen	167
Abbildungen	168
Anmerkungen	170

Grußwort zum Familienentwicklungsplan

Familienfreundlichkeit geht alle an, auch den Bodenseekreis! Deshalb haben wir im vergangenen Jahr den nun vorliegenden Familienentwicklungsplan in Auftrag gegeben. Wir wollten herausfinden, welche Sorgen und Nöte die Familien im Bodenseekreis haben - was getan werden muss, damit unser Kreis noch familienfreundlicher wird. Es wurde schon viel darüber geredet und diskutiert, aber wann genau ist eigentlich eine Gemeinde, eine Stadt, ein Landkreis „familienfreundlich“?



Landrat Lothar Wölfle

Eines ist bei der Untersuchung jedenfalls klar geworden: Es geht ganz sicher nicht nur darum, dass genügend Betreuungsplätze und Ganztageschulen zur Verfügung stehen. Eltern möchten mehr: Sie möchten, dass ihre Kinder in einer gesunden und sicheren Umgebung aufwachsen, dass sie Platz zum Spielen haben, dass sie sich entfalten können und dass sie von der Gesellschaft akzeptiert werden!

Die Kampagne „Du bist Deutschland“ war im Jahr 2005 der Beginn einer positiven Stimmungswelle im ganzen Land. Man wollte kinderfreundlicher und damit familienfreundlicher werden. Sinkende Geburtenraten - trotz Elterngeld - zeigen aber, dass es eben nicht so einfach ist, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Kinder sind unsere Zukunft und deshalb wollen wir erreichen, dass sich wieder mehr Menschen für Kinder und damit für Familie entscheiden! In der Vergangenheit wurde bereits viel dafür getan, damit sich die Familien in unserer Region wohl fühlen. Es liegt aber trotzdem noch viel Arbeit vor uns, das zeigt das Ergebnis des Familienentwicklungsplans. Er soll als Grundlage dienen, um die Familienfreundlichkeit in unserem Kreis voran zu bringen. Es sollen nun passgenaue Konzepte entwickelt werden, damit die Lebenssituation der Familien in den einzelnen Städten und Gemeinden verbessert werden kann. Doch dazu war zunächst eine gründliche Erfassung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse notwendig. Mein ganz besonderer Dank gilt deshalb den 1.105 Familien aus dem gesamten Bodenseekreis, die sich an der Fragebogenaktion beteiligt haben. Sie haben uns die wichtigen und wertvollen Informationen geliefert, die zur Erstellung eines solchen Familienentwicklungsplans notwendig waren. Das Ergebnis dieser Umfrage wird dafür nun künftig die familienpolitische Ausrichtung des Bodenseekreises bestimmen.

Doch was beinhaltet dieser Begriff „Familie“ eigentlich? Das klassische Familienbild von früher mit „Vater, Mutter und Kind“ hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Aufgrund der hohen Scheidungsrate gibt es viele Alleinerziehende, ebenso steigt auch die Zahl der so genannten „Patchwork-Familien“. Vor dem Hintergrund der demographischen

Entwicklung, von der wir ebenfalls - wenn voraussichtlich auch etwas verzögert - betroffen sein werden, rückt aber auch die Situation pflegender Angehöriger verstärkt ins Blickfeld. „Familie“ macht nicht Halt vor verschiedenen Altersgruppen sondern umfasst vielmehr die verschiedenen Generationen. Eltern sind und bleiben letztlich immer auch „Kinder“.

Adolph Kolping (1813-1865) hat den Stellenwert der Familie folgendermaßen formuliert:

„Das Erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das Kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie.“

Als Landrat liegt mir die Familienfreundlichkeit unseres Kreises sehr am Herzen und so freue ich mich darauf, gemeinsam mit dem Kreistag die Handlungsempfehlungen, die sich aus dem vorliegenden Familienentwicklungsplan ergeben, in die Tat umzusetzen.



Lothar Wölfle
Landrat

1. Vorteile eines Familienentwicklungsplans auf Kreisebene

Der vorliegende Familienentwicklungsplan fragt, unter welchen Bedingungen Familien im Bodenseekreis leben und welches Lebensumfeld sie heute und in Zukunft für eine positive Entwicklung brauchen. Er versteht Familien als Leistungsträger, die im Landkreis zusammen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Kindergärten oder Schulen wichtige Grundlagen für Sozialisation, Bildung, Gesundheit, Wohlstand, Partizipation und Verantwortung legen. Auf mehreren Ebenen wurden für den Familienentwicklungsplan Daten zur Lebenssituation der Familien erhoben. Der entstandene, umfassend angelegte Datenkranz liefert Kennzahlen zur Lebenssituation von Familien und kann damit Handlungsbedarfe kenntlich machen oder bereits identifizierte Aufgabenfelder empirisch überprüfen. Der Familienentwicklungsplan ist Ausgangspunkt für die weitere Verbesserung der Familienfreundlichkeit im Bodenseekreis und ermöglicht, diese auf die tatsächliche Lebensrealität der Familien im Kreis abzustimmen.

Familienfreundlichkeit ist dabei mehr als nur ein Instrument, um Familien in der Wahrnehmung ihrer vielfältigen über die Jahre gewachsenen Aufgaben zu unterstützen. Gerade in einer wirtschaftlich dynamischen, innovativen Region wie dem Bodenseekreis ist ein intaktes soziales Umfeld notwendig. Familienfreundlichkeit wird so zum Standortvorteil. Eine zukunftsfähige und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Familienpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung, um jungen Menschen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, gut qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, anzuziehen und auch an die Region zu binden. Damit kann es dem Bodenseekreis gelingen, einen Vorteil im Wettbewerb mit anderen Regionen um gute Köpfe zu erzielen. Die hier vorgestellten Ergebnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sind nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Die Handlungsempfehlungen müssen eine bedarfsorientierte und auf die Situation in den Gemeinden angepasste Weiterentwicklung der Familienpolitik ermöglichen. Handlungsdirektiven, die bis ins Detail ausformuliert sind und die den Gemeinden die Flexibilität nehmen, den Planungsprozess auf die jeweiligen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen abzustimmen, sind hierfür nicht förderlich. Vielmehr muss es das Ziel des

Familienentwicklungsplans sein, Handlungsbedarfe zu identifizieren, für die die Gemeinden unter Beteiligung von Familien, Politik- und Verwaltungsakteuren breit akzeptierte und passgenaue Lösungsstrategien entwickeln können. Die Formulierung vorgefertigter Maßnahmen kann diese partizipativen Lösungsansätze nicht ersetzen.

Der Familienentwicklungsplan ist damit über das bloße Zahlenwerk hinaus eine Argumentationsgrundlage für all jene in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, die sich für eine zeitgemäße, bedarfsorientierte Familienpolitik einsetzen. Er zeichnet ein umfassendes Bild von den Lebenslagen und dem Lebensgefühl von Familien im Bodenseekreis und geht damit über bereits bestehende Quellen hinaus. Während etwa der Sozialbericht des Bodenseekreises wichtige Basisdaten und Einblicke zur Situation von Familien in den Bereichen soziale Bedürftigkeit, Arbeit, Gesundheit und Jugend liefert, bezieht der Familienentwicklungsplan auch jene Familien ein, die institutionelle Unterstützung oder Beratung nicht in Anspruch nehmen (müssen). Die Familienberichte des Landes Baden-Württemberg und des Bundes generieren ebenfalls wichtige Daten in allen familienpolitisch relevanten Feldern, wie Familien- und Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und ökonomischer Situation der Familien. Ihre Absicht ist es, einen Überblick auf Bundes- und Landesebene zu ermöglichen. Konkrete Aussagen zu einzelnen Kreisen und Gemeinden können und sollen sie jedoch nicht geben. Die Familienberichterstattung des Bundes und der Länder bleibt notwendigerweise dort abstrakt, wo es um die konkreten Lebenslagen und das Lebensgefühl von Familien vor Ort geht. Diese sind in der notwendigen Differenzierung erst durch Untersuchungen auf Kreis-, Stadt- oder Gemeindeebene zu gewinnen. Der vorliegende Familienentwicklungsplan ist deshalb so beschaffen, dass er die Besonderheiten und sozialräumliche Unterschiedlichkeit der 23 Gemeinden im Bodenseekreis berücksichtigt.

Er setzt in solchen Feldern an, die für den Lebensalltag und das Wohlbefinden von Familien eine entscheidende Rolle spielen. Hier sind gesellschaftliche Veränderungen am ehesten spürbar und wirken auf das Familienleben ein. Dazu zählen die Wohnverhältnisse, die Situation der Kinder im Haushalt, das Zusammenleben innerhalb der Familie und die Beziehungen zur erweiterten Familie, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das vorhandene infrastrukturelle Angebot für Familien und die ökonomische Situation. Ein wesentliches Element des Familienentwicklungsplans ist dabei sein „Monitoring-Charakter“. Dieser sorgt dafür, dass anhand von Kennzahlen die Lebenslagen von Familien sowohl im Gesamten als auch in

den verschiedenen Bereichen des familiären Lebensalltags mit anderen Bevölkerungsgruppen, Familien in anderen Kreisen und auch zwischen verschiedenen Familienformen verglichen werden können. Diese Kennzahlen ermöglichen darüber hinaus auch Folgestudien, welche Veränderungen in den Lebenslagen von Familien im Bodenseekreis erfassen können.

2. Methodische Vorgehensweise der Studie

Familienpolitisches Handeln bedarf systematischer und möglichst umfassender Informationen über die konkrete Situation von Familien, das heißt über ihre Lebenslagen, ihre Formen des Zusammenlebens und über die Bereiche, die von ihnen als problematisch charakterisiert werden. Das Forschungsdesign berücksichtigt deswegen Unterschiede in Größe, Lage und Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen des Kreises. Es integriert vier verschiedene Datenquellen: (1.) Kommunalstatistiken, (2.) Experteninterviews, (3.) eine Befragung der Bürgermeister im Kreis, und (4.) eine repräsentative fragebogenbasierte Erhebung unter den Familien im Kreis.

Integratives
Forschungsde-
sign

2.1 Sekundär- und Kommunalstatistiken

Eine wichtige Datenbasis des vorliegenden Familienentwicklungsplans stellen die quantitativen Daten der amtlichen Kommunalstatistik dar, die vom Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) im Auftrag der Gemeinden regelmäßig erhoben werden. Für den Familienentwicklungsplan wurden mit Einwilligung der Gemeinden Daten zur Bevölkerungsstruktur und zur Demographie der Gemeinden bereitgestellt, wie sie in Kapitel 3 (Die demographische Struktur des Bodenseekreises) und Kapitel 4 (Familienstrukturen im Bodenseekreis) aufgearbeitet werden.

Analyse
amtlicher
Statistiken

Darüber hinaus verwenden wir an geeigneten Stellen Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamts, um den Vergleich bestimmter Kennzahlen mit der Landes- und Bundesebene zu ermöglichen.

2.2 Experteninterviews

Neben der Analyse der Kommunalstatistiken lieferten uns mehrere Interviews mit Personen, die sich beruflich mit familienpolitischen Belangen im Kreis beschäftigen, einen wichtigen Einblick in Fragestellungen und familienpolitische Strukturen des Bodenseekreises. Die Aussagen der befragten Expertinnen und Experten flossen in die Entwicklung des Fragebogens ein, der dadurch auf die Gegebenheiten im Kreis angepasst wurde und zur repräsentativen Befragung der Familien eingesetzt werden konnte.

Grundlage für
die Fragebo-
genentwick-
lung

Gesprächspartner waren die Frauen- und Familienbeauftragte des Bodenseekreises, Frau Wäscher-Göggerle, die

Dekanatsreferentin und Kreisrätin, Frau Hecht-Fluhr, die Leiterin des Jugendamtes, Frau Dressler, der Bürgermeister der Gemeinde Deggenhausertal, Herr Simon, die Seniorenbeauftragte des Bodenseekreises, Frau Bolien, sowie der Sozialdezernent des Bodenseekreises, Herr Köster.

2.3 Bürgermeisterbefragung

Eine Befragung der 22 Bürgermeister und einer Bürgermeisterin wurde durchgeführt, um einen Überblick über die Angebotsstrukturen für die Familien in den Gemeinden zu gewinnen, und um familienpolitische Handlungsbedarfe zu identifizieren, die gemeindeübergreifend von Bedeutung sind. Alle Kommunalverwaltungen der 23 Bodenseekreisgemeinden beteiligten sich an dieser Umfrage, für die ein achtseitiger standardisierter Fragebogen eingesetzt wurde, der sehr häufig auch offene Fragen stellte, die die Möglichkeit zu detaillierten Einschätzungen und eigenen Formulierungen gaben. Insgesamt enthielt der Fragebogen 34 Fragen und bezog sich auf die Themengebiete Familienfreundlichkeit der Kommunalverwaltung, Angebote und Einrichtungen für Familien, Angebote für Kinder und Jugendliche, Zusammenleben der Generationen, Betreuungseinrichtungen und Schulen, Bauen und Wohnen, familienpolitischer Handlungsbedarf sowie Kooperation mit der Kreisebene.

**Perspektive der
Kommunal-
verwaltungen**

2.4 Repräsentative Familienbefragung

Neben (1.) den Sekundärstatistiken, die einen Überblick über einige ausgewählte Bereiche und damit nur über einen Teilausschnitt des familiären Lebens geben können, (2.) den Experteninterviews, die zwar umfassende, aber keine objektiven Informationen liefern können und (3.) der Bürgermeisterbefragung, welche den Bereich Familienfreundlichkeit eher aus der politischen und weniger aus der Betroffenenperspektive beleuchten sollte, ist (4.) eine repräsentative fragebogengestützte Befragung der Familien im Kreis eine wesentliche Datenquelle. Der Fragebogen umfasst auf 16 Seiten 81 Fragen, die sich den folgenden Bereichen zuordnen lassen:

**Umfang und
Themenfelder**

- Wohnsituation und Wohnumfeld,
- Kinder im Haushalt,
- Zusammenleben innerhalb der Familie,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Angebote und Einrichtungen für Familien,
- wirtschaftliche Situation,
- standarddemographische Angaben.

Um sicherzustellen, dass möglichst viele der ausgewählten

Familien an der Befragung teilnehmen können, unabhängig davon wie ihre Deutsch-Kenntnisse sind, haben wir den Fragebogen auf Wunsch auch in den Sprachen Türkisch, Russisch, Italienisch und Serbokroatisch angeboten. Ein weiteres Merkmal war ein Gewinnspiel, welches wir mit der Teilnahme an der Befragung verknüpften. Es wurden mehrere, auf die speziellen Bedürfnisse von Familien angepasste Preise verlost.

Übersetzung
der Fragebö-
gen

Gewinnspiel

Grundgesamtheit

Grundgesamtheit der Stichprobe waren alle Haushalte im Bodenseekreis, in denen mindestens ein Kind unter 18 Jahren lebt. Somit umfasst die Grundgesamtheit jenes Mutter-Vater-Kind-System, welches in der Familiensoziologie als Kernfamilie bekannt ist. Diese Einengung des Familienbegriffs ist notwendig, um klar definierte Kriterien zu schaffen, auf deren Grundlage die Homogenität der Stichprobe gewährleistet werden kann. Da uns aber auch an Aussagen über Personenkreise gelegen ist, die nicht der Kernfamilie angehören, aber dennoch als Teil einer (erweiterten) Familie gelten können, haben wir unser Forschungsdesign an den entscheidenden Stellen entsprechend angepasst beziehungsweise erweitert. Zum einen enthielt der Fragebogen auch zahlreiche Fragen zu den Beziehungen, welche die Kernfamilie mit dem weiteren Verwandtenkreis und dem Netzwerk bestehend aus Freunden und Bekannten unterhält. Diese Vorgehensweise ermöglicht beispielsweise Aussagen über intergenerationale Beziehungsstrukturen, also darüber, wie präsent die Eltern und Schwiegereltern im Familienalltag sind, und von welcher Qualität die Beziehungen zur älteren Generation sind.

Kernfamilie als
Grundgesamt-
heit

Beziehungen
zur erweiterten
Familie

Kontrollgruppe

Zum anderen wurde neben der eigentlichen Familienbefragung auch eine so genannte Kontrollgruppenbefragung durchgeführt. Ergänzend zur oben genannten Grundgesamtheit standen hier alle Haushalte im Mittelpunkt, in denen kein Kind unter 18 Jahren wohnhaft ist, wodurch Eltern, deren Kinder das Haus bereits verlassen haben, Kinderlose oder Haushalte, in denen Eltern mit ihren volljährigen Kindern zusammenleben, einbezogen wurden - allesamt Personen also, auf die das Kriterium der minderjährigen Kinder im Haushalt zwar nicht zutrifft, die aber dennoch in irgendeiner Form Mitglied einer erweiterten Familie sind. An den Stellen, an denen dies eine sinnvolle Ergänzung darstellt, wurde auf Ergebnisse aus der Kontrollgruppenbefragung als Referenzdaten zurückgegriffen. Eine genauere Beschreibung der Personenkreise, die in dieser Kontrollgruppenbefragung

Kontrollgrup-
pe: Kinderlose;
Haushalte mit
volljährigen
Kindern; Eltern,
deren Kinder
den Haushalt
verlassen ha-
ben

im Mittelpunkt standen, erfolgt weiter unten (Kap. 2.5 Grundlegende Definitionen).

Repräsentativität

Die von uns durchgeführte Befragung ist als repräsentativ zu bezeichnen. Eine empirische Untersuchung ist dann repräsentativ, wenn sie Aussagen über die Grundgesamtheit, in diesem Fall die Gesamtheit aller Familien im Kreis, zulässt. Im Detail bedeutet dies, dass alle von uns im Rahmen einer Stichprobe erhobenen Ergebnisse, wie subjektive Einschätzungen, Problemstrukturen, interkommunale Verteilung bestimmter Familienformen, etc. auf die Grundgesamtheit aller Familien im Kreis übertragen werden können. Die Aussagen der Familien in der Stichprobe sind repräsentativ für alle Familien im Bodenseekreis. Zentrale Voraussetzung für Repräsentativität ist, dass eine Zufallsauswahl aus der Grundgesamtheit getroffen wird. Diese zufällige Auswahl von Familien im Kreis, die wir zur Teilnahme an der Umfrage einluden, wurde für uns vom Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) durchgeführt, wobei die Einhaltung des Datenschutzes zu jedem Zeitpunkt gewährleistet war.

**Zufallsauswahl
bürgt für Re-
präsentativität**

Zeitlicher Ablauf

Die Fragebogenentwicklung wurde im September 2008 abgeschlossen. Im Oktober 2008 wurde ein Pretest mit zehn im Bodenseekreis wohnhaften Familien durchgeführt. Der Sinn und Zweck des Pretests bestand darin, die Verständlichkeit des Fragebogens zu überprüfen, eventuell überflüssige Fragen und Antwortkategorien zu identifizieren sowie Themenbereiche zu erschließen, die sinnvollerweise zusätzlich in den Fragebogen aufgenommen werden sollten. Die Kooperationsbereitschaft der am Pretest teilnehmenden Familien erlaubte es, die Verständlichkeit des Fragebogens zu erhöhen, sowie das Spektrum der verwendeten Fragen und Antwortkategorien auf die Lebensverhältnisse der Familien im Bodenseekreis anzupassen.

Pretest

Der Versand der Fragebögen begann am Freitag, den 07. November 2008. Der Wochentag wurde bewusst gewählt, da viele Familien erfahrungsgemäß das Wochenende nutzen, wenn sie an Befragungen der empirischen Sozialforschung teilnehmen. In einem Anschreiben, welches deutlich machte, dass die Befragung keinen kommerziellen Hintergrund hat, sondern im Auftrag des Kreises und der Gemeinden durchgeführt wird, wurde den Familien der Hintergrund der Untersuchung erläutert. Die Familien wurden gebeten, den ausgefüllten Fragebogen in einem vorfrankierten

Rückumschlag bis zum 28. November 2009 zurückzusenden (1. Rücklaufphase). Anschließend wurde an alle Familien ein zweites Anschreiben versandt mit der Bitte, doch noch an der Befragung teilzunehmen, sollte dies noch nicht geschehen sein. Diese zweite Rücklaufphase endete am 12. Dezember 2009. Beide Rücklaufphasen wurden durch Presseberichterstattung in den wichtigsten Printmedien der Region vorbereitet.

1. Rücklaufphase

2. Rücklaufphase

Eckdaten der Stichprobe

Tab. 1: Eckdaten der Stichprobe

Grundlegendes	
Versendete Fragebögen	2923
Absoluter Rücklauf	1105
Prozentualer Rücklauf	37,8 %
Mutter als ausfüllende Person	58,1 %
Zielgruppen	
Kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder)	14,9 %
Alleinerziehende	12,4 %
Familien die Pflegeleistungen erbringen	12,5 %
Mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit	11,6 %
Mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund	20,6 %
Mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund und/oder Migrationshintergrund der Eltern/Schwiegereltern	28,7 %

Die Tabelle veranschaulicht die wichtigsten Eckdaten zur Zusammensetzung der Stichprobe. Besonders erfreulich ist die, auch im Vergleich zu ähnlichen Studien, hohe Rücklaufquote. In der empirischen Sozialforschung werden vergleichsweise selten Rücklaufquoten von über 30 Prozent erreicht. Die von uns erzielten 37,8 % sind vor diesem Hintergrund also als sehr gutes Ergebnis einzuschätzen, welches nicht zuletzt auch von der Kooperationsbereitschaft der Familien im Kreis zeugt. In 58,1 % der Fälle war die Mutter die ausfüllende Person.

Sehr guter Rücklauf: 37,8%

Es zeigt sich, dass die verschiedenen Familienformen und Zielgruppen von familienpolitischen Maßnahmen gut in der Stichprobe vertreten sind. 14,9 % der Familien in der Stichprobe sind kinderreiche Familien, 12,4 % Ein-Eltern-Familien und in 12,0 % der Familien in der Stichprobe werden Pflegeleistungen erbracht. Mit 11,6 % hat mehr als jede zehnte Familie in der Stichprobe zumindest ein Elternteil mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Berücksichtigt man neben diesen auch Familien, in denen mindestens ein Elternteil neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit hat oder nicht in Deutschland geboren ist, ergibt sich eine Gruppe von

Zielgruppen wurden erreicht

Familien mit Migrationshintergrund, die etwa ein Fünftel der Stichprobe ausmacht (20,6 %). Bezieht man hier die Großelterngeneration ein, so erhöht sich dieser auf etwas weniger als ein Drittel (28,7 %).

2.5 Grundlegende Definitionen

Familie, Migrationshintergrund, Kontrollgruppe, bedarfsgewichtetes Einkommen sowie Bildungs- und Qualifikationsniveau sind Termini, die im vorliegenden Familienentwicklungsplan häufig vorkommen, wenn es darum geht, die spezifische soziale Situation der Familien zu charakterisieren. Damit nicht jedes Mal im fortlaufenden Text erläutert werden muss, was genau unter diesen Begriffen zu verstehen ist, nehmen wir im Folgenden eine für den gesamten Familienentwicklungsplan verbindliche Definition vor.

Näher zu definierende Begriffe

Familie

Der vorliegende Familienentwicklungsplan bezieht sich auf das familiäre Leben in einem gemeinsamen Haushalt. Dabei bezieht er sich auf Haushalte bestehend aus Eltern mit minderjährigen Kindern. Wenn im Familienentwicklungsplan also von Familien die Rede ist, so ist zu beachten, dass hiermit nur die so genannte Kernfamilie, also Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren gemeint ist.

Kernfamilie

Diese Definition war aus methodischen Gründen nötig, um eine klar abgrenzbare und in sich homogene Stichprobe ziehen zu können. Jenseits solcher Notwendigkeiten der methodischen Eindeutigkeit sind vielfältige andere Formen des familiären Lebens denkbar. Um auch diese zumindest ansatzweise berücksichtigen zu können und damit einem breiten Familienbegriff Rechnung zu tragen, haben wir über die häusliche Gemeinschaft hinaus auch nach Beziehungsstrukturen zu Personen außerhalb der Kernfamilie gefragt. Außerdem wurde, wie oben bereits angesprochen, eine Kontrollgruppenbefragung durchgeführt, um Aussagen über andere familiäre Erscheinungsformen treffen zu können.

Beziehungsstrukturen zur erweiterten Familie

Migrationshintergrund

Basierend auf den Ergebnissen der Familienbefragung können wir als Familien mit Migrationshintergrund eine breitere Gruppe von Haushalten betrachten, als dies mit den Daten der amtlichen Statistiken möglich wäre. Während amtliche Statistiken das Merkmal Staatsangehörigkeit erheben, legen wir eine weiter gefasste Definition zugrunde, welche eher die komplexen und vielfältigen migrationsbedingten

Ausländische Staatsbürgerschaft vs. Migrationshintergrund

Konstellationen zu erfassen vermag. Familien mit Migrationshintergrund sind entsprechend der in der PISA Studie entwickelten Perspektive diejenigen Familien, in denen mindestens ein Elternteil eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hat und/oder mindestens ein Elternteil neben der deutschen noch eine zweite Staatsangehörigkeit hat und/oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist. Diese Definition erlaubt es beispielsweise, dass Familien russlanddeutscher Abstammung, die trotz Vorliegens einer deutschen Staatsbürgerschaft oftmals mit massiven Integrationsschwierigkeiten zu kämpfen haben, ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst werden.

Kontrollgruppe

Als Referenzgruppe zu den Haushalten mit minderjährigen Kindern im Kreis ziehen wir an einigen Stellen Ergebnisse der Kontrollgruppenbefragung heran. Die methodisch präzise Definition der Kontrollgruppe lautet: Haushalte, in denen *keine* Person unter 18 Jahren lebt. Somit setzt sich die Kontrollgruppe aus sehr unterschiedlichen Einzelgruppen zusammen und weist nur eine geringe innere Homogenität auf. Deswegen haben wir eine Einteilung vorgenommen, die es erlaubt auch Aussagen über Gruppen zu treffen, die zwar nicht die formalen Kriterien für eine Kernfamilie erfüllen, aber natürlich trotzdem Bezüge zu einem erweiterten Familienkreis aufweisen. Die von uns in diesem Zusammenhang analysierten Gruppen sind:

Geringe innere Homogenität der Kontrollgruppe

- kinderlose Haushalte,
- Personen, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben,
- Haushalte, in denen Kinder leben, die bereits volljährig sind.

Qualifikationsniveau

Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Bildung ein wichtiges und grundlegendes Instrument darstellt, um Armut und der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen entgegenzuwirken. Bildung ermöglicht gesellschaftliche Partizipation und sozialen Aufstieg. Um diesem zentralen Stellenwert von Bildung Rechnung zu tragen, legen wir einen Indikator zugrunde, welcher jeder Familie einen bestimmten Bildungs- oder Qualifikationsstatus zuweist.

Bildung ermöglicht gesellschaftliche Partizipation

Der Indikator errechnet sich als Kombination aus dem höchsten Schulabschluss und Ausbildungsniveau eines Elternteils. Er verfügt über vier Ausprägungen: „niedrige Qualifikation“, „mittlere Qualifikation“, „höhere Qualifikation“ und „höchste Qualifikation“.

Kombination aus Schulabschluss und Ausbildungsniveau

Tab. 2: Zuordnung der Qualifikationsniveaus

Qualifikationsniveau	Schulabschluss	Ausbildungsniveau
niedrig	Kein Abschluss	Keine Angabe Noch in beruflicher Ausbildung Abgeschlossene Ausbildung Anderer beruflicher Abschluss
	Volks- /Hauptschulabschluss	Keine Angabe Noch in beruflicher Ausbildung Abgeschlossene Ausbildung Anderer beruflicher Abschluss
	Mittlere Reife / POS ¹	Keine Angabe Noch in beruflicher Ausbildung
mittel	Mittlere Reife / POS	Abgeschlossene Ausbildung Anderer beruflicher Abschluss
höher	Fachabitur	Keine Angabe Noch in beruflicher Ausbildung Abgeschlossene Ausbildung Anderer beruflicher Abschluss
	Abitur	Keine Angabe Noch in beruflicher Ausbildung Abgeschlossene Ausbildung Anderer beruflicher Abschluss
höchstes		Fachhochschulabschluss Hochschulabschluss

Ein Elternteil, das beispielsweise einen Hauptschulabschluss besitzt und eine Lehre abgeschlossen hat, zählt zum niedrigen Qualifikationsniveau. Personen, die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss nachweisen können, werden dem höchsten Qualifikationsniveau zugeordnet. Die Qualifikationsstufe des Familienhaushalts ergibt sich aus dem höchsten Abschluss der Elternteile. Wenn wir also dem Vater die „mittlere Qualifikationsstufe“ zuordnen und der Mutter die „höchste Qualifikationsstufe“, besitzt der Haushalt insgesamt die „höchste Qualifikationsstufe“.

Vier Qualifikationsstufen

Bedarfsgewichtetes Einkommen

Es ist nicht möglich Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung direkt zu vergleichen. Es gibt keine für alle Haushalte gültige einheitliche Armutsschwelle. Ein Haushaltsnettoeinkommen von 2000 Euro bedeutet für einen zweiköpfigen Alleinerziehenden-Haushalt etwas anderes als für eine kinderreiche Familie bestehend aus zwei Erwachsenen und vier Kindern. Um beide Haushalte hinsichtlich ihres Einkommens miteinander zu vergleichen, muss die

Berücksichtigung der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße berücksichtigt werden.

Ein relativ einfaches Konzept hierfür wäre die Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens, bei dem das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt wird. Der Alleinerziehenden-Haushalt in unserem Beispiel verfügt somit über ein Pro-Kopf-Einkommen von 1000 Euro, der kinderreiche Haushalt nur über ein Pro-Kopf-Einkommen von 333 Euro. Anders ausgedrückt: der kinderreiche Haushalt könnte erst mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 6000 Euro denselben Lebensstandard erzielen, wie die Ein-Eltern-Familie mit 2000 Euro.

Pro-Kopf-Einkommen

Für die Armuts- und Ungleichheitsforschung greift dieses Konzept jedoch zu kurz. Die Annahme, dass größere Haushalte durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungseffekte realisieren können ist nämlich durchaus berechtigt. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass Kinder einen geringeren Unterhaltsbedarf haben als erwachsene Haushaltsmitglieder. In unser konkretes Beispiel übersetzt bedeutet das: obwohl die kinderreiche Familie dreimal so viele Mitglieder hat, wie der Alleinerziehenden-Haushalt, benötigt sie nicht eine dreimal so große Wohnung, nicht dreimal so viele Autos, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, etc. Auch die laufenden Kosten für Strom, Wasser und Heizung steigen nicht auf das dreifache des Alleinerziehenden-Haushalts. Grundlegend für diese Sichtweise ist die Einsicht, dass zwar der Einkommensbedarf mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder steigt, jedoch keineswegs proportional. Ein Vergleich von Haushalten auf der Basis von Pro-Kopf-Einkommen würde diese Einsicht jedoch außer Acht lassen.

Bedarfsgewichtetes Einkommen berücksichtigt Einsparungseffekte in größeren Familien

Deshalb hat die Sozialforschung das Konzept des bedarfsgewichteten Einkommens entwickelt, auf welches wir uns im vorliegenden Familienentwicklungsplan beziehen. Bedarfsgewichtete Einkommen machen unterschiedliche Haushaltsgrößen vergleichbar und berücksichtigen gleichzeitig die Einsparungseffekte, welche in größeren Haushalten möglich sind. Hierfür benötigen wir eine theoretische „bedarfsgewichtete Familiengröße“, die immer unter der tatsächlichen Haushaltsgröße liegt und durch die das Haushaltsnettoeinkommen geteilt wird. Bezug nehmend auf ein gängiges Konzept zur Ermittlung bedarfsgewichteter Einkommen ermittelt sich die „bedarfsgewichtete Familiengröße“ indem man die Quadratwurzel der tatsächlichen Anzahl der Personen im Haushalt berechnet. Diese Sichtweise impliziert, dass ein Zweipersonenhaushalt „nur“ ein etwa 1,41-mal so hohes Einkommen benötigt, wie

Vergleichbarkeit unterschiedlicher Haushaltsgrößen

ein Singlehaushalt, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen, einem Vierpersonenhaushalt genügte hierfür ein doppelt so hohes Einkommen, usw.

Tab. 3: Bedarfsgewichtetes Einkommen

Tatsächliche Familiengröße	Theoretische bedarfs-gewichtete Familiengröße	Einkommensschwelle für armutsnahe Familien	Tatsächliches Haushaltsnettoeinkommen für armutsnahe Familien	Tatsächliches Pro-Kopf-Einkommen für armutsnahe Familien
	Quadratwurzel aus der tatsächlichen Familiengröße		Einkommensschwelle für armutsnahe Familien multipliziert mit bedarfsgewichteter Familiengröße	tatsächliches Haushaltsnettoeinkommen dividiert durch tatsächliche Familiengröße
2 Personen	1,41	unter 1000€	unter 1410 €	unter 705,00 €
3 Personen	1,73	unter 1000€	unter 1730 €	unter 576,66 €
4 Personen	2,00	unter 1000€	unter 2000 €	unter 500,00 €
5 Personen	2,23	unter 1000€	unter 2230 €	unter 446,00 €
6 Personen	2,45	unter 1000€	unter 2450 €	unter 408,33 €
7 Personen	2,65	unter 1000€	unter 2650 €	unter 378,75 €
8 Personen	2,83	unter 1000€	unter 2830 €	unter 353,75 €

Im vorliegenden Familienentwicklungsplan haben wir eine Einkommensgrenze von 1000 Euro als Schwelle für Familien in armutsnahen Lebensverhältnissen gewählt. Für unterschiedlich große Familien ist diese „Armutsgrenze“ mit einem unterschiedlich hohem Einkommen zu realisieren. Die Einsparungsmöglichkeiten, die sich durch gemeinsames Wirtschaften ergeben, führen dazu, dass ein Zweipersonenhaushalt bereits mit einem tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1410 Euro (705 Euro Pro-Kopf-Einkommen) diese Schwelle überschreiten kann; eine aus acht Personen bestehende Großfamilie benötigt hierfür noch ein tatsächliches Haushaltsnettoeinkommen von 2830 Euro (353,75 Euro Pro-Kopf-Einkommen).

Einkommensschwelle für Familien in armutsnahen Verhältnissen

3. Die demographische Struktur des Bodenseekreises

Der Bodenseekreis besteht aus 23 Städten und Gemeinden, die hinsichtlich Größe, Lage und Bevölkerungsstruktur teils sehr verschieden sind. Diese Unterschiede beeinflussen je nach Wohnort auch die Lebensverhältnisse der Familien. Die soziodemographischen Strukturen der einzelnen Gemeinden spielen deshalb eine wichtige Rolle. Ein Familienentwicklungsplan für den Bodenseekreis muss in einem ersten Schritt die strukturellen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Städte und Gemeinden darstellen. Wie ist die Altersstruktur der Bevölkerung? Gibt es Gemeinden, in denen sich ausländische Familien bevorzugt ansiedeln? Wie sind die Familienstrukturen (Kinderzahl, familiäre Formen des Zusammenlebens) in den Kommunen? Welche Gemeinden verzeichnen welche Bevölkerungsbewegungen, seien diese nun durch Sterbe- und Geburtenzahlen oder durch Weg- und Zuzug bedingt?

Diese Fragen sind Gegenstand des folgenden Kapitels. Ihre Beantwortung ist besonders wichtig, wenn es darum geht passgenaue Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit zu entwickeln und zu legitimieren. Denn familienpolitische Maßnahmen können ihre volle Wirkung nur im Zusammenspiel mit den jeweiligen soziodemographischen Gegebenheiten vor Ort entfalten.

3.1 Einwohnerzahlen der Kommunen

In den 23 Städten und Gemeinden des Bodenseekreises wohnen insgesamt knapp 206.000 Einwohner. Die mit Abstand größte Kommune ist die Kreisstadt Friedrichshafen mit 57.887 Einwohnern. In dem von der Einwohnerzahl her kleinsten Ort, der Gemeinde Stetten, leben 962 Personen.

**23 Kommunen
mit insgesamt
206.000
Einwohnern**

Tab. 4: Bevölkerungszahl nach Kommunen 2008²

Kommune	Einwohnerzahl
Friedrichshafen	57887
Überlingen	21560
Tett nang	18272
Meckenbeuren ³	13241
Markdorf	12859
Salem	11057
Kressbronn	8233
Uhdlingen-Mühlhofen	7982
Langenargen	7596
Immenstaad	6242
Meersburg	5391
Eriskirch	4520
Oberteuringen	4440
Owingen	4246
Deggenhausertal	4088
Bermatingen	3877
Frickingen	2891
Heiligenberg	2860
Neukirch	2665
Sipplingen	2136
Daisendorf	1517
Hagnau	1368
Stetten	962
Gesamt	205890

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren

3.2 Altersstruktur

Die Altersstruktur der Bevölkerung hat weit reichende Auswirkungen für die jeweilige Gemeinde. Sie ist nicht nur als prägend für das Ortsbild und die Atmosphäre einer Gemeinde anzusehen, sondern bestimmt nicht zuletzt auch, welche Infrastrukturen und Dienstleistungen von der Wohnbevölkerung nachgefragt werden.

18,2 % der Einwohner im Bodenseekreis sind unter 18 Jahre. Das ist ein leicht geringerer Anteil als in Baden-Württemberg gesamt, wo 18,4 % der Bevölkerung die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben. Im Vergleich zum Bundesgebiet (16,9 %) hat der Bodenseekreis einen deutlich höheren Jugendanteil.

**18 % sind
Kinder unter 18
Jahren**

Ein Blick auf die einzelnen Gemeinden offenbart relativ große Unterschiede.

Tab. 5: Kinder und Jugendliche nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Anteil von Kindern unter 7 Jahren	Anteil von Kindern unter 18 Jahren	Jugendquotient
Friedrichshafen	6,0%	17,2%	27,9
Überlingen	5,1%	16,0%	25,9
Tettngang	6,3%	19,6%	31,4
Meckenbeuren	6,5%	18,5%	28,6
Markdorf	6,6%	18,4%	29,6
Salem	6,0%	20,6%	33,2
Kressbronn	5,5%	19,3%	31,9
Uhdlingen-Mühlhofen	6,0%	18,9%	30,8
Langenargen	6,3%	17,2%	29,1
Immenstaad	6,2%	16,3%	26,9
Meersburg	5,0%	15,0%	24,1
Eriskirch	7,1%	19,4%	30,0
Oberteuringen	7,3%	21,3%	33,3
Owigen	7,2%	21,4%	34,2
Deggenhausertal	7,3%	21,8%	34,8
Bermatingen	6,4%	21,1%	34,3
Frickingen	7,0%	22,5%	36,6
Heiligenberg	5,7%	19,0%	30,8
Neukirch	6,8%	21,9%	33,5
Sipplingen	4,6%	15,4%	26,1
Daisendorf	6,3%	17,7%	28,8
Hagnau	6,2%	16,8%	28,6
Stetten	5,1%	15,4%	24,7
Gesamt	6,1%	18,2%	29,7

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Ein vergleichsweise hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen findet sich in den mittelgroßen Gemeinden. In Eriskirch, Oberteuringen, Owigen, Deggenhausertal und Frickingen liegt der Anteil von Kindern unter 7 Jahren jeweils um die sieben Prozent, der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bei etwa 20 Prozent. Jedoch weisen einige Gemeinden auch einen auffällig niedrigen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung auf. Dies trifft besonders auf die größeren Kommunen Friedrichshafen und Überlingen, die kleinen Gemeinden Sipplingen und Stetten sowie Immenstaad und Meersburg zu. Ein direkter Zusammenhang mit der Gemeindegröße im Sinne von „je größer beziehungsweise je kleiner die Gemeinde, desto niedriger der Jugendanteil“ ist insofern nicht erkennbar.

Gemeinden mit hohem Jugendanteil

Um die Befunde zu verdeutlichen und ihnen eine allgemein

nachvollziehbare und objektive Kennzahl zuzuordnen, haben wir in unsere Analyse den Jugendquotienten mit einbezogen. Der Jugendquotient ist eine der klassischen Kennzahlen aus der Demographie und spiegelt das Verhältnis der Anzahl junger Menschen (bis unter 18 Jahre), die in der Regel noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind, zu der Anzahl von Personen wider, die sich im erwerbsfähigen Alter befinden (18 bis unter 65 Jahre). Ein Jugendquotient von 29,7 für den gesamten Bodenseekreis ist somit folgendermaßen zu interpretieren: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen im Bodenseekreis knapp 30 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. In Baden-Württemberg liegt der Jugendquotient bei 29,3, im gesamten Bundesgebiet bei 27.

Jugendquotient 29,7

Der Jugendquotient weist eine relativ hohe Schwankungsbreite auf. Am niedrigsten ist er mit 24,7 in Stetten, den höchsten Wert nimmt er mit 36,6 in der Gemeinde Frickingen an.

Hohe Schwankungsbreite

Analog zum Jugendquotienten gibt der Altenquotient das Verhältnis älterer Personen, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, (65 Jahre und älter) zu Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) an. Er liegt im Bodenseekreis bei 33,1 und damit klar über dem Wert für Baden-Württemberg (30,3) und das gesamte Bundesgebiet (31,9).

**Altenquotient
33,1**

Etwa jeder fünfte Bewohner des Bodenseekreises ist älter als 64 Jahre (20,4 %). Dieser Wert liegt über dem entsprechenden Anteil für Baden-Württemberg von 19,0 %. Verglichen mit der Bundesebene (20,1 %) ist der Anteil älterer Personen im Kreis ebenfalls leicht erhöht.

**Jeder fünfte ist
älter als 64
Jahre**

Tab. 6: Ältere Personen nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Anteil von Personen über 64 Jahren	Altenquotient
Friedrichshafen	21,1%	34,1
Überlingen	26,7%	43,0
Tettnang	18,0%	28,8
Meckenbeuren	16,5%	25,5
Markdorf	19,5%	31,4
Salem	17,4%	28,0
Kressbronn	20,1%	33,2
Uhdlingen-Mühlhofen	19,9%	32,5
Langenargen	23,6%	40,0
Immenstaad	22,8%	37,5
Meersburg	23,0%	37,1
Eriskirch	16,9%	26,6
Oberteuringen	14,8%	23,1
Owingen	15,9%	25,4
Deggenhausertal	15,4%	24,5
Bermatingen	17,4%	28,2
Frickingen	22,5%	36,6
Heiligenberg	19,3%	31,2
Neukirch	12,7%	19,5
Sipplingen	25,3%	42,7
Daisendorf	20,8%	33,9
Hagnau	24,4%	41,5
Stetten	22,3%	35,9
Gesamt	20,4%	33,1

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Besonders hohe Anteile von Personen in dieser Altersgruppe weisen die Gemeinden Langenargen und Hagnau auf. In den Gemeinden Sipplingen und Überlingen ist sogar mehr als jeder vierte Einwohner 65 Jahre oder älter (25,3 % bzw. 26,7

**Gemeinden mit
hohem Anteil
älterer Personen**

%). Vergleichsweise niedrige Anteile von älteren Personen finden sich in Oberteuringen, Owingen und Deggenhausertal. Hier liegt der Wert bei um die 15 Prozent. Den mit Abstand niedrigsten Wert im Bodenseekreis weist mit 12,7 % die Gemeinde Neukirch auf. Dementsprechend niedrig ist hier auch der Altenquotient. Ein Altenquotient von 19,5 in Neukirch bedeutet, dass hier statistisch gesehen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 19,5 Personen im Alter von über 64 Jahren kommen. Am höchsten sind die Altenquotienten in Hagnau und Überlingen. Sie liegen dort jeweils bei über 40.

3.3 Ausländische Bevölkerung

Im Bodenseekreis leben 18.679 Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Der Ausländeranteil liegt somit bei 9,1 %. Verglichen mit dem entsprechenden Wert für Baden-Württemberg (11,8 %) ist das unterdurchschnittlich. Das gesamte Bundesgebiet weist mit 8,8 % einen leicht niedrigeren Ausländeranteil auf als der Bodenseekreis.

Ausländeranteil von 9 %

Die folgende Tabelle zeigt den unterschiedlich hohen Ausländeranteil in den Gemeinden des Bodenseekreises.

Tab. 7: Ausländeranteil nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung der Gemeinde	Anteil an allen Ausländern im Bodenseekreis	Anteil der Gemeinde an der Gesamtbevölkerung im Bodenseekreis
Friedrichshafen	13,2%	40,9%	28,1%
Überlingen	8,9%	10,2%	10,5%
Tettngang	7,4%	7,3%	8,9%
Meckenbeuren	6,7%	4,8%	6,4%
Markdorf	8,7%	6,0%	6,2%
Salem	7,5%	4,4%	5,4%
Kressbronn	8,6%	3,8%	4,0%
Uhdlingen-Mühlhofen	10,4%	4,5%	3,9%
Langenargen	5,5%	2,2%	3,7%
Immenstaad	6,9%	2,3%	3,0%
Meersburg	10,9%	3,1%	2,6%
Eriskirch	7,7%	1,9%	2,2%
Oberteuringen	5,1%	1,2%	2,2%
Owingen	5,4%	1,2%	2,1%
Deggenhausertal	2,9%	0,6%	2,0%
Bermatingen	6,0%	1,3%	1,9%
Frickingen	3,9%	0,6%	1,4%
Heiligenberg	4,5%	0,7%	1,4%
Neukirch	5,9%	0,8%	1,3%
Sipplingen	6,8%	0,8%	1,0%
Daisendorf	7,0%	0,6%	0,7%
Hagnau	5,8%	0,4%	0,7%
Stetten	6,8%	0,3%	0,5%

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Von den Personen im Bodenseekreis, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, leben 40,9 % in Friedrichshafen, obwohl Friedrichshafen nur einen Anteil von etwa 28 Prozent an der Gesamtbevölkerung des Kreises hat. Es ist ein in der Migrationsforschung bekanntes Phänomen, dass für ausländische Zuwanderer vor allem Städte mit großen Industrieansiedlungen und hohem Arbeitskräftebedarf, wie zum Beispiel Friedrichshafen, die Hauptzielorte darstellen. Familienzusammenführung und der Wunsch, sich dort anzusiedeln, wo bereits viele Angehörige aus dem eigenen Herkunftsland wohnen und bei der Organisation des Alltags behilflich sein können, lässt die ausländische Bevölkerung solcher Städte in den darauf folgenden Jahrzehnten weiter anwachsen. Neben Friedrichshafen weisen noch die

Gemeinden mit höchsten Ausländeranteilen

Gemeinden Meersburg und Uhdlingen-Mühlhofen einen Ausländeranteil auf, der über dem Durchschnitt für den Bodenseekreis liegt. Dieser liegt hier bei 10,9 % beziehungsweise 10,4 %.

Einen interessanten Befund liefert die Betrachtung der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung. Bei der ausländischen Bevölkerung liegt der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren bei 74,1 %. Die deutsche Bevölkerung im Bodenseekreis liegt mit einer Erwerbsfähigenquote von 50,6 % fast 24 Prozentpunkte unter diesem Wert. Die ausländische Bevölkerung im Bodenseekreis wirkt also verjüngend auf die Sozialstruktur und macht einen überproportional hohen Anteil am Arbeitskräftepotential in der Region aus.

Hohe Erwerbsfähigenquote der ausländischen Bevölkerung

3.4 Bevölkerungsbewegung

Die Bevölkerungsbewegung einer Gemeinde gibt Auskunft darüber, ob diese möglicherweise Wachstums- oder Schrumpfungprozessen ausgesetzt ist. Dabei unterscheidet man die natürliche Bevölkerungsbewegung, also Entwicklung auf Grund von Geburten und Sterbefällen, und die migrationsbedingte Bevölkerungsentwicklung.

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Über die natürliche Bevölkerungsbewegung gibt unter anderem die Geborenenziffer Auskunft. Sie sagt aus, wie viele Kinder je 1000 Einwohner geboren wurden. Eine Geborenenziffer von 8,6 im Bodenseekreis besagt also, dass hier im Jahr 2008 auf 1000 Einwohner 8,6 Neugeborene kamen. Damit liegt sie genau im Durchschnitt für Baden-Württemberg.

Geborenenziffer 8,6

Tab. 8: Geborenenziffer und natürliches Bevölkerungswachstum nach Gemeinde 2008

Gemeinde	Geborenenziffer	Saldo Geburten / Sterbefälle
Friedrichshafen	9,0	-72
Überlingen	7,3	-106
Tettngang	8,1	-2
Meckenbeuren	8,2	-3
Markdorf	9,2	19
Salem	8,4	-15
Kressbronn	8,8	-13
Uhdlingen-Mühlhofen	7,9	10
Langenargen	9,4	-17
Immenstaad	9,0	5
Meersburg	7,3	-15
Eriskirch	9,7	10
Oberteuringen	9,5	9
Owingen	10,1	19
Deggenhausertal	8,1	8
Bermatingen	8,0	8
Frickingen	8,3	-1
Heiligenberg	9,1	-11
Neukirch	7,9	6
Sipplingen	8,4	-6
Daisendorf	13,2	8
Hagnau	6,5	-6
Stetten	6,2	0
Gesamt	8,6	-165

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Gemeinden. Von der Geborenenziffer her betrachtet entwickeln die Gemeinden Daisendorf (13,2), Owingen (10,1), und Eriskirch (9,7) die größte demographische Dynamik. Die niedrigsten Geborenenziffern finden sich in Stetten (6,2), Hagnau (6,5), Meersburg und Überlingen (jeweils 7,3).

Gemeinden mit hohen Geborenenziffern

Der Bodenseekreis weist ein negatives natürliches Bevölkerungssaldo von minus 165 Einwohnern auf. Im Jahr 2008 überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geborenen also um 165. Jedoch gibt es auch viele Gemeinden, die sich gegen diesen Trend stellen und ein natürliches Bevölkerungswachstum aufweisen. Der Überhang der Sterbefälle in den beiden größten Gemeinden Friedrichshafen und Überlingen ist jedoch so groß, dass er durch das Bevölkerungswachstum in den überwiegend kleineren

Negatives natürliches Bevölkerungssaldo

Gemeinden nicht kompensiert werden kann. Dieser Überhang der Sterbefälle steht auch im Zusammenhang mit den hohen Anteilen älterer Personen in diesen beiden Städten, besonders in Überlingen (vgl. Tab. 6).

Wanderungen

Nicht nur die natürliche Bevölkerungsbewegung, sondern auch die Wanderungen sind für die demographische Situation einer Gemeinde ausschlaggebend. Im Jahr 2008 zogen 17.549 Personen aus einer der Bodenseekreisgemeinden fort. Demgegenüber standen 18.557 Neubürger. Das ergibt einen positiven Wanderungssaldo von 1008 Personen. Auch für die ausländische Bevölkerung ist ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen. Die Anzahl der ausländischen Personen, die in eine der Bodenseekreisgemeinden zugewandert sind übersteigt die Anzahl der ausländischen Fortgezogenen um 374. Ausländische Neubürger machen damit etwas mehr als ein Drittel des gesamten Wanderungssaldos aus.

Positives Wanderungssaldo von 1000 Personen

Tab. 9: Wanderungen nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Wanderungssaldo
Friedrichshafen	4175	3731	444
Überlingen	1887	1796	91
Tettnang	1640	1580	60
Meckenbeuren	1664	1666	-2
Markdorf	1062	930	132
Salem	833	853	-20
Kressbronn	1059	988	71
Uhdlingen-Mühlhofen	669	595	74
Langenargen	844	743	101
Immenstaad	616	574	42
Meersburg	705	656	49
Eriskirch	688	699	-11
Oberteuringen	542	544	-2
Owingen	342	348	-6
Deggenhausertal	331	331	0
Bermatingen	263	264	-1
Frickingen	250	247	3
Heiligenberg	251	248	3
Neukirch	198	178	20
Sipplingen	122	149	-27
Daisendorf	135	143	-8
Hagnau	191	173	18
Stetten	90	113	-23
Gesamt	18557	17549	1008

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Der Ort mit den meisten zugezogenen Personen ist erwartungsgemäß Friedrichshafen. Hier gab es im Jahr 2008 ein migrationsbedingtes Bevölkerungswachstum von 444 Personen. Aber auch Markdorf, Langenargen, Überlingen und Tettngang weisen signifikante Wanderungsgewinne auf. Bezogen auf ihre relativ geringe Einwohnerzahl ist Zuwanderung auch für Immenstaad, Meersburg, Neukirch und Hagnau ein nicht zu vernachlässigendes Thema.

Gemeinden mit den meisten Zuzügen

Migrationsbedingtes Wachstum ist also nicht allein eine Sache der „großen“ Gemeinden im Kreis. Auffällig ist allerdings die Zusammensetzung der Zuwanderung in die größeren Kommunen. Bei der Zuwanderung in diese Gemeinden handelt es sich überproportional häufig um Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. In Tettngang macht deren Anteil 53 Prozent am gesamten Wanderungssaldo aus. Der entsprechende Wert für Überlingen und Friedrichshafen beläuft sich auf 50 beziehungsweise 39 Prozent.

Zuzug nicht-deutscher Familien vor allem in die größeren Gemeinden

Es gibt allerdings auch zahlreiche Gemeinden im Bodenseekreis, die durch Migration mehr Einwohner verlieren, als hinzugewinnen. Auch hierfür scheint die Größe der Gemeinden keine Rolle zu spielen. So sind die Gemeinden Salem, Eriskirch, Sipplingen und Stetten in gleichem Maße von diesem Phänomen betroffen.

Gemeinden mit negativen Wanderungssaldi

Die demographisch relevante Gruppe der Personen im Familiengründungsalter zwischen 18 und 45 Jahren weist für 2008 einen positiven Wanderungssaldo von 478 Personen auf. Dies entspricht fast der Hälfte des gesamten Wanderungsgewinns. Auch ältere Personen über 60 Jahren scheinen im Bodenseekreis attraktive Lebensbedingungen wahrzunehmen. Der Wanderungssaldo bei dieser Gruppe ist ebenfalls positiv und beträgt 123.

Positive Wanderungssaldi von Personen im Familiengründungsalter und älteren Personen

Zwischenfazit

In den 23 Gemeinden des Bodenseekreises leben 205.890 Personen. Ein Merkmal der Kommunen ist ihre unterschiedliche Altersstruktur, für die die Gemeindegröße allein allerdings keine hinreichende Erklärung liefert. Hohe Anteile von Kindern und Jugendlichen und hohe Anteile von älteren Personen finden sich sowohl in kleineren als auch in größeren Gemeinden.

Von den 18.679 Personen im Kreis mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit wohnen mehr als die Hälfte in den beiden größten Städten Friedrichshafen und Überlingen. Bezogen auf die Einwohnerzahl weisen Friedrichshafen, Meersburg und Uhdlingen-Mühlhofen die höchsten Ausländeranteile auf. Von den Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit geht eine verjüngende Wirkung auf die Sozialstruktur aus. Sie haben einen überproportional hohen Anteil am Arbeitskräftepotential in der Region.

Natürliches Bevölkerungswachstum kann der Bodenseekreis nicht verzeichnen. Den hohen Überhang der Sterbefälle über die Geburten in den beiden größten Gemeinden Friedrichshafen und Überlingen kann das natürliche Bevölkerungswachstum in einigen kleineren Gemeinden nicht kompensieren, sodass sich ein negativer natürlicher Bevölkerungssaldo von -165 ergibt.

Das absolute Bevölkerungswachstum im Bodenseekreis ist auf das Migrationsgeschehen zurückzuführen. Der Zuzugsaldo beläuft sich auf 1.008 Personen. Migrationsbedingtes Wachstum findet nicht nur in den größeren Gemeinden statt. Auch eine Reihe kleinerer Gemeinden kann von den Zuzügen profitieren. Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ziehen häufiger in die Städte.

4. Familienstrukturen im Bodenseekreis

Im Mittelpunkt der folgenden Analysen stehen nun nicht mehr die Gesamtheit aller Personen im Bodenseekreis, sondern Haushalte, in denen mindestens ein Kind unter 18 Jahre lebt.

4.1 Kinderzahl

Im Bodenseekreis gibt es 130.568 Haushalte. In 23.696 davon lebt mindestens ein Kind unter 18 Jahren. Somit leben in 18,1 % aller Haushalte im Bodenseekreis Kinder. Eine Übersicht der Haushalte mit Kindern und der Familienanteile nach Gemeinden liefert die folgende Tabelle.

**23.696
Haushalte mit
Kindern**

Tab. 10: Familienanteile nach Gemeinden

Gemeinde	Haushalte insgesamt	Haushalte mit Kindern	Familienanteil
Friedrichshafen	36715	6529	17,8%
Überlingen	14773	2182	14,8%
Tettnang	11165	2196	19,7%
Meckenbeuren	7783	1501	19,3%
Markdorf	7963	1522	19,1%
Salem	6988	1373	19,6%
Kressbronn	5066	976	19,3%
Uhdlingen-Mühlhofen	5118	953	18,6%
Langenargen	5015	824	16,4%
Immenstaad	4193	685	16,3%
Meersburg	3852	546	14,2%
Eriskirch	2739	561	20,5%
Oberteuringen	2561	564	22,0%
Owingen	2533	556	22,0%
Deggenhausertal	2441	526	21,5%
Bermatingen	2289	488	21,3%
Frickingen	1778	386	21,7%
Heiligenberg	1964	319	16,2%
Neukirch	1573	348	22,1%
Sipplingen	1475	232	15,7%
Daisendorf	990	175	17,7%
Hagnau	976	156	16,0%
Stetten	618	98	15,9%
Gesamt	130568	23696	18,1%

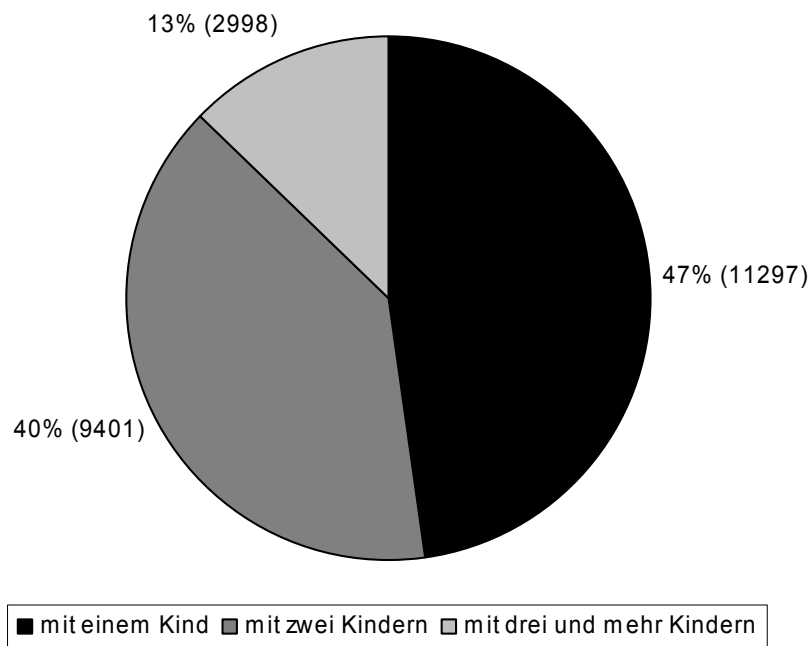
Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

In fast jedem zweiten Haushalt mit Kindern lebt „nur“ ein Kind. Genau zwei Kinder leben in 40 Prozent der Haushalte mit Kindern. Kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern

sind mit 13 Prozent in der Minderheit. Im Bodenseekreis ist die Ein-Kind-Familie zu Gunsten einer größeren Anzahl von Familien mit mehreren Kindern etwas weniger verbreitet als auf der Bundesebene. In 51 Prozent aller Familienhaushalte in Deutschland wächst ein Kind auf, zwei Kinder leben in 37 Prozent der Haushalte, 12 Prozent sind kinderreiche Familien, mit drei oder mehr Kindern.

Fast jedes zweite Kind lebt in einem Ein-Kind-Haushalt

Abb. 1: Familien nach Anzahl der Kinder 2008



Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

In Haushalten mit einem ausländischen Haushaltsvorstand unterscheidet sich dies nur geringfügig: Genau ein Kind lebt in 44,5 % aller ausländischen Haushalte mit Kindern; in 38,1 % leben genau zwei Kinder; 17,4 % sind Haushalte mit drei oder mehr Kindern. Ein-Kind-Haushalte sind also etwas weniger verbreitet, kinderreiche Haushalte etwas mehr. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in der Häufigkeit, in der Kinder in Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand leben. Hier lebt in mehr als jedem viertem Haushalt (25,8 %) mindestens ein Kind. Dieser Wert liegt etwa sieben Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert für die Gesamtheit aller Haushalte im Bodenseekreis (siehe oben).

Höherer Anteil kinderreicher Haushalte bei nichtdeutscher Bevölkerung

Tab. 11: Kinderreiche Haushalte nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Anteil der kinderreichen Haushalte an allen Familienhaushalten
Friedrichshafen	11,9%
Überlingen	12,8%
Tettnang	13,7%
Meckenbeuren	12,7%
Markdorf	11,2%
Salem	13,3%
Kressbronn	12,8%
Uhdlingen-Mühlhofen	13,1%
Langenargen	13,5%
Immenstaad	12,3%
Meersburg	9,3%
Eriskirch	13,0%
Oberteuringen	13,1%
Owingen	14,4%
Deggenhausertal	16,5%
Bermatingen	13,1%
Frickingen	13,0%
Heiligenberg	15,7%
Neukirch	15,5%
Sipplingen	6,9%
Daisendorf	16,6%
Hagnau	10,3%
Stetten	8,2%
Gesamt	12,7%

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Die Tabelle gibt Aufschluss über die kleinräumige Verteilung der kinderreichen Haushalte im Bodenseekreis. Es zeigen sich deutliche Schwankungen. Den höchsten Anteil an allen Familienhaushalten haben die kinderreichen Haushalte in Daisendorf. In 16,6 % der Familien leben hier drei oder mehr Kinder. In der Gemeinde Sipplingen, wo der niedrigste Anteil zu verzeichnen ist, liegt dieser Wert fast zehn Prozentpunkte darunter (6,9 %). Betrachtet man die Gesamtheit aller Haushalte mit Kindern im Bodenseekreis, so lässt sich feststellen, dass in etwas mehr als jedem achten dieser Haushalte drei oder mehr Kinder wohnen (12,7 %).

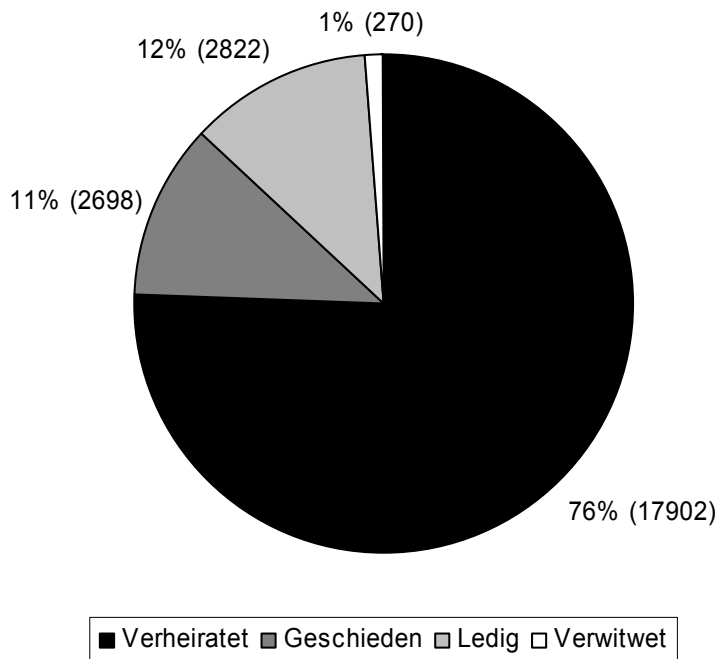
Unterschiedliche Anteile kinderreicher Familien in den Gemeinden

4.2 Familiäre Lebensformen

Die Bevölkerungsstatistik nimmt eine grobe Einteilung der familiären Lebensformen in „verheiratet“, „geschieden“, „ledig“ und „verwitwet“ vor. Die drei letztgenannten

Lebensformen werden auch unter dem Oberbegriff „alleinstehend“ zusammengefasst.

Abb. 2: Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren nach Familienstand 2008



Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Mit 76 Prozent sind mehr als drei Viertel aller Haushalte mit Kindern im Bodenseekreis dem traditionellen Familientypus zuzurechnen, der aus einem verheirateten Ehepaar und einem oder mehreren Kindern besteht. 24 Prozent aller Haushalte mit Kindern sind demnach Alleinstehenden-Haushalte. Hier spielen mit 12 Prozent bzw. 11 Prozent vor allem die Ledigen und die Geschiedenen eine Rolle.

In 76 % der Familien leben die Kinder mit verheirateten Eltern zusammen

An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass es einen grundlegenden Unterschied zwischen Alleinstehenden- und Alleinerziehenden-Haushalten gibt. Es handelt sich hierbei um zwei verschiedene Grundgesamtheiten, da nur im Alleinerziehenden-Haushalt mit Bestimmtheit davon auszugehen ist, dass die grundlegenden Elternleistungen von nur einer Person erbracht werden. Alleinstehende können, obwohl ledig, geschieden oder verwitwet durchaus mit einem Partner zusammenleben und sich die Erziehungsleistungen sowie die Hausarbeit teilen. Das wohl gebräuchlichste Beispiel hierfür ist die so genannte nichteheliche Lebensgemeinschaft. Genauere Angaben zu den tatsächlich Alleinerziehenden können mit den vorliegenden Daten der Bevölkerungsstatistik nicht getätigt werden. Unsere stichprobenbasierte Umfrage

Alleinstehend vs. allein erziehend

„Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“ ergab jedoch einen Alleinerziehendenanteil (das heißt derjenigen Eltern, die ohne einen Partner und nur mit ihren Kindern zusammen im Haushalt leben) von 12,4 %. Es ist also davon auszugehen, dass etwa in der Hälfte der Haushalte, die von der Bevölkerungsstatistik als Alleinstehenden-Haushalt mit Kindern ausgewiesen sind, ein unverheiratetes Paar lebt.

Tab. 12: Alleinstehende nach Gemeinden 2008

Gemeinde	Anteil von Alleinstehenden an allen Haushalten mit Kindern
Friedrichshafen	26,1%
Überlingen	30,4%
Tettnang	20,4%
Meckenbeuren	18,2%
Markdorf	23,8%
Salem	23,5%
Kressbronn	21,8%
Uhdingen-Mühlhofen	25,1%
Langenargen	24,5%
Immenstaad	24,2%
Meersburg	29,9%
Eriskirch	23,9%
Oberteuringen	18,1%
Owingen	28,2%
Deggenhausertal	22,2%
Bermatingen	23,9%
Frickingen	23,3%
Heiligenberg	27,9%
Neukirch	18,7%
Sipplingen	25,0%
Daisendorf	29,7%
Hagnau	21,2%
Stetten	21,4%
Gesamt	24,4%

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Eine Betrachtung des Alleinstehenden-Anteils nach Gemeinden weist kein besonderes Muster auf. Zwar liegen die Anteile in den größeren Gemeinden relativ hoch, jedoch gibt es auch kleinere Gemeinden, wie Daisendorf (29,7 %), Heiligenberg (27,9 %) oder Owingen (28,2 %), in denen Alleinstehenden-Haushalte unter den Haushalten mit Kindern prozentual stark vertreten sind. Die These, dass Alleinstehende ein knappes Zeitbudget besitzen und deswegen bevorzugt in größeren Kommunen wohnen, wo auf Grund des größeren infrastrukturellen Angebots der Alltag einfacher organisiert werden kann, lässt sich mit diesen Daten also nicht belegen.

Hohe Anteile von Alleinstehenden sowohl in größeren als auch kleineren Gemeinden

4.3 Nichtdeutsche Haushalte mit Kindern

Im Bodenseekreis gibt es zusammengenommen 2882 nichtdeutsche Vorstände von Haushalten mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. In 25,8 % dieser Haushalte leben Kinder. Dies ist ein recht hoher Wert, bedenkt man, dass im Bodenseekreis der Anteil der Haushalte mit Kindern über alle Haushalte hinweg bei 18,1 % liegt. Auf die Gesamtheit der Familien im Bodenseekreis bezogen macht der Anteil der nichtdeutschen Haushalte mit Kindern 12,2 % aus. Erwartungsgemäß zeigen sich jedoch deutlich kommunale Besonderheiten.

**2882 Haushalte
mit nichtdeut-
schem Haus-
haltsvorstand**

Tab. 13: Nichtdeutsche Haushalte mit Kindern nach Gemeinden

Gemeinde	Anteil von Familien mit einem nichtdeutschen Haushaltsvorstand an allen Haushalten mit Kindern
Friedrichshafen	18,5%
Überlingen	14,1%
Tett nang	10,0%
Meckenbeuren	5,6%
Markdorf	12,4%
Salem	9,7%
Kressbronn	9,4%
Uhdlingen-Mühlhofen	14,2%
Langenargen	7,9%
Immenstaad	9,1%
Meersburg	16,1%
Eriskirch	10,7%
Oberteuringen	6,4%
Owingen	7,2%
Deggenhausertal	3,2%
Bermatingen	7,6%
Frickingen	4,1%
Heiligenberg	6,3%
Neukirch	7,2%
Siplingen	7,3%
Daisendorf	7,4%
Hagnau	8,3%
Stetten	8,2%
Gesamt	12,2%

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren; eigene Berechnungen

Es sind fünf Kommunen, in denen der Anteil der nichtdeutschen Haushalte mit Kindern relativ hoch ist. In Friedrichshafen, Überlingen, Markdorf, Uhdlingen-Mühlhofen

und Meersburg liegt der entsprechende Wert über dem Durchschnitt. Es sind also nicht ausschließlich die größeren Städte im Bodenseekreis, in denen nichtdeutsche Haushalte mit Kindern stark vertreten sind. Jedoch liegt der Anteil von nichtdeutschen Haushalten mit Kindern in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, mit Ausnahme von Eriskirch, im einstelligen Bereich.

Gemeinden mit hohen Anteilen an nichtdeutschen Familien

Zwischenfazit

In 23.696 der 130.568 Haushalte im Bodenseekreis lebt mindestens ein Kind unter 18 Jahren. Der Familienanteil liegt somit bei 18 Prozent. In drei Viertel der Familien leben die Kinder mit verheirateten Eltern zusammen. Der Anteil allein stehender Familienoberhäupter beträgt 24 Prozent.

Fast die Hälfte der Familien sind Ein-Kind-Familien. In jedem achten Familienhaushalt leben drei oder mehr Kinder. Vergleichsweise hohe Anteile von kinderreichen Familien finden sich sowohl in größeren als auch in kleineren Gemeinden.

5. Wohnsituation der Familien im Bodenseekreis

Ein wichtiger Faktor für das positive Lebensgefühl von Familien ist die Wohnsituation und das nähere Wohnumfeld. Lassen sich hier die Notwendigkeiten des familiären Alltags gut organisieren, sind also Möglichkeiten zum Einkaufen, zur Erledigung der kleineren Post- und Bankgeschäfte, Freizeitmöglichkeiten sowie eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel vorhanden, so wirkt sich dies meist positiv auf das Wohlbefinden von Familien aus. Punkte, die wir im Folgenden behandeln, betreffen deshalb die Zufriedenheit mit Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche oder Fragen des Verkehrs und der Verkehrsanbindung. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den grundlegenden Wohnstrukturen der Familien im Bodenseekreis und gehen näher auf Familien ein, die den Wunsch haben, den Wohnort zu wechseln.

5.1 Wohnstrukturen

Die Wohnsituation von Familien und die Zufriedenheit mit dieser hängen von vielen Faktoren ab. Trotz aller Komplexität können einige grundlegende Kennzahlen die Wohnsituation der Familien in den einzelnen Gemeinden des Bodenseekreises sinnvoll erfassen. Dazu gehören die durchschnittliche Gesamtwohnfläche, die den Familien zur Verfügung steht, die durchschnittliche Wohnfläche pro Familienmitglied, der Anteil der Familien, die mit weniger als einem Zimmer pro Person auskommen müssen sowie der Anteil der Wohneigentümer.

Tab. 14: Wohnsituation der Familien im Bodenseekreis

Gemeinde	Durchschn. Gesamtwohnfläche in m ²	Durchschn. Wohnfläche pro Person in m ²	Weniger als ein Zimmer pro Person in %	Wohnigentümer in %
Friedrichshafen	112	30	19	59
Überlingen	125	35	14	47
Tettngang	130	36	14	69
Meckenbeuren	129	30	20	73
Markdorf	119	33	11	57
Salem	137	37	3	71
Kressbronn	117	31	11	63
Uhdlingen-Mühlhofen	117	31	23	59
Langenargen	116	33	15	61
Immenstaad	122	33	9	51
Meersburg	117	34	11	50
Eriskirch	128	34	18	56
Oberteuringen	143	37	8	68
Owingen	134	32	20	57
Deggenhausertal	151	37	8	78
Bermatingen	126	33	15	62
Frickingen	120	34	17	76
Heiligenberg	147	36	18	75
Neukirch	128	36	19	59
Sipplingen	134	35	12	65
Daisendorf	139	37	11	70
Hagnau	155	42	0	71
Stetten	129	35	13	66
Gesamt	124	33	15	61

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Wohnstrukturen in den Bodenseegemeinden sind verschieden. Familien in den beiden größten Städten Friedrichshafen und Überlingen können mit 112 m² und 125 m² eine vergleichsweise geringere durchschnittliche Wohnfläche in Anspruch nehmen. Auch Familien in Markdorf, Kressbronn, Uhdlingen-Mühlhofen, Langenargen, Meersburg und Frickingen mit um die 120 m² teilen diese Situation. Die Gemeinden mit der höchsten durchschnittlichen Wohnfläche sind Hagnau und Deggenhausertal mit 155 m² beziehungsweise 151 m².

Durchschnittliche Wohnfläche

Um festzustellen, wie beengt die Familien in den einzelnen Gemeinden tatsächlich leben, ist die durchschnittliche Gesamtwohnfläche auf die jeweilige Anzahl der Personen im Haushalt zu beziehen. Es zeigt sich, dass die Formel „je größer die Gemeinde, desto beengter die Wohnsituation“ im Bodenseekreis nur bedingt zutrifft. Zwar verfügen die

Durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf

Friedrichshafener Familien mit durchschnittlich 30 m² pro Person im Gesamtvergleich der Gemeinden über die geringste Wohnfläche. Jedoch unterscheiden sich auch kleinere Gemeinden, wie Meckenbeuren, Kressbronn und Uhdlingen-Mühlhofen in dieser Hinsicht nur unwesentlich von Friedrichshafen. Dagegen wohnen die Familien in den beiden nächstgrößeren Gemeinden im Kreis, Überlingen und Tettngang, etwas komfortabler, was die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf angeht (35 m² bzw. 36 m²). Die im Vergleich höchste Wohnfläche pro Kopf steht mit 42 m² den Familien in Hagnau zur Verfügung.

Auch der Anteil der Familien, die mit weniger als einem Zimmer pro Person auskommen müssen, ist im kommunalen Vergleich sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es gibt sowohl größere, wie auch kleinere Kommunen, in denen ein relativ hoher Prozentsatz an Familien weniger als einen Raum pro Person zur Verfügung hat. In Friedrichshafen, Meckenbeuren, Uhdlingen-Mühlhofen, Owingen und Neukirch trifft dies für etwa jede fünfte Familie zu. Demgegenüber stehen die Gemeinden Salem und Hagnau. Dort hat nahezu jeder Familienhaushalt ein eigenes Zimmer je Familienmitglied zur Verfügung. Die Daten sprechen dafür, dass dies auch auf die relativ hohe Wohneigentümerquote in diesen beiden Gemeinden zurückzuführen ist. Sowohl in Salem als auch in Hagnau wohnen über 70 Prozent der Familien in den eigenen vier Wänden. Allerdings weisen auch Meckenbeuren und Heiligenberg relativ hohe Wohneigentümerquoten auf. Der Anteil der Familien, die weniger als einen Raum pro Person zur Verfügung haben, bleibt dort trotz der hohen Eigentümerquote vergleichsweise hoch (20 beziehungsweise 18 Prozent).

Weniger als ein Zimmer pro Person

Eine tiefer greifende Analyse zeigt, dass es bestimmte Familien gibt, die vom Problem der beengten Wohnverhältnisse in besonderem Maße betroffen sind. Hierzu zählen die Familien mit Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt bei Migrantenfamilien lediglich 29 m², im Vergleich zu einem Durchschnittswert von 33 m² für alle Familien im Bodenseekreis. Beim Anteil der Familien, die mit weniger als einem Zimmer pro Person auskommen müssen, wird diese Diskrepanz sogar noch augenscheinlicher. Mit 30 Prozent lebt fast ein Drittel der Familien mit Migrationshintergrund im Kreis in solch beengten Verhältnissen. Der Durchschnittswert für alle Familien im Kreis ist mit 15 Prozent gerade einmal halb so hoch.

Beengte Wohnverhältnisse der Familien mit Migrationshintergrund

Ähnlich beengte Wohnverhältnisse sind bei den kinderreichen Familien im Kreis vorzufinden. In Familien mit drei oder mehr

Kindern liegt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person sogar bei nur 25,9 m². Mehr als jede dritte kinderreiche Familie (38,6 %) hat weniger als ein Zimmer pro Familienmitglied zur Verfügung.

Beengte Wohnverhältnisse der kinderreichen Familien

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Kontrollgruppenbefragung zeigt, dass beengte Wohnverhältnisse im Kreis fast ausschließlich Familien mit minderjährigen Kindern betreffen. Der Anteil der Haushalte, denen weniger als ein Zimmer pro Person zur Verfügung steht, liegt bei den kinderlosen Haushalten bei unter einem Prozent. Auch Haushalte, in denen die Eltern ausschließlich mit ihren bereits volljährigen Kindern zusammenwohnen, sind nur zu knapp sechs Prozent von solchen beengten Wohnverhältnissen betroffen. In diesen Haushalten liegt die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf bei etwa 36 m², in kinderlosen Haushalten verfügt jede Person sogar über durchschnittlich 66 m² Wohnfläche.

Haushalte ohne Kinder haben mehr Wohnraum zur Verfügung

5.2 Subjektive Wohnzufriedenheit

Jenseits solcher objektiven Maßzahlen ist eine wichtige Frage, ob sich die Familien in der jeweiligen Wohnsituation wohl fühlen. Beengte Wohnverhältnisse können beispielsweise durch die Wohnlage oder die Qualität des nachbarschaftlichen Kontakts ausgeglichen werden. Deswegen haben wir die Familien im Bodenseekreis auch nach ihrer subjektiven Wohnzufriedenheit befragt.

Hier geben 84,1 % der Familien an, mit ihrer Wohnung „absolut“ oder „eher zufrieden“ zu sein. „Eher“ beziehungsweise „absolut unzufrieden“ ist nur eine Minderheit von 4,4 % der Familien im Kreis. Auch mit ihrem Wohnumfeld, also beispielsweise der Verkehrsanbindung oder der wohnraumnahen Verfügbarkeit von Grünanlagen, ist ein Großteil der Familien im Kreis zufrieden, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau als bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Wohnung. Insgesamt geben 73,4 % der Familien an, mit dem Wohnumfeld „absolut“ oder „eher zufrieden“ zu sein. „Eher“ oder „absolut unzufrieden“ sind hingegen lediglich sieben Prozent der Haushalte mit Kindern.

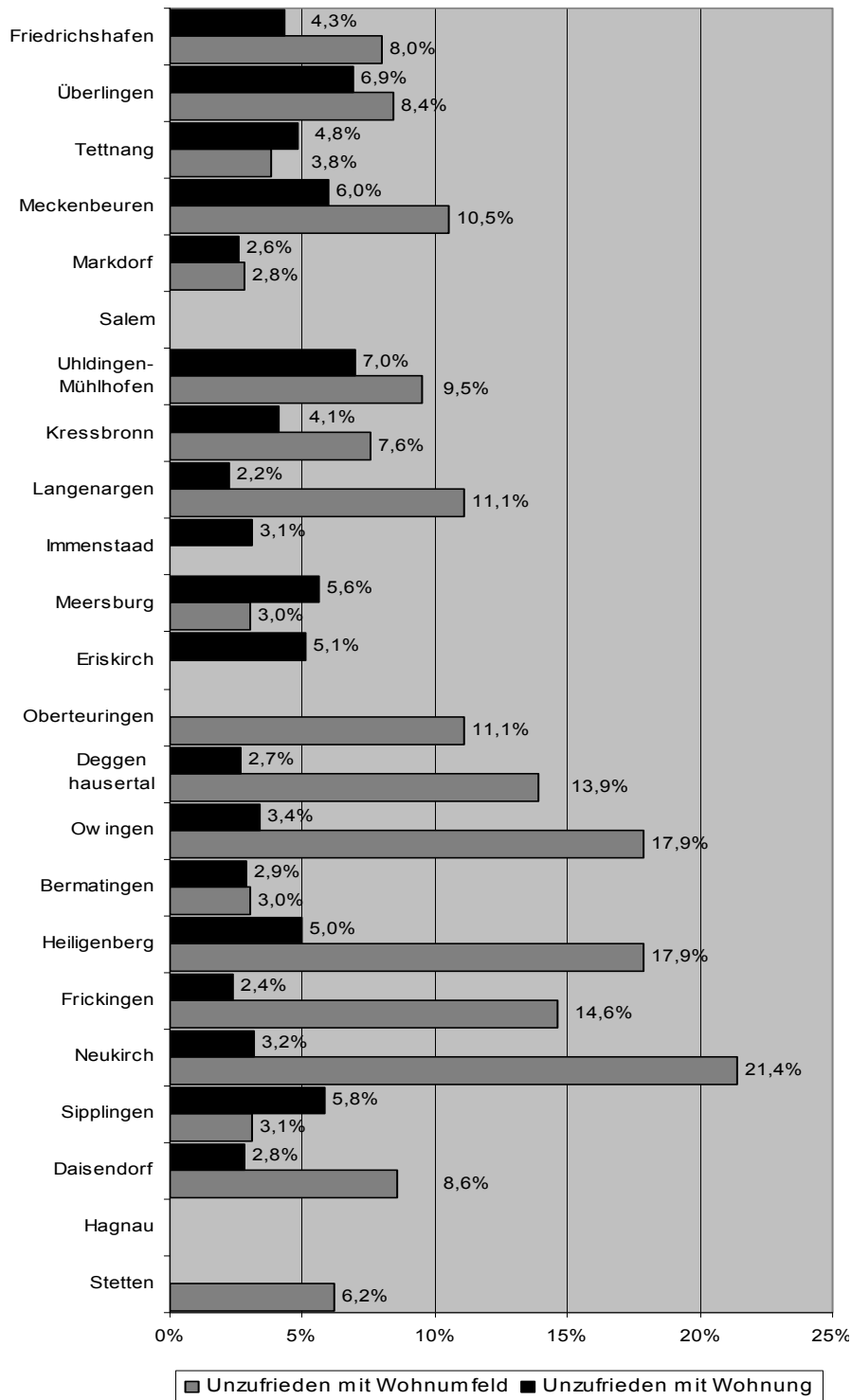
Hohe Zufriedenheit mit Wohnung; Zufriedenheit mit Wohnumfeld niedriger ausgeprägt

Sowohl bei der Zufriedenheit mit der Wohnung wie auch bei der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zur Kontrollgruppe. Kinderlose Haushalte, Eltern, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben und Haushalte, in denen noch volljährige Kinder gemeldet sind, bringen ebenfalls nur selten Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Kontrollgruppen haben ähnlich hohe Wohnzufriedenheit

Betrachtet man die Zufriedenheit der Familien differenziert nach Kreisgemeinden sind Unterschiede feststellbar.

Abb. 3: Unzufriedenheit mit Wohnung und Wohnumfeld nach Gemeinde⁴



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

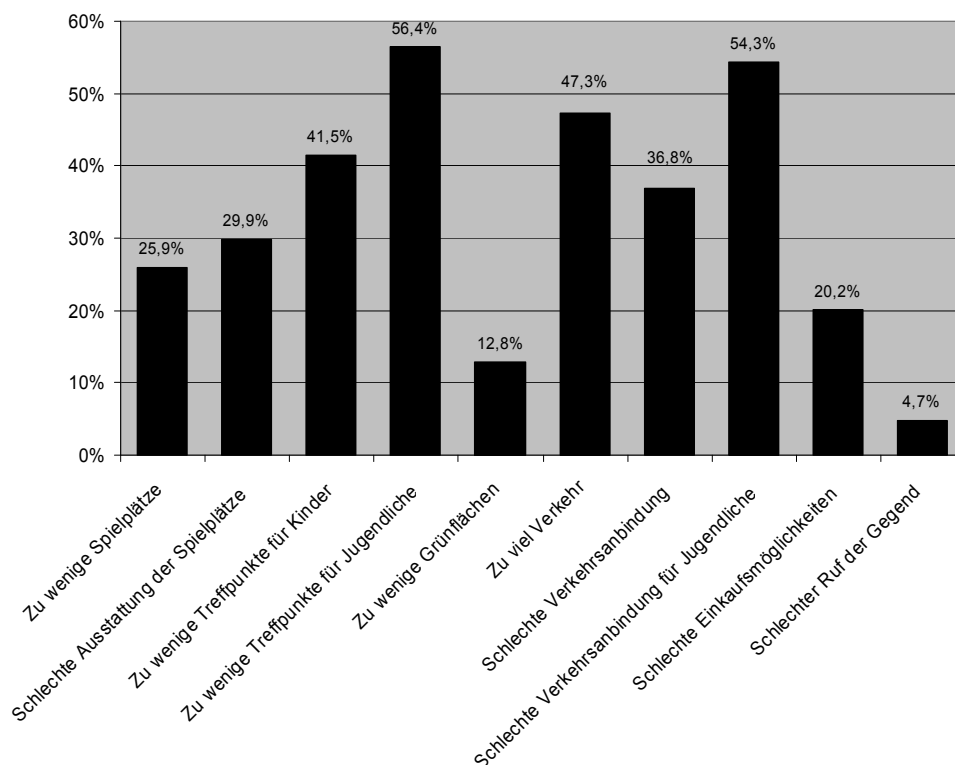
Generell ist eine hohe Zufriedenheit mit der Wohnung und überwiegend auch mit dem Wohnumfeld festzustellen. Da es

im Familienentwicklungsplan wesentlich darum geht, vorhandene Entwicklungspotenziale zu identifizieren, werden diese – trotz positiver Grundtendenz – im Folgenden im Vordergrund der Betrachtung stehen. Sie beziehen sich insbesondere auf die Wahrnehmung des Wohnumfelds.

Hier ist die Unzufriedenheit in den Gemeinden Neukirch, Heiligenberg und Owingen mit 21,4 % beziehungsweise 17,9 % am höchsten. In Salem, Immenstaad, Eriskirch und Hagnau sind die Familien mit dem Wohnumfeld hingegen sehr zufrieden. Es zeigt sich ein Trend, demzufolge in den kleineren, seefernen Gemeinden eher eine Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld zum Ausdruck gebracht wird. Dies scheint insbesondere im Zusammenhang mit der Verkehrsanbindung zu stehen. Auch die Einkaufsmöglichkeiten werden in diesen Gemeinden oftmals als nicht ausreichend wahrgenommen.

Unzufriedenheit mit Wohnumfeld am ehesten in seefernen Gemeinden

Abb. 4: Kritik am Wohnumfeld



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung zeigt die Bereiche, in denen die Familien im Bodenseekreis einen vorrangigen Handlungsbedarf sehen. Vor allem die Situation der Jugendlichen (Treffpunkte, Verkehrsanbindung) sowie die Verkehrssituation und die als ungenügend wahrgenommene Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln scheinen für Familien im Kreis ein

Wahrgenommener Handlungsbedarf vor allem bei der Situation der Jugendlichen, der Verkehrsanbin-

Thema zu sein. Des Weiteren bemängeln immerhin fast 42 Prozent der Familien im Kreis, dass es zu wenige Orte gibt, an denen Kinder sich treffen können.

dung, dem Verkehrsaufkommen und den Freiflächen für Kinder

Angesichts der Tatsache, dass sich die Gemeinden im Kreis hinsichtlich Lage, Größe und Bevölkerungszusammensetzung stark unterscheiden, ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch die Gründe, warum das Wohnumfeld als verbesserungswürdig angesehen wird, starken interkommunalen Schwankungen unterliegen. Betrachtet man nur die Durchschnittswerte auf Kreisebene, kann es sein, dass bestimmte Unzufriedenheiten unterschätzt werden, da sie in nur wenigen Gemeinden wahrgenommen werden, hier jedoch relativ häufig und wichtig für die Bewohner sind. Deshalb wird im Folgenden für jede Gemeinde ein Profil erstellt, welches auf jene Bedarfe verweist, die im Wohnumfeld für die Familien von Bedeutung sind.

Wahrgenommene Mängel im Wohnumfeld nach Gemeinde

Bedarf sehen Familien in **Friedrichshafen** vor allem bei den Treffpunkten für Jugendliche. Fast zwei Drittel der Familien (61,2 %) meinen, es gäbe zu wenige davon. Bezogen auf die Treffpunkte für Kinder sind dies immer noch 44 Prozent der Friedrichshafener Familien. Dicht gefolgt wird diese Problemwahrnehmung von Kritik an der Verkehrssituation. Gut 55 Prozent der Friedrichshafener Familien sind der Meinung, das Verkehrsaufkommen sei zu hoch. Obwohl die Verkehrsanbindung in Friedrichshafen insgesamt vergleichsweise gut eingeschätzt wird (nur 22 Prozent sind der Meinung, die Verkehrsanbindung wäre schlecht), sehen die Familien Handlungsbedarf bei der Einrichtung von öffentlichen Nahverkehrskonzepten, die spezifisch auf Jugendliche zugeschnitten sind (Nachtbus, „Discobus“, etc.). Fast jede zweite Familie (47 Prozent) meint die Verkehrsanbindung für Jugendliche sei schlecht.

Überlingen weist eine ähnliche Bedarfsstruktur aus Sicht der Eltern auf. Fast 70 Prozent der Familien sind der Meinung, es gäbe zu wenige Orte, an denen Jugendliche sich treffen können. Die Verkehrsanbindung für Jugendliche wird von 62,5 % als kritisch wahrgenommen. 48 Prozent der Familien stimmen der Aussage „Es gibt zu viel Verkehr“ zu und knapp 44 Prozent bemängeln, dass es zu wenige Treffpunkte für Kinder gibt.

In **Tettngang** kritisieren 61 Prozent der Familien die Verkehrsanbindung für Jugendliche. Jeweils 58 Prozent meinen, es gibt zu viel Verkehr und zu wenige Treffpunkte für Jugendliche. Mehr Treffpunkte für Kinder wünschen sich 43 Prozent der Familien. Auch die generelle Anbindung mit

öffentlichen Verkehrsmitteln wird in Tettwang relativ häufig von Familien thematisiert. Gut 40 Prozent schätzen sie als schlecht ein.

In **Meckenbeuren** ist es vor allem die Verkehrssituation, die die Familien bewegt. 55 Prozent meinen, es gäbe zu viel Verkehr. Außerdem wird bemängelt, dass es zu wenige Orte gibt, wo Jugendliche (49 Prozent) und Kinder (46 Prozent) sich treffen können. Erfreulich ist, dass nur 26,5 % der Familien die zu geringe Anzahl von Spielplätzen kritisch vermerkt. Die Ausstattung der vorhandenen Spielplätze wird hingegen von 44 Prozent der Familien als verbesserungswürdig wahrgenommen.

In **Markdorf** meinen 47 Prozent, die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel könnte besser sein und 45 Prozent sind der Meinung, es müsse mehr Treffpunkte für Jugendliche geben. Die Verkehrsanbindung für Jugendliche bemängeln knapp 40 Prozent der Familien.

Familien in **Salem** sorgen sich vor allem um die Situation der Jugendlichen. 57 Prozent wünschen sich Verkehrskonzepte, die besser auf Jugendliche zugeschnitten sind und 53 Prozent wünschen sich mehr Treffpunkte für Jugendliche. 43 Prozent der Familien wünschen sich generell eine bessere Verkehrsanbindung. Genau so viele sind der Meinung, es gäbe zu viel Verkehr. Immerhin knapp 40 Prozent der Familien sind der Meinung, in Salem gäbe es zu wenige Spielplätze.

Treffpunkte für Kinder und Jugendliche scheinen in **Uhdingen-Mühlhofen** in der Wahrnehmung vieler Familien einen vorrangigen Bedarf darzustellen. Knapp 80 Prozent der Familien sind der Meinung, es gäbe zu wenige davon. Gut 61 Prozent sehen einen solchen Bedarf auch für die Gruppe der Kinder. Die Verkehrsanbindung für Jugendliche wird von knapp 64 Prozent der Familien in Uhdingen-Mühlhofen bemängelt. 45,5 % beanstanden die zu geringe Zahl der Spielplätze. 38 Prozent wünschen sich eine bessere Ausstattung der vorhandenen Spielplätze.

Kressbronn folgt dem Muster der Gemeinden, in denen die Verkehrsanbindung für Jugendliche (58,6 %) und die Treffpunkte für Jugendliche (55,6 %) an der Spitze der Bedarfsliste stehen. Des Weiteren wird von knapp 46 Prozent der Familien das Verkehrsaufkommen beklagt. 41,8 % vertreten die Meinung, die Verkehrsanbindung wäre schlecht.

In **Langenargen** halten jeweils 39 Prozent die Verkehrsanbindung allgemein, und die Verkehrsanbindung für

Jugendliche für verbesserungswürdig.

In **Immenstaad** weisen die Familien eine hohe Zufriedenheit mit ihrem Wohnumfeld auf. Gut 41 Prozent bemängeln das Verkehrsaufkommen. Daneben sind keinerlei gehäufte Nennungen zu verzeichnen.

Die Verkehrsanbindung speziell für Jugendliche wird in **Meersburg** am häufigsten kritisiert (51,4 %). Auch eine zu geringe Anzahl von Treffpunkten für Kinder und Jugendliche, das Verkehrsaufkommen, sowie die allgemeine Verkehrsanbindung wird von jeweils um die 40 Prozent der Familien als problematisch gesehen. Darüber hinaus merken auch in Meersburg knapp 42 Prozent der Familien an, dass die Ausstattung der Spielplätze besser sein könnte.

Wie in vielen anderen Gemeinden wird auch in **Eriskirch** die Verkehrsanbindung für Jugendliche als nicht zufrieden stellend wahrgenommen. 69,2 % der Familien sehen hier Handlungsbedarf. Daneben sind in Eriskirch auch die Verkehrsanbindung im Allgemeinen (49 %), sowie das Verkehrsaufkommen (44 %) ein Thema.

Eine ähnliche Bedarfsstruktur ist in **Oberteuringen** vorzufinden. Auch hier sehen die Familien in der Verkehrsanbindung für Jugendliche (64,9 %), der Verkehrsanbindung allgemein (60,5 %), und dem Verkehrsaufkommen (44,7 %) ein Problem. Des Weiteren wünschen sich knapp 46 Prozent der Familien mehr Treffpunkte für Jugendliche.

In **Deggenhausertal** ist mit weitem Abstand die Verkehrsanbindung das wichtigste Thema für die Familien. 94 beziehungsweise 92 Prozent bemängeln die Verkehrsanbindung für Jugendliche und die Verkehrsanbindung allgemein. Knapp 57 Prozent der Familien teilen die Meinung, es gäbe zu wenige Orte, an denen Jugendliche Zeit miteinander verbringen können. Für 49 Prozent der Familien trifft dieser Befund auch auf die Treffpunkte für Kinder zu.

Auch in **Owingen** stehen eine bessere Verkehrsanbindung für Jugendliche und mehr Treffpunkte für Jugendliche auf der Wunschliste. Jeweils etwa 60 Prozent der Familien sehen hier Handlungsbedarf. Genau in jeder zweiten Familie wird die allgemeine Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz als nicht ausreichend angesehen. Die zu geringe Anzahl von Treffpunkten für Kinder kritisieren 43,3 % der Familien.

Eine große Mehrheit der Familien in **Bermatingen** sieht die Verkehrsanbindung für Jugendliche als nicht ausreichend an.

Knapp 82 Prozent sehen hier Handlungsbedarf. In der Problemwahrnehmung der Familien folgen dann mit weitem Abstand die Treffpunkte für Kinder und Jugendliche (jeweils 59 Prozent), das Verkehrsaufkommen (46 Prozent) sowie die Ausstattung der Spielplätze (44 Prozent).

In **Heiligenberg** ist die Problematik der Verkehrsanbindung dominant. 87 Prozent meinen, die Verkehrsanbindung für Jugendliche wäre verbesserungswürdig, für 75 Prozent trifft das für die Verkehrsanbindung generell zu. Auch die Spielplätze stoßen auf Kritik. 43,2 % der Familien wünschen sich mehr davon. Knapp 65 Prozent der Familien hält die Ausstattung der vorhandenen Spielplätze für verbesserungswürdig. Neben der zu geringen Anzahl von Treffpunkten für Kinder und Jugendliche (54 beziehungsweise 68 Prozent) werden auch die Einkaufsmöglichkeiten von 63 Prozent der Familien in Heiligenberg kritisiert.

Auch in **Frickingen** steht die Verkehrsanbindung in der Kritik der Familien. Jeweils um die 65 Prozent sind der Meinung, die Verkehrsanbindung für Jugendliche beziehungsweise die Verkehrsanbindung allgemein wäre nicht ausreichend. Darüber hinaus findet sich ein hoher Prozentsatz von Familien, die sich mehr Treffpunkte für Jugendliche wünschen (73 Prozent).

Wie in allen kleineren Kreisgemeinden findet sich auch in **Neukirch** ein signifikanter Prozentsatz von Familien, die sich eine bessere Verkehrsanbindung wünschen (74 Prozent). Auch die Notwendigkeit einer besseren Abstimmung der Verkehrsanbindung auf die Bedürfnisse von Jugendlichen wird von 78 Prozent der Familien in Neukirch gesehen. Zusätzlich wird angeführt, dass es zu wenige Treffpunkte für Kinder (56 Prozent) und Jugendliche (59 Prozent) gibt. Mehr als jede zweite Familie wünscht sich außerdem bessere Einkaufsmöglichkeiten.

Auch in **Sipplingen** wird die Verkehrsanbindung für Jugendliche relativ schlecht bewertet (66 Prozent). Interessanterweise ist der Prozentsatz der Familien, die die Verkehrsanbindung im Allgemeinen als defizitär erachten, mit 25 Prozent jedoch relativ gering. Dafür sieht mehr als jede zweite Familie in Sipplingen im Verkehrsaufkommen ein Problem (56 Prozent). Darüber hinaus wünschen sich 49 Prozent der Familien in Sipplingen mehr Treffpunkte für Jugendliche.

In **Daisendorf** ist das bekannte Muster zu beobachten, nach dem die Verkehrsanbindung im Allgemeinen sowie die

Verkehrsanbindung speziell für Jugendliche bemängelt wird. Jeweils 73 Prozent der Familien in Daisendorf äußern sich dementsprechend. Ein weiterer Kritikpunkt sind die Treffpunkte für Jugendliche. 68 Prozent der Familien sind der Meinung, es sollte mehr davon geben.

Das Hauptproblem in **Hagnau** ist das Verkehrsaufkommen, welches von 75 Prozent der Familien als zu hoch wahrgenommen wird. Des Weiteren wird die verbesserungswürdige Verkehrsanbindung für Jugendliche kritisiert (48 Prozent), wobei die Verkehrsanbindung im Allgemeinen von vergleichsweise wenigen Familien negativ bewertet wird (26 Prozent). Etwas mehr als jede zweite Familie (51,6 %) ist zudem mit den Einkaufsmöglichkeiten vor Ort unzufrieden.

Wie in Hagnau wird auch in **Stetten** das Verkehrsaufkommen sehr negativ bewertet (74 Prozent). Daneben steht wiederum die schlechte Verkehrsanbindung für Jugendliche (65 Prozent) in der Kritik. Etwa jede zweite Familie sieht einen Bedarf an Treffpunkten für Jugendliche sowie besseren Einkaufsmöglichkeiten.

5.3 Familien mit Umzugsplänen

Etwa jede dritte Familie im Bodenseekreis trägt sich mit Gedanken an einen Umzug. „Konkrete Umzugspläne“ haben allerdings nur 11,3 % der Familien. Etwa 18,8 % geben an, zumindest „schon einmal über einen Umzug nachgedacht“ zu haben.

Jede dritte Familie hat Umzugspläne

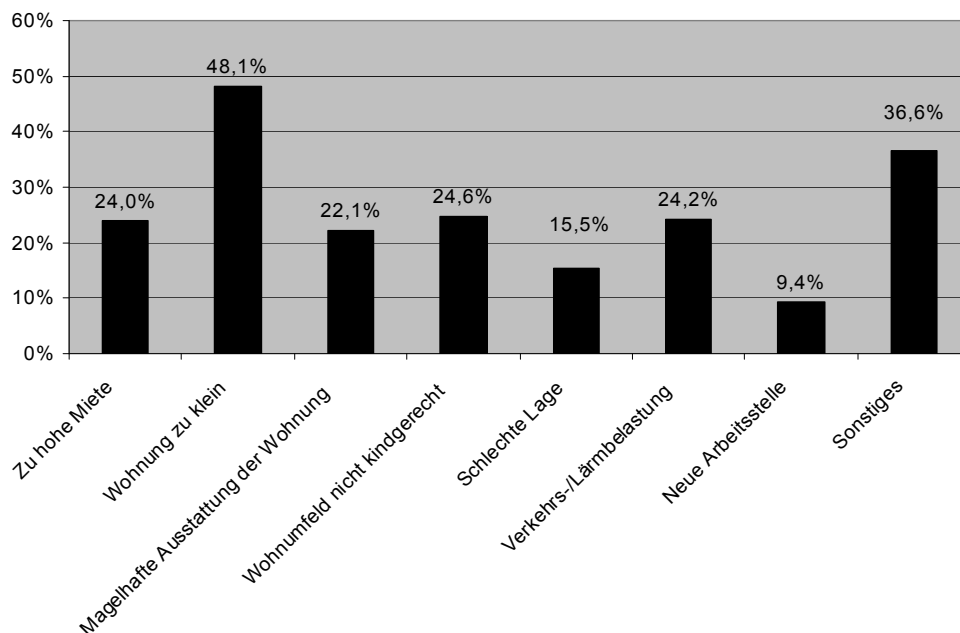
Eltern, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben, stehen einem möglichen Umzug grundsätzlich skeptischer gegenüber. In dieser Gruppe hat nur etwa jeder fünfte Haushalt mehr oder weniger konkrete Umzugspläne. Dies hat sicher mit der Altersstruktur dieser Gruppe zu tun, aber auch mit vergleichsweise konstanteren Platzansprüchen gegenüber Familien. Demgegenüber weisen Kinderlose eine höhere Mobilitätsbereitschaft auf. Über 41 Prozent der kinderlosen Haushalte tragen sich mit Gedanken an einen Umzug.

Niedrigere Mobilitätsbereitschaft bei Personen, deren Kinder den Haushalt verlassen haben; höhere Mobilitätsbereitschaft bei Kinderlosen

Die meisten Familien, die einen Umzug in Erwägung ziehen, finden sich in Überlingen (38 Prozent), Owingen (40 Prozent), Daisendorf (41 Prozent) und Uhdlingen-Mühlhofen (41 Prozent). In Owingen und Daisendorf ist zudem der Anteil der Familien mit konkreten Umzugsplänen besonders hoch (23,3 % beziehungsweise 18,9 %).

Gemeinden mit hoher Umzugsbereitschaft

Abb. 5.: Umzugsgründe⁵



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Der Wunsch nach mehr Platz scheint charakteristisch für die meisten umzugswilligen Familien zu sein. Ungefähr jede zweite begründet ihren Umzugswunsch mit der nicht ausreichenden Größe der Wohnung. Ansprüche an Platz und Umfeld hängen ab von dem Alter der Kinder und ändern sich mit diesem. Etwa jede fünfte umzugswillige Familie gibt an, ihr Umzugswunsch ist darauf zurückzuführen, dass ihr Wohnumfeld nicht in ausreichendem Maße kindgerecht sei. Etwas weniger, 24 Prozent, sehen die Verkehrsbeziehungsweise Lärmbelastung als ausschlaggebend für ihren Umzugswunsch an. Ebenfalls 24 Prozent der zur Miete wohnenden umzugswilligen Familien geben an, sie wollen umziehen, da ihnen die Mietkosten zu hoch sind. Mit 37 Prozent geben relativ viele Familien „sonstige Gründe“ für ihre Umzugspläne an und begründen diese in einer offenen Antwortkategorie sehr unterschiedlich. Lediglich der Bau oder Erwerb eines Eigenheims wurde unter dieser Rubrik gehäuft genannt.

Umszugsgründe: Wohnungsgröße, Wohnumfeld, Verkehrs-/Lärmbelastung, Miethöhe

Im Folgenden werden die am häufigsten genannten Umzugsgründe für die Gemeinden im Bodenseekreis, in denen vergleichsweise viele Familien einen Umzugswunsch aufweisen, analysiert.

Umszugsgründe nach Gemeinden

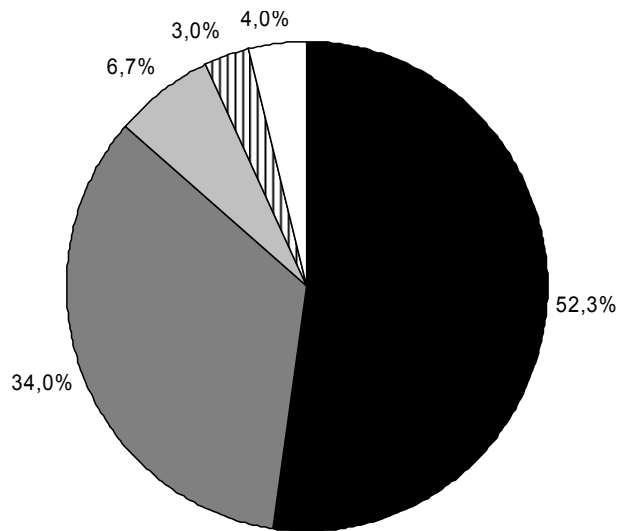
In **Überlingen** geben mit 39,1 % besonders viele Familien das als nicht kindgerecht empfundene Wohnumfeld als einen Grund für ihre Umzugspläne an. Aber auch die Ausstattung der Wohnung (32,1 %) und die Miethöhe (31,8 %) spielen eine Rolle.

In **Owingen** scheint besonders die als zu beengt empfundene Wohnsituation Auswirkungen auf den Umzugswunsch zu haben. Dies bestätigen auch die Daten zu den Wohnstrukturen im Kreis (vgl. Tab. 14). 58 Prozent der Familien aus Owingen, die sich mit Umzugsplänen tragen, geben an, die nicht ausreichende Größe ihrer Wohnung lasse sie sich nach Wohnalternativen umsehen. Für 40 Prozent spielt die Miethöhe eine Rolle. Immerhin noch 33 Prozent der Umzugswilligen sehen die Lage ihrer Wohnung (zu weiter Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, etc.) als ausschlaggebend an.

Auch in **Daisendorf** scheint für umzugswillige Familien vor allem die nicht ausreichende Größe der Wohnung als Umzugsgrund dominant zu sein. 40 Prozent der Familien äußern sich dementsprechend. Zwar ist die anhand von objektiven Kennzahlen festgestellte Wohnsituation nicht als überdurchschnittlich beengt anzusehen (vgl. Tab. 14). Es finden sich in Daisendorf jedoch besonders viele kinderreiche Familien (vgl. Tab. 11), die besonders hohe Platzansprüche haben.

Die angegebenen Umzugsgründe in **Uhdingen-Mühlhofen** sind sehr heterogen. Auffällig gehäufte Nennungen treten hier nur bei der Größe der Wohnung auf. 39 Prozent der umzugswilligen Familien geben an, ihre Wohnung wäre zu klein, und sie würden sich deshalb nach Alternativen umsehen.

Abb. 6: Wohnort nach Umzug



■ In derselben Gemeinde	■ Weiterer Bodenseekreis	□ Weiteres Baden Württemberg
▨ Anderes Bundesland	□ Ausland	

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Tatsache, dass jede dritte Familie im Bodenseekreis einen Umzug in Erwägung zieht, signalisiert eine hohe Mobilitätsbereitschaft. Betrachtet man aber die Orte, in denen die Familien nach dem Umzug am liebsten wohnen wollen, so drückt sich darin gleichzeitig ihre Verbundenheit zur Region aus. Mehr als 86 Prozent der umzugswilligen Familien wollen im Bodenseekreis bleiben, entweder in ihrer jetzigen Gemeinde (52,3 %) oder in einer anderen Kreisgemeinde (34,0 %). Das weitere Baden-Württemberg, ein anderes Bundesland oder das Ausland spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Dieser Befund kann als Ausdruck einer grundsätzlich sehr hohen Wohnzufriedenheit der Familien in der Bodenseeregion gewertet werden.

Großteil der umzugswilligen Familien will im Bodenseekreis bleiben

Zwischenfazit

15 Prozent der Familien im Kreis steht weniger als ein Zimmer pro Person zur Verfügung. Besonders Familien mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien sind von beengten Wohnverhältnissen betroffen.

Die subjektive Wohnzufriedenheit der Familien im Kreis überwiegt, insbesondere was die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung angeht. Besonders in seefernen Gemeinden ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld etwas niedriger ausgeprägt. Häufig kritisiert werden die als nicht ausreichend wahrgenommene Anzahl der Treffpunkte für Jugendliche und die Anbindung des Wohnorts an das öffentliche Nahverkehrsnetz.

Die Mobilitätsbereitschaft der Familien im Kreis ist hoch. Jede dritte Familie hat Umzugspläne. Als Umzugsgründe werden vor allem die nicht ausreichende Größe der Wohnung, das nicht kindgerechte Wohnumfeld, die Verkehrsbelastung und die Miethöhe angeführt. Allerdings will die Mehrheit der umzugswilligen Familien (86 Prozent) auch nach dem Umzug im Bodenseekreis wohnhaft bleiben, was als weiteres Indiz für die hohe Wohnzufriedenheit gewertet werden kann.

6. Kinder in der Familie

Familien gibt es in unzähligen Formen und Variationen. Die Gesamtheit aller Familienmitglieder weist nicht eine fest definierte Merkmalskombination auf, sondern ist so unterschiedlich zusammengesetzt wie die Gesellschaft selbst. Jeder ist auf die eine oder andere Weise Mitglied einer Familie. Egal ob jung oder alt, allein lebend, oder als Mitglied im klassischen Familienhaushalt, wir sind alle in irgendeiner Form Familie!

Auch wenn wir im Folgenden näher auf die Situation der Kinder eingehen, so ist dieser grundlegende Sachverhalt nicht aus den Augen zu verlieren. Die gesonderte Betrachtung von Haushalten mit Kindern ist der Tatsache geschuldet, dass Familien mit minderjährigen Kindern in ungleich stärkerem Maße Anforderungen ausgesetzt sind, die andere Haushaltsformen in der Regel nicht in gleichem Maße spüren. Eltern tragen nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kinder Verantwortung. Ansprüche und Aufgaben in der Erziehung und der Versorgung von Kindern sind dabei heute in erheblichem Maß gewachsen. Die Begleitung von Kindern beim Erwachsenwerden und beim Hineinwachsen in Arbeitsleben und Gesellschaft verlangt Eltern sich immer wieder verändernden Einsatz ab.

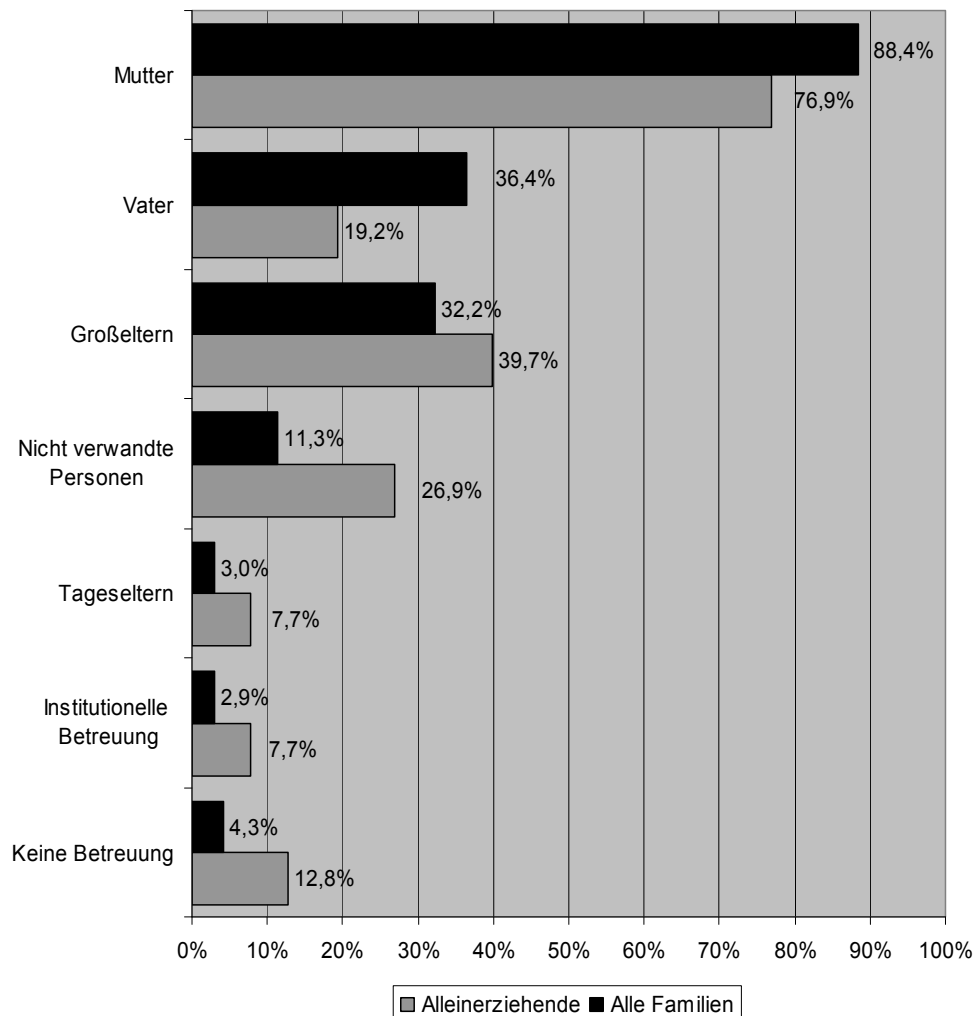
All dies führt zu der berechtigten Frage, wie Familien mit Kindern im Bodenseekreis mit diesen Anforderungen umgehen. Welche Betreuungsarrangements für die Kinder gibt es? Wie zufrieden sind die Eltern mit der Schule der Kinder? Welche Unterstützungsangebote nehmen sie in Anspruch? Wie gestalten sie ihre Freizeit und welche Sprachen werden im Alltag gesprochen?

6.1 Betreuung

Die Betreuung der Kinder ist eine der elementaren Aufgaben von Familien. Ihre Wahrnehmung wird in Zeiten, in denen nicht mehr nur die Väter, sondern auch die Mütter berufstätig sind und auch zahlreiche Alleinerziehende den Erwerb des Familieneinkommens leisten müssen, immer mehr vor Herausforderungen gestellt. Dabei wird eine gute Betreuung als unerlässlich für eine positive Entwicklung der Kinder wahrgenommen. Institutionelle Betreuungsangebote können die Bedürfnisse von berufstätigen Eltern derzeit noch nicht abdecken. Deswegen ist eine wichtige Frage, welche Betreuungsarrangements Eltern für ihre Sprösslinge organisieren, wie sie mit diesen zufrieden sind und welche

spezifischen Bedarfe sie selbst formulieren.

Abb. 7: Betreuung von Kindern unter 10 Jahren außerhalb von Bildungs-/Betreuungseinrichtungen



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %.

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Wir haben die Familien im Bodenseekreis danach gefragt, wer ihre Kinder tagsüber betreut, wenn diese sich nicht in Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen, wie Schule oder Kindergarten, aufhalten. Die Antworten lassen eine klassische Rollenverteilung erkennen. Knapp 90 Prozent der Kinder unter 10 Jahren im Bodenseekreis werden von ihrer Mutter betreut. Eine Betreuung durch den Vater spielt demgegenüber mit 36,4 % nur eine untergeordnete Rolle. Es wird allerdings deutlich, dass viele Familien im Bodenseekreis bei der Kinderbetreuung auf die Hilfe der Großelterngeneration zurückgreifen können. Fast jedes dritte Kind wird zumindest zeitweise von einem Großelternanteil betreut. In 11,3 % der Familien übernehmen auch nicht verwandte Personen (Freunde, Bekannten,

**Traditionelle
Betreuungsar-
rangements
überwiegen**

Nachbarn) Betreuungsfunktionen.

Etwas anders sieht die Situation bei den Kindern in Alleinerziehenden-Haushalten aus. Hier ist eine Akzentverschiebung weg von der familiären, hin zur außerfamiliären Betreuung erkennbar. Nur noch 76,9 % der Kinder aus Alleinerziehendenfamilien werden von der Mutter betreut. Dies ist offensichtlich der Tatsache geschuldet, dass viele berufstätige allein erziehende Mütter die Betreuung aus zeitlichen Gründen nicht mehr selbst übernehmen können. Es verwundert nicht weiter, dass Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten deshalb auch häufiger von den Großeltern betreut werden (39,7 %). Besondere Bedeutung für die Alleinerziehenden haben die außerfamiliären Betreuungsarrangements (nicht verwandte Personen, Tageseltern, institutionelle Betreuung). Der Anteil der Kinder aus Alleinerziehendenfamilien, die diese Betreuungsarrangements kennen, liegt jeweils doppelt so hoch wie bei allen Familien zusammengenommen (26,9 %; 7,7 %; 7,7 %). Der Anteil der Kinder unter 10 Jahren, die zeitweise ohne Betreuung auskommen müssen, entweder weil sie nicht organisiert werden kann, oder weil sie als nicht nötig erachtet wird, nimmt bei den Alleinerziehenden mit 12,8 % einen etwa drei mal so hohen Wert an, als bei der Gesamtheit aller Familien.

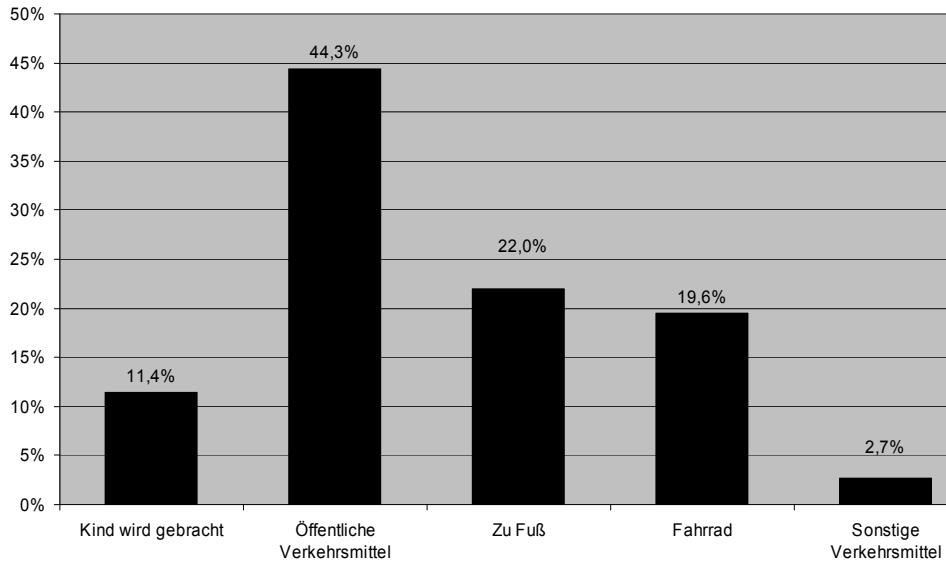
**Bedeutung
außerfamiliärer
Betreuungsarrangements in
Ein-Eltern-Familien**

6.2 Schulbesuch

Der Schulbesuch ist für Kinder eine prägende Phase. Hier werden Kontakte zu Gleichaltrigen geknüpft, der Umgang mit Autoritäten „geübt“, und Wissen und Werte für das spätere Leben angeeignet. Auch für Ausbildung, Studium und Beruf soll die Schule vorbereiten. Nicht immer läuft das reibungslos und nicht immer ist die Sicht auf die Institution Schule ungebrochen positiv. Der Schulbesuch kann für Familien eine Quelle latenter Probleme und Konflikte sein, beispielsweise wenn der Schulweg als gefährlich eingeschätzt wird oder wenn es Schwierigkeiten beim Lernen oder mit Lehrern gibt und ähnliches mehr. Für Eltern und Kinder ist die Zufriedenheit mit der Schule ein wichtiger Aspekt.

Schulweg

Abb. 8: Zurücklegen des Weges zur Schule

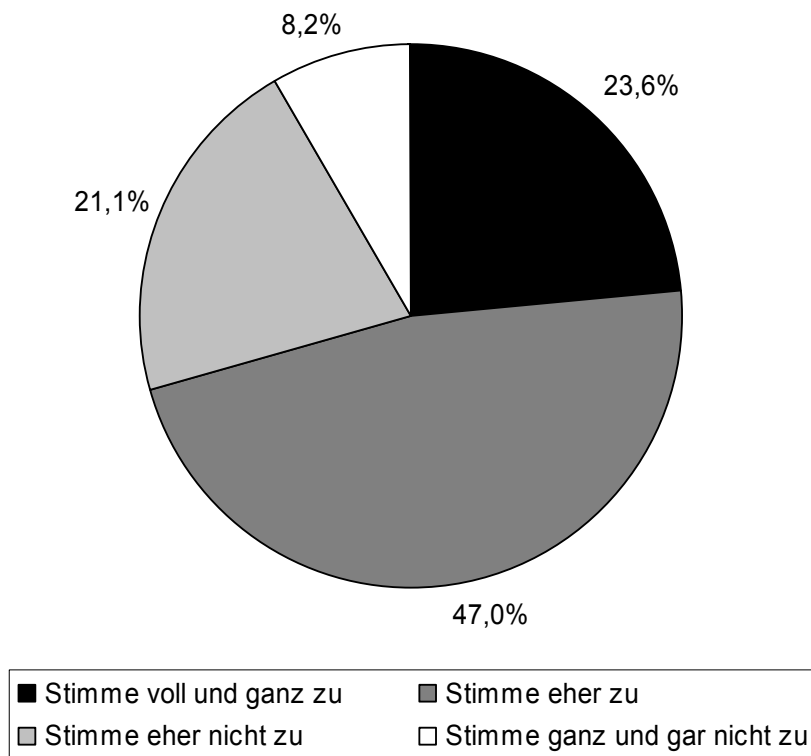


Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Wie die Abbildung verdeutlicht, nutzt ein Großteil der Schüler im Bodenseekreis zur Bewältigung des Schulwegs öffentliche Verkehrsmittel. Immerhin ein Anteil von jeweils etwa einem Fünftel legt den Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück.

Fast jedes zweite Schulkind nutzt öffentliche Verkehrsmittel

Abb. 9: „Der Schulweg meines jüngsten schulpflichtigen Kindes ist sicher“



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Wir haben die Eltern im Bodenseekreis auch nach ihrer Einschätzung der Schulwegsicherheit gefragt. Etwa 70 Prozent sehen diese eher positiv und stimmen der Aussage „Der Schulweg meines jüngsten schulpflichtigen Kindes ist sicher“ „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Die Eltern in Sipplingen und Uhdingen-Mühlhofen schätzen den Schulweg am sichersten ein. Hier finden sich 86,4 % beziehungsweise 90,6 %, die der oben genannten Aussage „voll und ganz“ beziehungsweise „eher“ zustimmen. Als relativ unsicher wird der Schulweg hingegen in Owingen, Immenstaad und Kressbronn bewertet. Jeweils 40 Prozent der Eltern stehen hier der Aussage ablehnend gegenüber und stimmen „eher nicht“ oder „ganz und gar nicht“ zu. In Tett nang liegt dieser Anteil sogar bei rund 45 Prozent.

Schulwegsicherheit wird von einem Drittel der Eltern skeptisch beurteilt

Verkehrssicherheit

Die überwiegend sichere Beurteilung des Schulwegs bedeutet aber nicht, dass die Eltern mit der Verkehrssituation insgesamt zufrieden sind. Viele Eltern kennen in ihrer Heimatgemeinde eine Stelle oder eine Straße, wo sie den Verkehr für Kinder und Jugendliche als besonders gefährlich einschätzen. Knapp 70 Prozent benennen eine solche Stelle. Die häufigsten

70 % nennen eine gefährliche Stelle im Straßenverkehr

Antworten für jede Gemeinde werden im Folgenden kurz dargestellt.

In **Friedrichshafen** werden die Albrechtstraße, die Charlottenstraße, die Paulinenstraße, die Meisterhofener Straße, sowie der Kreisverkehr am Bodenseecenter besonders häufig genannt.

Die Eltern in **Überlingen** sehen besonders in der Friedhofstraße und der Rauensteinstraße eine potentielle Gefahrenquelle.

Die Verkehrssituation in **Tett nang** wird vergleichsweise kritisch gesehen. 76,5 % der Eltern kennen eine Stelle oder Straße, die von ihnen als besonders gefährlich für Kinder und Jugendliche eingeschätzt wird. Hierzu gehören die Bahnhofstraße, der Bärenplatz, die Kirchstraße, die Lindauer Straße und die Lorettostraße.

Auch in **Meckenbeuren** scheint ein sehr ausgeprägtes Problembewusstsein der Eltern vorhanden zu sein. Hier kennen sogar 82 Prozent der Eltern eine als besonders gefährlich eingeschätzte Stelle. Vor allem die Andreas-Hofer-Straße, die Hauptstraße, sowie die Pfingstweider Straße werden genannt.

In **Markdorf** können 80 Prozent der Eltern eine konkrete Stelle nennen, die als gefährlich für Kinder und Jugendliche eingeschätzt wird. Die Markdorfer Eltern sprechen vor allem die B 33, die Muldenbachstraße und die Ravensburger Straße an.

Die Eltern in **Salem** sehen vor allem in der Markdorfer Straße eine potentielle Gefährdung für ihre Kinder.

In **Uhldingen-Mühlhofen** sehen zwar mit knapp 55 Prozent vergleichsweise wenige Eltern ein Problem. Viele derjenigen, die eine gefährliche Stelle kennen verweisen jedoch einmütig auf die Achstraße.

Die meisten Nennungen in **Kressbronn** erhielten die Hauptstraße und die Kirchstraße.

In **Langenargen** finden sich besonders viele Eltern, die der Verkehrssituation in der Lindauer Straße und der Friedrichshafener Straße kritisch gegenüber stehen.

Die Eltern in **Immenstaad** halten die Fritz-Kopp-Straße für die mit Abstand kritischste Stelle im Straßenverkehr.

In **Meersburg** führt die Daisendorfer Straße die Liste der am häufigsten genannten Stellen an. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Mesmerstraße und die Schützenstraße.

Auch in **Eriskirch** nehmen viele Eltern eine oder mehrere Stellen als besonders gefährlich wahr. Besonders häufig werden die Mariabrunnstraße und die Greuther Straße genannt.

In **Oberteuringen** sind die Eltern sehr besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder im Straßenverkehr. Acht von zehn Eltern kennen eine gefährliche Stelle für Kinder und Jugendliche. Genannt werden: Eugen-Bolz-Straße, Adenauerstraße, Hauptstraße, Raiffeisenstraße und Richard-Wagner-Straße.

In **Deggenhausertal** wird lediglich die Wittenhofer Straße häufiger genannt.

In **Owingen, Bermatingen, Heiligenberg** und **Frickingen** erhält lediglich jeweils die Hauptstraße gehäufte Nennungen bei der Frage nach besonders gefährlichen Stellen im Straßenverkehr.

Die Eltern in **Neukirch** scheinen mit der Verkehrssituation in ihrer Gemeinde vergleichsweise zufrieden zu sein. Nur jede zweite Familie mit Kindern nennt eine als besonders gefährlich wahrgenommene Stelle. Auch in Neukirch trifft dieses Kriterium für die meisten Eltern auf die Hauptstraße zu.

In **Sipplingen** rufen besonders die B 31 sowie die Seestraße die Kritik der Eltern hervor.

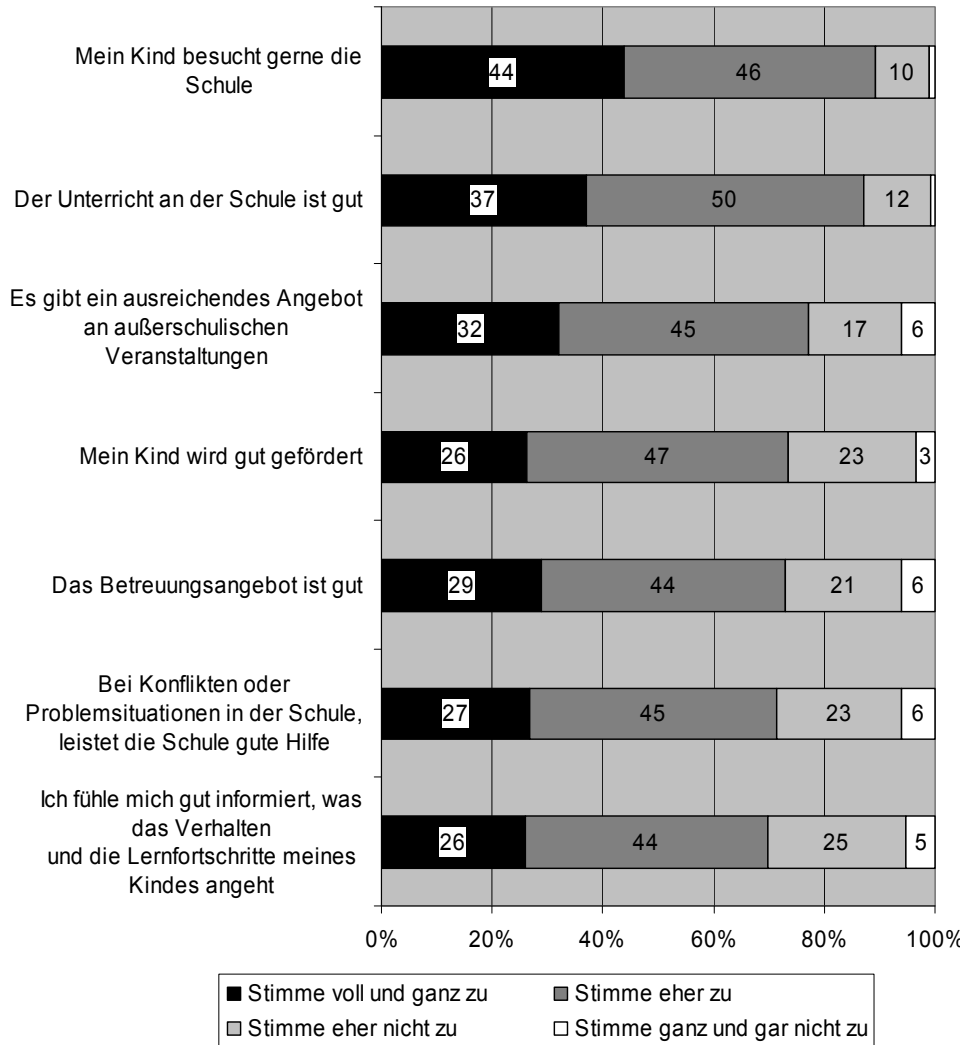
Die größte Zufriedenheit mit der Verkehrssituation zeichnet sich in **Daisendorf** ab. 45,7 % der Eltern nennen hier eine gefährliche Stelle. Bis auf die Meersburger Straße finden sich hier keine gehäuften Nennungen.

Am unzufriedensten mit der Verkehrssituation ihrer Gemeinde sind die Eltern in **Hagnau**. Mehr als 93 Prozent kennen für Kinder und Jugendliche besonders gefährliche Stellen im Verkehr. Die B 31 führt die Liste mit den häufigsten Nennungen mit weitem Abstand an.

Mit 87,5 % ist auch in **Stetten** einem sehr hohen Anteil der Eltern eine Stelle präsent, von der eine Gefährdung für Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr ausgehen könnte. Mit sehr großem Abstand nennen die meisten Eltern in diesem Zusammenhang die B 33.

Schulzufriedenheit

Abb. 10: Zufriedenheit mit ausgewählten Aspekten der Schulen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

In unserer Umfrage haben wir auch erhoben, wie es um die Zufriedenheit der Familien mit den Schulen, die ihre Kinder besuchen, bestellt ist. Ein Großteil der Eltern ist der Meinung, ihr Kind gehe gerne zur Schule. 90 Prozent stimmen einer entsprechenden Aussage „voll und ganz“ beziehungsweise „eher“ zu. Auch den Unterricht an der Schule bewertet eine große Mehrheit überwiegend positiv. Bei den Fragen nach dem Angebot an außerschulischen Veranstaltungen, Förderung des Kindes und Betreuungsangebot sind jeweils etwa ein Viertel der Eltern unzufrieden. Die Hilfe bei Konflikten und die Informationspolitik der Schule werden von etwa einem Drittel der Eltern negativ bewertet.

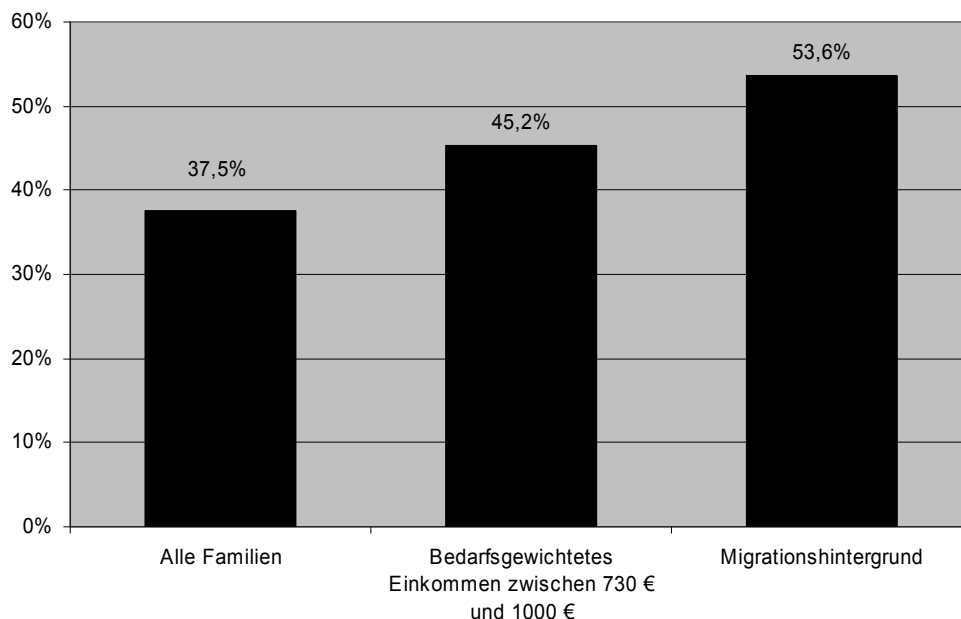
Schulzufriedenheit überwiegend vorhanden

In einer offenen Frage haben wir die Eltern außerdem gefragt, ob es etwas gibt, das sie sich von den Schulen, die ihre Kinder besuchen, wünschen. Tatsächlich äußern knapp 60 Prozent der Eltern ein dementsprechendes Anliegen. Am ausgeprägtesten ist der Wunsch nach kleineren Klassen. Etwa genau so viele Eltern wünschen sich weniger Unterrichtsausfall beziehungsweise mehr Lehrer. Mehr Ganztags- beziehungsweise Nachmittagsbetreuung sowie die Einführung beziehungsweise Ausweitung von Hausaufgabenbetreuung werden von einer weiteren Gruppe Eltern eingefordert. Bezüglich des Kurrikulums wünschen sich die Eltern mehr musische und sportliche Angebote, gerne auch in AG-Form. Weitere Anliegen betreffen eine Ausweitung der individuellen Schülerförderung, sowie günstiges und qualitativ gutes Schulesen. Allerdings beziehen sich diese Wünsche und Anregungen nur zum Teil auf Bereiche, für die die Verantwortlichkeit tatsächlich beim Bodenseekreis liegt.

60 % der Eltern haben Verbesserungsvorschläge: mehr Lehrer, mehr Betreuung außerhalb der Unterrichtszeiten, Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung

Die Frage nach Verbesserungsvorschlägen unterstreicht den Stellenwert, den die Eltern einer gut organisierten und über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuungszeit zukommen lassen. Besonders Familien mit Grundschulkindern können von einer qualitativ hochwertigen und zeitlich ausgeweiteten Betreuungsphase profitieren. Denn oftmals ist es auf Grund der ungeklärten Betreuungssituation nicht möglich, eine Arbeit aufzunehmen. Wir haben die Eltern mit Kindern im Grundschulalter also gefragt, wie sie das Betreuungsangebot an der Schule ihrer Kinder wahrnehmen.

Abb. 11: Inanspruchnahme des zusätzlichen Betreuungsangebots in der Grundschule



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Eltern, die angeben, auf ein Angebot zur Kernzeitbetreuung zurückgreifen zu können, nehmen dieses zu 37,5 % an. Viele Familien bemerken, es sei ohnehin eine Erziehungsperson zu Hause, weswegen es nicht nötig sei, die Betreuung über die Unterrichtszeit hinaus in Anspruch zu nehmen. Weniger häufig werden als Grund für die Nichtinanspruchnahme die damit verbundenen Kosten angeführt. Diese spielen vermutlich dann eine Rolle, wenn sie zu Buche schlagen, obwohl ohnehin eine Person zuhause zur Betreuung zur Verfügung steht.

37,5 % nehmen Kernzeitbetreuung in Anspruch

Nicht alle Familien nehmen die Kernzeitbetreuung gleichermaßen in Anspruch. Besonders das verfügbare Einkommen scheint eine große Auswirkung auf die Einstellung zur Kernzeitbetreuung zu haben. 45,2 % der Familien mit einem bedarfsgewichteten Einkommen knapp über der offiziellen Armutsgrenze von 730 Euro nehmen die Kernzeitbetreuung in Anspruch. Familien mit Migrationshintergrund nutzen das Instrument der Kernzeitbetreuung überproportional häufig. Fast 54 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund, die Kinder im Grundschulalter haben, nehmen das Angebot, ihre Kinder über die Unterrichtszeit in der Schule betreuen zu lassen, in Anspruch. Die vorhandenen Daten lassen also den Schluss zu, dass das Instrument der Kernzeitbetreuung für viele Familien im Bodenseekreis eine wertvolle Unterstützung bietet. Kinderreiche Familien und Alleinerziehende weisen dabei

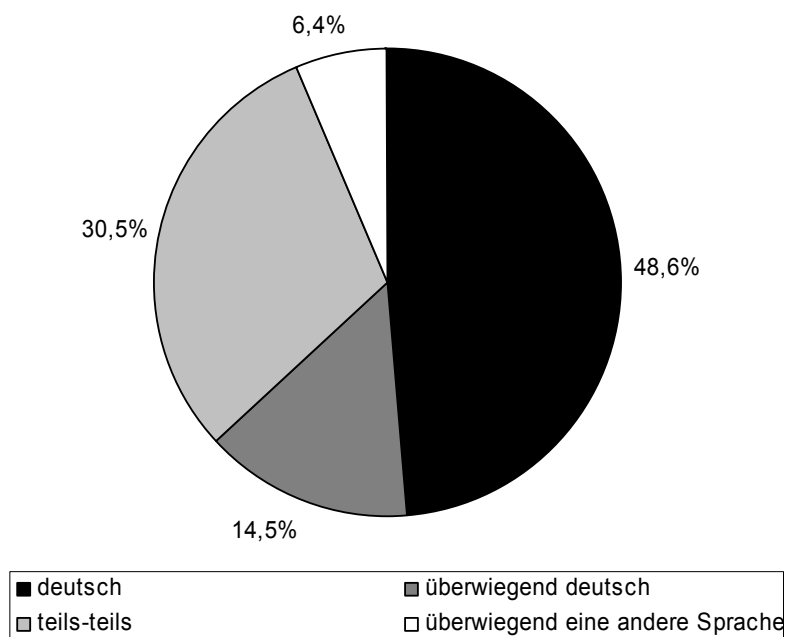
Kernzeitbetreuung häufig genutzt von einkommensschwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund

keine besonders hohe Inanspruchnahme der Kernzeitbetreuung auf. Zumindest bei den Alleinerziehenden dürfte dies auf die vergleichsweise niedrige Erwerbsbeteiligung zurückzuführen sein (vgl. Kap. 11.1 Lebenslagen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf).

6.3 Alltagssprache in Familien mit Migrationshintergrund

Migrationsforscher sind sich einig. Ohne Spracherwerb ist Integration nicht denkbar. Nur wenn zugewanderte und hier lebende Personen die deutsche Sprache erlernen und im Alltag zur Anwendung bringen, kann eine strukturelle Integration in Bildungsinstitutionen, den Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Ämter gelingen. Allerdings ist der Spracherwerb differenziert zu betrachten. Erst gute Kenntnisse der eigenen Muttersprache ermöglichen es, eine zweite Sprache gut und in der notwendigen Differenzierung zu erlernen. Bei Kindern von ausländischen Zuwanderern ist deswegen teilweise eine so genannte „doppelte Halbsprachigkeit“ festzustellen, wenn in den Elternhäusern mit gut gemeintem Anspruch nur Deutsch gesprochen wird, dies jedoch nur gebrochen beherrscht wird. Zugleich erfordert eine zweisprachige Sozialisation ein anderes Bewertungssystem bei Fehlern in der deutschen Sprache. Je nach Muttersprache wären spezielle Testverfahren notwendig, um die jeweiligen Sprachstände im Deutschen richtig einzuschätzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass zweisprachige Kinder aufgrund anscheinend schlechter Sprachkenntnisse nicht in niedrigere Schulstufen empfohlen werden. Der Erwerb von zwei Sprachen im Kindesalter ist ein Vorteil und eine Herausforderung zugleich, für die Individuen wie auch für die Gesellschaft. Das Wissen um die Sprachgewohnheiten zuhause ist dabei eine wichtige Voraussetzung, um in den Schulen angemessen reagieren zu können.

Abb. 12: Alltagssprache in Familien mit Migrationshintergrund



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

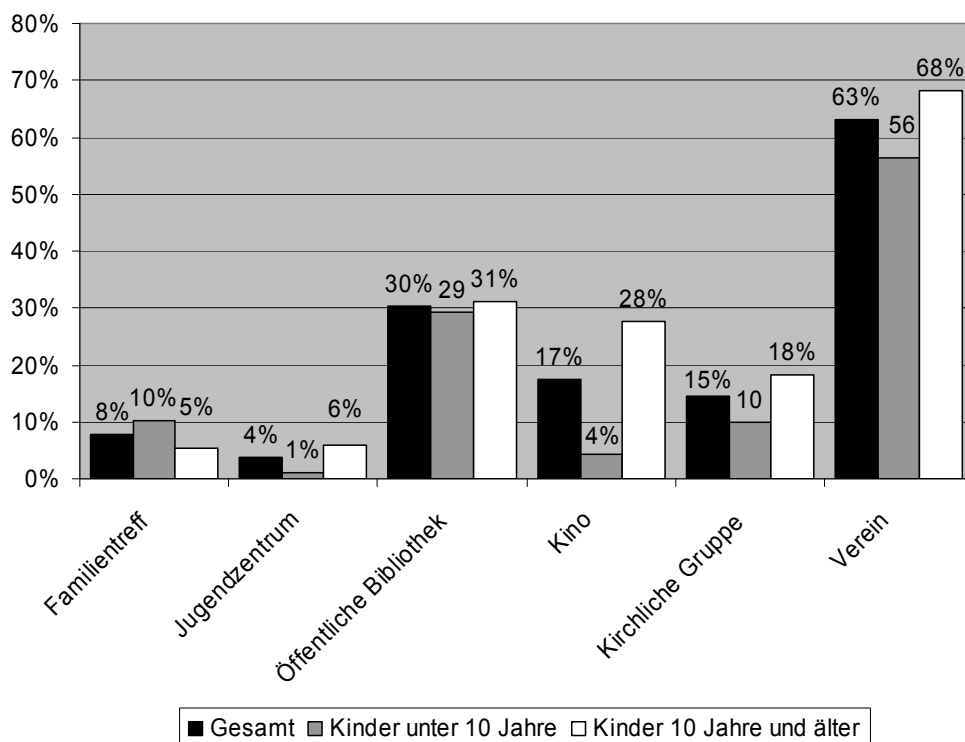
Welche Sprache wird in den Familien mit Migrationshintergrund im Bodenseekreis also gesprochen? Es zeigt sich, dass fast zwei Drittel der Familien mit ihren Kindern entweder ausschließlich oder überwiegend deutsch sprechen (63 Prozent). 30,5 % geben an, mit ihren Kindern zweisprachig zu kommunizieren. 6,4 % sprechen in der Alltagskommunikation überwiegend eine andere Sprache.

In mehr als der Hälfte der Familien mit Migrationshintergrund wird überwiegend deutsch gesprochen

6.4 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

Neben Familie, Schule und sonstigen Betreuungseinrichtungen gibt es auch noch weitere Einrichtungen, die den Alltag von Kindern gestalten. Es handelt sich um Orte, an denen Kinder und Jugendliche sich treffen können oder um mehr oder weniger institutionalisierte Jugendgruppen, in denen gemeinsame Aktivitäten unternommen werden. Diese Einrichtungen besitzen deshalb einen so hohen Stellenwert, da die Kinder und Jugendlichen hier den für das spätere Leben wichtigen Umgang mit Gleichaltrigen und Autoritäten erlernen können.

Abb. 13: Inanspruchnahme von Angeboten und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche⁶



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %
 Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

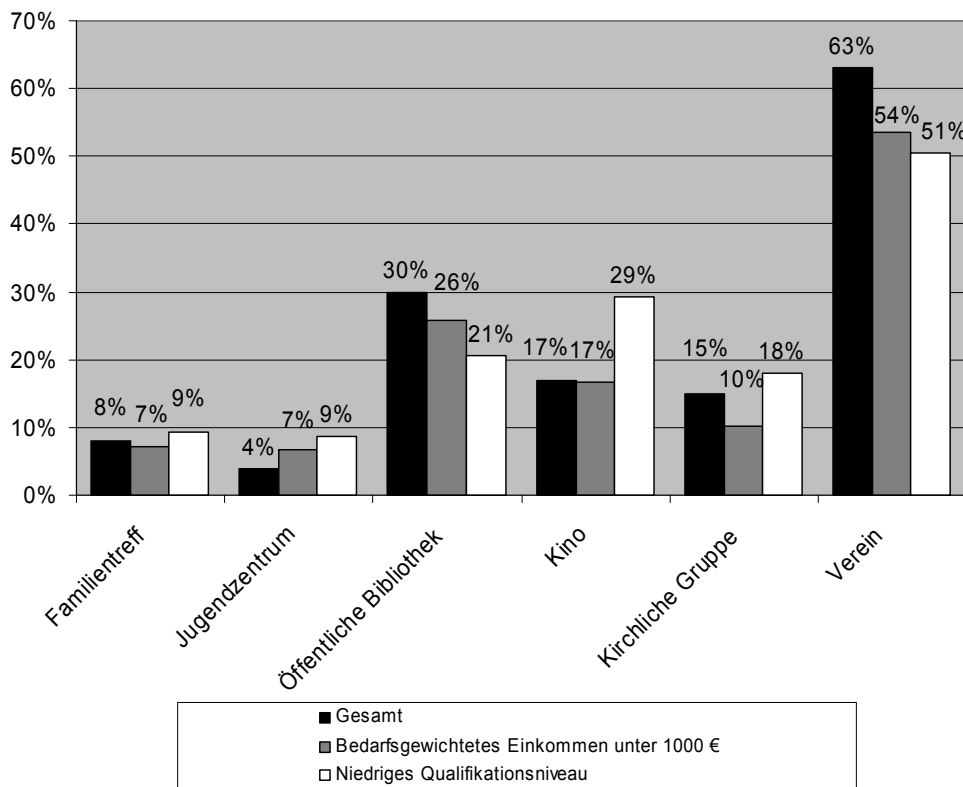
Acht Prozent der Kinder suchen mindestens einmal im Monat einen der 22 Familientreffs im Bodenseekreis auf. Insgesamt scheinen die Familientreffs sich bei den jüngeren Kindern größerer Beliebtheit zu erfreuen, als bei älteren Kindern und Jugendlichen. Jedes zehnte Kind unter zehn Jahren besucht regelmäßig einen Familientreff. Bei den Kindern über zehn Jahren ist es nur jedes zwanzigste. Laut Elternangaben suchen nur vier Prozent der Kinder und Jugendlichen im Bodenseekreis regelmäßig ein Jugendzentrum auf. Kirchliche Gruppen, Kinos oder öffentliche Bibliotheken haben demgegenüber einen größeren Stellenwert für die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen im Kreis. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die diese Angebote in Anspruch nehmen, liegt zwischen 15 und 30 Prozent.

Hohe Bedeutung von kirchlichen Gruppen, Kinos und Bibliotheken für das Freizeitverhalten der Jugendlichen

Keine dieser Institutionen hat jedoch eine ebenso große Bindungskraft wie die Vereine im Kreis. Beinahe zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen sind im Verein organisiert. Die Inanspruchnahme ist bei den älteren Kindern und Jugendlichen etwas höher, bewegt sich jedoch auch bei den Jüngeren schon auf einem hohen Niveau.

Seht hoher Organisationsgrad in Vereinen

Abb. 14: Inanspruchnahme von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nach bedarfsgewichtetem Einkommen und Qualifikationsniveau der Eltern⁷



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Inanspruchnahme solcher Einrichtungen ist nicht in allen Familien gleich ausgeprägt. Von besonderem Interesse ist, wie die verschiedenen Angebote die Familien erreichen und ob sie bestimmte Familiengruppen mehr ansprechen als andere. Es zeigt sich, dass insbesondere Jugendzentren überdurchschnittlich häufig von Kindern und Jugendlichen aus finanziell schwachen und eher bildungsfernen Familien frequentiert werden. Differenziert man weiter nach Altersgruppen, so zeigt sich, dass sogar 14 Prozent der Kinder unter 10 Jahre aus finanziell schwachen Familien mindestens einmal im Monat einen Jugendtreff aufsuchen. Besonders für die Zielgruppen der Kinder und Jugendlichen aus finanziell schwachen Familien und aus Familien mit niedrigem Qualifikationsniveau scheinen die Jugendtreffs im Bodenseekreis ihre integrative Funktion also zu erfüllen.

**Integrative
Funktion der
Jugendtreffs**

Es offenbart sich jedoch auch Handlungsbedarf. Der erfreulich hohe Durchschnittswert für die Vereinsmitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen (63 Prozent) wird von den

Zielgruppen, die wir in dieser Analyse detailliert betrachtet haben, leider unterschritten. Nur 54 beziehungsweise 51 Prozent der Kinder aus einkommensschwachen und eher bildungsfernen Familien sind in einem Verein organisiert. Auch die Nutzung von öffentlichen Bibliotheken ist bei diesen Zielgruppen unterdurchschnittlich.

Unterdurchschnittliche Nutzung von Bibliotheken und geringerer Organisationsgrad in Vereinen

Zwischenfazit

Die Betreuungsarrangements im Kreis sind überwiegend traditionell. Die Betreuungspersonen sind in der Regel die Mütter, auch wenn diese häufig von den Großeltern unterstützt werden. Außerfamiliäre Betreuungsinstanzen, wie Freunde und Verwandte, aber auch Tageseltern spielen insbesondere für Alleinerziehende eine Rolle. Dennoch scheint die Organisation durchgehender Betreuung für Ein-Eltern-Familien schwierig zu sein. Jedes achte Kind unter 10 Jahren, welches in einem Alleinerziehenden-Haushalt groß wird, muss zumindest zeitweise ohne Betreuung auskommen.

Danach gefragt, welche Vorschläge zur Verbesserung der Schulsituation sie haben, wünschen sich die Eltern vor allem mehr Lehrer, die Ausweitung der Betreuung außerhalb der Unterrichtszeiten sowie einen Ausbau der Hausaufgabenbetreuung. Vom Angebot der Kernzeitbetreuung profitieren vor allem Migranten und einkommensschwache Familien.

Die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen im Straßenverkehr wird von vielen Eltern angezweifelt. 70 Prozent benennen eine Stelle in ihrer Gemeinde, die in ihren Augen eine potentielle Gefahr für Kinder und Jugendliche darstellt.

Kirchliche Gruppen und Bibliotheken haben eine große Bedeutung für das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen. Die größte Integrationswirkung geht jedoch von den Vereinen aus. 63 Prozent aller Kinder sind Vereinsmitglied. Bemerkenswert ist, dass die Vereinsbindung bei Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien deutlich niedriger ausgeprägt ist.

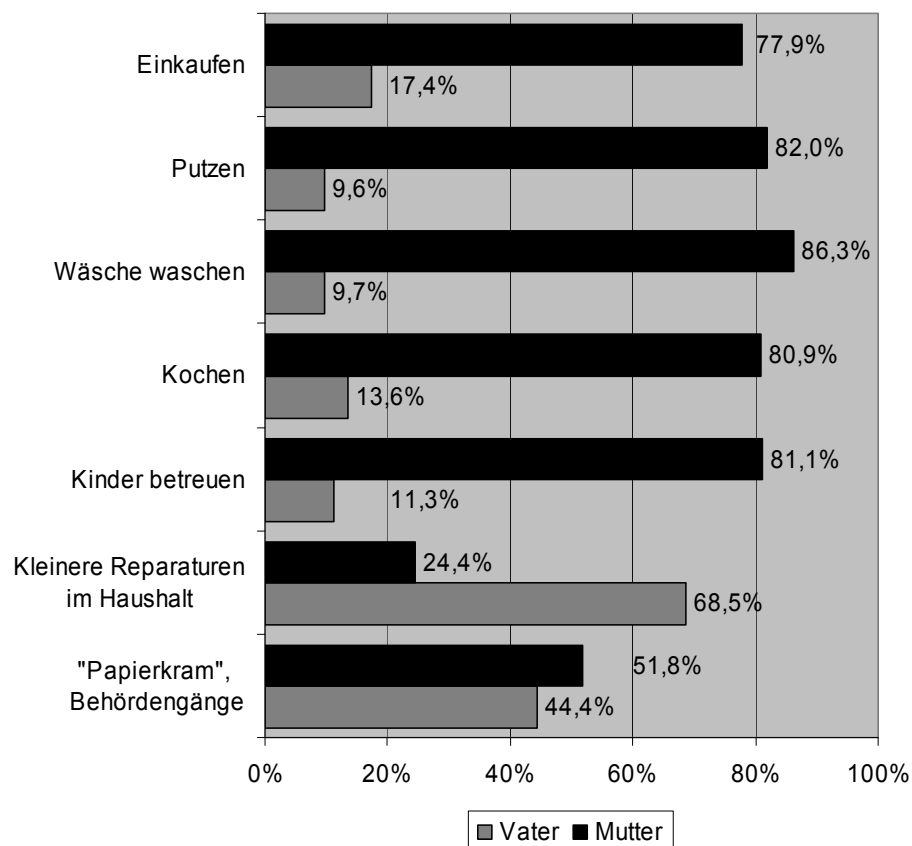
7. Zusammenleben in der Familie

Die Frage, wie das Zusammenleben in den Familien organisiert ist, steht im Mittelpunkt dieses Kapitels. Dabei geht es insbesondere um die innerfamiliäre Arbeitsteilung. Wie teilen die Haushaltsmitglieder die Hausarbeit unter sich auf, und inwieweit treten andere Personen (Mitglieder der erweiterten Familie, Freunde / Bekannte) der Familie unterstützend zur Seite? Diese Betrachtung bietet auch Raum für eine Sicht auf Familie, die die gängige Perspektive auf diese als Empfänger von Transferleistungen wendet. Familien werden als Erbringer wichtiger Leistungen für weitere Familienmitglieder gezeigt, beispielsweise für die Großeltern-generation. In diesem Sinne wird detailliert auf Familien eingegangen, die Pflegeleistungen für Verwandte, Freunde oder Bekannte erbringen.

7.1 Haushaltsarbeit

Geschlechterspezifische Aufteilung der Haushaltsarbeit

Abb. 15: Aufteilung der Haushaltsarbeit



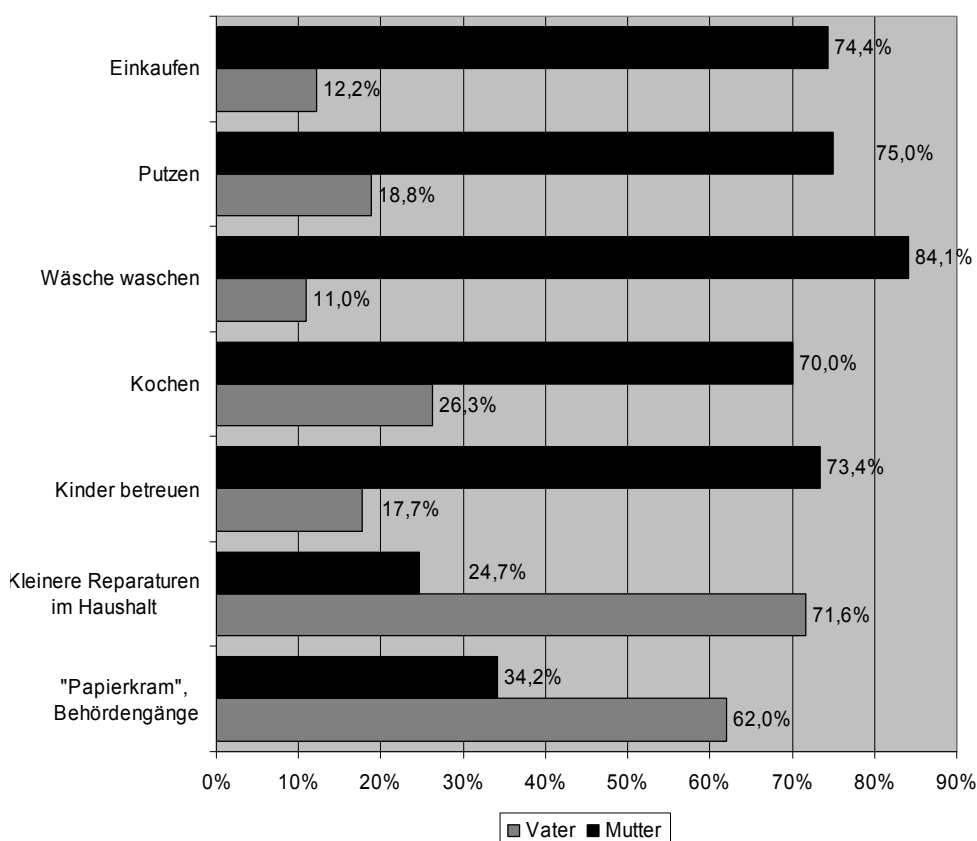
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Es wird deutlich, dass im Bodenseekreis eine überwiegend traditionelle Aufteilung der Haushaltsarbeit vorherrscht. Die klassischen Tätigkeiten, die im Haushalt anfallen, werden überwiegend von den Frauen übernommen. Lediglich „kleinere Reparaturen“ werden in der Mehrzahl der Fälle von den Männern ausgeführt. Nur bei der Frage, wer für „Papierkram“ oder Behördengänge zuständig ist, zeigt sich eine annähernde Gleichverteilung zwischen Mann und Frau.

Traditionelle Aufteilung der Haushaltsarbeit überwiegt

Es könnte jedoch sein, dass die klassische Geschlechterrollenverteilung auf die höheren Erwerbsquoten der Männer zurückzuführen ist. Dann müsste sich die Aufteilung der Haushaltsarbeit bei Paaren, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, paritätischer gestalten. Deswegen betrachten wir nun nur Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind.

Abb. 16: Aufteilung der Hausarbeit bei Doppelverdienern



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Eines wird deutlich. Bei den Doppelverdienern im Bodenseekreis ändert sich an der grundsätzlichen Struktur der Aufteilung der Haushaltsarbeit nichts. Auch in solchen Familien übernimmt überwiegend die Frau die einzelnen

Traditionelle Aufteilung der Haushaltsarbeit auch bei Doppelverdienern

Tätigkeiten, auch wenn die Beteiligung der Männer im Vergleich zu den Durchschnittswerten fast durchweg höher ist. Dies spricht dafür, die klassische Geschlechterrollenverteilung im Kreis nicht so sehr als strukturell bedingt anzusehen, sondern als Ausdruck von Einstellungen oder Mentalitäten.

Einbindung der Kinder bei der Haushaltsarbeit

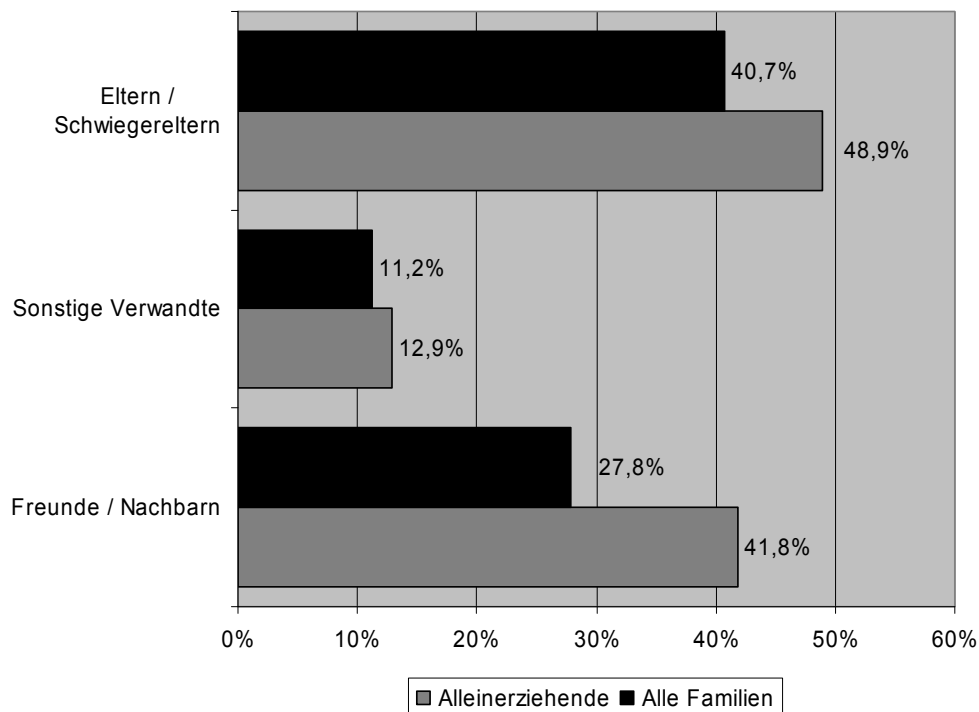
Auch die Kinder werden in die Haushaltsarbeit mit einbezogen. In fast jeder zweiten Familie mit mindestens einem Kind über 10 Jahren helfen die Kinder bei den zu erledigenden Einkäufen. Und in jeweils deutlich über 40 Prozent helfen die Kinder bei Haushaltstätigkeiten wie Putzen oder Kochen.

Kinder sind in die Familienarbeit eingebunden

7.2 Inner- und außerfamiliäre Hilfsstrukturen

Im Folgenden werden wir auf die Beziehungen der Familien mit Kindern zu anderen Personen außerhalb der eigentlichen Kernfamilie eingehen. Besonders interessiert uns dabei, welche Bedeutung Hilfen von außerhalb der Kernfamilie für Familien mit Kindern haben, und inwieweit die Familien mit Kindern selbst zu Erbringern von bestimmten Leistungen werden, beispielsweise für die Großelterngeneration.

Abb. 17: Erhaltene Hilfen von außerhalb der Kernfamilie



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Insgesamt lassen sich weit reichende Hilfsbeziehungen zwischen Familien und Personen außerhalb der so genannten

Kernfamilie feststellen. Der mit Abstand wichtigste Personenkreis ist in dieser Hinsicht die Großelterngeneration, das heißt also die Eltern beziehungsweise die Schwiegereltern. Etwas mehr als 40 Prozent der Familien geben an, von den Eltern oder Schwiegereltern „regelmäßig“ oder „hin und wieder“ Hilfeleistungen (handwerkliche Tätigkeiten, Einkaufen, Kinderbetreuung, etc.) zu erhalten. Sonstige Verwandte fallen demgegenüber mit 11,2 % weniger ins Gewicht. Immerhin 27,8 % der Familien erhalten „regelmäßig oder „hin und wieder“ Unterstützung von Freunden und Nachbarn.

Familiäre Netzwerke sind stark; 40 % können auf Unterstützung der Eltern / Schwiegereltern zählen

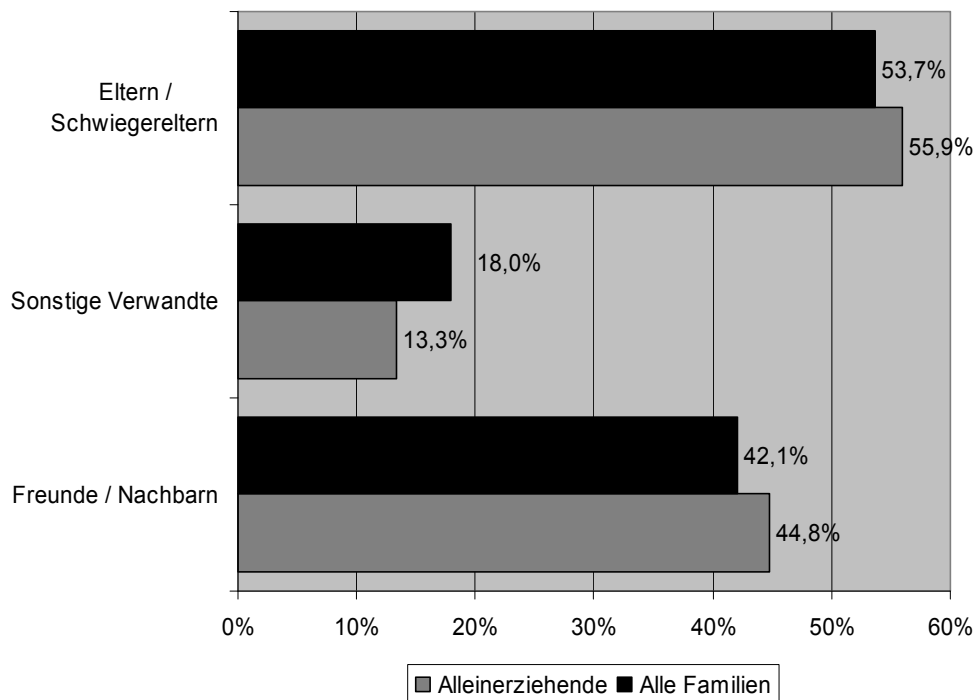
Die besonderen Herausforderungen für Alleinerziehende werden auch hier deutlich. Nahezu jeder zweite Alleinerziehenden-Haushalt wird regelmäßig von den Eltern beziehungsweise den Schwiegereltern durch bestimmte Tätigkeiten unterstützt. Viel auffälliger ist aber eine Akzentverschiebung hin zu Erbringern von Hilfeleistungen, die nicht aus der eigenen Familie stammen. 41,8 % der Alleinerziehenden-Haushalte werden „regelmäßig“ oder „hin und wieder“ von Freunden oder Bekannten unterstützt. Gerade für Alleinerziehende beschränkt sich das Solidaritätspotential nicht auf die eigene Familie, sondern bezieht eher informelle Beziehungsstrukturen wie Freundschaften mit ein.

Bedeutung außersfamiliärer Netzwerke für Alleinerziehende

Die Ergebnisse der Kontrollgruppenbefragung belegen, dass die Eltern-Kind-Beziehungen nicht abbrechen, wenn die Kinder den Elternhaushalt verlassen. 21 Prozent der Personen, deren Kindern den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, geben an, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen von ihren Kindern Unterstützung zu erhalten.

Ausgeprägte Hilfsstrukturen zwischen volljährigen Kindern und ihren Eltern

Abb. 18: Gewährte Hilfeleistungen an Personen außerhalb der Kernfamilie



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Es zeigt sich, dass die Familien im Bodenseekreis im Durchschnitt sogar mehr Hilfeleistungen gewähren, als empfangen. Für mehr als jede zweite Familie ist es selbstverständlich den Eltern oder Schwiegereltern „regelmäßig“ oder „hin und wieder“ bei Verrichtungen im Haushalt zu helfen. Bei den Alleinerziehenden ist dieses Verhalten mit 55,9 % sogar noch ausgeprägter. Auch Unterstützungsleistungen an sonstige Verwandte werden häufiger gewährt, als empfangen. Auffällig ist, dass insbesondere der Freundes- und Bekanntenkreis von den Familien mit Kindern profitiert. 42,1 % geben an, Freunden und Nachbarn „regelmäßig“ oder „hin und wieder“ zur Hand zu gehen, bei den Alleinerziehenden sind es mit 44,8 % sogar noch etwas mehr.

Mehr als jede zweite Familie unterstützt regelmäßig Eltern oder Schwiegereltern

Diejenigen Personen im Kreis, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben, weisen ein hohes Engagement auf, um ihre volljährigen Kinder bei der Organisation des Alltags zu unterstützen. In jedem zweiten dieser Haushalte sind regelmäßige oder spontane Gefälligkeiten für ihre Kinder eine Selbstverständlichkeit.

Sehr häufig Unterstützung für volljährige Kinder

Unterstützung in Problemsituationen

Wie bereits erwähnt, haben Hilfsbeziehungen zu Personen in- und außerhalb des Familienkreises für die Erledigung der im Alltag anfallenden Aufgaben eine große Bedeutung. Besonders die Rolle der Eltern und Schwiegereltern muss hierbei hervorgehoben werden. Es gibt allerdings auch Situationen, in denen Hilfen nicht partiell und regelmäßig gewährt werden müssen, sondern die eine kurzfristige Mobilisierung von Hilfspotential erfordern. An welche Personen wenden sich die Familien im Kreis in solchen Not- und Ausnahmesituationen?

Tab. 15: Unterstützung in Problemsituationen

	Partner / Partnerin	Eltern / Schwiegereltern	Freunde / Nachbarn	Fachkraft / Behörde	an niemanden gewendet
Erziehungsfragen	66,8%	13,7%	3,8%	9,6%	3,4%
Schulische Probleme	51,9%	10,0%	12,0%	19,8%	5,2%
Probleme in der Partnerschaft	32,6%	7,4%	26,6%	10,6%	19,2%
Wohnungsprobleme	38,7%	17,6%	16,6%	7,4%	17,2%
Geldsorgen	40,5%	27,7%	5,9%	7,4%	15,7%
Krankheitsbedingte Probleme	44,2%	14,4%	7,4%	25,3%	5,4%
Berufliche Probleme	58,9%	5,9%	12,3%	10,6%	10,9%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Erziehungsfragen werden überwiegend innerfamiliär geklärt. In zwei Drittel der Familien klären die beiden Partner entsprechende Probleme untereinander, die Eltern oder Schwiegereltern sind in 13,7 % der Fälle die Instanz, an die man sich wendet. Freunde oder Nachbarn fallen kaum ins Gewicht, jedoch suchen fast 10 Prozent der Familien fachliche Unterstützung. Der Anteil der Familien, die sich trotz Vorliegen eines Problems im Erziehungsbereich an niemanden gewendet haben, ist mit 3,4 % relativ gering.

Erziehungsfragen: Partner / Partnerin ist die wichtigste Bezugsperson

Eine ähnliche Tendenz zur innerfamiliären Regelung findet sich bei schulischen Problemen. Der Anteil der Familien, die bei Vorliegen eines schulischen Problems Freunde und Nachbarn oder eine Fachkraft beziehungsweise behördliche Hilfen zu Rate ziehen ist jedoch mit 12,0 % beziehungsweise 19,8 % signifikant höher.

Schulische Probleme: Hohe Inanspruchnahme von Fachberatungen

Bei Problemen in der Partnerschaft spielt das Netzwerk bestehend aus Freunden und Nachbarn eine große Rolle. In mehr als jeder fünften Familie werden bei Vorliegen eines Partnerschaftsproblems Freunde und Nachbarn konsultiert. Immerhin jede zehnte Familie nimmt eine Fachberatung in Anspruch. Der Anteil der Familien, die sich an niemanden wenden, ist in diesem Bereich mit 19,2 % sehr hoch.

Ansprechpartner bei Partnerschafts-problemen kommen häufig aus dem Freundeskreis

Bei Wohnungsproblemen sind neben dem Partner oder der Partnerin besonders Eltern beziehungsweise Schwiegereltern und Freunde und Nachbarn von Bedeutung. Auch hier ist der Anteil der Familien, die für entsprechende Probleme keinen Ansprechpartner haben beziehungsweise wollen mit 17,2 % relativ hoch.

Wohnungsprobleme: 17 % nehmen keine Hilfe in Anspruch

Auch Geldprobleme werden weitestgehend innerhalb der Partnerschaft zu klären versucht. Fast 28 Prozent der Familien im Kreis ziehen bei solchen Problemen allerdings die Eltern und Schwiegereltern zu Rate. Dies spricht für ausgeprägte finanzielle Transferleistungen von der älteren zur jüngeren Generation. Bei Geldsorgen findet sich wiederum ein hoher Anteil von Familien die ohne Ansprechpartner auskommen (müssen).

Geldsorgen werden vor allem innerhalb der Familie gelöst

Neben dem Partner oder der Partnerin sind bei krankheitsbedingten Problemen vor allem Fachkräfte und Behörden die primären Ansprechpartner. Mehr als jede vierte Familie nimmt bei solchen Problemen eine Fachberatung in Anspruch.

Krankheitsbedingte Probleme: Oftmals Unterstützung durch Fachkräfte und Behörden

Berufliche Probleme werden überwiegend in der Partnerschaft besprochen. Freunde und Nachbarn sowie fachliche Hilfen spielen ebenfalls eine signifikante Rolle. Etwas mehr als 10 Prozent der Familien weiß nicht, welche Stellen man bei beruflichen Problemen konsultieren kann beziehungsweise möchten bei einem entsprechenden Problem niemanden zu Rate ziehen.

Berufliche Probleme werden überwiegend mit dem Partner besprochen

7.3 Pflege innerhalb der Familie

Familien erbringen wichtige gesellschaftliche Leistungen. Sie sind die primäre Sozialisationsinstanz für die nachfolgende Generation und unterhalten weit reichende Hilfsbeziehungen zu Freunden und Verwandten. Dieses Unterstützungspotential bezieht sich aber nicht nur auf Hilfen bei der Haushaltsarbeit sondern geht weiter, bis hin zur Übernahme von Pflögetätigkeiten durch Familienmitglieder. Die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen, dass 12,5 % der Familien

Jede achte Familie erbringt Pflegeleistungen

Pflegeleistungen erbringt. Das ist jede achte Familie im Kreis! Damit tragen Familien ihren Teil dazu bei, ihren pflegebedürftigen Verwandten und Freunden ein möglichst würdevolles Leben zu ermöglichen und entlasten mit ihrem Engagement gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme. An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass die Familien in der Umfrage selbst definieren konnten, was sie als Pfl egetätigkeiten erachten. Es wird damit ein breiter Pflegebegriff zugrunde gelegt, der neben schwereren Tätigkeiten, wie beispielsweise Hilfen beim Umbetten auch leichtere Tätigkeiten wie Unterstützung beim Einkauf oder der Essenszubereitung in die Betrachtung einschließt. Diese weite Perspektive ist sinnvoll, da die Notwendigkeit von Unterstützung bei der täglichen Versorgung weitaus früher ansetzt, als dies in gesetzlichen Regelungen zur Pflege anerkannt ist. Ohne solche Unterstützungsleistungen wären institutionelle Hilfen aber notwendig.

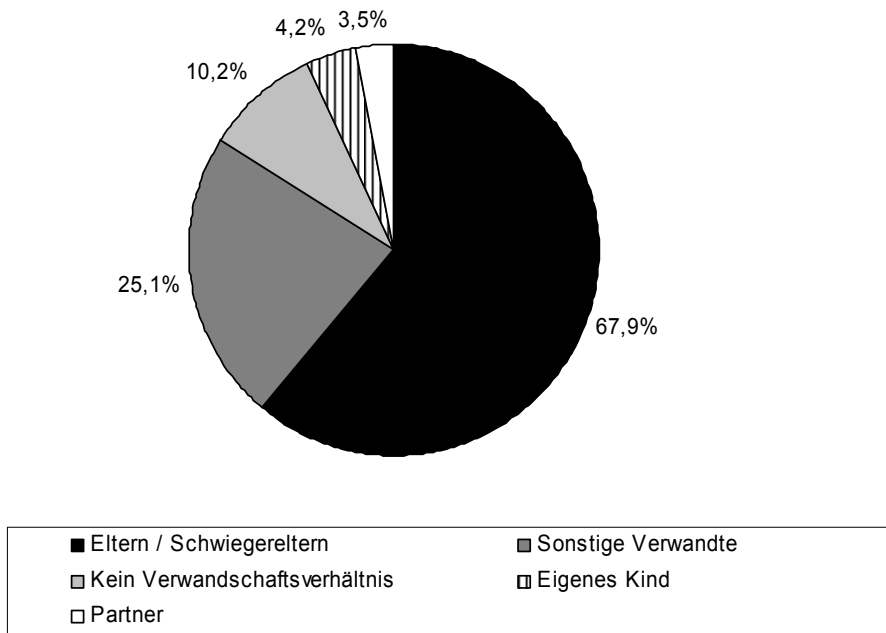
Die Ergebnisse der Kontrollgruppenbefragung zeigen, dass die Familien mit minderjährigen Kindern tatsächlich zu den Gruppen mit dem höchsten Engagement in Pflegeangelegenheiten zählen. Kinderlose Haushalte sind „nur“ zu etwa acht Prozent in die Pflege von Freunden oder Verwandten involviert. Die Gruppe mit der höchsten Pfl egetätigkeit besteht jedoch mit Abstand aus Personen, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben. In 17 Prozent dieser Haushalte werden Pflegeleistungen erbracht.

In der Mehrzahl der Fälle erbringen die pflegenden Familien ihre Leistungen außerhalb des eigenen Haushalts. Nur etwa 28 Prozent der pflegenden Familien erbringen Pflegeleistungen für mit im Haushalt lebende pflegebedürftige Personen. In etwa zwei Drittel der pflegenden Familien werden Pflegeleistungen von Frauen erbracht. Außerdem haben die pflegenden Frauen mit etwa fünf Stunden pro Woche ein signifikant höheres Pflegepensum als die Familienväter mit ungefähr drei Stunden.

Kinderlose erbringen seltener Pflegeleistungen; hohe Pflegebereitschaft von Personen deren Kinder den Haushalt verlassen haben

Pflegeleistungen typischerweise von Frauen und außerhalb des eigenen Haushalts erbracht

Abb. 19: Zu pflegende Personen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Ein Blick darauf, wer die pflegebedürftigen Personen sind, offenbart einen weiteren Aspekt der intergenerationalen Beziehungen der Familien im Kreis. Wenn Pflegeleistungen erbracht werden, dann mit 67,9 % überwiegend für die eigenen Eltern oder Schwiegereltern. Etwa jede vierte pflegende Familie kümmert sich um eine Person aus dem weiteren Verwandtschaftskreis.

Gepflegt werden zumeist die Eltern bzw. Schwiegereltern

Zwischenfazit

Selbst in Doppelverdiener-Familien ist eine traditionelle Aufteilung der Hausarbeit festzustellen, bei der der Großteil der im Haushalt anfallenden Tätigkeiten von der Mutter erledigt wird. Innerfamiliäre Hilfsnetzwerke sind funktionsfähig und bestehen vor allem mit den Eltern beziehungsweise Schwiegereltern. Auch die Bedeutung der Nachbarschaftshilfe ist nicht zu unterschätzen. Auf außerfamiliäre Unterstützung bei der Organisation des Alltags wird insbesondere von den Alleinerziehenden zurückgegriffen.

Auftretende Probleme, etwa im partnerschaftlichen oder beruflichen Bereich, werden vor allem innerfamiliär gelöst. Bei Geldsorgen sind finanzielle Transfers von der älteren zur jüngeren Generation häufig.

Jede achte Familie ist in die Pflege von Angehörigen oder Freunden involviert. Die Pflegeleistungen werden in der Regel für Personen außerhalb des Haushalts und von den Müttern erbracht. Eltern / Schwiegereltern sind die am häufigsten zu pflegenden Personen.

8. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

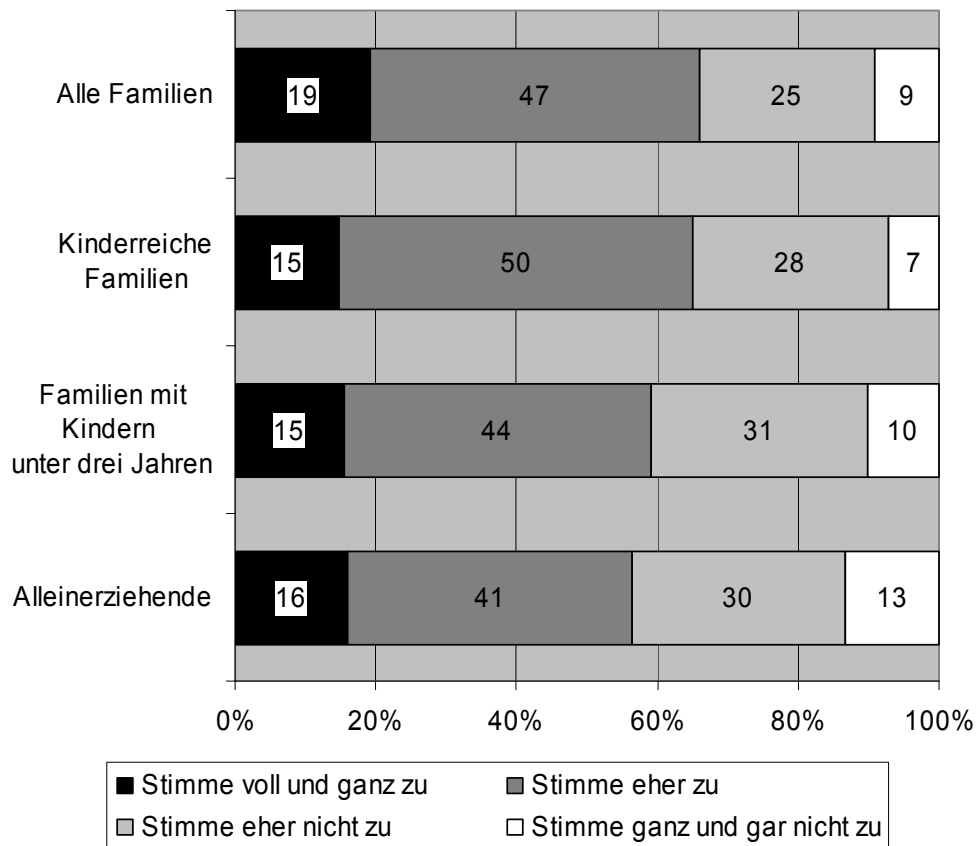
Eine der meistdiskutiertesten Fragen im Bereich Familienpolitik betrifft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus internationalen Vergleichsstudien weiß man, wie wichtig eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Entscheidung von jungen Menschen für Elternschaft und Familie ist.⁸ Darüber hinaus gibt es auch weitere, in der öffentlichen Diskussion nicht so präsente Gründe, warum die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Thema der Familienpolitik ist. Erwartungen an diese werden auch im Zusammenhang mit der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern geknüpft. Kinder bedeuten bisher in der weit überwiegenden Zahl der Fälle für Frauen eine Karrierepause oder gar das Ende der beruflichen Laufbahn. Außerdem müssen sich Frauen immer noch mit divergierenden gesellschaftlichen Erwartungshaltungen auseinandersetzen, die der Journalist Harald Martenstein pointiert zusammenfasst: „Wenn eine Frau zu Hause bei den Kindern bleibt, ist sie ein unemanzipiertes Mutterchen, geht sie schnell wieder in den Beruf, ist sie eine herzlose Karrieristin.“⁹ Häufig haben Frauen aber auch gar keine Wahl zwischen beiden Bereichen, wenn sie nämlich ihren Anteil zum Familieneinkommen beitragen oder dieses alleine erwirtschaften müssen. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf versprechen somit Entlastung für verschiedene Problemfelder.

In diesem Kapitel wird es deswegen darum gehen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von den Familien im Kreis wahrgenommen wird. Außerdem fragen wir, wo gegebenenfalls Gründe für eine schlechte Vereinbarkeit gesehen werden und wie die Unterstützung durch Kommune, Arbeitgeber und Kinderbetreuungseinrichtungen eingeschätzt wird.

8.1 Subjektive Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die subjektive Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Folgenden im Mittelpunkt. Dabei werden auch Familienformen betrachtet, welche häufiger verstärkt mit Vereinbarkeitsproblemen zu tun haben, wie beispielsweise Familien mit Kleinkindern und Alleinerziehende und teils auch kinderreiche Familien.

Abb. 20: „Für mich lassen sich Familie und Beruf gut vereinbaren“



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Mit 66 Prozent stimmen etwa zwei Drittel der Eltern im Kreis der Aussage „Für mich lassen sich Familie und Beruf gut vereinbaren“ „voll und ganz“ beziehungsweise „eher“ zu. Demgegenüber stehen 34 Prozent, die dieser Aussage ablehnend gegenüberstehen und „eher nicht“ oder „ganz und gar nicht“ zustimmen.

34 % sehen Familienpflichten und Berufstätigkeit als schwer vereinbar an

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass kinderreiche Familien, Familien mit Kleinkindern und Alleinerziehende die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie schlechter bewerten. Bei den kinderreichen Familien ist dieser Unterschied allerdings nicht signifikant ausgeprägt. Hier stehen der oben zitierten Aussage mit 35 Prozent nur unwesentlich mehr Eltern ablehnend gegenüber als beim Durchschnitt aller Familien.

Kinderreiche: leicht größere Vereinbarkeitsprobleme

Große Vereinbarkeitsprobleme scheinen Familien mit Kindern unter drei Jahren zu haben, was wohl auch durch das eingeschränkte Betreuungsangebot für Kleinkinder mitbedingt ist. Hier sind es bereits 41 Prozent, die der Aussage „eher

Familien mit Kleinkindern: 41 % haben Probleme mit Vereinbarkeit

nicht“ oder „ganz und gar nicht“ zustimmen.

Am stärksten sind die Alleinerziehenden im Kreis mit diesem Thema konfrontiert. Hier schlägt sich die Tatsache nieder, dass viele Alleinerziehende einer Arbeit nachgehen, sie jedoch keinen Partner haben, der sie bei der Hausarbeit oder der Betreuung der Kinder unterstützen könnte. 43 Prozent der allein erziehenden Eltern im Kreis steht der Aussage zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ablehnend gegenüber.

Alleinerziehende haben die größten Vereinbarkeitsprobleme

Ein interkommunaler Vergleich zeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am besten in Daisendorf und Hagnau bewertet wird. Hier stehen nur etwa 15 Prozent der oben genannten. Aussage ablehnend gegenüber. Diesbezüglich am unzufriedensten sind die Eltern in Stetten, Sipplingen und Uhdlingen-Mühlhofen. Hier liegt der Anteil der unzufriedenen Eltern bei jeweils etwa 50 Prozent.

Einschätzung der Vereinbarkeit nach Gemeinde

8.2 Zur Begründung der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die einzelnen Gründe, warum die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als schwierig empfunden wird, können mannigfaltig sein. Sie sind aber in der Regel entweder auf Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen der Arbeitswelt, oder auf die Unzufriedenheit mit dem Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzuführen. Im Folgenden präsentieren wir die meistgenannten Antworten derjenigen, die der Aussage „Für mich lassen sich Familie und Beruf gut vereinbaren“ „eher nicht“ oder „ganz und gar nicht“ zugestimmt haben.

Tab. 16: Begründung der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Arbeitszeit zu lang	44,6%
Zu wenige Angebote zur Ferienbetreuung	39,4%
Zu wenige Teilzeitstellen	34,8%
Arbeitszeit häufig wechselnd	33,4%
Zu kurze Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen	28,7%
Langer Weg zur Arbeit	25,6%
Besondere Anforderungen an die Familie durch die Schule	24,8%
Zu kurze Öffnungszeiten der Schulen	22,4%
Geeignete Kinderbetreuung nicht vorhanden	21,8%

Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Fast 45 Prozent sehen in der zu langen Arbeitszeit einen Grund, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behindert. Damit sind Entwicklungen in der Arbeitswelt eine wesentliche

45 % halten die Arbeitszeiten für zu lang

Ursache, wenn Eltern Schwierigkeiten haben, die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten.

In 39,4 % der Fälle werden außerdem die Angebote zur Ferienbetreuung der Kinder als nicht ausreichend kritisiert. Vor allem in Oberteuringen nennen viele Eltern die als nicht ausreichend wahrgenommenen Angebote zur Ferienbetreuung als Grund für Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Beruf. Hier sind 72 Prozent mit den vorhandenen Angeboten zur Ferienbetreuung unzufrieden. Gleich lautend ist in Hagnau die Einschätzung von 67 Prozent der Eltern. In Meersburg, Deggenhausertal und Überlingen liegt der Anteil der mit der Ferienbetreuung unzufriedenen Eltern bei etwa 50 Prozent.

Nicht ausreichende Ferienbetreuung wird von 39 % als Ursache für Vereinbarkeitsprobleme angegeben

Gefragt nach den Gründen für die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen die Eltern auch auf das Thema Teilzeitarbeit zu sprechen. Knapp 35 Prozent kritisieren, dass es zu wenige Teilzeitstellen gibt, und deshalb ihre Möglichkeiten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, begrenzt sind. Viele Eltern begründen die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch mit häufig wechselnden Arbeitszeiten. 33,4 % der Eltern sehen darin ein ursächliches Problem.

Zu wenige Teilzeitstellen und häufig wechselnde Arbeitszeiten

Für 28,7 % der Eltern sind die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ausreichend. Betrachtet man nur die Gruppe der Eltern mit relativ kleinen Kindern unter 10 Jahren, so liegt dieser Anteil bei über 40 Prozent. Am wenigsten zufrieden sind die Eltern mit den Öffnungszeiten in Stetten. 47 Prozent äußern Kritik. Aber auch in Uhldingen-Mühlhofen und Kressbronn schließen sich ca. 40 Prozent der Familien dieser Einschätzung an.

Für 29 % sind die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen nicht ausreichend

Oftmals ist es aber auch einfach der lange Weg zur Arbeit, der das Zeitbudget der berufstätigen Eltern derart belastet, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur schwer möglich ist. Fast 26 Prozent der Eltern sprechen dieses Problem an.

Langer Weg zur Arbeit

Fast jede vierte Familie thematisiert außerdem die besonderen Anforderungen an die Familie durch die Schule. In Tätigkeiten wie Hausaufgabenbetreuung, der Teilnahme an Elternabenden und der Organisation von Schulveranstaltungen wird viel Zeit investiert, die dann in anderen Bereichen, etwa bei der Freizeitgestaltung mit den Kindern, fehlt. Nicht nur die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen werden eher kritisch gesehen, sondern auch die Öffnungszeiten der Schulen im Kreis. 22,4 % der Eltern wünschen sich längere und flexiblere Öffnungszeiten, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

Besondere Anforderungen der Schule und Schulöffnungszeiten

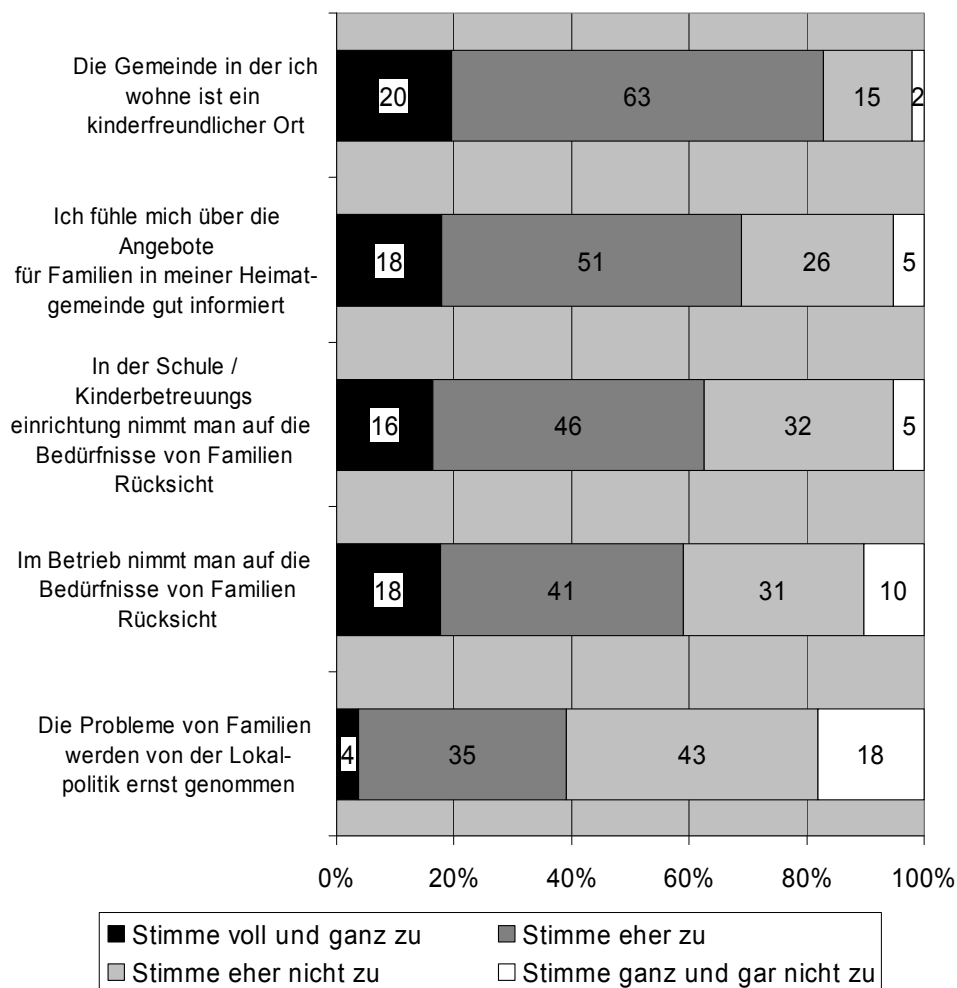
Zu guter letzt kritisiert mehr als jede fünfte befragte Familie, dass eine geeignete Kinderbetreuung, die es erlaubt Familie und Beruf gut zu vereinbaren schlichtweg nicht vorhanden ist. Bei Familien mit Kindern unter 10 Jahren liegt der Anteil sogar bei 27 Prozent. Diese Kritik dürfte sich auf das als ausbaufähig wahrgenommene Angebot zur Ganztagsbetreuung beziehen. Am lautesten ist dieser Ruf in Uhdingen-Mühlhofen. 41 Prozent der Eltern dort kritisieren die Angebotspalette der Kinderbetreuung. Aber auch in Kressbronn und Oberteuringen sprechen jeweils 36 Prozent dieses Thema kritisch an.

22 % vermissen geeignete Betreuungseinrichtung

8.3 Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und Institutionen

Eingangs wurde hervorgehoben, dass Familienfreundlichkeit zwar durch Strukturen auf Bundes- und Landesebene unterstützt werden, aber noch mehr als diese umfassen muss, um vor Ort für die Familien konkret zu werden. Sorge und Verantwortung für die Erziehung der Kinder ist ein wichtiges Anliegen der Eltern und auch der Gesellschaft insgesamt, werden hier doch die Weichen für das Heranwachsen der jungen Generation zu eigenständigen, mündigen Bürgern gestellt. Bei dieser Aufgabe brauchen und wünschen Eltern eine breite Unterstützung. Deshalb haben wir die Familien im Kreis gefragt, wie sie sich von Lokalpolitik, Arbeitgeber und (Betreuungs-)Institutionen vor Ort unterstützt fühlen.

Abb. 21: Sehen Familien ihre Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt?



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Den Familien im Kreis wurde eine Reihe von Aussagen vorgelegt, mit der Bitte, ihre Einstellung zu den einzelnen Aussagen mitzuteilen. Die große Mehrheit der Familien im Kreis bewertet die Kinderfreundlichkeit ihrer Heimatgemeinde positiv. Über 80 Prozent stimmen der Aussage „Die Gemeinde in der ich wohne ist ein kinderfreundlicher Ort“ „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Lediglich 17 Prozent stehen dieser Aussage ablehnend gegenüber. Abweichungen zeigen sich in Überlingen und Heiligenberg. Jeweils 68 Prozent der Eltern aus diesen Gemeinden stehen der Aussage zustimmend gegenüber. In Salem beträgt dieser Anteil 74 Prozent.

83 % halten ihre Gemeinde für kinderfreundlich

Unter Zuhilfenahme einer weiteren Aussage sollten die Familien im Kreis eine Einschätzung der Informationspolitik ihrer Heimatgemeinde geben. 69 Prozent stimmen der Aussage „Ich fühle mich über die Angebote für Familien in meiner Heimatgemeinde gut informiert“ „voll und ganz“ oder

31 % bemängeln Öffentlichkeitsarbeit für Familien

„eher“ zu. Es ist auffällig, dass in den beiden größten Städten im Kreis; Friedrichshafen und Überlingen, besonders häufig eine ablehnende Haltung dieser Aussage gegenüber vorherrscht. Jeweils nur 58 Prozent stehen der Aussage positiv gegenüber. In Heiligenberg und Stetten unterscheidet sich der entsprechende Wert mit 56 Prozent, beziehungsweise 59 Prozent nur unwesentlich davon.

Die Rücksichtnahme der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wird von 62 Prozent der Familien überwiegend positiv bewertet. 38 Prozent stehen der Aussage „In der Schule / Kinderbetreuungseinrichtung nimmt man auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht“ ablehnend gegenüber. Dies dokumentiert allerdings ein nicht ganz unproblematisches Verhältnis zwischen mehr als einem Drittel der Eltern und den Schulen bzw. Betreuungseinrichtungen. Dieser Anteil lässt auch deswegen aufmerksam werden, weil Kinder und Eltern, also Familie, die hauptsächliche Klientel dieser Institutionen sind.

Mehr als ein Drittel der Eltern wünschen sich mehr Rücksichtnahme der Schulen und Betreuungseinrichtungen

Die Berücksichtigung der besonderen Situation der Familien durch den Arbeitgeber wird leicht negativer beurteilt. Die Aussage „Im Betrieb nimmt man auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht“ trifft nur bei 59 Prozent der Eltern auf Zustimmung. Es zeigt sich, dass das Phänomen der mangelnden Rücksichtnahme im Betrieb besonders ein Problem der untersten und obersten Qualifikationsstufen auf dem Arbeitsmarkt zu sein scheint. 62 Prozent der un- und angelernten Arbeiter stehen der Aussage ablehnend gegenüber und bringen damit zum Ausdruck, sie sehen die Bedürfnisse ihrer Familie durch ihren Arbeitgeber nicht ausreichend berücksichtigt. Auch bei den leitenden Angestellten und den höheren Beamten liegt dieser Prozentwert mit 45 Prozent über dem Durchschnitt.

41 % sind unzufrieden mit der Rücksichtnahme des Arbeitgebers auf Familien

Es zeigt sich, dass sich nur eine Minderheit der Familien mit ihren Problemen von der Lokalpolitik ernst genommen fühlt. Der Aussage „Die Probleme von Familien werden von der Lokalpolitik ernst genommen“ stimmen lediglich 39 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Am zufriedensten mit der Unterstützung durch die Lokalpolitik sind die Familien in Immenstaad und Deggenhausertal. 74 Prozent beziehungsweise 65 Prozent stimmen hier der oben zitierten Aussage zu. In Markdorf, Sipplingen und Hagnau sind die Familien mit der Lokalpolitik ebenfalls eher zufrieden. Hier stehen etwa 55 Prozent der Familien dieser Aussage positiv gegenüber. Es fällt außerdem auf, dass die Familien in den Gemeinden mit der Sensibilität der Lokalpolitik für ihre Probleme am unzufriedensten sind, in denen auch die

Die Lokalpolitik nimmt Probleme der Familien nicht ernst genug, sagen 61 %

Informationspolitik eher negativ bewertet wird (Friedrichshafen, Überlingen, Heiligenberg, Stetten). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass verstärktes Engagement im Bereich Öffentlichkeitsarbeit auch zu einer positiveren Wahrnehmung der Anstrengungen der Lokalpolitik im Bereich Familienpolitik führt.

Zwischenfazit

Ein Drittel der erwerbstätigen Eltern beurteilt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als schwierig. Besonders für kinderreiche Familien, Familien mit Kleinkindern und Alleinerziehende ist die Vereinbarkeit ein Problem. Strukturelle Anforderungen der Arbeitswelt (zu lange und häufig wechselnde Arbeitszeiten, zu wenige Teilzeitstellen) und Unzufriedenheit mit den Angeboten zur Kinderbetreuung (ausbaufähige Ferienbetreuung, unflexible Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen und Schulen, geeignete Betreuungseinrichtungen nicht vorhanden) werden hierfür als Begründung angeführt.

Der soziale Nahraum wird in den meisten Gemeinden positiv bewertet. Mehr als 80 Prozent der Eltern halten ihre Heimatgemeinde für einen kinderfreundlichen Ort. Die Informationspolitik bezüglich der Angebote und Einrichtungen für Familien wird demgegenüber skeptischer beurteilt. Die Sensibilität lokalpolitischer Akteure für die Sorgen und Nöte der Familien wird von der Mehrheit der Eltern bemängelt.

9. Familienbezogene Infrastrukturen

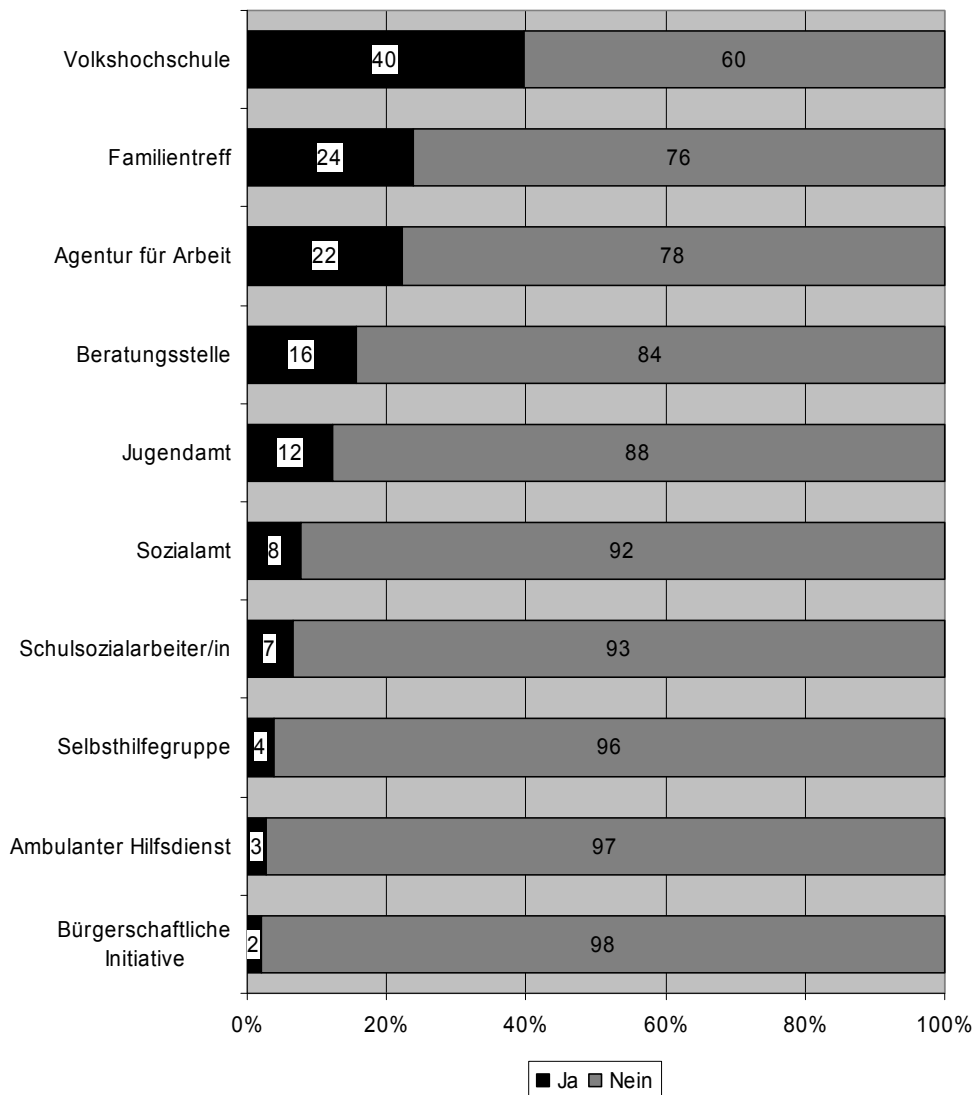
Eine Reihe von Institutionen im Kreis hält Angebote für Familien bereit. Selten sind diese Einrichtungen ausschließlich für Familien gedacht. In dem meisten Fällen sind Familien nur eine Zielgruppe von vielen. Gemeinsam ist diesen Einrichtungen allerdings, dass sie die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen, beziehungsweise Ansprechpartner in Not- und Krisensituationen sind. In diesem Kapitel wird der Grad der Inanspruchnahme dieser Angebote betrachtet. Außerdem interessiert, auf welchem Weg die Familien von diesen Angeboten und Einrichtungen Kenntnis erhalten. Spielen eher informelle Wege der Informationsbeschaffung eine Rolle oder greift die Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Institutionen? Darüber hinaus werden die Antworten der Familien auf die Frage ausgewertet, welche Einrichtungen oder Dienstleistungen sie in ihrer Heimatgemeinde vermissen.

9.1 Institutionelle Unterstützungsangebote

Von allen analysierten Angeboten erfreut sich die Volkshochschule bei den Familien der größten Beliebtheit. In 40 Prozent der Haushalte mit Kindern hat in den letzten zwei Jahren mindestens ein Haushaltsmitglied ein Angebot der Volkshochschule in Anspruch genommen.

40 % profitieren von Volkshochschulangeboten

Abb. 22: Inanspruchnahme ausgewählter Einrichtungen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Auch die Familientreffs sind bei den Familien im Kreis beliebt. Jede vierte Familie zählt zu den Nutzern dieses Angebots. 22 Prozent der Familien hatten in den letzten zwei Jahren außerdem mit der Agentur für Arbeit zu tun, 16 Prozent nutzten das Angebot einer Beratungsstelle, wie Diakonie oder Caritas. Etwas mehr als jede zehnte Familie im Kreis hat in den

Familientreffs werden von vielen Familien aufgesucht

letzten zwei Jahren außerdem das Jugendamt konsultiert. Die Inanspruchnahme der anderen Einrichtungen Sozialamt, Schulsozialarbeiter, Selbsthilfegruppe, Ambulanter Hilfsdienst oder einer bürgerschaftlichen Initiative (Hospizgruppe, Arbeitskreis Asyl, etc.) liegt teilweise deutlich bei unter 10 Prozent.

Eine Betrachtung der einzelnen Zielgruppen familienpolitischer Intervention liefert interessante Befunde. So zeigt sich, dass Alleinerziehende das vorhandene Angebot zu Beratung und Intervention überproportional häufig nutzen. 38 Prozent nehmen die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch, der Schulsozialarbeiter ist in 16 Prozent aller Ein-Eltern-Familien bereits einmal konsultiert worden. Dies ist ein weiteres Indiz für den Unterstützungsbedarf bei Alleinerziehenden im Kreis.

Hohe Inanspruchnahme bei Alleinerziehenden

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Inanspruchnahme von Leistungen zur Intervention und Beratung ist die Frage, wie die Familien auf das jeweilige Angebot aufmerksam geworden sind. Grundsätzlich können die Familien von der Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen erreicht werden, oder sie erhalten ihre Informationen aus dem Freundes- oder Bekanntenkreis. 56 Prozent der Familien im Kreis, die in den letzten zwei Jahren eines der oben genannten Angebote in Anspruch genommen haben, sind durch Medien wie Zeitung oder Internet auf die jeweilige Einrichtung aufmerksam geworden. Für 48 Prozent war der Familien- oder Bekanntenkreis eine Informationsquelle¹⁰. Bei den Alleinerziehenden ist dieser Wert mit 63 Prozent noch deutlich höher.

Alleinerziehende werden auf das Angebot vor allem durch das persönliche Umfeld aufmerksam gemacht

9.2 Fehlende Infrastruktur für Familien

In der repräsentativen Erhebung wurde über eine offene Frage auch ermittelt, welche zusätzlichen Infrastrukturen für Familien gewünscht werden. Knapp 27 Prozent der Familien im Kreis wünschen sich eine ergänzende Einrichtung oder Dienstleistung, beziehungsweise nehmen ein vorhandenes Angebot als ausbaufähig wahr. Die häufigsten Nennungen werden im Folgenden für die einzelnen Kommunen dargestellt.

27 % wünschen eine ergänzende Einrichtung oder Dienstleistung

In **Friedrichshafen** wünschen sich die Eltern insbesondere mehr und bessere Freizeitangebote für Jugendliche. Des Weiteren ist Kinderbetreuung ein Thema. Die Eltern wünschen sich flexiblere Öffnungszeiten der vorhandenen Einrichtungen und mehr Ganztagsbetreuungsangebote. Auch bessere Vermittlungsstrukturen für Babysitter, „Leihgroßeltern“ und Tagesmütter werden genannt. Bei den baulichen

Infrastrukturen steht an vorderster Stelle der Ausbau des Hallenbads.

Für die Eltern in **Überlingen** genießt der Wunsch nach einem Ausbau der Kinderbetreuung Priorität. Zusätzliche Freizeitangebote für Jugendliche sind ebenfalls ein Thema.

Auch die Eltern in **Tettngang** sehen den größten Handlungsbedarf in einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Der Wunsch nach einem verbesserten öffentlichen Nahverkehrssystem folgt mit etwas Abstand.

In **Meckenbeuren** finden sich gehäufte Nennungen lediglich für den Bereich Kinderbetreuung. Auch hier wird das Angebot an Nachmittags- oder Ganztagsbetreuung also als ausbaufähig empfunden.

In **Markdorf, Salem und Uhdingen-Mühlhofen** weist einzig der Bereich der Jugendarbeit gehäufte Nennungen auf.

Die Eltern in **Kressbronn** und **Langenargen** sehen die vorhandenen Angebote zur Kinderbetreuung als zu unflexibel an. Auch wird in beiden Gemeinden ein besser abgestimmtes Ferienbetreuungsprogramm gewünscht.

In **Immenstaad** scheint besonders ein Bereich von den Eltern als verbesserungswürdig wahrgenommen zu werden. Es handelt sich hierbei um die sportlichen Betätigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.

Die Eltern in **Eriskirch** formulieren, dass vor allem im Bereich der Kinderbetreuungsmöglichkeiten etwas getan werden müsste.

Auch in **Oberteuringen** wünschen die Eltern sich vor allem bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das bezieht sich sowohl auf die Angebote zur Ganztags- und Nachmittagsbetreuung, als auch auf nicht-institutionelle Angebote, wie Babysitter, „Leihgroßeltern“ und Tageseltern. Auch ein Ausbau der Ferienbetreuung wird von einigen Eltern gewünscht.

Eltern in **Deggenhausertal** äußern gehäuft den Wunsch nach flexibleren Kinderbetreuungseinrichtungen mit längeren Öffnungszeiten.

In **Owingen** wünschen sich die Eltern wiederum mehr Angebote für ältere Kinder und Jugendliche.

In **Frickingen** steht ein Ausbau der Kinderbetreuung und der Jugendarbeit an der Spitze der Wunschliste der Eltern.

In **Neukirch** finden sich ausschließlich Nennungen, die sich auf das Freizeitangebot für Jugendliche beziehen.

Mehr Jugendarbeit und ein besseres Betreuungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche während der Ferienzeit ist für die Eltern in **Daisendorf** und **Stetten** wichtig.

In **Meersburg, Bermatingen, Heiligenberg, Sipplingen** und **Hagnau** finden sich keine gehäuften Nennungen zu einem bestimmten Bereich.

Zwischenfazit

Angebote der Volkshochschule und der Familientreffs erfreuen sich bei den Familien sehr großer Beliebtheit. Das vorhandene Angebot zu Beratung und Intervention (Diakonie, Caritas, Schulsozialarbeit) wird insbesondere von den Alleinerziehenden häufig in Anspruch genommen.

Die Antworten auf die Frage nach gewünschten zusätzlichen Angeboten und Einrichtungen für Familien bestätigen die Ergebnisse aus Kapitel 5 (Wohnsituation der Familien im Bodenseekreis). Der Ausbau von Angeboten für Jugendliche und eine bessere Kinderbetreuung besitzen demzufolge einen hohen Stellenwert für die Familien im Kreis.

10. Familien im Bodenseekreis: Eine Analyse der wirtschaftlichen Situation

In diesem Kapitel gehen wir auf die ökonomische Situation der Familien im Kreis ein. In der repräsentativen Familienbefragung spielt die wirtschaftliche Lage eine zentrale Rolle, weil sie wesentlich die Situation der Familien prägt. Die Wohnsituation, das Freizeitverhalten und die Bildungsbeteiligung der Kinder, die Inanspruchnahme von familienunterstützenden Dienstleistungen sind oftmals von der wirtschaftlichen Grundlage vorbestimmt.

Für den finanziellen Handlungsspielraum der Familien im Bodenseekreis ist unter anderem die Einkommenssituation der Familien entscheidend. Dabei ist nicht nur die Höhe, sondern auch die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens sowie der Erhalt von staatlichen Transferleistungen zu beachten. Aber auch Familienform, Kinderzahl oder Migrationshintergrund können die wirtschaftliche Situation von Familien beeinflussen. Ein interkommunaler Vergleich kann Aufschluss darüber geben, ob es Gemeinden mit einem überproportional hohen Anteil von finanziell gut gestellten Familien gibt und solche mit wirtschaftlich weniger gut gestellte Familien.

Trotz dieser objektiven Kennzahlen darf auch die subjektive Wahrnehmung der Familien nicht unberücksichtigt bleiben. Sehen sie sich selbst unter einer erhöhten finanziellen Belastung, und wenn ja, welche Gründe werden dafür verantwortlich gemacht? Schließlich muss es auch um solche Familien gehen, die trotz eines Beschäftigungsverhältnisses zu wenig Einkommen haben, um davon leben zu können: die so genannten arbeitenden Armen oder *working poor*.

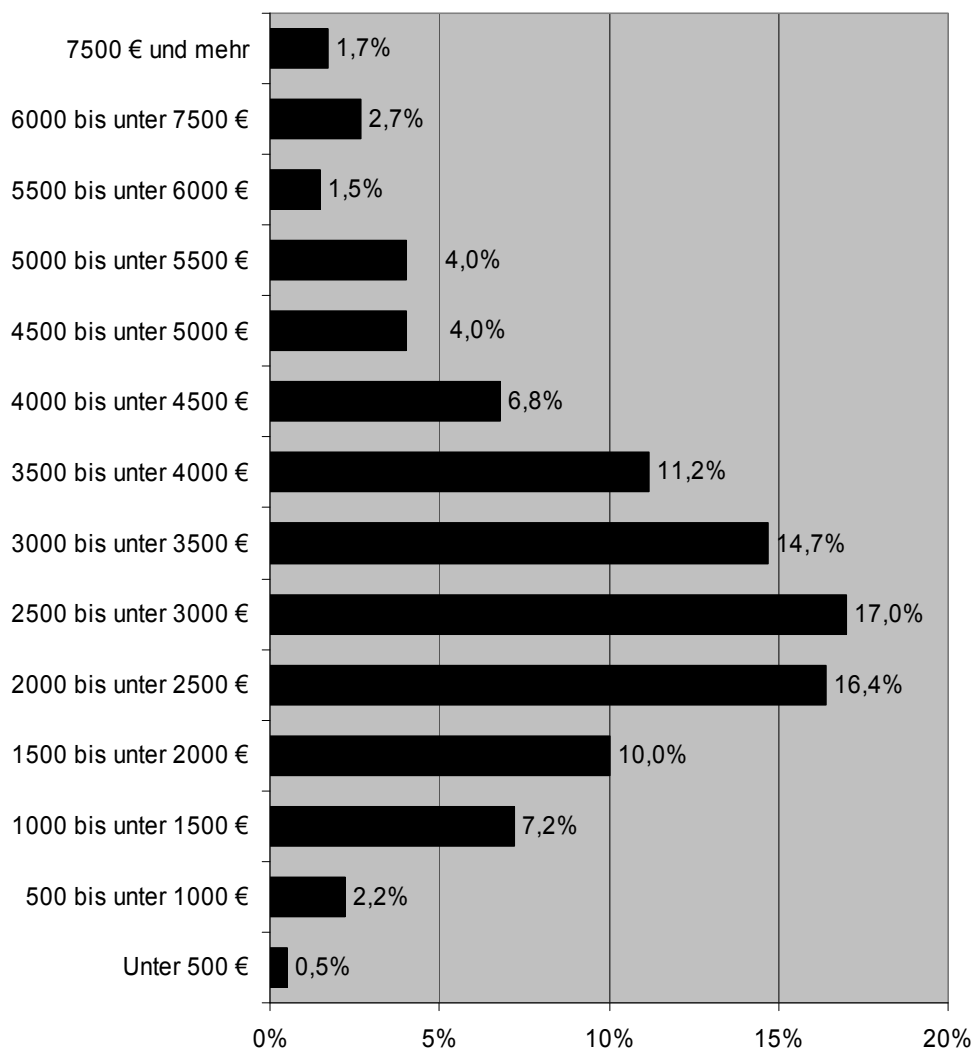
10.1 Einkommenssituation

Entscheidend für die Einkommenssituation der Familien im Kreis ist neben der Verteilung und Zusammensetzung des Einkommens auch die Einkommensverwendung.

Einkommensverteilung

Die Abbildung gibt einen Überblick über die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens, also des zusammengenommenen Einkommens aller Haushaltsmitglieder, inklusive Transferleistungen, wie Wohn-, Kinder- und Erziehungsgeld, und abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Abb. 23: Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen der Familien im Monat



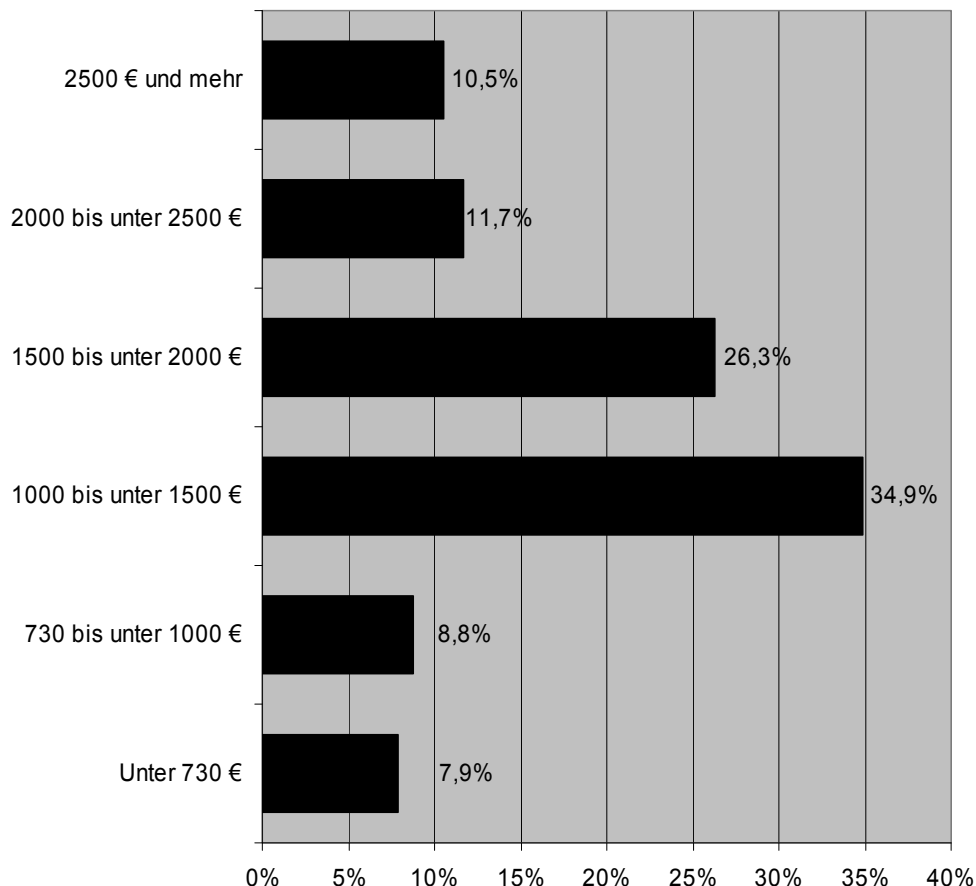
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Familien im Bodenseekreis sind überwiegend dem mittleren Einkommenssegment zuzurechnen. Etwa 48 Prozent der Familien liegen allein im Einkommensbereich zwischen 2000 und 3500 Euro. Diese Verteilungsstruktur sagt noch nichts über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse aus, da die die Anzahl der Haushaltsmitglieder hierbei noch nicht berücksichtigt ist. Ein verfügbares monatliches Einkommen von 2000 Euro hat für einen Vierpersonenhaushalt andere Konsequenzen als für einen Haushalt mit acht Personen. Diese haben wiederum gegenüber kleineren Haushalten die Möglichkeiten Einsparungseffekte zu realisieren. Ein Vierpersonenhaushalt benötigt beispielsweise nicht eine doppelt so große Wohnung wie ein Zweipersonenhaushalt; auch die Ausgaben für Strom, Wasser, Lebensmittel, etc. belaufen sich nicht auf den doppelten Betrag. In der

48 % verfügen über monatliches Haushaltseinkommen zwischen 2000 und 3500 €

Sozialberichterstattung ist es daher üblich, ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zu ermitteln, welches sich am faktischen Bedarf des jeweiligen Haushalts orientiert¹¹.

Abb. 24: Bedarfsgewichtetes monatliches Pro-Kopf-Einkommen der Familien im Bodenseekreis



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Laut offizieller Definition der Europäischen Union gilt eine Person als arm, die über ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt. Für die alten Bundesländer liegt diese „Armutsgrenze“ bei einem faktischen Einkommen von etwa 730 Euro. Die Abbildung zeigt, dass diese monatliche Einkommensgrenze in 7,9 % der Familien im Kreis unterschritten wird. Knapp acht Prozent der Familien im Bodenseekreis sind laut offizieller EU-Definition also als arm anzusehen. Es zeigt sich außerdem, dass ein Anteil von 8,8 % aller Familien nur knapp über diesem Einkommen liegt und ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zwischen 730 und 1000 Euro aufweist. Der Verlust des Arbeitsplatzes, eine längere Krankheit, oder auch die Geburt eines weiteren Kindes

Großteil der Familien liegt im Mittelfeld der Einkommensskala

würde für diese Familien bedeuten, dass sie die Armutsgrenze unterschreiten. Daher werden diese Familien als in armutsnahen Verhältnissen lebend bezeichnet. Etwa jede sechste Familie im Kreis lebt in armutsnahen Verhältnissen beziehungsweise in Armut. Rund 61 Prozent der Familien leben demgegenüber in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie weisen ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1000 und 2000 Euro auf. Familien mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von 2000 Euro aufwärts bezeichnen wir als wohlhabend. Dies trifft auf etwa 22 Prozent aller Familien im Kreis zu.

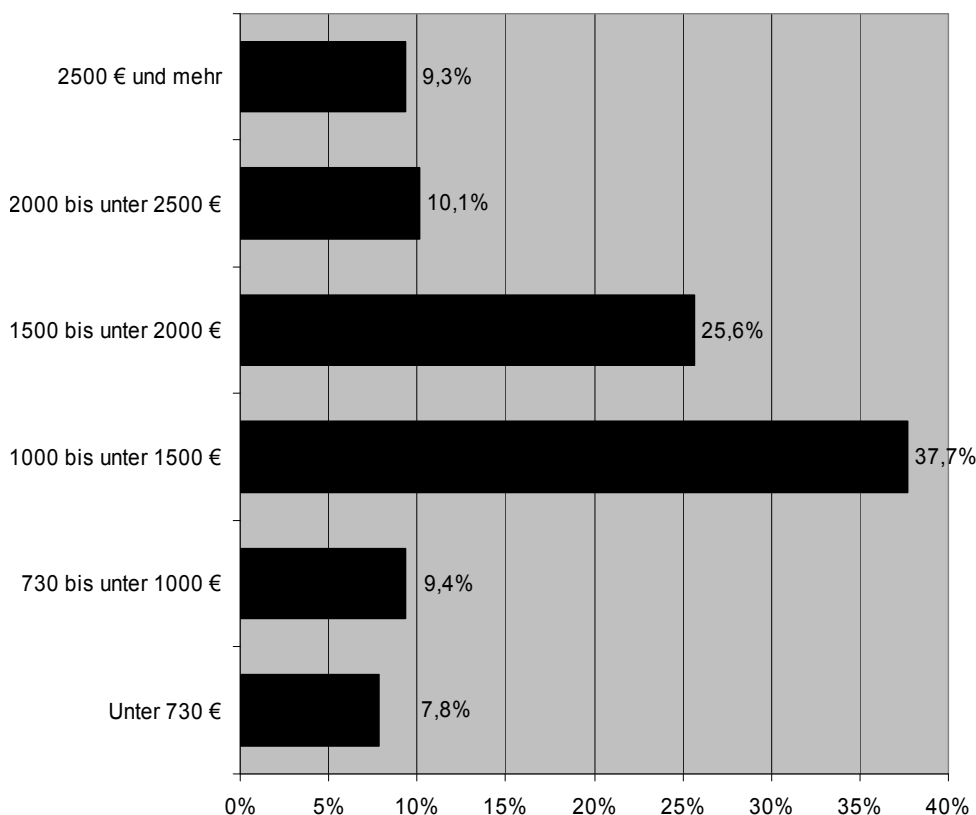
Der Vergleich mit den Personenkreisen, die wir in der Kontrollgruppenbefragung befragt haben, erlaubt es die wirtschaftliche Situation der Familien mit minderjährigen Kindern im Kontext zu betrachten. Es zeigt sich, dass die klassische Kernfamilie tatsächlich ein vergleichsweise hohes Armutsrisiko aufweist. Wie bereits erwähnt leben 17 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Für Personen, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben, trifft dies auf etwa 9 Prozent zu, die kinderlosen Haushalte sind sogar „nur“ zu sieben Prozent von armen oder armutsnahen Verhältnissen betroffen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass diejenigen Haushalte, in denen volljährige Kinder leben, vergleichsweise häufig in angespannten finanziellen Verhältnissen wirtschaften. Etwa 27 Prozent der Haushalte mit volljährigen Kindern leben in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen.

Hohes Armutsrisiko der Familien im Vergleich zu kinderlosen Haushalten

Die folgende Abbildung bezieht sich nicht auf die Familien im Kreis, sondern auf die Grundgesamtheit der Kinder und Jugendlichen. 7,8 % der Minderjährigen stammen aus einer Familie mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von unter 730 Euro. 9,4 % der Kinder kommen aus Haushalten mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 730 und 1000 Euro. 17,2 % der Kinder und Jugendlichen im Kreis leben also in Armut beziehungsweise in armutsnahen Verhältnissen.

17 % der Kinder leben in Armut bzw. armutsnahen Verhältnissen

Abb. 25: Kinder nach bedarfsgewichtetem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Etwa 63 Prozent der Kinder entstammen Familien mit gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die übrigen Kinder und Jugendlichen, knapp 20 Prozent, werden in Familien groß, die als wohlhabend zu bezeichnen sind.

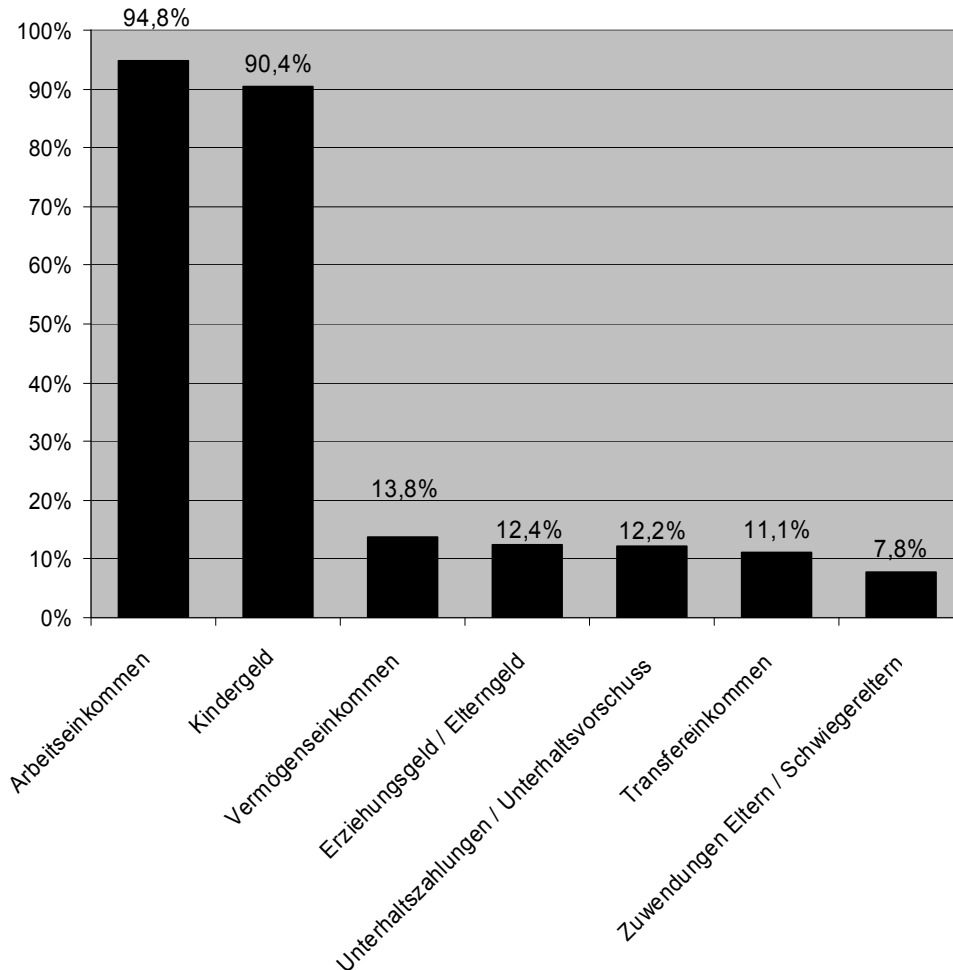
Jedes fünfte Kind wächst in einer wohlhabenden Familie auf

Das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen im Bodenseekreis besteht bei einem Großteil der Familien mit Kindern zumindest teilweise aus Arbeitseinkommen und Kindergeld. Jeweils über 90 Prozent geben an über diese beiden Einkommensquellen zu verfügen. Vermögenseinkommen, Erziehungs- beziehungsweise Elterngeld sowie Unterhaltszahlungen und Unterhaltsvorschuss spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

Hauptsächliche Einkommensquellen: Arbeitseinkommen und Kindergeld

Einkommenszusammensetzung

Abb. 26: Bestandteile des Haushaltsnettoeinkommens



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

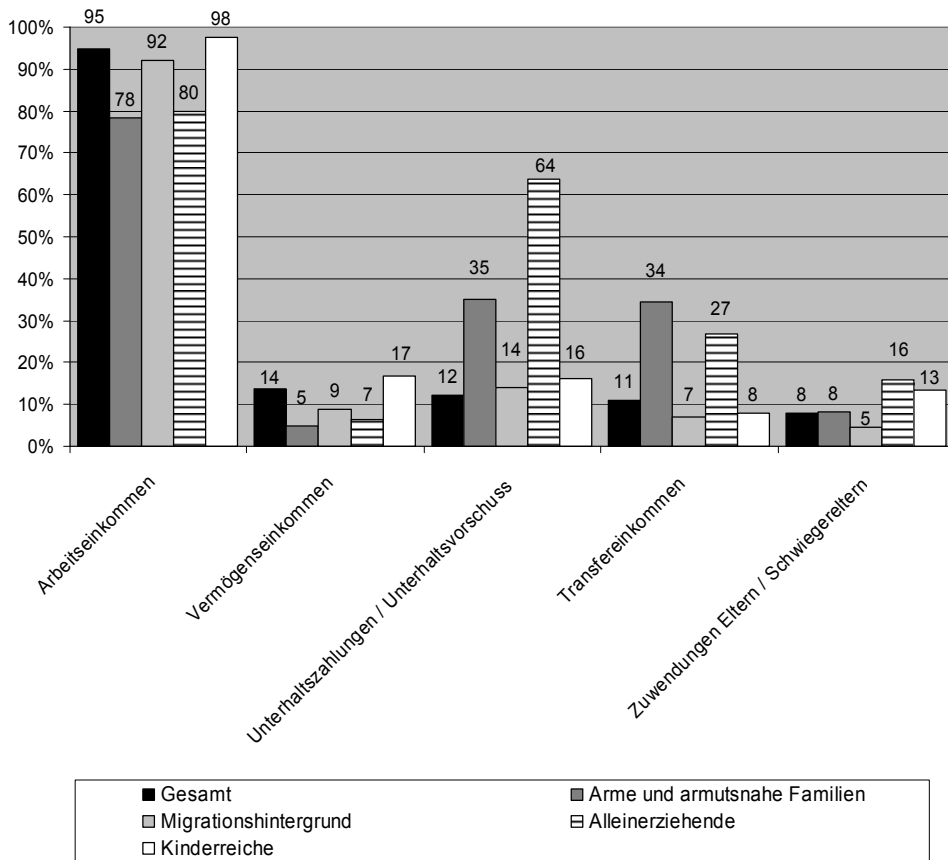
Mehr als jede zehnte Familie im Kreis bezieht öffentliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Zuwendungen der Eltern oder Schwiegereltern bessern in immerhin 7,8 % der Familien das Haushaltsbudget auf.

Jede zehnte Familie bezieht Transfereinkommen aus öffentlichen Geldern

Die Transferabhängigkeit der Gruppen ohne minderjährige Kinder im Haushalt ist durchweg geringer. Sie liegt bei den kinderlosen Haushalten, den Personen deren Kinder bereits einen eigenen Haushalt gegründet haben und den Haushalten mit volljährigen Kindern zwischen fünf und sieben Prozent.

Transferabhängigkeit bei Kontrollgruppen niedriger ausgeprägt

Abb. 27: Einkommenszusammensetzung bei ausgewählten Familienformen / Familientypen



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %;

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung verdeutlicht die unterschiedliche Bedeutung verschiedener Einkommensquellen für einige ausgewählte Familientypen. Bei allen detailliert analysierten Familien spielt das Arbeitseinkommen die wichtigste Rolle für die Zusammensetzung des Haushaltsbudgets. Familien mit Migrationshintergrund gehören vergleichsweise selten zu den Empfängern sozialpolitischer Ausgleichszahlungen. Für Familien mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unter 1000 Euro und Alleinerziehende liegt der Anteil derjenigen, die über Arbeitseinkommen verfügen signifikant unter dem Durchschnittswert. Gleiches gilt für die Vermögenseinkommen. Unterhaltszahlungen spielen erwartungsgemäß für die Alleinerziehenden eine sehr große Rolle. Etwa jede dritte Familie, die in Armut oder armutsnahen Verhältnissen lebt ist auf Transfereinkommen angewiesen. Bei den Alleinerziehenden trifft dies auf etwa jede vierte Familie zu. Zuwendungen der Eltern und Schwiegereltern bessern überdurchschnittlich häufig das Haushaltsbudget der

Arbeitseinkommen und Einkünfte aus Vermögen bei Einkommenschwachen und Alleinerziehenden relativ selten

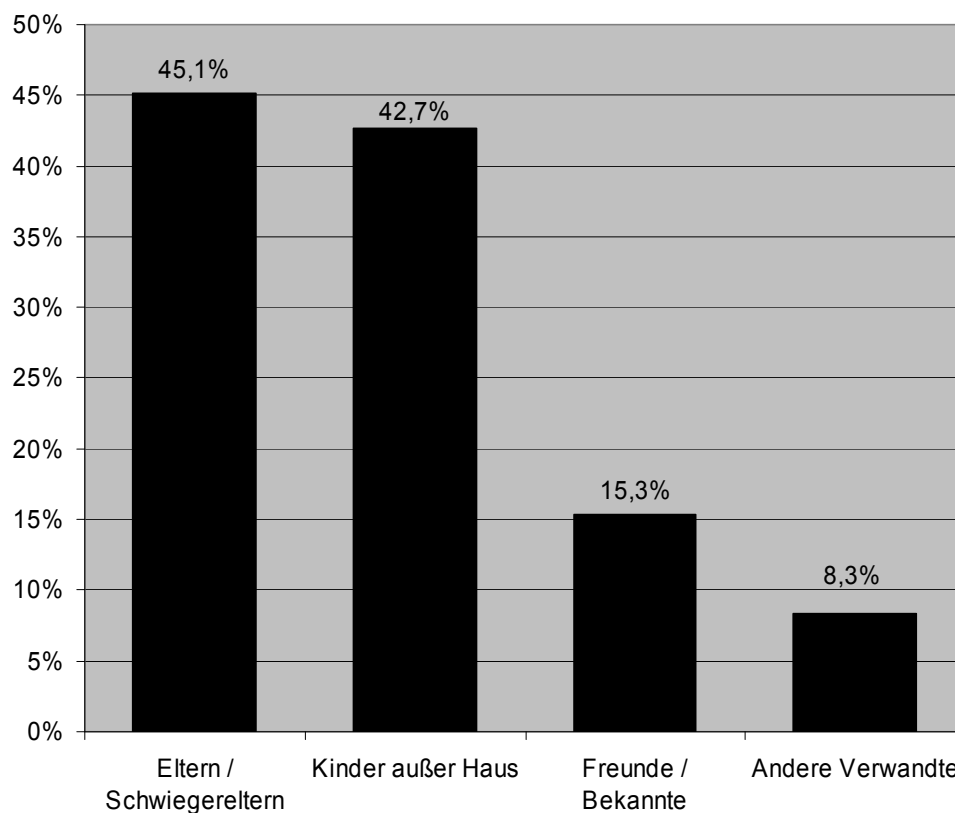
Alleinerziehenden und der kinderreichen Familien mit drei oder mehr Kindern auf.

Einkommensverwendung

Eine Betrachtung der wirtschaftlichen Situation von Familien darf sich nicht nur darauf beschränken, woher die Familien ihr Einkommen beziehen, sondern muss auch ins Auge fassen, wie Familien ihr Einkommen verwenden. Dies gilt umso mehr, da Familien oftmals einen Teil ihres Haushaltsbudgets darauf verwenden, andere Familienmitglieder finanziell zu unterstützen. Dies können beispielsweise Unterstützungsleistungen für sich in der Ausbildung befindliche Kinder außer Haus sein oder Zahlungen, welche die Rente der Eltern oder Schwiegereltern aufbessern. 17 Prozent der Familien erbringen solche Transferzahlungen und leisten somit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur intergenerationalen und innerfamiliären Solidarität. Bei den Familien mit Migrationshintergrund sind es sogar über 26 Prozent, die für Mitglieder außerhalb der Kernfamilie, Freunde oder Bekannte finanzielle Verantwortung übernehmen.

17 % leisten finanzielle Unterstützung für Familie und Freunde

Abb. 28: Empfänger finanzieller Transferzahlungen von Familien



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %; Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Von den finanziellen Unterstützungsleistungen profitieren am ehesten die Eltern und Schwiegereltern. 45 Prozent der Familien, die finanzielle Transfers erbringen, lassen diese der älteren Generation zukommen. Etwas weniger, rund 43 Prozent, übernehmen finanzielle Verantwortung für Kinder, die nicht mehr im Haushalt wohnen. Freunde und Bekannte beziehungsweise Personen aus dem weiteren Verwandtenkreis spielen gegenüber dieser Empfängergruppe nur eine untergeordnete Rolle.

Am häufigsten profitieren Eltern und Schwiegereltern von der finanziellen Unterstützung der Familien

Tab. 17: Sparverhalten der Familien im Bodenseekreis

	Anteil der Haushalte, die monatlich sparen	Durchschnittliche Ersparnis	Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen
Alle Familien	65,0%	389 €	12,5%
Familien mit Migrationshintergrund	62,9%	327 €	10,3%
Arme und armutsnahe Familien	36,6%	98 €	6,7%
Alleinerziehende	42,5%	144 €	7,8%
Kinderreiche	58,4%	367 €	10,1%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Genau 65 Prozent der Haushalte mit Kindern sind in der Lage finanzielle Rücklagen zu bilden. Etwa jede dritte Familie schafft es also nicht monatlich etwas vom Haushaltseinkommen zurückzubehalten. Die durchschnittliche Ersparnis beläuft sich auf 389 Euro, was einem Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von 12,5 % entspricht.

65 % sparen monatlich; durchschnittliche Ersparnis: 389 €

Das Sparverhalten der Familien mit Migrationshintergrund weicht nur geringfügig von diesen Werten ab. Der Anteil der Haushalte, die monatlich sparen liegt mit 62,9 % leicht unter dem Durchschnittswert. Gleiches gilt für die durchschnittliche Ersparnis und deren Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen.

Leicht unterdurchschnittlicher Anteil von Sparern bei Migrantenfamilien

Betrachtet man nur die armen und armutsnahen Familien, mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von unter 1000 Euro, so zeigt sich eine ganz andere Situation. Hier schafft es nur etwas mehr als jede dritte Familie überhaupt Rücklagen zu bilden. Die durchschnittliche Ersparnis liegt mit 98 Euro deutlich unter dem Durchschnittswert. Auch der Anteil der durchschnittlichen Ersparnis am Haushaltsnettoeinkommen ist mit 6,7 % unterdurchschnittlich

Nur jede dritte einkommensschwache Familie kann Rücklagen bilden

Bei den Alleinerziehenden sind ebenfalls deutliche Differenzen zu beobachten. Der Anteil der Haushalte, die in der Lage sind zu sparen, die Höhe der durchschnittlichen Ersparnis und ihr Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen liegen deutlich unter den entsprechenden Durchschnittswerten für alle Familien zusammengenommen.

Alleinerziehende können selten Rücklagen bilden

Kinderreiche Familien schaffen es nur zu 58,4 % regelmäßig Rücklagen zu bilden. Für diejenigen kinderreichen Familien, die sparen, ist die Höhe der durchschnittlichen Ersparnis mit 367 Euro aber von allen betrachteten Gruppen am höchsten.

Hohe durchschnittliche Ersparnis der kinderreichen Familien

Eltern, deren Kindern den Haushalt bereits verlassen haben weisen von allen betrachteten Gruppen das ausgeprägteste Sparverhalten auf. Ihre durchschnittliche monatliche Ersparnis liegt bei 440 Euro. Dies entspricht einem Anteil an ihrem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 15 Prozent.

Ausgeprägtes Sparverhalten bei Familien, deren Kinder den Haushalt verlassen haben

Tab. 18: Schuldenlast der Familien im Bodenseekreis

	Anteil der Haushalte, die Kredite / Hypotheken zurückzahlen	Durchschnittlicher Rückzahlungsbetrag	Anteil am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen
Alle Familien	70,3%	809 €	25,9%
Familien mit Migrationshintergrund	67,4%	792 €	24,9%
Arme und armutsnahe Familien	53,6%	365 €	24,9%
Alleinerziehende	56,2%	419 €	22,8%
Kinderreiche	75,3%	834 €	22,9%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Sieben von zehn Familien im Kreis haben finanzielle Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken oder Krediten. Die durchschnittliche monatliche Belastung dieser Familien beläuft sich auf 809 Euro. Dies entspricht einem Anteil von fast 26 Prozent am monatlichen Gesamtbudget.

70 % haben Rückzahlungsverpflichtungen

Bei den Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil derjenigen, die Kredite oder Hypotheken abzutragen haben mit 67,4 % leicht unterdurchschnittlich. Ihre durchschnittliche monatliche Belastung hierdurch beträgt 792 Euro, etwa ein Viertel des monatlichen Haushaltseinkommens.

64 % der Migrantenfamilien haben finanzielle Verbindlichkeiten

Arme und armutsnahe Familien sind nur zu 53,6 % von einer Schuldenlast betroffen. Ihr durchschnittlicher monatlicher Rückzahlungsbetrag ist mit 365 Euro deutlich geringer als für alle Familien zusammengenommen. Auf Grund ihres geringeren durchschnittlichen Haushaltseinkommens beläuft sich der Anteil der monatlich zurückzuzahlenden Verbindlichkeiten am insgesamt zur Verfügung stehenden Budget aber dennoch auf fast 25 Prozent.

Einkommensschwache Familien müssen seltener Kredite / Hypotheken zurückzahlen

Etwas mehr als 56 Prozent der Alleinerziehenden im Kreis sind verschuldet. Ihr durchschnittlicher Rückzahlungsbetrag von 419 Euro macht einen Anteil von 22,8 % am gesamten Haushaltsbudget aus.

Alleinerziehende: 56 % sind verschuldet

Der Anteil der kinderreichen Familien, die Rückzahlungen in Form von Krediten oder Hypotheken leisten müssen, liegt mit 75,3 % signifikant über dem Durchschnittswert. Dies ist auch als Ausdruck ihrer spezifischen Wohnsituation zu verstehen. Kinderreiche wohnen zu 68 Prozent im Eigenheim, wohingegen dies nur auf 60 Prozent der Familien mit einem oder zwei Kindern zutrifft. Der Rückzahlungsbetrag liegt im Durchschnitt bei 792 Euro, was etwa 25 Prozent am zur Verfügung stehenden Budget ausmacht.

Drei Viertel der Kinderreichen zahlen Kredite / Hypotheken zurück

Ein Vergleich der einzelnen Gruppen zeigt, dass die Familien mit minderjährigen Kindern die größte Schuldenlast tragen. Zwar ist auch bei den kinderlosen Haushalten der durchschnittliche Rückzahlungsbetrag mit 637 Euro, der einem Anteil von 24 Prozent am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen ausmacht, relativ hoch. Jedoch haben nur 29 Prozent der Kinderlosen überhaupt Rückzahlungsverpflichtungen. Im Vergleich zu den Personen, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben, wird die spezielle Situation der Haushalte mit minderjährigen Kindern noch deutlicher. Ihr durchschnittlicher Rückzahlungsbetrag liegt bei 543 Euro, was etwa 18 Prozent am durchschnittlichen Einkommen ausmacht. Diese Kennzahlen beziehen sich auf etwa jeden vierten Haushalt in dieser Gruppe. Drei Viertel der Eltern, deren Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben, sind schuldenfrei.

Hohe Schuldenlast der Familien im Vergleich zu kinderlosen Haushalten

Tab. 19: Zur Miete wohnende Familien: Mietbelastung

	Mieterquote	Durchschnittliche Mietausgaben	Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen
Alle Familien	38,7%	751 €	30,1%
Familien mit Migrationshintergrund	52,5%	729 €	31,0%
Einkommenschwache Familien	64,4%	639 €	48,5%
Alleinerziehende	67,8%	617 €	39,1%
Kinderreiche	32,5%	950 €	33,9%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Ein weiterer wichtiger monatlicher Ausgabeposten, zumindest für Familien, die kein Eigenheim besitzen, sind die Mietausgaben. Etwas weniger als 39 Prozent der Familien im Kreis wohnen zur Miete. Ihre durchschnittlichen monatlichen Mietausgaben (inklusive Nebenkosten) belaufen sich auf 751 Euro. Das entspricht etwa einem Drittel des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens.

Ein Drittel des Einkommens wird für Miete aufgewendet

Familien mit Migrationshintergrund wohnen überwiegend zur Miete (52,5 %). Die durchschnittlichen Mietausgaben für Familien mit Migrationsgeschichte liegen bei 729 Euro, fast ein Drittel des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens.

Migrantenfamilien: 729 € durchschnittliche Mietausgaben

Die Mieterquote für arme und armutsnahe Familien liegt erwartungsgemäß höher. Sie liegt bei 64,4 %. Die Durchschnittlichen Mietausgaben betragen 639 Euro. Das ist fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden monatlichen Gesamtbudgets.

Hohe Mietbelastung bei einkommenschwachen Familien

Die höchste Mieterquote der untersuchten Zielgruppen haben die Alleinerziehenden. Sie wohnen zu 67,8 % zur Miete. Die Mietbelastung liegt durchschnittlich bei 617 Euro. Hierfür müssen die Alleinerziehenden durchschnittlich 39,1 % ihres monatlichen Budgets aufwenden.

Alleinerziehende wenden 39 % des monatlichen Einkommens für die Miete auf

Nur jede dritte kinderreiche Familie wohnt zur Miete. Angesichts des hohen Raum- und Platzbedarfs liegen die durchschnittlichen Mietausgaben aber bei 950 Euro. Zur Miete wohnende Familien mit drei oder mehr Kindern müssen somit mehr als ein Drittel ihres Haushaltsnettoeinkommens für Mietkosten aufbringen.

Kinderreiche Familien haben die höchsten durchschnittlichen Mietausgaben

Tab. 20: Familien im Eigenheim: Ausgaben für Nebenkosten

	Eigentümer- quote	Durchschnitt- liche Nebenkosten	Anteil am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen
Alle Familien	61,3%	384 €	10,8%
Familien mit Migrations- hintergrund	47,5%	388 €	11,0%
Einkommens- schwache Familien	35,6%	385 €	24,7%
Alleinerziehende	32,2%	368 €	19,8%
Kinderreiche	67,5%	400 €	11,1%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Beinahe zwei Drittel aller Familien wohnen im Eigenheim. Sie wenden für die Nebenkosten, wie Strom Wasser und Heizung, einen Anteil von 10,8 % am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen auf. Die absolute Höhe der Nebenkosten bei den einkommensschwachen Familien liegt mit 385 Euro in etwa im Durchschnitt. Für diese Familien machen die Ausgaben für die Nebenkosten aber bereits ein Viertel des Gesamtbudgets aus.

Familien im Eigenheim: 11 % des Einkommens für Nebenkosten

Die durchschnittlichen Nebenkosten für Familien mit Migrationshintergrund liegen mit 388 Euro nur etwas über dem Durchschnittswert von 384 Euro. Das macht einen Anteil von 11 Prozent am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen aus.

Migrantenfamilien: Höhe der Nebenkosten liegt im Durchschnitt

Die absolute Höhe der Nebenkosten für die im Eigenheim wohnenden Alleinerziehenden liegt mit 368 Euro zwar signifikant unter dem Durchschnittswert. Der Anteil dieses Ausgabenpostens am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen beträgt allerdings fast ein Fünftel.

Alleinerziehende: Nebenkosten belaufen sich auf 1/5 des Einkommens

Auch die Nebenkosten für das Eigenheim sind für kinderreiche Familien absolut am höchsten (400 Euro). Das entspricht jedoch „nur“ einem Anteil von 11,1 % am Gesamtbudget der Familien mit drei oder mehr Kindern.

Hohe Nebenkosten für kinderreiche Familien

Tab. 21: Kinderbezogene Ausgaben

	Durchschnittliche monatliche Ausgaben pro Kind
Alle Familien	137 €
Familien mit Migrationshintergrund	139 €
Einkommensschwache Familien	86 €
Alleinerziehende	114 €
Kinderreiche	87 €

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

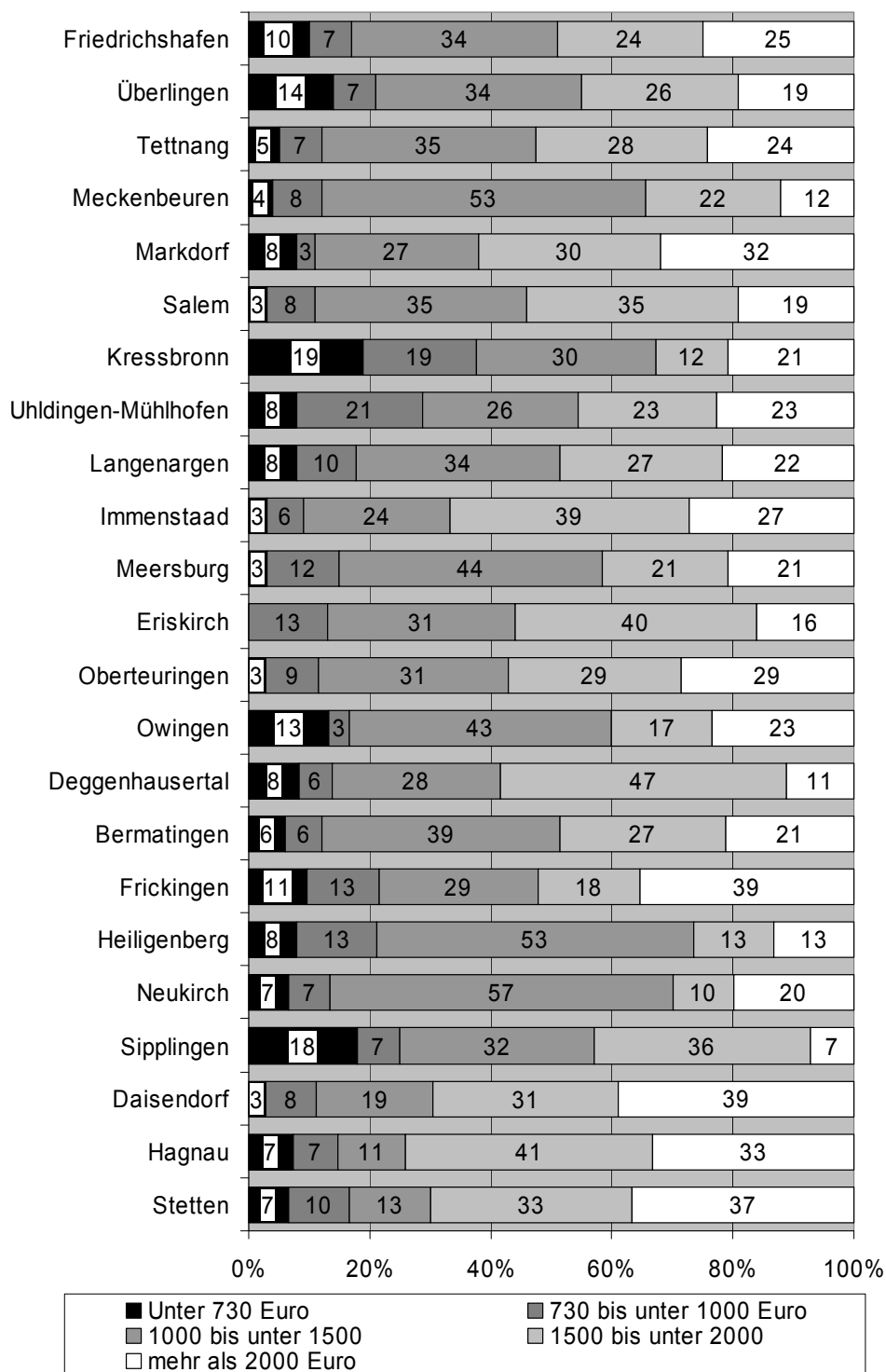
Die durchschnittlichen Ausgaben pro Kind für Taschengeld, Vereinsbeiträge, Schulmaterial, Kleidung, etc. belaufen sich auf 137 Euro. Einen interessanten Befund liefert die Betrachtung der Situation der Familien mit Migrationshintergrund. Ihre kinderbezogenen Ausgaben liegen bei überdurchschnittlichen 139 Euro pro Kind. Einkommensschwache Familien, mit einem bedarfsgewichteten Einkommen bis 1000 Euro, und kinderreiche Familien bringen mit 86 beziehungsweise 87 Euro weit weniger pro Kind auf. Während dies bei den einkommensschwachen Familien tatsächlich auf die finanzielle Situation der Haushalte zurückzuführen sein dürfte, sind bei den Kinderreichen wohl eher Einsparungseffekte auf Grund der relativ hohen Kinderzahl dafür verantwortlich (Weitergabe von Kleidungsstücken an jüngere Geschwister, Wiederverwendung der Babyausstattung, etc.). Die kinderbezogenen Ausgaben der Alleinerziehenden liegen mit 114 Euro zwar unter dem Durchschnitt, jedoch immer noch deutlich über den Ausgaben der einkommensschwachen Familien und der Kinderreichen.

Durchschnittliche Ausgaben pro Kind im Monat: 137 €

10.2 Interkommunale Analyse der Einkommenssituation

In diesem Kapitel wird es um die Verteilung der verschiedenen Einkommensgruppen auf die einzelnen Bodenseegemeinden gehen. Gibt es Gemeinden, in denen eher die wohlhabenden Familien anzutreffen sind? Und umgekehrt: Welches sind die Gemeinden in denen die Familien mit vergleichsweise wenig Einkommen auskommen müssen?

Abb. 29: Bedarfsgewichtetes monatliches Pro-Kopf-Einkommen nach Gemeinde



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Einkommensverteilung in den einzelnen Gemeinden kann der oben stehenden Abbildung entnommen werden. Am wenigsten arme und armutsnahe Familien wohnen in Immenstaad. Zusammengenommen nur etwa neun Prozent

der Familien dort haben ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen unter 730 Euro, beziehungsweise zwischen 730 Euro und 1000 Euro. Relativ viele Familien mit geringem Einkommen finden sich hingegen in Kressbronn, Sipplingen oder Uhldingen-Mühlhofen. Vergleichsweise viele wohlhabende Familien, mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen über 2000 Euro, leben in den drei kleinsten Bodenseekreisgemeinden Daisendorf, Hagnau und Stetten. Aber auch in Frickingen und Markdorf erreichen diese Familien einen Anteil von über 30 Prozent.

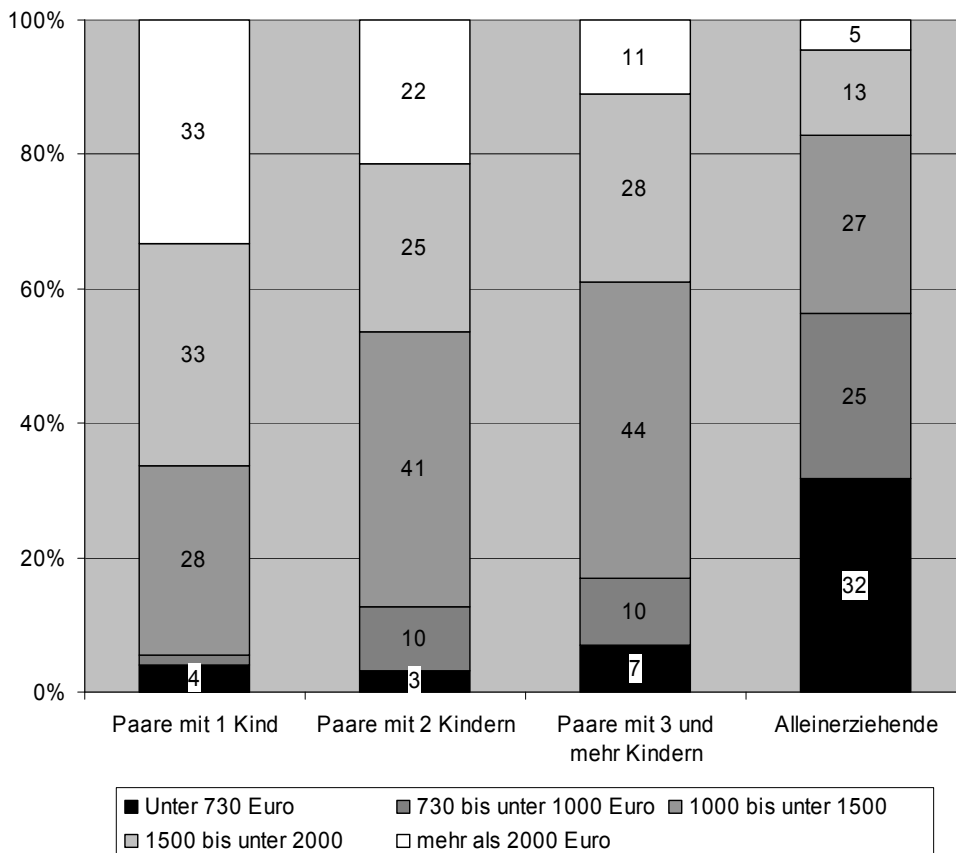
Gemeinden mit hoher und niedriger Einkommensstruktur

Daneben gibt es noch eine Reihe von Gemeinden, in denen besonders viele Familien der Mittelschicht leben. Der Anteil der Familien mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 1000 Euro und 2000 Euro liegt beispielsweise in Meckenbeuren, Eriskirch und Salem jeweils über der 70-Prozent-Marke.

Gemeinden mit vielen Familien aus der Mittelschicht

10.3 Einkommenssituation und Familienform

Abb. 30: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Familienform



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung verdeutlicht den bestehenden Zusammenhang zwischen Einkommen und Familienform. Das Armutsrisiko der Alleinerziehenden ist besonders hoch. In fast einem Drittel der Alleinerziehendenhaushalte haben die Familienmitglieder pro Kopf ein bedarfsgewichtetes Einkommen von unter 730 Euro zur Verfügung. Ein weiteres Viertel ist mit einem bedarfsgewichteten Einkommen von 730 Euro bis 1000 Euro pro Person als armutsnah anzusehen.

Ein Drittel der Alleinerziehenden-Haushalte lebt in Armut

Paare mit einem Kind weisen hingegen eine vergleichsweise entspannte Einkommenssituation auf. Nur vier Prozent dieser Familien sind dem untersten Einkommenssegment zuzuordnen. In einem Drittel der Ein-Kind-Familien verfügt jede Person sogar über ein bedarfsgewichtetes Einkommen von 2000 Euro und mehr.

Jede dritte Ein-Kind-Familie hat relativ hohes Einkommen

Bereits bei Paaren mit zwei Kindern verschlechtert sich die Einkommenssituation signifikant. Insgesamt dreizehn Prozent der Familien sind als arm oder armutsnah anzusehen. Der Anteil der Familien im oberen Einkommenssegment geht auf 22 Prozent zurück.

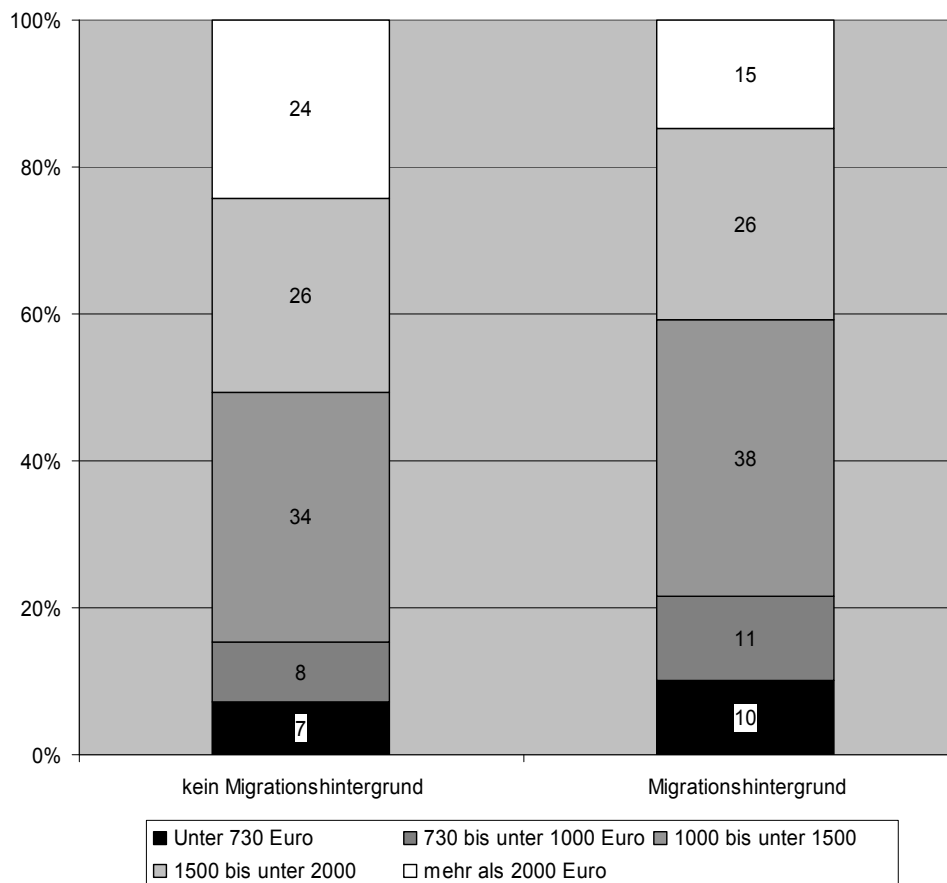
13 % der Familien mit zwei Kindern leben in Armut bzw. armutsnahen Verhältnissen

Ein Blick auf die Familien mit drei und mehr Kindern macht deutlich, dass Kinderreichtum im Bodenseekreis zwar nicht unbedingt mit einem deutlich höheren Armutsrisiko gleichgesetzt werden kann, eine hohe Kinderzahl jedoch klar wahrnehmbare Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen hat. 15 Prozent der kinderreichen Familien leben in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Weitere 45 Prozent haben ein relativ niedriges bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1000 Euro und 1500 Euro. Der Anteil der Familien im höchsten Einkommenssegment ist auf zwölf Prozent zurückgegangen.

45 % der Kinderreichen haben relativ niedriges Einkommen

10.4 Einkommenssituation und Migrationshintergrund

Abb. 31: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Migrationshintergrund



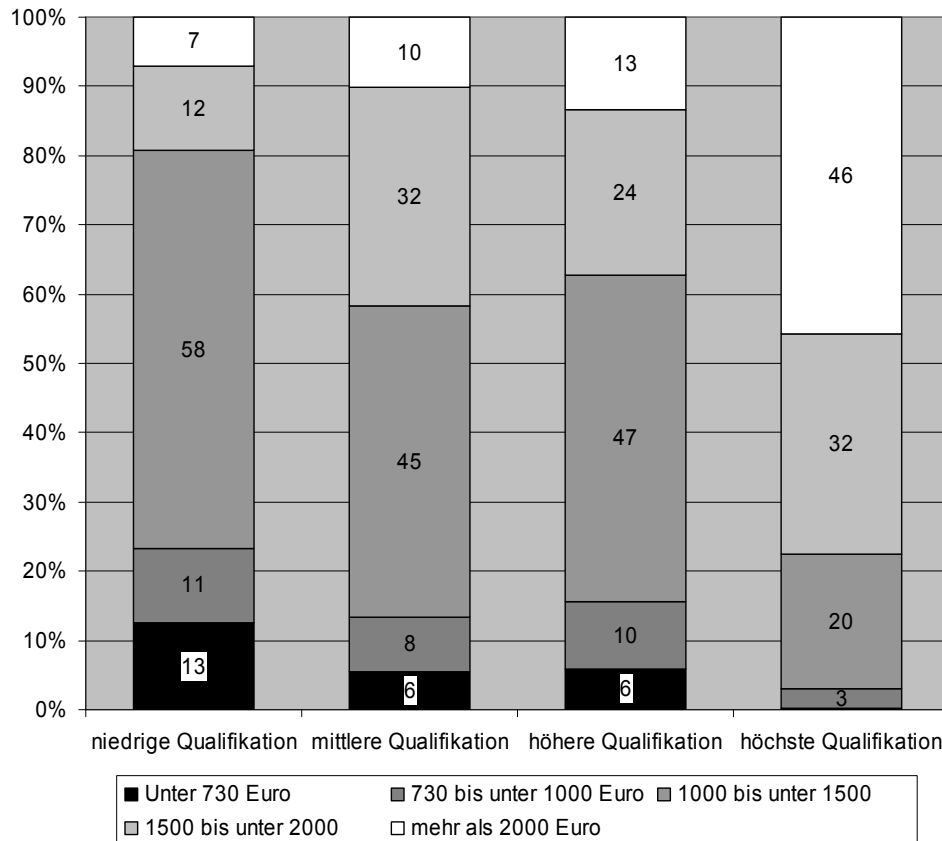
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Einkommenssituation der Familien im Kreis ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der Situation der Familien mit Migrationsgeschichte. 21 Prozent der Familien, die ihre Wurzeln in einem anderen Land haben, leben in Armut oder in armutsnahen Verhältnissen. Dieser Befund trifft nur auf 15 Prozent der Familien ohne Migrationserfahrung zu. Auch die Prozentsätze der Familien im höchsten Einkommenssegment unterscheiden sich um fast zehn Prozentpunkte.

Familien mit Migrationsgeschichte haben höheres Armutsrisiko

10.5 Einkommenssituation und Bildung

Abb. 32: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Qualifikationsniveau¹²



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Eines wird auf den ersten Blick deutlich. Die Einkommenssituation der Familien ist auch im Bodenseekreis bildungsabhängig. Je höher die Qualifikation, desto niedriger der Anteil der armen und armutsnahen Familien und desto höher der Anteil der gut situierten Haushalte. Familien mit dem niedrigsten Qualifikationsniveau müssen zu dreizehn Prozent mit einem bedarfsgewichteten Einkommen von unter 730 Euro, und zu 11 Prozent mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 730 Euro und 1000 Euro auskommen. Nur sieben Prozent sind im höchsten Einkommenssegment zu verorten. Bei den Familien mit der höchsten Qualifikationsstufe finden sich überhaupt keine Haushalte, die dem untersten Einkommenssegment angehören. Lediglich drei Prozent leben in armutsnahen Verhältnissen, mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 730 Euro und 1000 Euro. In fast der Hälfte der Familien mit höchstem Bildungsniveau verfügen die Haushaltsmitglieder rechnerisch

Einkommenssituation ist bildungsabhängig

über ein bedarfsgewichtetes Einkommen von mehr als 2000 Euro pro Kopf.

Abb. 33: Qualifikationsniveau der Eltern und Bildungsbeteiligung des ältesten Kindes an weiterführenden Schulen

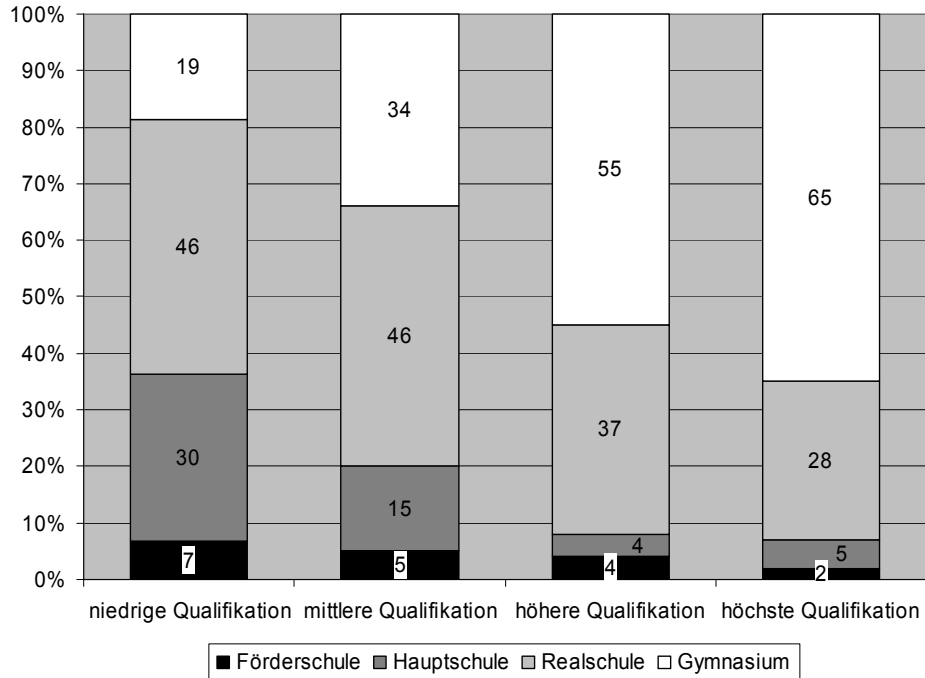
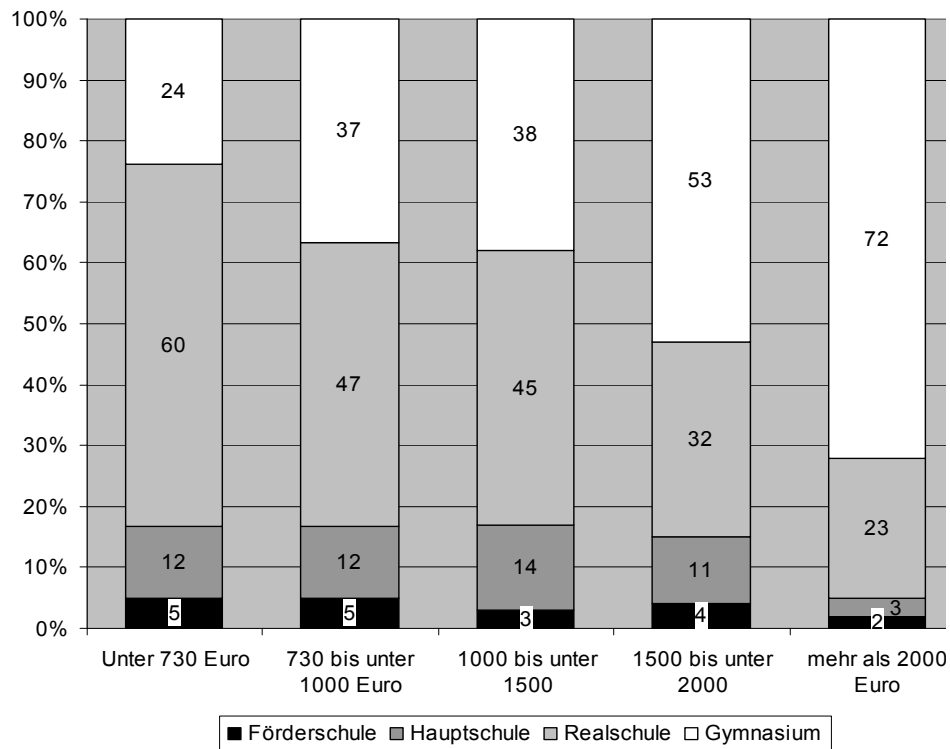


Abb. 34: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen und Bildungsbeteiligung des ältesten Kindes an weiterführenden Schulen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

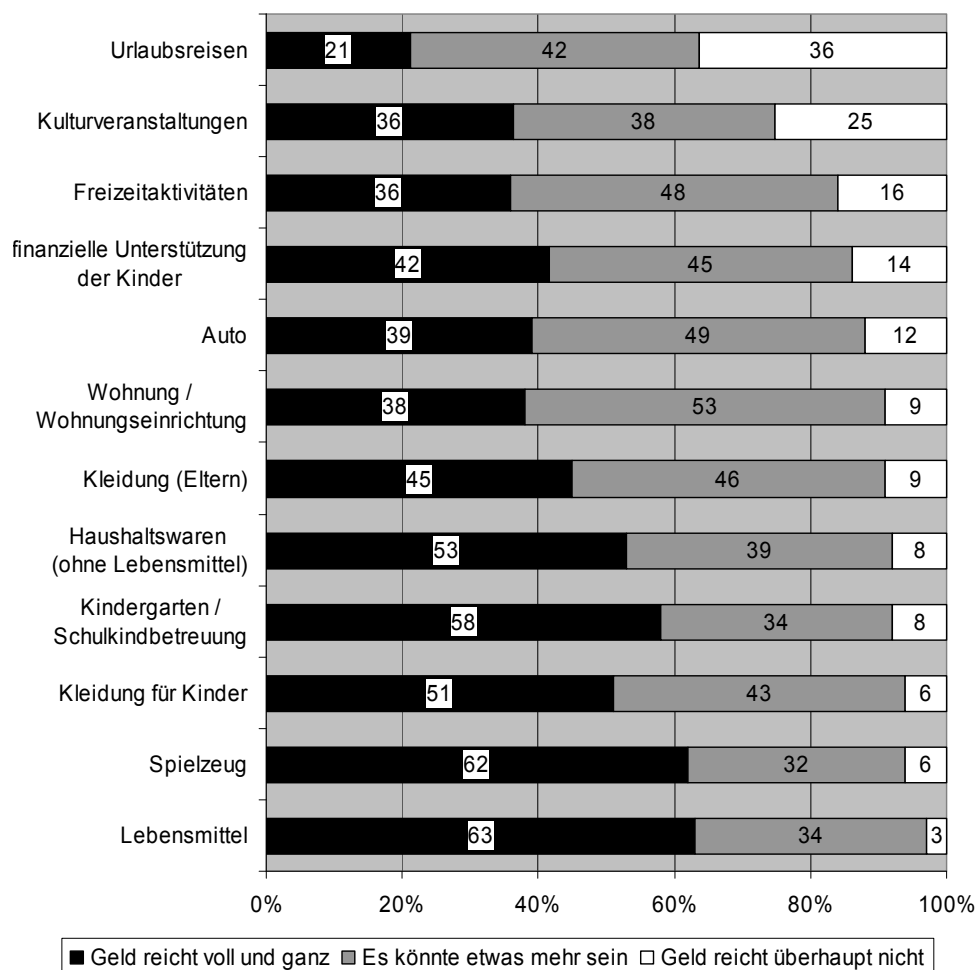
Die beiden Abbildungen befassen sich mit den Bildungschancen der Kinder und deren Determinanten. Sie machen deutlich, dass der Befund von der „Vererbung sozialer Randlagen“ auch im Bodenseekreis zutrifft. Die Chancen eine gymnasiale Schulbildung zu erhalten steigen mit dem Einkommens- und Qualifikationsniveau der Familie. Fast drei Viertel der ältesten Kinder aus Familien im obersten Einkommenssegment besuchen das Gymnasium. Nur ein geringer Anteil von fünf Prozent besucht eine Förder- oder Hauptschule. In den Familien mit niedrigem Qualifikationsniveau liegt dieser Anteil bei 37 Prozent. Der Anteil der Kinder aus eher bildungsfernen Familien, die das Gymnasium besuchen macht zudem nicht einmal ein Viertel aus.

Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien erhalten seltener höhere Schulbildung

10.6 Finanzielle Belastung der Familien im Bodenseekreis

Der Familienentwicklungsplan geht detailliert auf die finanziellen Belastungen der Familien im Bodenseekreis ein. Dabei stehen die Konsequenzen aus finanziellen Engpässen im Vordergrund, also etwa in welchen Bereichen zuerst Einsparungen getroffen werden. Die folgende Abbildung illustriert, dass es Bedürfnisse gibt, die nahezu alle Familien mit dem gegebenen Budget befriedigen können, und Bedürfnisse, die nur für eine Minderheit der Familien finanziell realisierbar sind.

Abb. 35: Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation für ausgewählte Bereiche

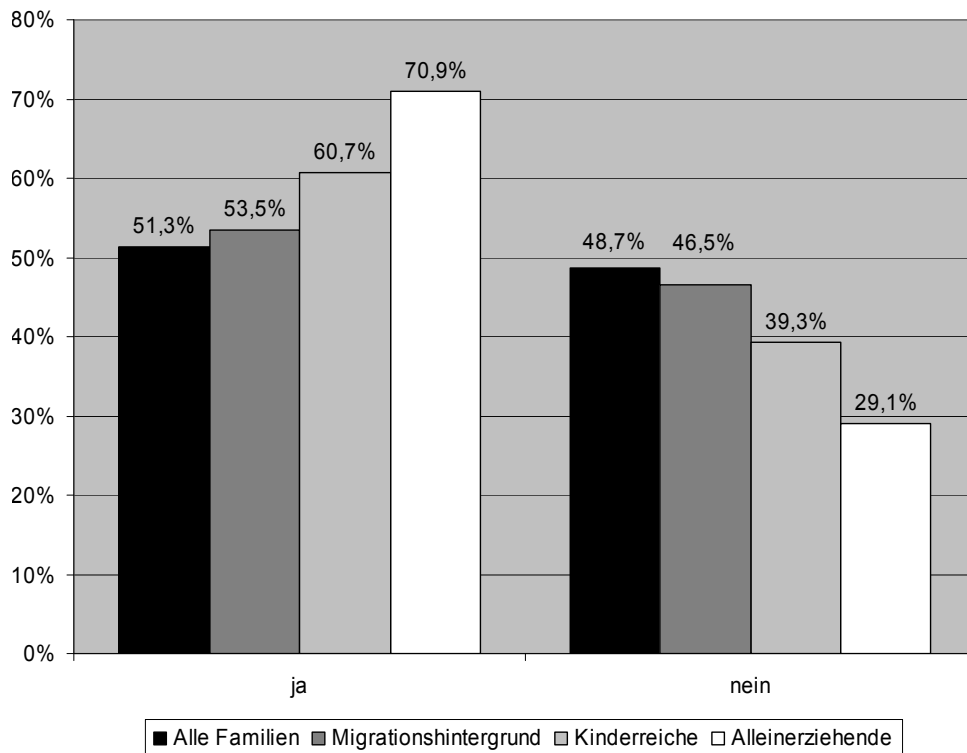


Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Es zeigt sich, dass die Familien für die Dinge des täglichen Bedarfs finanzielle Mittel eher zur Verfügung haben. Drei beziehungsweise sechs Prozent geben an, für Lebensmittel und für die Ausstattung der Kinder mit Kleidung reiche das Geld „überhaupt nicht“. Finanzielle Engpässe treten vermehrt bei den Betriebskosten für das Auto und bei der finanziellen Unterstützung der Kinder auf. 14 beziehungsweise 16 Prozent der Familien äußern sich dementsprechend. Es ist aber der Freizeitbereich, in welchem die Familien am ehesten Einsparungen vornehmen (müssen). Die Anteile der Familien, die angeben, für Freizeitaktivitäten, Kulturveranstaltungen und Urlaubsreisen reiche das Geld „überhaupt nicht“, liegen im Vergleich am höchsten.

Einsparungen werden am ehesten im Freizeitbereich vorgenommen

Abb. 36: „Meinen Sie, Ihr Haushalt befindet sich unter einer erhöhten finanziellen Belastung?“



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

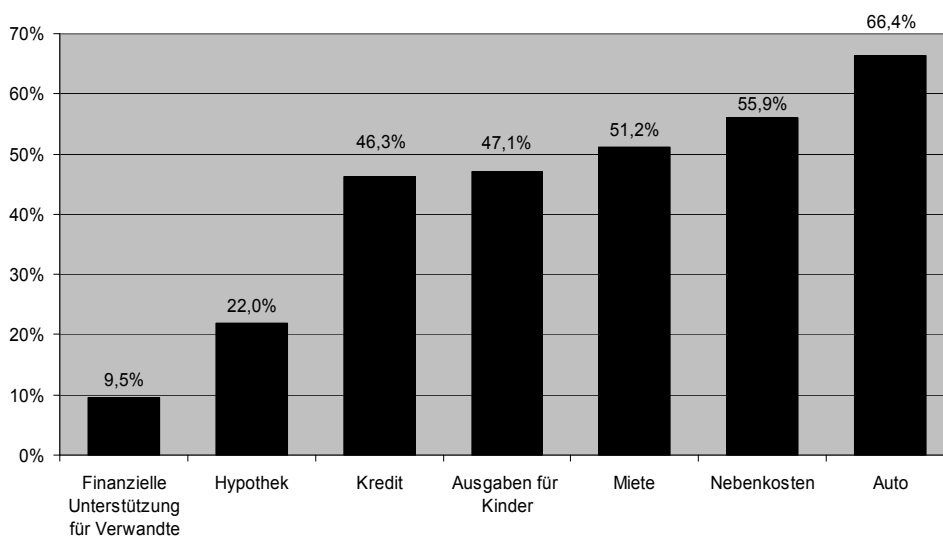
Etwas mehr als die Hälfte aller Familien im Kreis befinden sich laut eigenen Angaben unter einer erhöhten finanziellen Belastung. Für Familien mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien und Alleinerziehende liegt dieser Wert teilweise deutlich darüber.

Mehr als die Hälfte sehen ihren Haushalt unter einer erhöhten finanziellen Belastung

Auch bei dieser subjektiven Einschätzung der eigenen finanziellen Situation liegen die Werte der Familien mit minderjährigen Kindern deutlich über den Werten der Gruppen, die in der Kontrollgruppenbefragung im Mittelpunkt standen. Mit 33 Prozent liegt der Wert für die Haushalte, in denen volljährige Kinder leben noch vergleichsweise hoch. Aber jeweils nur etwa 23 Prozent der Kinderlosen und derjenigen, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, bejahen die Frage nach der erhöhten finanziellen Belastung.

Eine erhöhte finanzielle Belastung wird in kinderlosen Haushalten seltener wahrgenommen

Abb. 37: Ursachen für die wahrgenommene erhöhte finanzielle Belastung



Anmerkungen: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100%; Der Prozentwert für „Miete“ bezieht sich nur auf diejenigen Familien, die tatsächlich zur Miete wohnen.

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die größte finanzielle Belastung für die Familien im Kreis geht von den laufenden Betriebskosten für das Auto aus. Etwas mehr als ein Drittel der Familien sieht hier eine der Ursachen für die als angespannt wahrgenommene finanzielle Situation. Aber auch die Nennungen für Wohnnebenkosten, Miete, Ausgaben für die Kinder und die Raten für die Rückzahlung eines Kredits liegen auf hohem Niveau.

Kosten für das Auto, Wohnnebenkosten und Miete belasten die Familien am stärksten

Alleinerziehende und kinderreiche Familien verweisen überdurchschnittlich häufig auf die Ausgaben für die Kinder zur Begründung eines finanziellen Engpasses. 61 Prozent der Kinderreichen und 59 Prozent der Alleinerziehenden äußern sich dementsprechend. Für Familien mit Migrationshintergrund sind es überdurchschnittlich häufig die Wohnnebenkosten, die zur Begründung einer finanziell angespannten Situation herangezogen werden (62 Prozent).

Kinderreiche und Alleinerziehende nennen überdurchschnittlich häufig die Ausgaben für die Kinder

10.7 Erwerbsarmut im Bodenseekreis

Das Phänomen der Erwerbsarmut beziehungsweise der *Working Poor* (arbeitende Arme) bezeichnet Lebenslagen, die trotz des Vorliegens von Erwerbstätigkeit von Armut betroffen sind. In die öffentliche Diskussion hält die weit verbreitete Tatsache, dass Erwerbstätigkeit und Armut einander nicht zwingend ausschließen, nur zögerlich Einzug. Da gerade auch Familien von diesem Phänomen betroffen sind, wird diese im

Folgenden näher betrachtet.

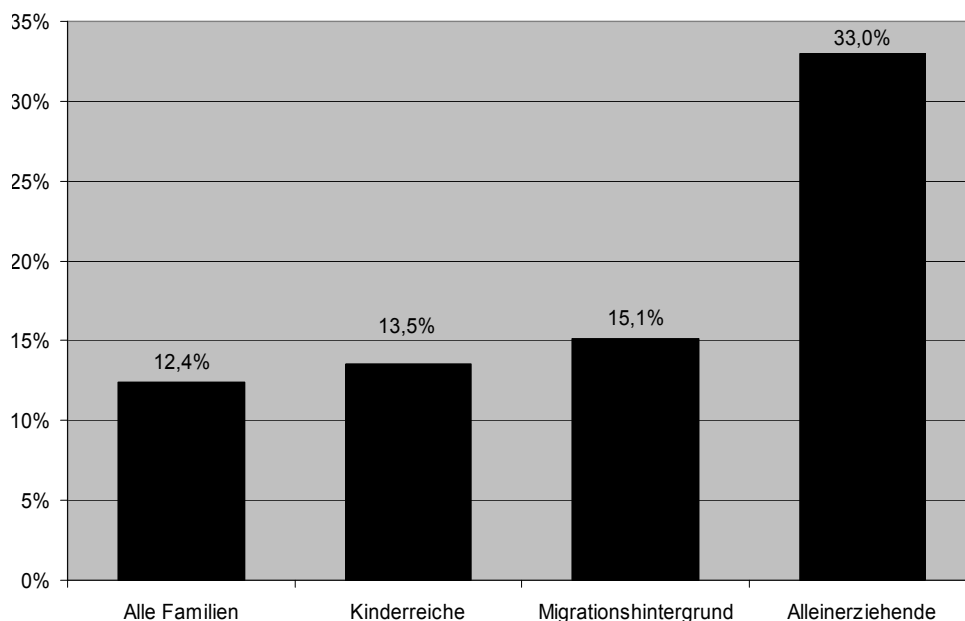
Familien werden als von Erwerbsarmut betroffen bezeichnet, wenn sie in Armut oder armutsnahen Verhältnissen leben, obwohl mindestens ein Elternteil einer Arbeit nachgeht. Wie bereits festgestellt, verfügen 16,7 % der Haushalte mit Kindern im Bodenseekreis über ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von unter 1000 Euro. In 76 Prozent dieser Familien geht zumindest ein Elternteil einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach. Somit ergibt sich ein Anteil von 12,4 % an allen Familien im Kreis, die von Erwerbsarmut betroffen sind. Etwa jede achte Familie im Kreis ist arm trotz Arbeit. Bezogen auf die absolute Zahl von 23.696 Haushalten mit Kindern im Kreis sind das 2.983 Familien. Häufig leben diese Familien in den Gemeinden Kressbronn, Uhdlingen-Mühlhofen, Heiligenberg und Sipplingen, wo jeweils mehr als jede fünfte Familie von Erwerbsarmut betroffen ist.

Jede achte Familie ist arm trotz Arbeit

Der Gruppenvergleich macht deutlich, dass Erwerbsarmut im Kreis insbesondere eine Sache der Familien mit minderjährigen Kindern ist. Der Anteil der „arbeitenden Armen“ liegt bei keiner der Kontrollgruppen (Kinderlose; Eltern, deren Kinder den Haushalt verlassen haben; Familien mit im Haushalt lebenden volljährigen Kindern) bei über sechs Prozent.

Von Erwerbsarmut sind typischerweise Familien mit Kindern betroffen

Abb. 38: Erwerbsarmut im Bodenseekreis



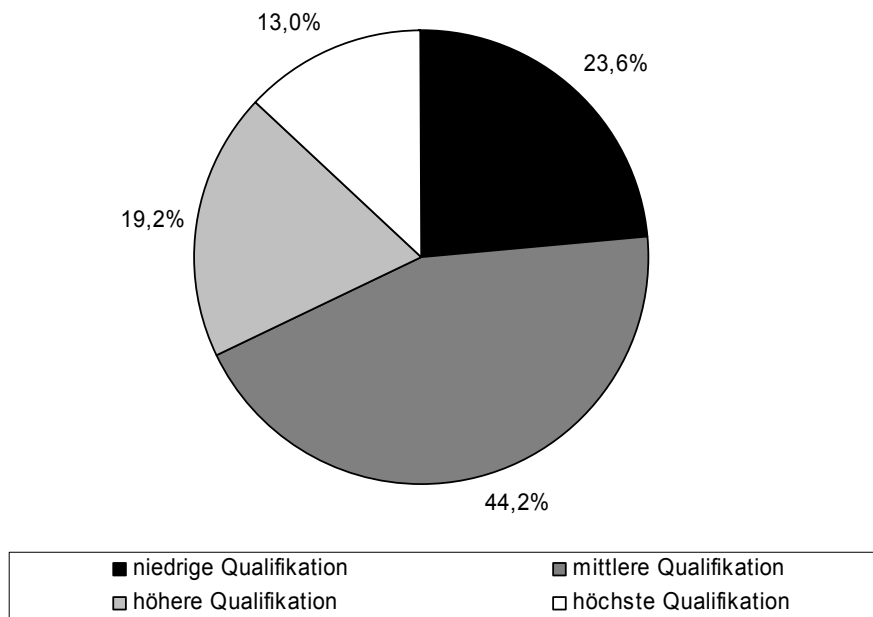
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Wie die Abbildung zeigt, sind kinderreiche Familien und

Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig von Erwerbsarmut betroffen. 13,5 % der Kinderreichen und 15,1 % der Familien mit Migrationshintergrund sind arm trotz Vorliegens einer Erwerbstätigkeit bei mindestens einem Elternteil. Die wirkliche Risikogruppe sind allerdings die Alleinerziehenden. Genau jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt im Kreis ist von Erwerbsarmut betroffen.

Jede dritte Ein-Eltern-Familie ist arm trotz Arbeit

Abb. 39: Erwerbsarmut nach Bildungsstatus

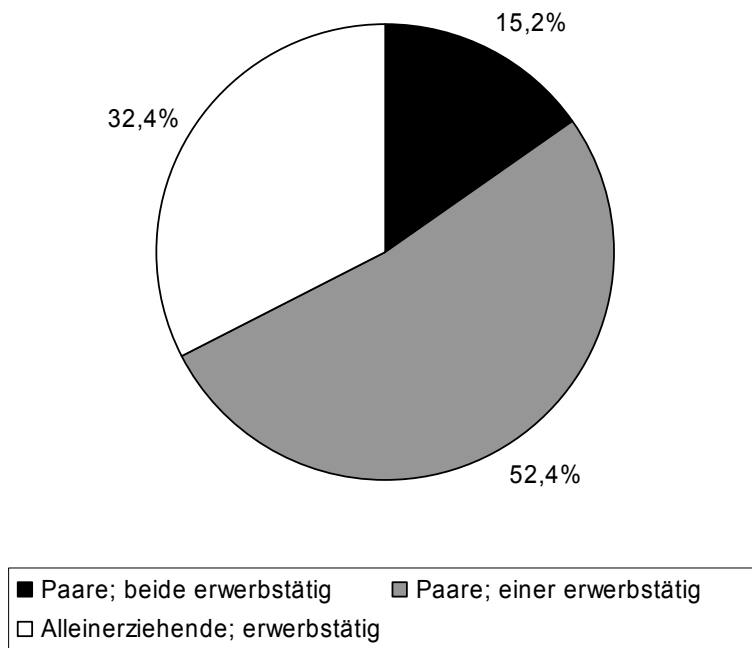


Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Haushalte mit niedrigem Qualifikationsniveau sind überproportional in der Gruppe der Familien vertreten, die von Erwerbsarmut betroffen sind. Während sie an der Gesamtheit der Haushalte mit Kindern im Kreis lediglich 11,4 % ausmachen, kommen sie bei den arbeitenden Armen auf einen Anteil von 23,6 %. Allerdings ist das Risiko nicht auf diese Gruppen beschränkt. Immerhin dreizehn Prozent der Haushalte, in denen mindestens ein Elternteil einen (Fach)Hochschulabschluss hat, sind ebenfalls arm trotz Arbeit.

23 % der arbeitenden Armen sind niedrig qualifiziert

Abb. 40: Erwerbsarmut nach Lebensformen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Auch wenn Armut immer wieder in Verbindung gebracht wird mit Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit ist diese auch dort nicht zu unterschätzen, wo mindestens ein Elternteil einer regulären Erwerbstätigkeit nachgeht. Mehr als die Hälfte der von Erwerbsarmut betroffenen Familien lebt in Paarbeziehungen, in denen ein Elternteil, häufig der Vater, arbeiten geht. Deutlich überrepräsentiert sind die Alleinerziehenden. Während Ein-Eltern-Familien nur 12 Prozent der Familien im Kreis ausmachen, setzt sich die Gruppe der arbeitenden Armen zu 32,4 % aus Alleinerziehenden zusammen.

Alleinerziehende unter den von Erwerbsarmut betroffenen Familien überrepräsentiert

Zwischenfazit

Die Familien im Bodenseekreis sind überwiegend dem mittleren Einkommenssegment zuzurechnen. 60 Prozent verfügen über ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1000 und 2000 Euro. 7,9 % gelten laut offizieller EU-Definition als arm. Weitere 8,8 % sind als armutsnah anzusehen. Somit lebt etwa jedes sechste Kind in Armut oder armutsnahen Verhältnissen. Etwas mehr als jede zehnte Familie bezieht finanzielle Transfers der öffentlichen Hand.

65 Prozent aller Familien, aber nur 43 Prozent der Alleinerziehenden und 37 Prozent der einkommensschwachen Familien können finanzielle Rücklagen bilden. Sieben von zehn Familien haben finanzielle Verbindlichkeiten, wobei Kinderreiche besonders häufig Kredite oder Hypotheken abzubezahlen haben. 39 Prozent wohnen zur Miete, die durchschnittliche Mietbelastung liegt bei etwa 30 Prozent des zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens. Besonders hohe Mieterquoten haben Alleinerziehende (68 Prozent) und einkommensschwache Familien (64 Prozent). Bei den einkommensschwachen Familien beläuft sich der Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen auf fast die Hälfte. Familien mit Migrationshintergrund wenden mit 139 Euro pro Kind und Monat einen überdurchschnittlich hohen Betrag für kinderbezogene Ausgaben (Vereinsbeiträge, Schulmaterial, Kleidung, etc.) auf.

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Familienform und Einkommenssituation. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden-Haushalte lebt in armen oder armutsnahen Verhältnissen. 45 Prozent der Kinderreichen liegen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1000 und 1500 Euro nur knapp über der Schwelle für armutsnahe Verhältnisse. Auch Migrantenfamilien haben ein erhöhtes Armutsrisiko.

Das aus der Sozialforschung bekannte Phänomen der Vererbung sozialer Randlagen ist auch im Bodenseekreis zu beobachten. Die Chancen der Kinder eine gymnasiale Ausbildung zu erhalten steigen mit dem Einkommens- und Bildungsniveau der Familien.

Für die Dinge des täglichen Bedarfs (Essen, Kleidung, Wohnung, etc.) hat die weit überwiegende Zahl der Familien genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Engpässe treten vermehrt im Freizeitbereich auf, wenn es darum geht Ausflüge, Urlaub oder den Besuch von Kulturveranstaltungen zu finanzieren.

Jede zweite Familie sieht sich unter einer erhöhten finanziellen Belastung. Verantwortlich hierfür sind vor allem die Betriebskosten für das Auto, die Miete und Wohnnebenkosten, die kinderbezogenen Ausgaben und ein zurückzuzahlender Kredit.

Jede achte Familie ist von Erwerbsarmut betroffen, Kinderreiche und Migrantenfamilien überdurchschnittlich häufig. Die eigentliche Risikogruppe sind aber die Alleinerziehenden: jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt lebt trotz Erwerbstätigkeit des Elternteils in armen oder armutsnahen Verhältnissen.

11. Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Als Familien, die in besonderem Maße auf familienpolitische Leistungen angewiesen sind, gelten Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien. Allein erziehend sind jene Eltern, die ohne Partner mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben und alleine für die Pflege und Erziehung des Kindes beziehungsweise der Kinder sorgen. Kinderreiche Familien sind als Haushalte mit mindestens drei Kindern unter 18 Jahren definiert. Anhand der Familienbefragung haben wir eine Gruppe von Familien mit Migrationshintergrund identifizieren können, die in der amtlichen Statistik so nicht sichtbar wird, weil hier lediglich das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ erhoben wird. Damit wird es möglich, auch die Situation von Familien zu berücksichtigen, in denen mindestens ein Elternteil noch eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche innehat, sowie Familien, in denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist. So kommen in dieser Gruppe beispielsweise auch Aussiedlerfamilien in den Blick, die oftmals mit erheblichen Integrationschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Diese drei Familientypen stehen häufig vor besonderen Herausforderungen. Während Alleinerziehende sich alleine um das Wohlergehen ihres Kindes beziehungsweise ihrer Kinder sorgen müssen, haben kinderreiche Familien die Bedürfnisse vieler Kinder gleichzeitig zu berücksichtigen. Familien mit Migrationshintergrund wiederum müssen sich neben der Pflege und Erziehung der Kinder auch auf die Anforderungen einstellen, die für die einheimische Bevölkerung seit Generationen selbstverständlich sind. Dass dies nicht ganz selbstverständlich ist, zeigt sich unter anderem daran, dass diese Familientypen ein erhöhtes Risiko von Erwerbsarmut haben, wie im vorhergehenden Kapitel bereits zu sehen war.

Im Folgenden wird deswegen ausführlicher auf die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf eingegangen. Wir fragen welche besonderen Charakteristika sie aufweisen, und gehen auf ihre jeweils spezifischen Problemstrukturen ein. Darüber hinaus interessiert uns, wie die einzelnen Familien mit ihren Problemen umgehen und an welche Akteure sie sich wenden, wenn Hilfe benötigt wird.

11.1 Lebenslagen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Im Folgenden stehen die räumliche Verteilung, die wirtschaftliche Situation sowie die Erwerbsbeteiligung der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Vordergrund.

Interkommunale Verteilung

Tab. 22: Interkommunale Verteilung der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Gemeinde	Alleinerziehende	Kinderreiche Familien	Familien mit Migrationshintergrund
Friedrichshafen	11,2%	11,9%	34,2%
Überlingen	23,0%	12,8%	18,9%
Tettngang	8,2%	13,7%	20,0%
Meckenbeuren	2,0%	12,7%	23,5%
Markdorf	10,5%	11,2%	15,8%
Salem	15,8%	13,3%	7,9%
Kressbronn	22,2%	12,8%	24,4%
Uhdlingen-Mühlhofen	11,4%	13,1%	29,5%
Langenargen	12,3%	13,5%	20,6%
Immenstaad	5,7%	12,3%	11,4%
Meersburg	25,0%	9,3%	30,6%
Eriskirch	10,3%	13,0%	30,8%
Oberteuringen	2,6%	13,1%	23,7%
Owingen	3,3%	14,4%	16,7%
Deggenhausertal	8,1%	16,5%	5,4%
Bermatingen	17,6%	13,1%	11,8%
Frickingen	9,5%	13,0%	14,3%
Heiligenberg	15,0%	15,7%	12,5%
Neukirch	15,6%	15,5%	15,6%
Sipplingen	14,7%	6,9%	11,8%
Daisendorf	10,8%	16,6%	24,3%
Hagnau	12,9%	10,3%	9,7%
Stetten	15,6%	8,2%	6,3%
Gesamt	12,0%	12,7%	22,8%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Bevölkerungsstatistik Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) für die Gemeinden des Bodenseekreises (ohne Meckenbeuren); eigene Berechnungen; Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren

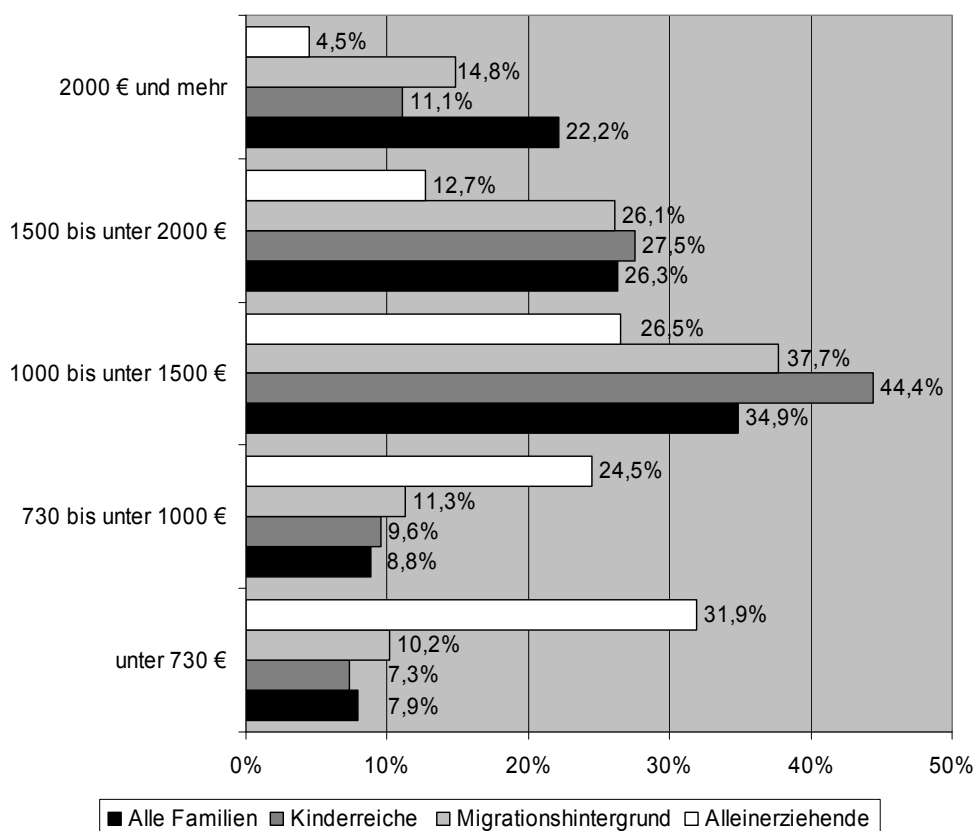
Die räumliche Verteilung der von uns näher betrachteten Familientypen weist eine relativ hohe Schwankungsbreite auf. Am ausgeprägtesten ist sie bei den Familien mit nur einem Elternteil. Während in Überlingen Alleinerziehende einen

Anteil von 23 Prozent an allen Familien mit Kindern ausmachen, liegt dieser Anteil in den Gemeinden Meckenbeuren, Oberteuringen und Owingen nur um die drei Prozent. Auch kinderreiche Familien sind auf Kreisebene ungleich verteilt. Gemeinden mit einem hohen Anteil an Familien mit mehr als drei Kindern sind Deggenhausertal, Heiligenberg, Neukirch und Owingen. Ihr Anteil liegt dort zwischen 14,4 % und 16,5 %. In den Gemeinden Sipplingen, Stetten und Meersburg bleibt der Anteil kinderreicher Familien hingegen einstellig. Auf Grund seiner exponierten wirtschaftlichen Stellung, ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund in Friedrichshafen mit mehr als jeder dritten Familie am höchsten ist. Etwas unter diesem Wert, aber dennoch weit über dem Durchschnitt, liegen die Gemeinden Eriskirch, Meersburg und Uhdlingen-Mühlhofen. Die niedrigsten Anteile von Familien mit Migrationshintergrund finden sich in Deggenhausertal, Stetten und Salem.

Gemeinden mit hohen Anteilen von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Ökonomische Situation

Abb. 41: Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung verdeutlicht den hohen Anteil der Familien mit nur einem Elternteil, die den untersten beiden Einkommenssegmenten angehören. In fast einem Drittel der Alleinerziehenden-Haushalte verfügt ein Familienmitglied über weniger als 730 Euro bedarfsgewichtetem Pro-Kopf-Einkommen. Bezieht man die nächste Einkommensstufe von 730 Euro bis unter 1000 Euro mit in die Analyse ein, ist weit mehr als jeder zweite Alleinerziehenden-Haushalt als arm oder armutsnah anzusehen. Der Anteil von Alleinerziehenden-Haushalten, die in den nächst höheren Einkommensstufen liegen, ist weit unterdurchschnittlich.

Mehr als jeder zweite Alleinerziehenden-Haushalt ist arm oder armutsnah

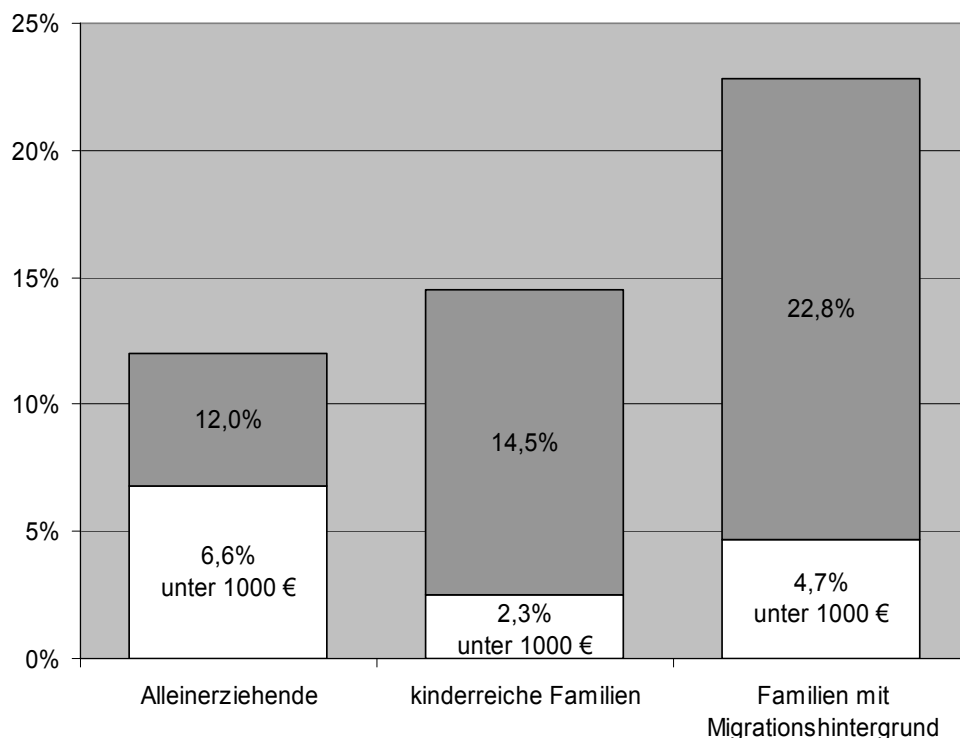
Familien mit Migrationshintergrund haben ebenfalls ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko, wenn es auch nicht so stark ausgeprägt ist, wie das der Alleinerziehenden. Insgesamt sind 21,5 % der Familien mit Migrationshintergrund als arm oder armutsnah anzusehen. Ihr Anteil an der Einkommensstufe von 1000 bis unter 1500 Euro liegt mit 37,7 % leicht über dem Durchschnitt. Vor allem im höchsten Einkommenssegment sind Migrantenfamilien unterrepräsentiert.

Erhöhtes Armutsrisiko von Migrantenfamilien

Demgegenüber stellt sich die finanzielle Situation der kinderreichen Familien im Kreis etwas entspannter dar. Der Anteil der armen und armutsnahen Haushalte an den kinderreichen Familien liegt in etwa im Durchschnitt. Besonders viele Kinderreiche finden sich im Einkommenssegment, welches sich direkt über der Schwelle für armutsnahe Verhältnisse befindet. Diese Haushalte verfügen über ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von 1000 Euro bis unter 1500 Euro. Im obersten Einkommenssegment sind die Kinderreichen deutlich unterdurchschnittlich vertreten.

Fast jede zweite kinderreiche Familie hat zwischen 1000 und 1500 € zur Verfügung

Abb. 42: Armutsrisiken der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Im Bodenseekreis haben nach der hier zugrunde gelegten Definition knapp 23 Prozent der Familien einen Migrationshintergrund. Etwa eine von fünf Migrantenfamilien gehört den beiden unteren Einkommensegmenten mit weniger als 1000 Euro bedarfsgewichtetem Pro-Kopf-Einkommen an. 4,7 % der Haushalte mit Kindern im Kreis bestehen somit aus armen beziehungsweise armutsnahen Familien mit Migrationshintergrund.

5 % sind arme und armutsnahe Migrantenfamilien

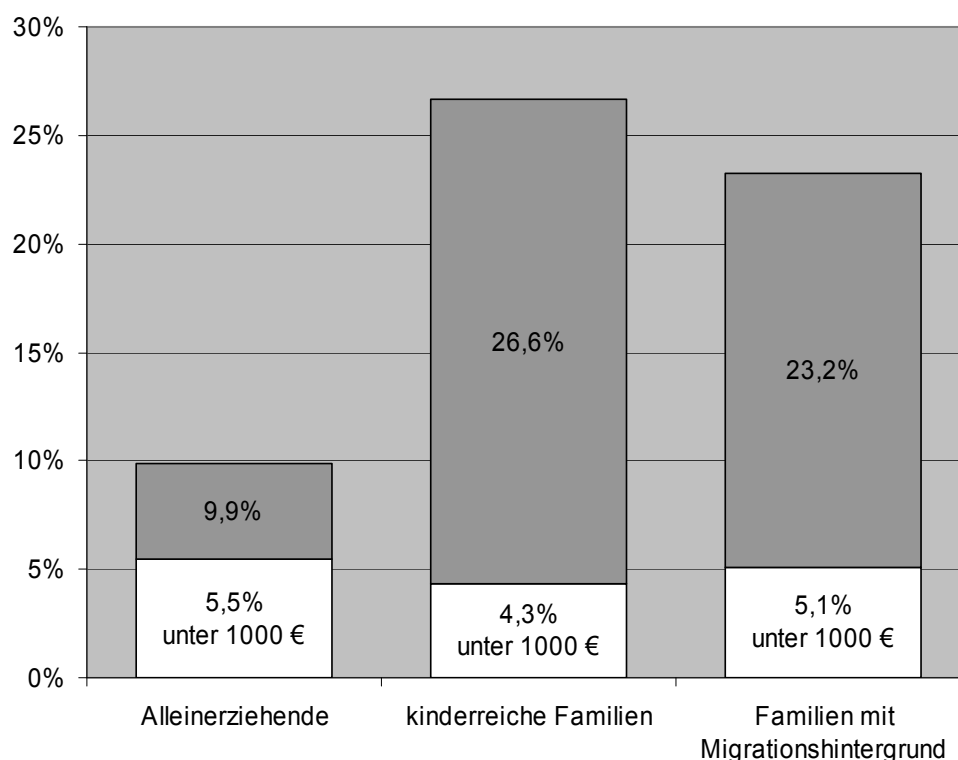
Den Ergebnissen zufolge sind 14,5 % der Familien im Kreis kinderreich. Ihre Armutsbetroffenheit liegt bei 16,9 %, das heißt also knapp 17 Prozent aller Familien mit drei oder mehr Kindern müssen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von unter 1000 Euro auskommen. Insgesamt sind 2,3 % aller Haushalte im Kreis sowohl kinderreich als auch arm beziehungsweise armutsnah.

2 % sind arme und armutsnahe kinderreiche Familien

In zwölf Prozent aller Familien im Kreis gibt es nur ein Elternteil. Bei den Alleinerziehenden herrscht das mit Abstand höchste Armutsrisiko vor. 56 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte sind arm oder armutsnah. Auf Kreisebene sind das immerhin 6,6 % der Haushalte mit Kindern.

7 % sind arme und armutsnahe Ein-Eltern-Familien

Abb. 43: Armutsrisiken der Kinder aus Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung verdeutlicht, wie viele Kinder aus Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben. Allein 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Kreis kommen aus einer Familie mit Migrationshintergrund. 22 Prozent dieser Kinder wachsen in armen und armutsnahen Verhältnissen auf. Somit stammen 5,1 % der Kinder und Jugendlichen im Kreis aus einer armen oder armutsnahen Familie mit Migrationshintergrund.

5 % aller Kinder kommen aus armen und armutsnahen Migrantenfamilien

Das Armutsrisiko ist bei den Kindern aus kinderreichen Familien demgegenüber etwas geringer ausgeprägt. Etwa jedes vierte Kind im Kreis kommt aus einer Familie mit drei oder mehr Kindern. Gut 16 Prozent von ihnen verfügen über ein bedarfsgewichtetes Einkommen von weniger als 1000 Euro. Dies entspricht 4,3 % aller Kinder und Jugendlichen im Kreis.

4 % der Kinder kommen aus armen und armutsnahen kinderreichen Familien

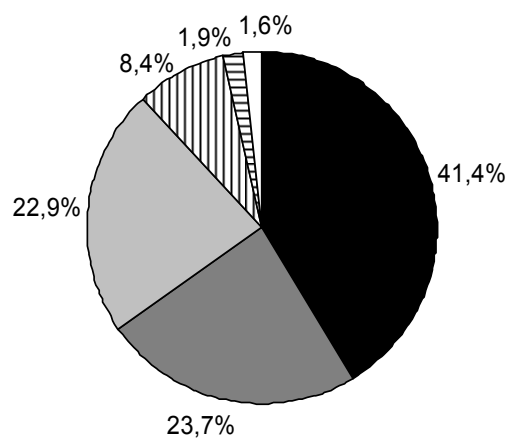
Die höchste Armutsbetroffenheit weisen jedoch erwartungsgemäß die Kinder aus Ein-Eltern-Familien auf. 55 Prozent aller Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten wachsen in finanziell sehr angespannten Verhältnissen auf. Insgesamt

6 % der Kinder kommen aus armen und armutsnahen Ein-Eltern-Familien

stammen 5,5 aller Kinder und Jugendlichen im Kreis aus einem armen oder armutsnahen Alleinerziehenden-Haushalt.

Das hohe Armutsrisiko von Familien mit Migrationshintergrund, kinderreichen Familien und Alleinerziehenden hängt auch damit zusammen, dass sich Belastungen in der beschriebenen Art teilweise überschneiden. Die Merkmale „allein erziehend“, „kinderreich“ und „Migrationshintergrund“ treten zum Teil also kumulativ auf.

Abb. 44: Kumulation der Gruppenzugehörigkeit



■ Nur Migrationshintergrund	■ Nur allein erziehend
▨ Nur kinderreich	▨ Migrationshintergrund und kinderreich
▩ Migrationshintergrund und allein erziehend	▩ Kinderreiche Alleinerziehende

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Knapp 12 Prozent der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf weisen eine Kombination der drei Merkmale auf. Mit 8,4 % bezieht sich dieses Phänomen besonders häufig auf kinderreiche Migrantenfamilien. Alleinerziehende mit Migrationshintergrund und kinderreiche Alleinerziehende sind recht selten zu finden.

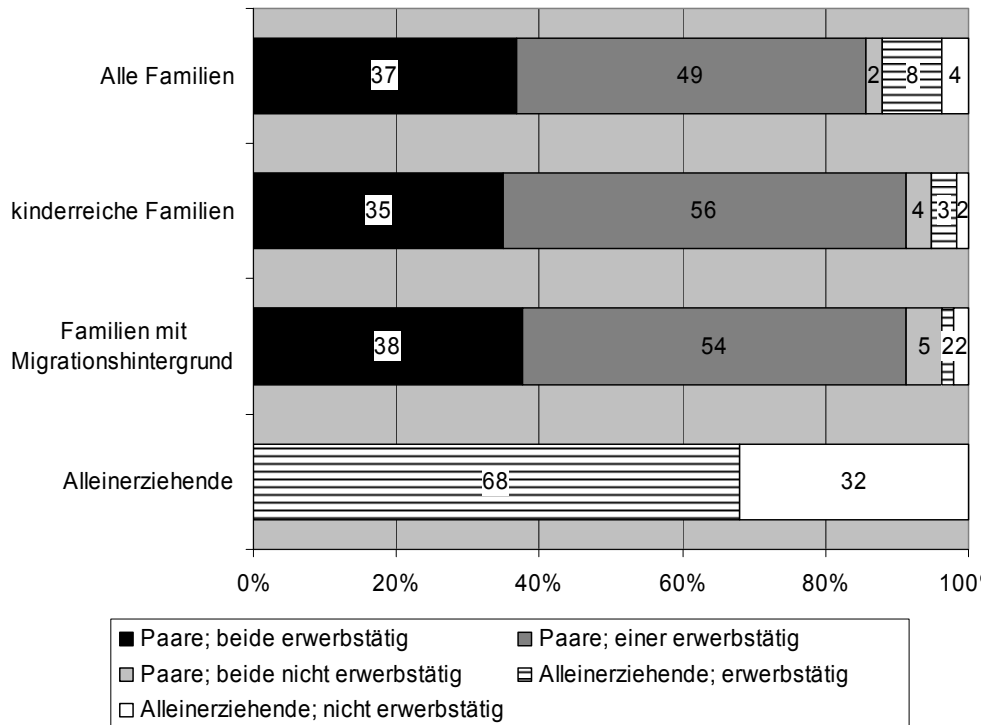
8 % sind kinderreiche Familien mit Migrationshintergrund

Insgesamt gehören zu mindestens einer dieser drei Gruppen, die auf Grund struktureller Merkmale als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf gelten, etwa 44 Prozent der Haushalte mit Kindern. Mit 50,8 % wächst mehr als jedes zweite Kind im Kreis in einer dieser Familien auf.

Mehr als die Hälfte der Kinder wächst in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf auf

Erwerbsbeteiligung

Abb. 45: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf nach Erwerbsbeteiligung der Eltern



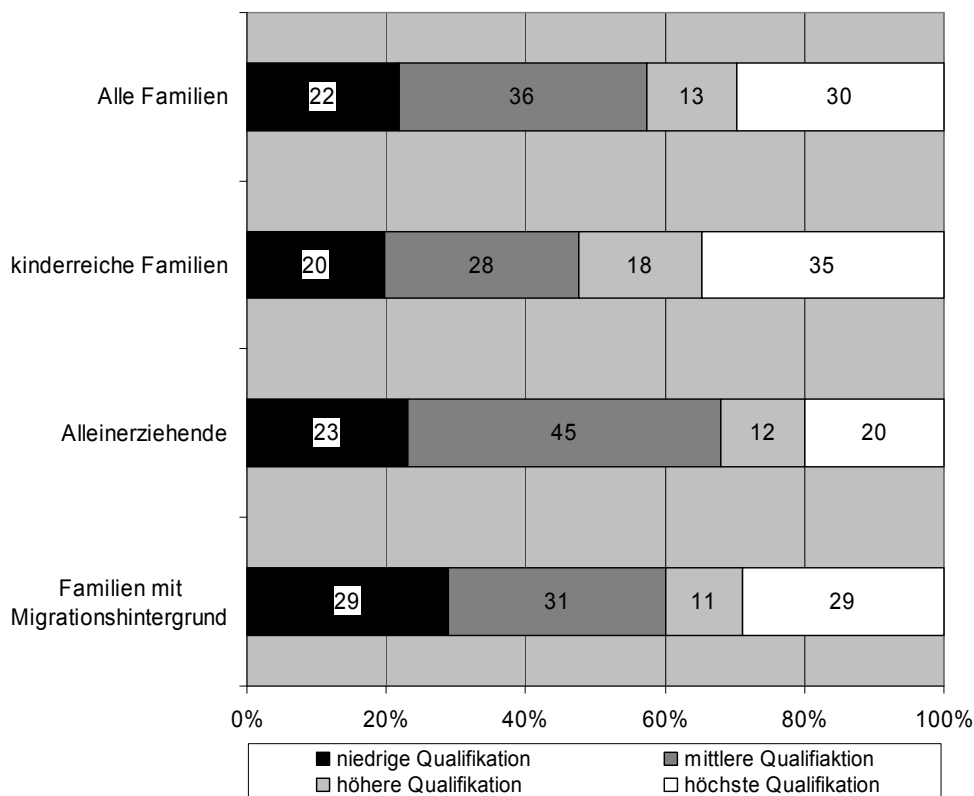
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Trotz des erhöhten Armutsrisikos weicht die Erwerbsbeteiligung der Familien mit Migrationshintergrund nicht grundlegend vom Durchschnitt ab. Sowohl bei den Kinderreichen als auch bei den Migranten gehen in mehr als einem Drittel der Haushalte beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nach. Der Anteil der Familien, in denen nur ein Elternteil durch Erwerbstätigkeit den Lebensunterhalt der Familie bestreitet, liegt bei jeweils deutlich über 50 Prozent. Die Alleinerziehenden gehen mit 68 Prozent überwiegend einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach.

Erwerbsbeteiligung der Migranten und kinderreichen Familien weicht nur leicht vom Durchschnitt ab

Somit scheidet eine geringere Erwerbsbeteiligung der Familien mit erhöhtem Unterstützungsbedarf als Erklärung für ihr erhöhtes Armutsrisiko aus. Eine Antwort könnte jedoch in der Qualifikationsstruktur der untersuchten Gruppen zu finden sein. Das Qualifikationsniveau der Familie wurde hier über den jeweiligen Schul- und Berufsbildungsabschluss der Eltern bestimmt.¹³

Abb. 46: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf nach Qualifikationsniveau



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Zumindest für die kinderreichen Familien trifft dies nicht zu. Ihre Qualifikationsstruktur ist sogar überdurchschnittlich gut ausgeprägt. Somit ist ihre spezifische Einkommensstruktur nicht auf eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung oder Qualifikationsstruktur zurückzuführen, sondern wohl vor allem durch die tatsächlichen finanziellen Belastungen durch eine hohe Kinderzahl bedingt.

Überdurchschnittlich gute Qualifikationsstruktur der Kinderreichen

Bei den Alleinerziehenden scheint eine Kombination aus relativ geringer Erwerbsbeteiligung und niedrigem Qualifikationsniveau für das extrem hohe Armutsrisiko mitverantwortlich zu sein. Zwar liegt der Anteil der Alleinerziehenden, die über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, nur leicht über dem Durchschnitt, jedoch ist hier besonders der Anteil der Hoch- und Höchstqualifizierten relativ niedrig ausgeprägt. Dies lässt den Schluss zu, dass erwerbstätige Alleinerziehende auf Grund ihres vergleichsweise niedrigen Qualifikationsniveaus oftmals relativ geringe Einkommen erzielen.

Vergleichsweise wenige Alleinerziehende mit hohem Qualifikationsniveau

Dieselbe Tendenz ist bei den Familien mit Migrations-

hintergrund zu beobachten, nur ist sie hier noch ausgeprägter. Fast jeder dritte Haushalt mit Migrationshintergrund weist einen niedrigen Qualifikationsabschluss auf. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass unter den Familien mit Migrationshintergrund Höchstqualifizierte nahezu entsprechend dem Durchschnitt aller Familien vertreten sind.

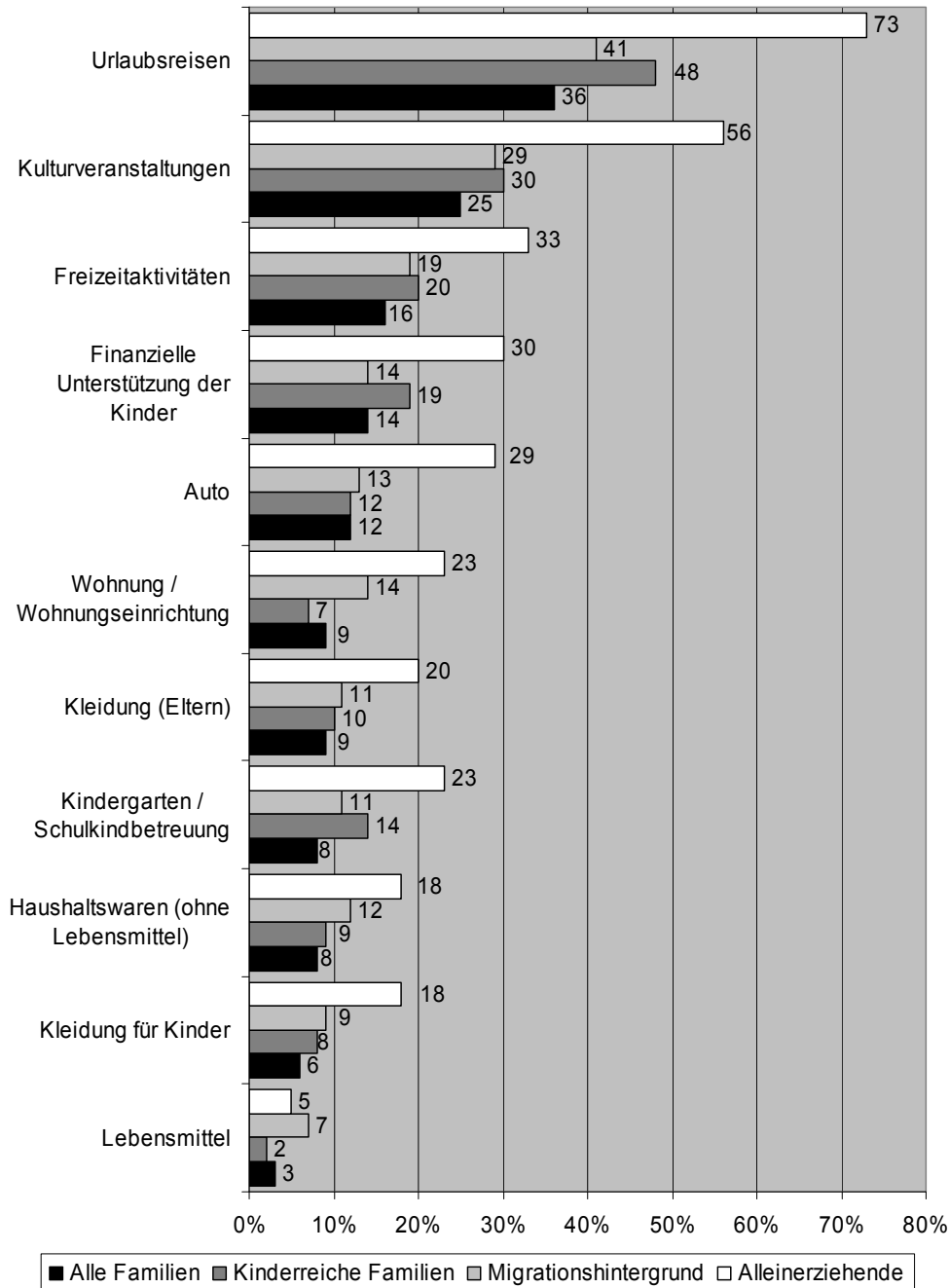
Migrantenfamilien: häufiger niedriges Qualifikationsniveau

11.2 Problemlagen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Über die finanzielle Situation hinaus spielen auch andere soziale Problemlagen eine Rolle im Lebensalltag der Familien. Im Folgenden wird betrachtet, welche das bei den Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind. Darüber hinaus wird gefragt, ob die Informationen über das familienpolitische Angebot diese Familien erreichen.

Probleme mit dem Geld

Abb. 47: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Finanzielle Engpässe in ausgewählten Bereichen



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Die Abbildung zeigt, in welchen Bereichen Familien, die einen besonderen Unterstützungsbedarf aufweisen, mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben. Die Zahlenwerte beziehen sich dabei jeweils auf den Anteil der Familien, die für den jeweiligen Bereich angeben „Das Geld reicht überhaupt

nicht“. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sind teilweise beträchtlich. Kinderreiche Familien haben kaum Probleme, die grundlegenden Haushaltsbedürfnisse zu erfüllen. So geben nur zwei beziehungsweise acht Prozent an, die finanziellen Mittel seien nicht ausreichend, um Lebensmittel oder Kleidung für die Kinder zu kaufen. Bei den Kosten für die Kindergarten- / Schulkindbetreuung und der finanziellen Unterstützung der Kinder sind aber bereits relativ hohe Diskrepanzen zum Durchschnittswert festzustellen. Diese Ausgabeposten müssen angesichts einer hohen Kinderzahl mehrfach erbracht werden. Auch für Aktivitäten im Freizeitbereich, Kulturveranstaltungen oder Urlaubsreisen, die vielmehr dem subjektiven Wohlempfinden, und weniger der Befriedigung von Grundbedürfnissen zu Gute kommen, fehlt oftmals das Geld.

Kinderreiche haben keine Probleme die grundlegenden Haushaltsbedürfnisse zu erfüllen

Familien mit Migrationshintergrund haben etwas häufiger als die kinderreichen Familien Probleme, die grundlegenden Bedürfnisse ihres Haushalts zu erfüllen. Der Anteil der Familien mit einer Migrationsgeschichte, die finanzielle Engpässe bei der Finanzierung von Lebensmitteln, Haushaltswaren, Kleidung und Wohnung nennen, liegt zwischen 7 und 14 Prozent. Auch für einen großen Teil der Familien mit Migrationserfahrung sind bestimmte Freizeitaktivitäten, Kulturveranstaltungen und Urlaubsreisen unerschwinglich.

Migrantenfamilien haben größere finanzielle Engpässe

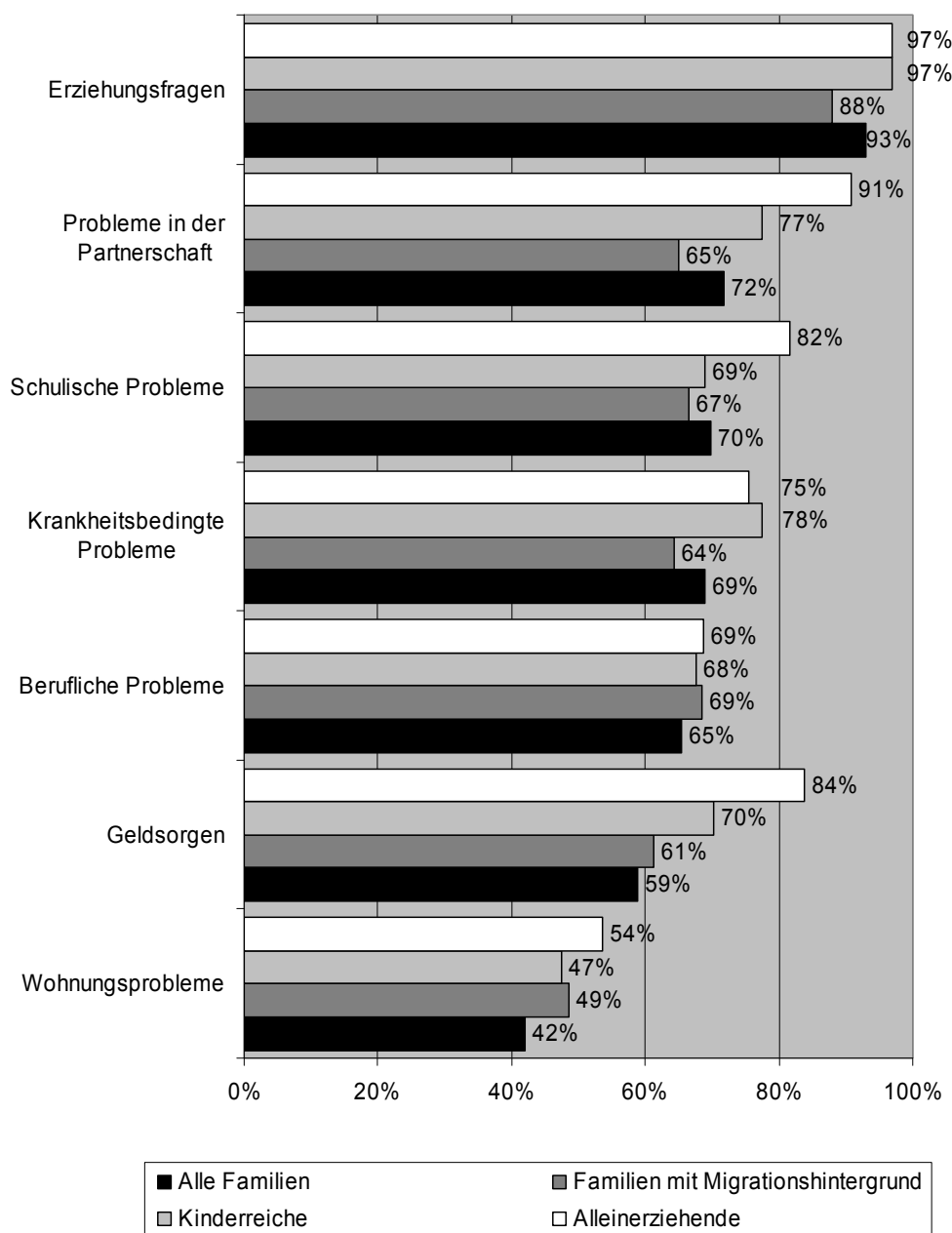
Am ehesten von finanziellen Engpässen betroffen sind die Alleinerziehenden. Selbst der Kauf von Kinderkleidung oder Haushaltswaren, Artikel, welche zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse dringend nötig sind, bereiten 18 Prozent der allein erziehenden Eltern Schwierigkeiten. Auch in den anderen Bereichen haben die Ein-Eltern-Familien im Gruppenvergleich am ehesten mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Bei Kulturveranstaltungen und Urlaubsreisen schließlich sind die Alleinerziehenden, die angeben nicht von schwerwiegenden Finanzierungsengpässen betroffen zu sein, in der Minderheit.

Kulturveranstaltungen und Urlaub sind für die Mehrheit der Ein-Eltern-Familien nicht erschwinglich

Zusätzliche Problemlagen

Das Zusammenleben in einer Familie ist nicht immer problemlos. Häufig kommt es im Alltag zu Situationen, die es erforderlich machen, zur Lösung von Problemen andere Familienmitglieder, Freunde oder Fachkräfte zu Rate zu ziehen. Die Familien im Bodenseekreis wurden anhand einer Auswahl vorgegebener Problembereiche gefragt, ob diese von ihnen bereits zu bewältigen waren, und an welche Ansprechpartner sie sich dabei gewendet haben.

Abb. 48: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Zusätzliche Problembereiche



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Erziehungsfragen und -probleme werden in allen Gruppen am häufigsten genannt. Nahezu jede Ein-Eltern-Familie und nahezu jeder kinderreiche Haushalt hatte in diesem Bereich bereits mit Problemen zu kämpfen. Etwas seltener trifft dies auf Familien mit Migrationshintergrund zu. 88 Prozent waren schon einmal von Erziehungsproblemen betroffen. Somit wird dieser Bereich auch von Migrantenfamilien am häufigsten genannt.

Probleme bei der Erziehung treten am häufigsten auf

Die Problembetroffenheit in den anderen Bereichen gestaltet sich demgegenüber heterogener. Alleinerziehende nennen vor allem Geldsorgen, schulische Probleme der Kinder und Probleme in der Partnerschaft. Kinderreiche Familien sind ebenfalls überdurchschnittlich von Geldsorgen und Partnerschaftsproblemen betroffen. Zusätzlich spielen für sie krankheitsbedingte Probleme eine Rolle. Die Problemstruktur von Familien mit Migrationshintergrund orientiert sich von allen untersuchten Gruppen am ehesten am Durchschnitt. In einigen Bereichen ist sie sogar leicht unterdurchschnittlich. Eine auffällige Diskrepanz gibt es lediglich im Bereich der Probleme mit der Wohnung, für den überdurchschnittlich viele Migrantenfamilien eine Problembetroffenheit anzeigen. Dies deckt sich mit der Feststellung, dass Familien mit Migrationshintergrund im Kreis in besonderem Maße von beengten Wohnverhältnissen betroffen sind (vgl. Kap. 5.1 Wohnstrukturen).

Alleinerziehende: Geldsorgen und schulische Probleme

Kinderreiche: Geldsorgen und Partnerschaftsprobleme

Migranten: Probleme mit der Wohnung

Tab. 23: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf:
Problembegogene Hilfsakteure

	Alle Familien	Kinderreiche	Migrationshintergrund	Alleinerziehende
Erziehungsfragen				
private Hilfe erhalten	92,8%	93,1%	92,8%	86,8%
fachliche Hilfe erhalten	3,6%	3,7%	2,2%	8,8%
an niemanden gewendet	3,4%	3,2%	5,0%	4,4%
Schulische Probleme				
private Hilfe erhalten	75,0%	78,3%	68,8%	59,0%
fachliche Hilfe erhalten	19,8%	20,3%	26,6%	30,2%
an niemanden gewendet	5,2%	1,4%	4,6%	10,8%
Probleme in der Partnerschaft				
private Hilfe erhalten	70,2%	56,1%	73,9%	61,7%
fachliche Hilfe erhalten	10,6%	16,5%	8,8%	24,6%
an niemanden gewendet	19,2%	27,4%	17,3%	13,7%
Wohnungsprobleme				
private Hilfe erhalten	75,4%	71,2%	75,1%	75,8%
fachliche Hilfe erhalten	7,4%	10,6%	8,1%	6,9%
an niemanden gewendet	17,2%	18,2%	16,8%	16,6%
Geldsorgen				
private Hilfe erhalten	76,8%	73,1%	78,1%	72,5%
fachliche Hilfe erhalten	7,4%	7,4%	7,5%	10,1%
an niemanden gewendet	15,7%	19,5%	14,4%	17,5%
Krankheitsbedingte Probleme				
private Hilfe erhalten	69,4%	69,1%	63,0%	66,4%
fachliche Hilfe erhalten	25,3%	26,7%	31,6%	21,3%
an niemanden gewendet	5,4%	4,1%	5,3%	12,2%
Berufliche Probleme				
private Hilfe erhalten	78,5%	70,5%	74,1%	75,6%
fachliche Hilfe erhalten	10,6%	13,1%	13,6%	17,7%
an niemanden gewendet	10,9%	16,4%	12,3%	6,7%

Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Das private Umfeld spielt bei der Lösung von Alltagsproblemen ausnahmslos die größte Rolle. Dies verdeutlicht einmal mehr das belastungsfähige Beziehungsgeflecht zwischen Kernfamilie und erweiterter Familie (Eltern, Schwiegereltern, sonstige Verwandte) im Kreis, welches auch für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf besteht. In allen untersuchten

Innerfamiliäre Lösungsstrategien überwiegen

Problembereichen entstammen die primären Hilfsakteure einem Netzwerk aus Verwandten, Freunden und Bekannten.

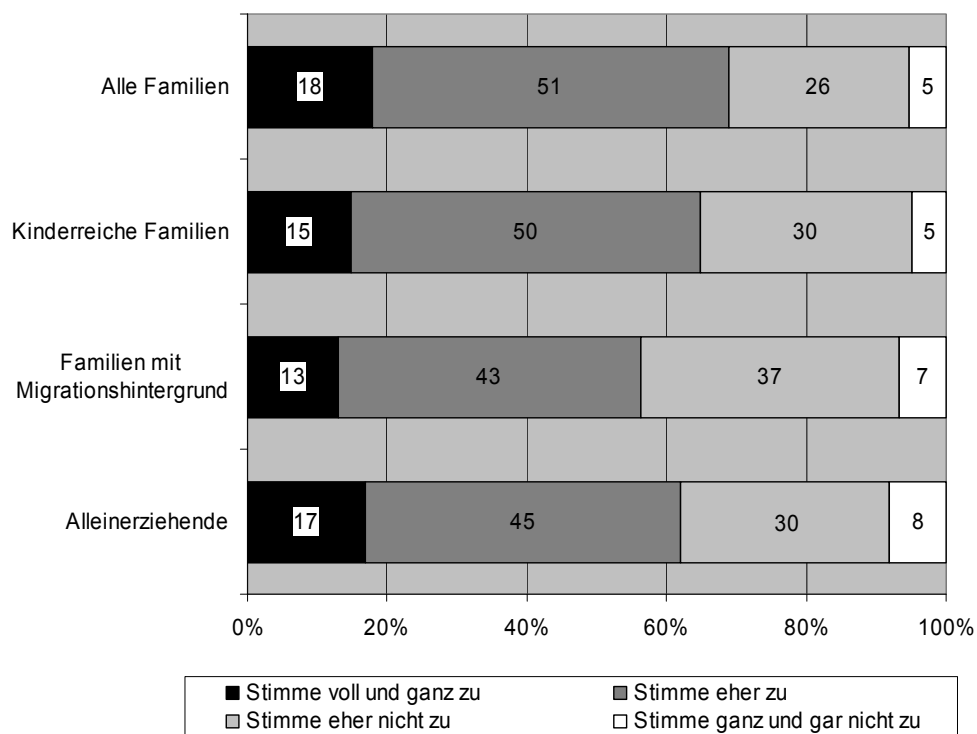
Auf fachliche Hilfen wird demgegenüber recht selten zurückgegriffen. Jedoch zeigt sich, dass gerade die von uns untersuchten Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf das fachliche Hilfsangebot der verschiedenen Institutionen im Kreis überdurchschnittlich häufig in Anspruch nehmen. Dies trifft besonders auf Alleinerziehende zu, die in den Bereichen Erziehungsfragen, Schul-, Partnerschafts- und Berufsproblemen eine jeweils signifikant über dem Durchschnitt liegende Akzeptanz von institutionellen Hilfsangeboten aufweisen.

Hohe Bedeutung fachlicher Hilfsangebote für Alleinerziehende

Noch etwas wird durch die Tabelle verdeutlicht. Der Anteil der Familien, die trotz Vorliegen eines bestimmten Problems keinerlei Hilfen in Anspruch nehmen (können), ist teilweise sehr hoch. Dies trifft für berufliche, finanzielle und partnerschaftliche Probleme sowie für Wohnungsprobleme zu. Teilweise hat dies sicherlich mit der Scheu zu tun, für diese Bereiche Hilfs- und Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen. Dennoch könnten alle Familien, nicht nur diejenigen mit besonderem Unterstützungsbedarf davon profitieren, wenn sie in solchen Problemsituationen besser von Fachkräften erreicht würden.

Oftmals wird trotz Vorliegen eines Problems keine Hilfe aufgesucht

Abb. 49: „Ich fühle mich über die Angebote für Familien in meiner Heimatgemeinde gut informiert“



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

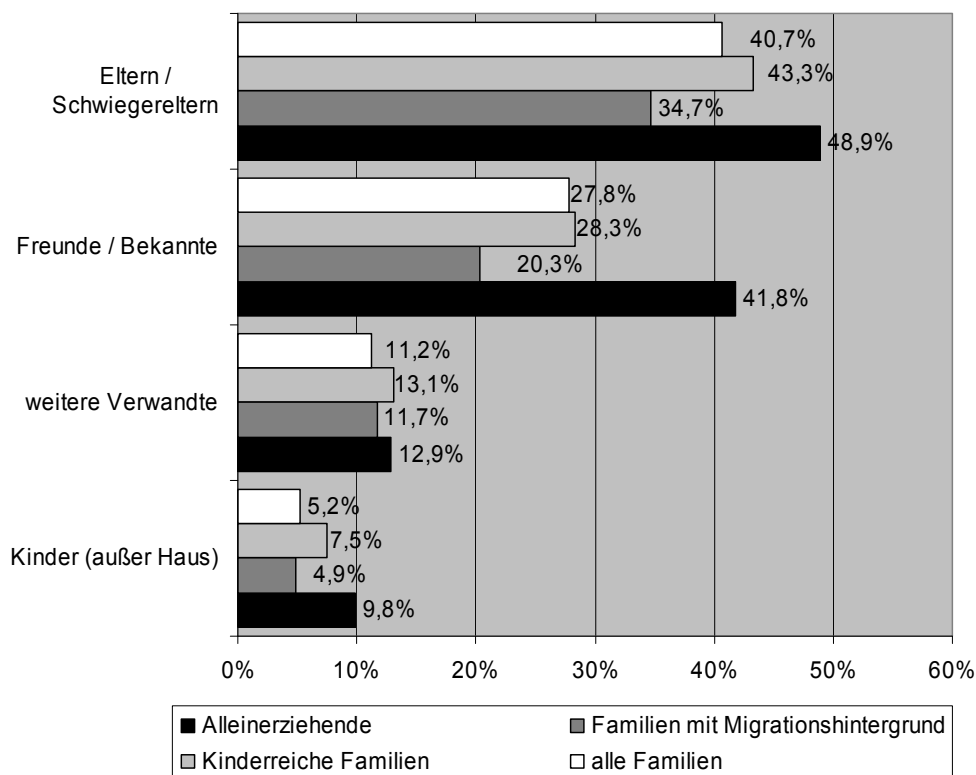
Fragt man die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Kreis, ob sie sich über die familienspezifischen Angebote gut informiert fühlen, zeigt sich überwiegend Zustimmung. Vergleicht man die Zustimmungsrate mit dem Durchschnittswert für die Gesamtheit aller Familien im Kreis, so wird deutlich, dass die Informationspolitik von den Familien mit spezifischem Unterstützungsbedarf weniger gut eingeschätzt wird. So stimmen nur 65 beziehungsweise 62 Prozent der kinderreichen und allein erziehenden Familien der Aussage „Ich fühle mich über die Angebote für Familien in meiner Gemeinde gut informiert“ „voll und ganz“ oder „eher“ zu – während der Durchschnittswert bei 69 Prozent liegt. Am wenigsten informiert fühlen sich die Familien mit Migrationshintergrund. Nur 56 Prozent äußern sich zustimmend zur Informationspolitik der Gemeinde bezüglich ihres familienspezifischen Angebots. Dies ist ein Indiz dafür, dass eine stärkere mehrsprachige Ausrichtung der Informationspolitik für Familien sinnvoll sein kann.

Migrantenfamilien am ehesten unzufrieden mit Informationspolitik

11.3 Hilfsnetzwerke für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Die Beziehungen zu Verwandten, Nachbarn und Freunden, und die darauf aufbauenden Hilfsnetzwerke sind für alle Familien eine wichtige Ressource zur Alltags- und Lebensbewältigung. Zu vermuten ist, dass gerade für die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf solche Netzwerkstrukturen in der Lage sein können, einen gewissen Ausgleich für soziale und strukturelle Benachteiligungen zu schaffen. Im Einzelnen stellt sich dies folgendermaßen dar.

Abb. 50: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Erhaltene Hilfen von Personen außerhalb der Kernfamilie



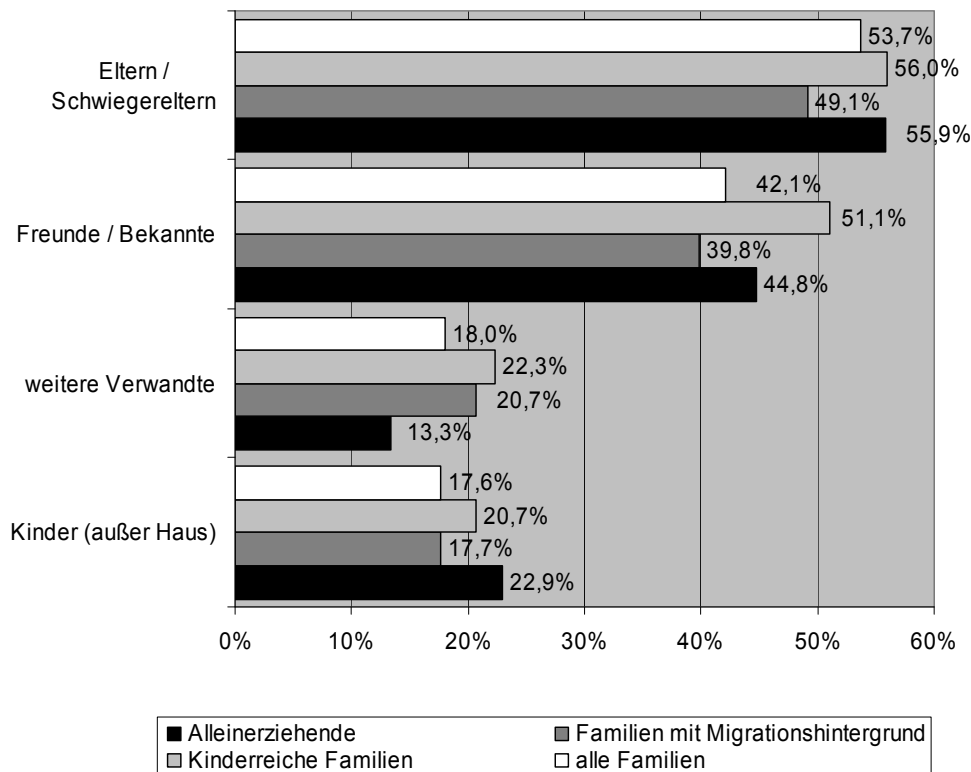
Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Eine besonders wichtige Unterstützung für die Familien im Kreis ist die Solidarität der Eltern und Schwiegereltern. So geben 41 Prozent aller Familien an, von Eltern oder Schwiegereltern entweder „regelmäßig“ oder „hin und wieder“ Hilfsleistungen zu empfangen. Für kinderreiche Familien und Alleinerziehende trifft dies in besonderem Maße zu, wohingegen Familien mit Migrationshintergrund diesbezüglich unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Des Weiteren fällt die hohe Inanspruchnahme privater

Alleinerziehende und Kinderreiche werden besonders häufig von Eltern / Schwiegereltern unterstützt

Unterstützung durch Alleinerziehende auf. Von den Hilfsleistungen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis können sie von allen Zielgruppen am ehesten profitieren. Allgemein scheinen die von uns untersuchten Gruppen gut in bestehende Hilfsnetzwerke eingebunden zu sein. Für die Familien mit Migrationshintergrund finden sich allerdings zuweilen auch unterdurchschnittlich Werte.

Abb. 51: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Gewährte Hilfen an Personen außerhalb der Kernfamilie



Datenbasis: Familienbefragung „Zur Lage der Familie im Bodenseekreis“, 2008

Bemerkenswert ist, dass die Familien im Kreis eher noch Unterstützung gewähren, als dass sie diese erhalten. Dies ist relativ unabhängig davon, für wen diese Unterstützung bestimmt ist. Dieser Befund trifft auch auf die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf zu. Die ausgeprägtesten Hilfsstrukturen bestehen auch hier mit den Eltern / Schwiegereltern auf der einen, und den Freunden und Bekannten auf der anderen Seite.

Hohe Solidarität mit der Großelterngeneration

Zwischenfazit

Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende. Migrantenfamilien, vor allem aber Alleinerziehende sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Kinderreiche Familien weisen zwar kein erhöhtes Armutsrisiko auf, liegen jedoch auffällig häufig nur knapp über der Schwelle für armutsnahe Verhältnisse und sind in den oberen Einkommenssegmenten vergleichsweise selten vertreten. Die Erwerbsbeteiligung der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf liegt in etwa im Durchschnitt aller Familien. Der Grund für ihre spezifische Einkommenssituation ist vor allem in ihrer niedrigen Qualifikationsstruktur zu sehen.

Finanzielle Engpässe werden am ehesten im Freizeitbereich wahrgenommen. Besonders bei den Alleinerziehenden gibt es aber auch Viele, die Schwierigkeiten haben, die notwendigen Ressourcen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen (Essen, Kleidung, Wohnen) aufzubringen.

Die Lebenslagen von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind grundsätzlich problembehafteter. Alleinerziehende nennen vor allem Geldsorgen und schulische Probleme der Kinder; für Kinderreiche spielen Geldsorgen und Probleme in der Partnerschaft eine Rolle; Familien mit Migrationshintergrund nennen vor allem Probleme mit der Größe und Ausstattung der Wohnung.

Besonders bei Alleinerziehenden ist die Inanspruchnahme fachlicher Hilfsangebote in Krisensituationen verbreitet. Für alle untersuchten Gruppen finden sich signifikante Anteile von Familien, die sich in bestimmten Problemsituationen an niemanden wenden können oder wollen.

Familien mit Migrationshintergrund werden von der Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen mit familienpolitischen Angeboten vergleichsweise schlecht erreicht. Sie sind oftmals auch weniger gut in private Hilfsnetzwerke eingebunden. Kinderreiche und Alleinerziehende haben demgegenüber aktivere Unterstützungsbeziehungen zur erweiterten Familie und zu Freunden und Bekannten.

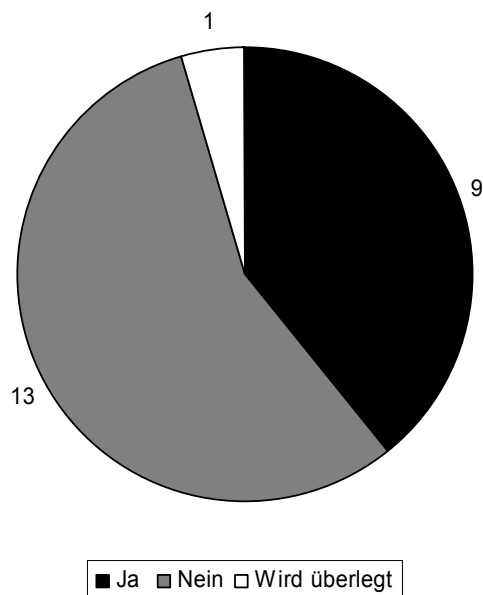
12. Ergebnisse der Bürgermeisterbefragung

Ziel der Bürgermeisterbefragung ist es, einen Überblick über das familienpolitische Angebot in den einzelnen Gemeinden zu gewinnen, und in Erfahrung zu bringen, ob die kommunale Familienpolitik sich an bestimmten Leitlinien ausrichtet. Nicht alle der abgefragten Themen und Angebote sind aufgrund der Unterschiede in Größe und Bevölkerungsstruktur für jede Kommune in gleicher Weise von Bedeutung. Auch hängt die Zufriedenheit der Familien nicht ausschließlich von solchen kommunalen Angebotsstrukturen ab. Darüber hinaus wurden die 22 Bürgermeister und eine Bürgermeisterin als Experten für die Situation der Familien in ihrer jeweiligen Gemeinde befragt, etwa im Hinblick darauf, wo sie den größten Handlungsbedarf sehen, um die Situation der Familien in ihrer Gemeinde zu verbessern.

12.1 Familienfreundlichkeit der Kommunalverwaltung

Ein Themenbereich der Bürgermeisterbefragung befasste sich mit der Frage, wie die Bodenseekreisgemeinden die Familienfreundlichkeit ihrer Kommunalverwaltung sicherstellen.

Abb. 52: Verlängerte Öffnungszeiten der Kommunalverwaltung



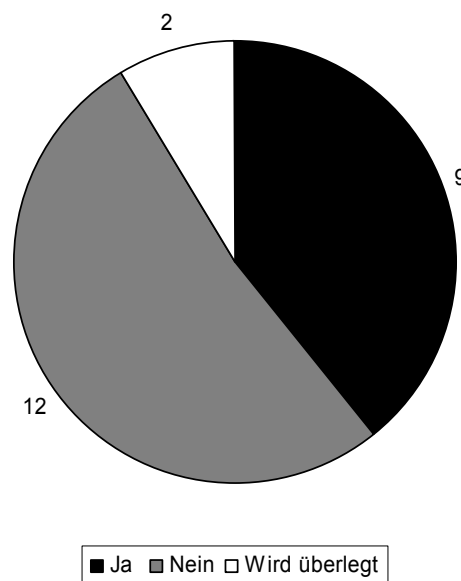
Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

Wir haben gefragt, ob es in den Kommunen spezielle verlängerte Öffnungszeiten gibt, beispielsweise ein Mal im Monat am Samstagvormittag oder einen Tag in der Woche mit

Öffnungszeiten nach 18.00 Uhr. Gerade Familien mit Kindern können von solchen Konzepten profitieren, etwa wenn Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung vereinbart werden müssen. 9 der 23 Kommunalverwaltungen verfügen über verlängerte Öffnungszeiten, in einer weiteren Gemeinde ist ein solches Konzept angedacht. Die Bevölkerungszahl spielt dabei kaum eine Rolle. Sowohl größere wie auch kleinere Gemeinden haben Maßnahmen zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten ihrer Verwaltungen getroffen.

9 Gemeinden bieten verlängerte Öffnungszeiten an

Abb. 53: Spezielle Anlaufstellen für Familien in der Kommunalverwaltung

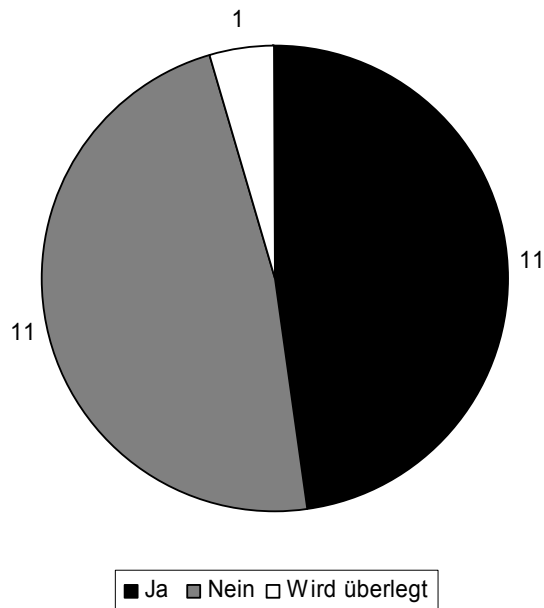


Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

Eine spezielle Anlaufstelle für Familienbelange in den Gemeinden haben neun Kommunen. Zwei Kommunen geben an, über die Einrichtung einer solchen Anlaufstelle nachzudenken. Auch hier fällt wiederum auf, dass eine spezielle Anlaufstelle für Familien nicht ausschließlich eine Sache der „großen“ Gemeinden ist.

Spezielle Anlaufstelle für Familien in 9 Gemeinden

Abb. 54: Verankerung von Familienfreundlichkeit im kommunalen Leitbild; spezielles Leitbild für Familienfreundlichkeit

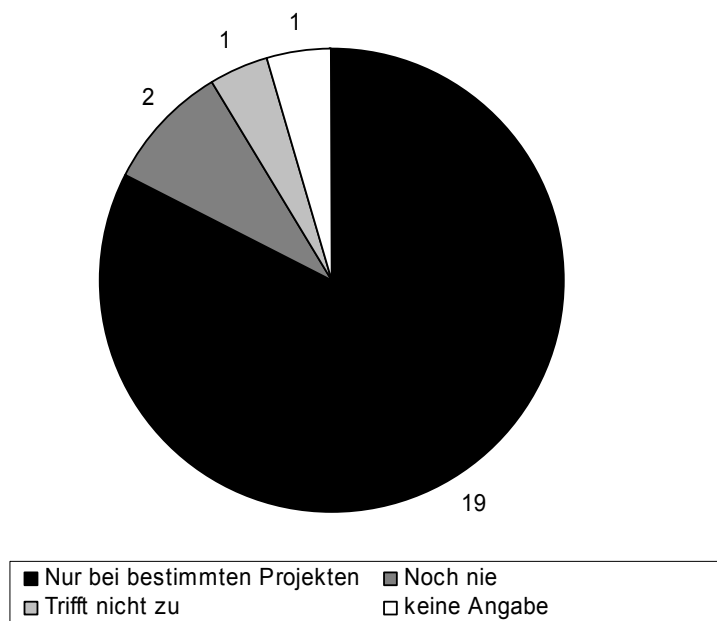


Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

Die Verankerung von Familienfreundlichkeit im kommunalen Leitbild, beziehungsweise die Entwicklung eines Leitbildes speziell für Familienfreundlichkeit ist eine Möglichkeit die Bedeutung der Familien für eine positive kommunale Entwicklung herauszustellen und Rahmenbedingungen für die Familienförderung festzuhalten. In 11 der 23 Kreisgemeinden wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

11 Gemeinden verankern Familienfreundlichkeit im Leitbild

Abb. 55: Miteinbezug von Familien bei der Planung von Projekten



Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

Die Beteiligung von Familien an kommunalen Planungsangelegenheiten ist weit verbreitet. In 19 Kreisgemeinden werden Familien projektbezogen am Planungsprozess beteiligt. Dies kann beispielsweise über persönliche Ansprache oder über die Abhaltung von Workshops geschehen.

Beteiligung von Familien an Planungsprozessen weit verbreitet

Bezüglich der Frage, an welchen Projekten die Gemeinden auf die Beteiligung von Familien setzen, zeigen sich zwei Schwerpunkte. Zum einen der Komplex der Kinderbetreuung, und hierbei insbesondere Projekte zur Kleinkind- und Ganztagesbetreuung. Zum anderen werden Familien auch bei der Spielflächenplanung und der Gestaltung beziehungsweise dem Neubau von Spielplätzen um ihre Meinung gefragt.

Einbezug vor allem bei Kinderbetreuung und Spielflächenplanung

Wir haben die Kommunalverwaltungen außerdem gefragt, ob es eine familienpolitische Schwerpunktsetzung auf einen bestimmten Bereich gibt. Die überwiegende Mehrheit der Kreisgemeinden, 21 an der Zahl, bejaht die Frage nach einer bewussten familienpolitischen Ausrichtung. Es zeigt sich, dass die Kinderbetreuung auf der kommunalen Agenda einen Spitzenplatz einnimmt. Insbesondere der Ausbau von Ganztags- und Ferienbetriebsstrukturen wird von den Kommunen als zukunftsweisend wahrgenommen. Ein weiterer Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik im Kreis befasst sich mit der Frage der Baulandpolitik. Die Entwicklung von

Familienpolitische Schwerpunktsetzung: Kinderbetreuung, Baulandpolitik, Kooperation mit Familientreffs, Schulwegesicherheit

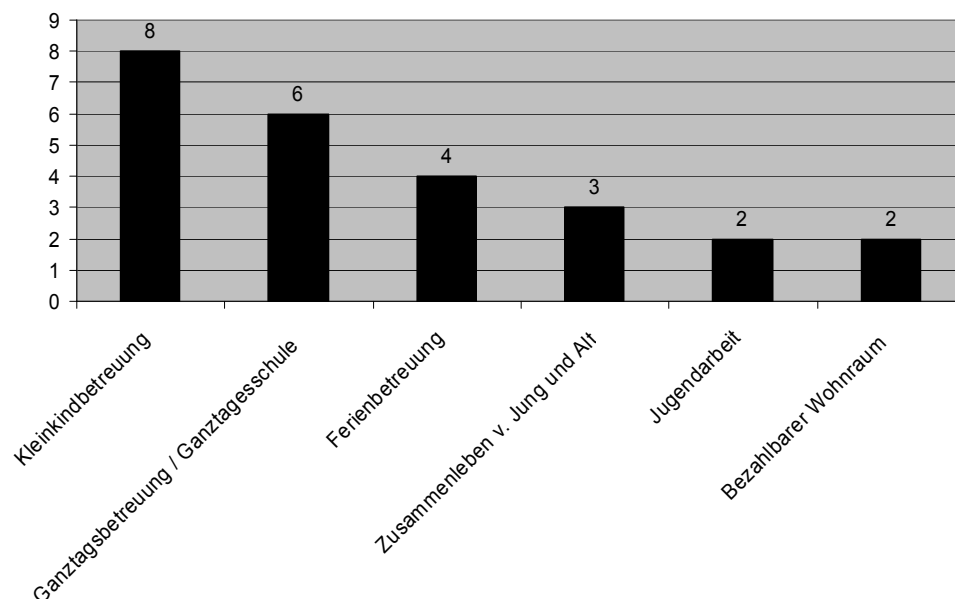
Konzepten, wie den Familien die möglichst kostengünstige Errichtung eines Eigenheims ermöglicht wird, ist für viele Kommunen ein zentrales Anliegen. Des Weiteren scheint die flächendeckende Versorgung mit 22 Familientreffs im Kreis Auswirkungen auf gemeindebezogene familienpolitische Überlegungen zu haben. Die Kooperation mit den Familientreffs ist in vielen Kommunen ein zentraler Gegenstand des familienpolitischen Selbstverständnisses. Einen ähnlich hohen Stellenwert besitzt für die Kommunen nur noch die Frage nach der Schulwegsicherheit.

12.2 Wahrgenommener Handlungsbedarf

Ein zentrales Anliegen der Bürgermeisterbefragung war es, familienpolitische Handlungsbedarfe zu identifizieren, welche die Kommunalverwaltungen selbst für ihre jeweilige Gemeinde wahrnehmen. In 16 der 23 Kreisgemeinden wird zumindest ein Bereich genannt, dem ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt wird, um die Situation der Familien zu verbessern.

16 Gemeinden sehen familienpolitischen Handlungsbedarf

Abb. 56: Wahrgenommener Handlungsbedarf nach Themenbereichen



Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich

Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

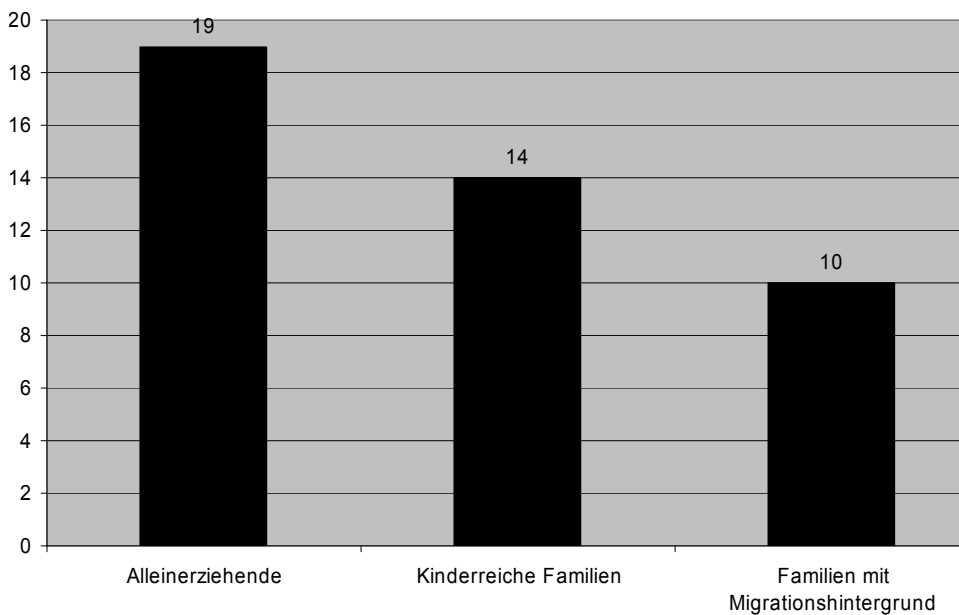
Auch hier zeigt sich, dass das Problembewusstsein in den Kommunalverwaltungen von der Betreuungsfrage dominiert wird. Handlungsbedarfe in den Bereichen Kleinkind-, Ganztags-, und Ferienbetreuung werden verstärkt wahrgenommen. Instrumente zum näheren Zusammenleben von Jung und Alt, wie beispielsweise die Einrichtung von

Vorrangig identifizierter Handlungsbedarfe: Ausbau der Kinderbetreuung

Mehrgenerationenhäusern, der Ausbau der Jugendarbeit sowie Anstrengungen, um bezahlbaren Wohnraum für Familien bereitzustellen sind weitere Punkte, die von den Kommunalverwaltungen unter familienpolitischen Gesichtspunkten genannt werden.

Eine weitere wichtige Frage in diesem Zusammenhang bezieht sich auf die Zielgruppen, die in den Augen der Kommunen besonders auf familienpolitische Leistungen angewiesen sind.

Abb. 57: Familienpolitische Zielgruppen



Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich

Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

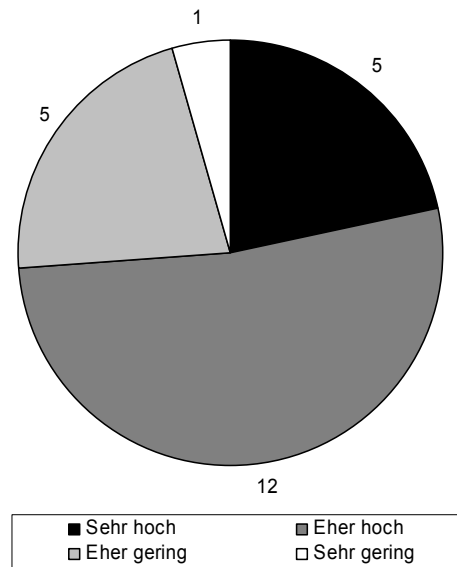
In allen bis auf zwei Gemeinden wird die Existenz zumindest einer Gruppe mit besonderem familienpolitischem Unterstützungsbedarf bejaht. Es zeigt sich, dass diese Gruppen deckungsgleich mit den von uns in Kapitel 11 (Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf) näher behandelten Familientypen sind. In nahezu jeder Gemeinde wird der besondere Unterstützungsbedarf von Ein-Eltern-Familien anerkannt. Der Unterstützungsbedarf von kinderreichen Familien wird vor allem von den kleineren und mittelgroßen Gemeinden betont. Familien mit Migrationshintergrund werden in 10 Gemeinden als familienpolitische Zielgruppe angesehen.

Familienpolitische Zielgruppen: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Migrantenfamilien

12.3 Kooperation auf Kreisebene

Die Unterstützung durch Institutionen auf Kreisebene bei der Implementierung familienpolitischer Maßnahmen wird von den Gemeinden überwiegend positiv eingeschätzt.

Abb. 58: Einschätzung der Unterstützung durch die Kreisebene bei Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit



Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich

Datenbasis: Befragung der Bürgermeister zur Familienpolitik in den Gemeinden, 2008

In insgesamt 17 Kreisgemeinden wird die Unterstützung als „sehr hoch“ oder „eher hoch“ charakterisiert. Besonders in den bevölkerungsmäßig größeren Gemeinden überwiegt die positive Einschätzung der Zusammenarbeit zwischen Kommune und Kreis.

Kooperation mit Kreis wird überwiegend positiv bewertet

Dennoch gibt es 11 Gemeinden, die sich in mindestens einem Themengebiet mehr Unterstützung durch die Kreisverwaltung wünschen würden. Die genannten Themengebiete sind relativ heterogen. Gehäufte Nennungen kommen kaum vor. Bereiche, die von den Kommunen genannt werden sind:

Themengebiete für die mehr Unterstützung gewünscht wird

- Kindergartenfachberatung,
- Jugendarbeit,
- Kleinkindbetreuung,
- Ferienbetreuung,
- Tagesmütter,
- Sprechtag zur Unterstützung der Familien vor Ort.

13. Familienpolitische Handlungsbedarfe

In den vorangegangenen Kapiteln sind eine Vielzahl an Ergebnissen und Analysen aus der Experten-, der Familienbefragung und der Auswertung amtlicher Statistiken vorgestellt worden. Aus diesen Ergebnissen werden im Folgenden Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die Handlungsempfehlungen sind somit empirisch fundiert und gehen über jene Einschätzungen hinaus, die aufgrund von Alltagserfahrungen zwar als plausibel und wahrscheinlich gelten können, aber deren Realitätsgehalt nur schwer einzuschätzen ist. Die Qualität dieser Studie liegt darin, dass sie eine objektive Grundlage für die Einschätzung und Entwicklung von familienpolitischen Maßnahmen liefert. Mehr als 1100 Familien mit Kindern im Kreis und weitere 230 Haushalte aus der Kontrollgruppenbefragung haben Auskunft gegeben, damit diese Studie entstehen kann. Der außergewöhnlich große Rücklauf bürgt so für eine hohe Repräsentativität der Ergebnisse. Die identifizierten Handlungsbedarfe für Familien werden dabei nicht in allen Bereichen auf Gemeinde- oder Kreisebene alleine gelöst werden können. So sind Verkehrs- und Bildungsthemen, aber auch die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne die Einbindung von weiteren Verwaltungsebenen und Akteuren kaum zu bearbeiten. Der Familienentwicklungsplan stellt deswegen nicht nur für die Familien selbst, sondern auch für die Gemeindeverwaltungen, den Landkreis und betriebliche Akteure eine wichtige Argumentationsbasis dar, wenn es um die Legitimierung von familienpolitischen Maßnahmen in Verwaltung, Politik und Wirtschaft geht.

Jede Gemeinde im Bodenseekreis bietet für das Leben von Familien Rahmenbedingungen, die ganz unterschiedlich sind und damit eigene Qualitäten aber auch Problematiken mit sich bringen. Einfache Unterscheidungen anhand von gängigen Kategorien wie „Stadt – Dorf“ oder „Nähe zum See – Ferne zum See“ sprechen solche Unterschiede an, erweisen sich auf Basis der Daten aber doch als zu pauschal. Jede Gemeinde für sich weist spezifische Strukturen auf, die in der Zusammensetzung und der Bedeutung der einzelnen familienpolitischen Themen variieren. Einen einzigen familienpolitischen Königsweg kann es deshalb für die identifizierten Bedarfslagen nicht geben. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zeigen, dass es in jeder Gemeinde spezifische Handlungsfelder gibt, um den Ansprüchen und Bedarfen von Familien besser als bisher gerecht zu werden

und damit auch die Familien in der Gemeinde längerfristig binden zu können. Der Entwicklungsplan für einen familienfreundlichen Bodenseekreis ist in diesem Sinne als Startpunkt eines „Planfeststellungsverfahrens“ zu sehen, das in den Gemeinden und dem Landkreis nun angestoßen werden muss, um zu entscheiden, inwieweit der identifizierte Handlungsbedarf in der Familienpolitik aufgegriffen wird. Dem politischen Prozess kann hier nicht vorgegriffen werden.

Es wäre zwar ein Leichtes, für die jeweiligen Bedarfe in den Gemeinden auch konkrete Handlungsrichtlinien wie etwa den Ausbau von Ferienbetreuung oder die Einrichtung von Familientreffs etc. zu formulieren. Davon wird aus gutem Grund abgesehen. Tragfähige Lösungsansätze hängen wesentlich von der Akzeptanz aller Beteiligten sowie der Berücksichtigung von finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen ab. Sie sind in partizipativen Prozessen zwischen Familien, Politik und Verwaltung zu erarbeiten, die durch kein wie auch immer geartetes Expertengremium ersetzt werden können.

Für die Gemeinden und den Bodenseekreis ist generell positiv herauszustellen: Familien leben gerne hier. Wenn über einen Wegzug nachgedacht wird, so soll dieser meist innerhalb des Landkreises erfolgen. Dennoch ergeben sich handlungsrelevante Bereiche, die nicht zu unterschätzen sind, wenn die einzelnen Gemeinden und der Bodenseekreis als Ganzes den Familien weiterhin ein gutes Lebensumfeld bieten wollen. Auch hier zeichnen sich trotz vergleichsweise guter Ausgangslage aus familienpolitischer Sicht weniger wünschenswerte Trends ab, wie sie auch bundesweit feststellbar sind. Dazu gehören ein erhöhtes Armutsrisiko für Familien mit Kindern, die vielfach als schwierig wahrgenommene Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die soziale Vererbung von niedrigen Qualifikationsniveaus und damit prekären Lebensverhältnissen.

Die Handlungsempfehlungen konzentrieren sich auf fünf Bereiche: (1) gemeindespezifische Handlungsfelder, die sich aus demographischer Struktur, Kritik am Wohnumfeld und der Verkehrssituation ergeben, (2.) die Unterstützung von Familien in schwierigen Lebensverhältnissen, da diese auch im Bodenseekreis vor Herausforderungen stehen, die sie alleine nicht bewältigen können, (3.) die Öffentlichkeitsarbeit zu familienpolitischen Angeboten, (4.) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und (5.) die Kinderbetreuung, welche hier gesondert betrachtet wird, weil die Vereinbarkeitsproblematik nicht auf die Betreuungssituation zu reduzieren ist.

13.1 Gemeindespezifische Handlungsfelder

Demographiesensible Familienpolitik

Hinsichtlich seiner demographischen Strukturen präsentiert sich der Bodenseekreis nicht so heterogen, wie man es auf Grund der unterschiedlichen geografischen Lagen und der ungleichen Einwohnerzahl in den Kommunen vermuten könnte; klar abgrenzbare Einflussgrößen und Muster sind kaum zu finden. Zwar finden sich die höchsten Kinder- und Jugendanteile in einer Reihe „mittelgroßer“ Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohnern (Oberteuringen, Owingen, Deggenhausertal, Bermatingen, Frickingen; vgl. Tab. 5). Jedoch gibt es auch größere und kleinere Gemeinden mit relativ hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen. Auch die Anteile älterer Personen sind durch die Einwohnerzahl nicht hinreichend bestimmt. Mit Überlingen, Langenargen und Hagnau weisen drei hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl völlig unterschiedliche Gemeinden vergleichsweise hohe Anteile von älteren Personen auf (vgl. Tab. 6).

Jenseits solcher Fragen nach den Hintergründen ist die Alterszusammensetzung der Bevölkerung ein wichtiges Merkmal für die Gemeinden (vgl. Tab. 5, 6), weil diese familienpolitische Tragweite hat. Gemeinden mit hoher Jugendquote werden, dort, wo die Thematik noch nicht so sehr im Fokus steht, sich vielleicht verstärkt über Angebote für Kinder und Jugendliche Gedanken machen. Nach Betätigungsfeldern für Jugendliche und Freiflächen für Kinder besteht in diesen Gemeinden prinzipiell eine hohe Nachfrage. Basierend auf der subjektiven Einschätzung der Eltern geben die im Kapitel 5.2 (Subjektive Wohnzufriedenheit) erstellten Gemeindeprofile zusätzlich konkrete Hinweise, in welchen Kommunen sich die Familien mehr Angebote für Kinder und Jugendliche wünschen. Aber auch Gemeinden mit hohem Altersquotienten werden im Wissen um dieses Faktum unter Umständen aktiv werden, um stärker junge Familien anzuziehen. Sie haben sich darüber hinaus mit einer prinzipiell höheren Nachfrage nach altengerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen (vgl. Tab. 6) zu beschäftigen. Der Entwicklungsplan für einen familienfreundlichen Bodenseekreis zeigt die demographische Situation in den einzelnen Gemeinden auf und benennt die Wünsche und Bedarfe von Familien in dieser Situation. Gemeinde und Städte haben damit ein Instrumentarium in der Hand, Ziele bezüglich der demographischen Entwicklung vor Ort zu formulieren und im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten anzusteuern.

Kritik am Wohnumfeld

Im Bodenseekreis herrscht eine hohe Wohnzufriedenheit vor (vgl. Abb. 3). Nur ein vergleichsweise geringer Prozentsatz der Familien ist jeweils mit der Größe oder der Ausstattung ihrer Wohnung unzufrieden. Etwas anders verhält es sich mit dem Wohnumfeld, also Verkehrsanbindung, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten und anderem mehr. In einigen Gemeinden findet sich hier ein signifikanter Anteil unzufriedener Familien. Es zeigt sich, dass dies insbesondere in seefernen Gemeinden der Fall ist. In Oberteuringen, Deggenhausertal, Owingen, Heiligenberg, Frickingen und Neukirch liegt der Anteil der unzufriedenen Familien teilweise deutlich über 10 Prozent.

Neben einigen Besonderheiten, die auf einzelne Gemeinden zutreffen, sind es besonders die Bereiche Jugendarbeit und Verkehrsanbindung, welche von den Familien als verbesserungswürdig angesehen werden. In allen genannten Gemeinden steht die Verkehrsanbindung im Allgemeinen oder die Verkehrsanbindung speziell für Jugendliche auf der Wunschliste ganz oben. Viele Familien formulieren auch einen Bedarf an Treffpunkten für Jugendliche, die nicht in ausreichender Anzahl oder Qualität vorhanden seien. Wie dieser Unzufriedenheit am besten zu begegnen ist, kann sich nur an den Rahmenbedingungen der jeweiligen Gemeinde orientieren. Allgemeiner ist damit die Frage nach der Gestaltung der freien Zeit bei Jugendlichen angesprochen, welche heute nicht mehr so selbstverständlich in die Alltagsaktivitäten von Eltern und Großeltern eingebunden sind, sondern zum einen über mehr freie Zeiten verfügen und zum zweiten während dieser Freizeit stärker auf sich selbst gestellt sind. Hier liegt eine wesentliche familienpolitische Zukunftsaufgabe des Kreises. In enger Verbindung dazu ist die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes zu sehen, auf das Familien mit Kindern in besonderer Weise angewiesen sind. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind deswegen in diesem Zusammenhang besonders zu berücksichtigen.

Schulweg- und Verkehrssicherheit

Die Sicherheit des Schulweges und die Verkehrssicherheit im Allgemeinen haben verständlicherweise einen hohen Stellenwert für die Eltern im Kreis. Notwendige Verbesserungen auf diesem Gebiet können allerdings nur in den seltensten Fällen von den Kommunen oder dem Kreis alleine vorgenommen werden. Politische Aktivitäten in diesem Bereich und die Einwirkung auf Landes- und Bundesebene

sind damit vermutlich unvermeidlich, um in diesem Bereich etwas für die Familien zu erreichen. Der Familienbericht bietet hierfür eine wichtige Argumentationsgrundlage.

Etwa jede dritte Familie hält den Schulweg ihrer Kinder für unsicher (vgl. Abb. 9). Insbesondere in Owingen, Immenstaad, Kressbronn und Tettngang vertreten viele Eltern diese Auffassung. Allgemeiner gefragt, können sogar 70 Prozent der Familien im Kreis eine Straße oder Stelle in ihrer Gemeinde nennen, die sie für besonders gefährlich für Kinder oder Jugendliche halten. Der interkommunale Vergleich zeigt, dass die Verkehrssicherheit besonders in den Gemeinden Tettngang, Meckenbeuren, Markdorf, Hagnau und Stetten als problematisch angesehen wird. Schulwegepläne, die in den allermeisten Fällen vorliegen werden, können hier nur begrenzt Abhilfe schaffen. Auch bei begrenzten Einflussmöglichkeiten sind die Problemwahrnehmungen der Familien in diesem Bereich ernst zu nehmen und im Rahmen der Möglichkeiten sowie der spezifischen Bedarfe in der jeweiligen Gemeinde aufzugreifen. In der Familienbefragung sind die einzelnen, als unsicher bewerteten Stellen in den jeweiligen Gemeinden benannt worden (vgl. Kap. 6.2 Schulbesuch). Sie können einer näheren Begutachtung unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit unterzogen werden.

Beachtlich ist, dass etwa jedes fünfte Kind im Kreis seinen Schulweg meist mit dem Fahrrad zurücklegt (vgl. Abb. 8). Radwege und die Sicherheit der Radfahrer haben für die Verkehrssicherheit der Schüler also ebenfalls einen zentralen Stellenwert.

13.2 Familien in schwierigen Lebensverhältnissen

Finanzielle Probleme

Wenn Familien sich in schwierigen Lebensverhältnissen befinden, so hat das ganz unterschiedliche Gründe. Kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende sehen sich in der Organisation des Familienalltags erhöhten organisatorischen Anforderungen wie auch besonderen Ansprüchen an die Belastbarkeit der Eltern gegenüber. Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund haben zudem ein erhöhtes Armutsrisiko, weswegen ihre Lebenslagen oftmals in einer weiteren Hinsicht problembehaftet sind. Auch wenn Kinderreiche kein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen, so liegen sie doch besonders häufig nur knapp über der Einkommensschwelle für armutsnahe Verhältnisse.

Mehr als jede fünfte Familie mit Migrationshintergrund im Kreis hat weniger als 1000 Euro bedarfsgewichtetes Einkommen zur Verfügung. Ein-Eltern-Familien leben sogar zu 56 Prozent in Armut oder armutsnahen Verhältnissen. (vgl. Abb. 41 – 43). Diesen Gruppen muss in Zukunft das besondere Augenmerk der Familienpolitik gelten. Denn mit Hinblick auf die bekanntermaßen ausgeprägte Weitergabe von Bildungs- und Einkommenschancen an die nächste Generation muss verhindert werden, dass soziale Randlagen sich von Generation zu Generation vererben. Auch im Bodenseekreis ist diese Phänomen zu beobachten. So besuchen nur 24 Prozent der Kinder aus armen Familien das Gymnasium. Bei Kindern aus wohlhabenden Familien ist dieser Anteil dreimal so hoch (vgl. Abb. 34). Aus der Familienerhebung wissen wir, dass Familien in eher schwierigen Lebenslagen überdurchschnittlich von den öffentlichen Angeboten, wie etwa der Kernzeitbetreuung oder auch Jugendtreffs, profitieren (vgl. Abb. 11, 14).

Kinder aus einkommensschwachen Familien

Wie wichtig eine solche Unterstützung von Familien in schwierigen Lebensverhältnissen ist, wird daran deutlich, dass etwa jedes sechste Kind im Kreis in Armut oder armutsnahen Verhältnissen lebt (vgl. Abb. 25). Angesichts ständig steigender Qualifikationsanforderungen ist dieser Anteil nicht zu vernachlässigen und macht konkrete Anstrengung notwendig, den Teufelskreis von Bildungsvererbung und prekären Einkommensverhältnissen zumindest durchlässiger zu machen. Hierzu sind solche Maßnahmen geeignet, die die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildung erhöhen, wie beispielsweise kostenfreier Kindergartenbesuch, institutionelle Sprachförderung, kostenfreie Vereinsmitgliedschaften und niedrigschwellige Angebote zur Nutzung öffentlicher Bibliotheken. Aus der Familienbefragung wissen wir, dass die Kinder aus einkommensschwachen und eher bildungsfernen Familien beispielsweise in Vereinen, kirchlichen Gruppen und unter den Nutzern öffentlicher Bibliotheken deutlich unterrepräsentiert sind (vgl. Abb. 14). Neben den finanziellen Gründen dürften Ursachen für diese geringere Beteiligung auch in kulturellen Zusammenhängen liegen, etwa der Stigmatisierung und den Haltungen, welche sich aufgrund dieser Stigmatisierung bei den Betroffenen entwickeln. Förderungen können nur in dem Maße wirksam werden, wie sie diese kulturellen Zusammenhänge berücksichtigen und aufbrechen können.

Die finanziell angespannte Situation des Familienhaushalts bekommen die Kinder vor allem im Freizeitbereich zu spüren. Kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund

und Alleinerziehende haben für Freizeitaktivitäten, Kulturveranstaltungen und Urlaubsreisen oftmals kein Geld zur Verfügung (vgl. Abb. 47). Besonders Kinder aus Ein-Eltern-Familien sind hiervon betroffen. Mehr als jeder zweite Alleinerziehenden-Haushalt kann sich den Besuch von Kulturveranstaltungen nicht leisten. Urlaubsreisen sind für drei von vier Ein-Eltern-Familien nicht realisierbar. Dies ist auch als ein Verlust an Bildung anzusehen, den Kinder ohne Reisetätigkeiten erfahren. Alles in allem wirken sich diese Tendenzen auf die soziale Teilhabe nachteilig aus. Will man die strukturellen Benachteiligungen von Kindern aus einkommensschwachen Familien ausgleichen, sind Maßnahmen notwendig, die diesen Kindern und Jugendlichen ähnliche Erfahrungshorizonte wie Gleichaltrigen ermöglichen. Klärungsbedarf besteht auch in der Frage, warum Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien vergleichsweise seltener am Vereinsleben teilnehmen, obwohl gerade hier ja Optionen für eine sinnvolle und kostengünstige Freizeitbeschäftigung gegeben wären.

Einkommensverwendung

Die Verwendung ihres Einkommens müssen Familien in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen sorgsam abwägen. Einkommensschwache Familien können vergleichsweise selten finanzielle Rücklagen bilden. Das gute Drittel der armen und armutsnahen Familien, welches in der Lage ist zu sparen, weist eine deutlich unterdurchschnittliche Sparquote auf (vgl. Tab. 17). Dies ist verständlich und problematisch zugleich, da in kleineren wie größeren Krisensituationen ein finanzielles Polster fehlt, um diese aus eigener Kraft abzufangen.

Ein wichtiger Ausgabenposten bei einkommensschwachen Familien ist die monatlich zu zahlende Miete, auch weil finanziell schlechter gestellte Familien meist zur Miete wohnen. Der Anteil der monatlich zu zahlenden Miete am durchschnittlichen Nettoeinkommen eines Haushalts beläuft sich auf beinahe die Hälfte des Monatseinkommens (vgl. Tab. 19). Selbst die wenigen einkommensschwachen Familien, die in den eigenen vier Wänden wohnen, müssen ein Viertel ihres monatlichen Einkommens für Nebenkosten aufbringen. Ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen hat vor diesem Hintergrund eine ausgeprägte familienpolitische Komponente. Aber auch andere Entlastungen des Familienhaushalts, wie etwa kostenloses Mittagessen in der Schule geben einkommensschwachen Familien mehr Spielräume. Wichtig hierfür sind unbürokratische Verfahren, die nicht stigmatisieren.

Bildung

Bildung ist ein Schlüsselbereich, wenn es darum geht, die Situation einkommensschwacher Familien zu verbessern. Das erhöhte Armutsrisiko der Familien mit Migrationshintergrund und der Alleinerziehenden wurde bereits angesprochen. Immerhin ein Drittel aller Kinder im Kreis wird in einer dieser beiden Familientypen groß. Es zeigt sich, dass die oftmals prekäre finanzielle Situation dieser Gruppen nichts mit einer eingeschränkten Erwerbsbeteiligung zu tun hat. Familien mit Migrationshintergrund weisen in dieser Hinsicht kein auffälliges Erwerbsmuster auf. Selbst die Alleinerziehenden im Kreis sind in der Mehrheit erwerbstätig (vgl. Abb. 45). Vielmehr scheint die Qualifikationsstruktur der Alleinerziehenden und der Familien mit Migrationshintergrund für deren oftmals angespannte finanzielle Situation verantwortlich zu sein (vgl. Abb. 46). Dies zeigt sich auch in der hohen Betroffenheit dieser beiden Gruppen von Erwerbsarmut. Fast jede siebte Familie mit Migrationserfahrung ist arm trotz Arbeit. Bei den Alleinerziehenden trifft dies sogar auf jeden dritten Haushalt zu (vgl. Abb. 38). Diese Ergebnisse bestätigen die Wichtigkeit einer möglichst guten Schulbildung und verweisen darauf, dass Anstrengungen, das Bildungsniveau von so genannten „bildungsfernen“ Gruppen zu steigern, gut angelegte Investitionen für die Zukunft sind. Darüber hinaus sind Angebote zur Fort- und Weiterbildung auch im Erwachsenenalter sinnvoll und wichtig. Zugleich muss aber auch auf strukturelle Benachteiligungen hingewiesen werden, die aus der Migrationsforschung und der Berufsbildungsforschung bekannt sind. Hier ist beispielsweise belegt, dass Migranten mit mittlerem Bildungsabschluss bei gleichem Leistungsniveau schlechter Ausbildungsplätze finden als deutsche Mitschüler. Ein Teil des auf dem Arbeitsmarkt gesuchten Facharbeiterpotenzials wird verschenkt, wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung bleiben. Die Hintergründe für diese strukturelle Benachteiligung sind allerdings noch nicht bekannt, sodass hier weiterer Forschungsbedarf besteht, um wirksame Maßnahmen für den Übergang von Schule zu Beruf zu entwickeln. Des Weiteren ist die Entwertung von Bildungsabschlüssen, die Migranten aus ihren Heimatländern mitbringen, eine zusätzliche Problematik, die sich auswirkt.

13.3 Öffentlichkeitsarbeit familienpolitischer Akteure

Informationspolitik

Die Familien im Kreis bescheinigen der Gemeinde, in der sie wohnen mehrheitlich eine hohe Kinderfreundlichkeit. Acht von zehn Familien sind mit der Kinderfreundlichkeit in ihrer Gemeinde zufrieden (vgl. Abb. 21). Kinderfreundlichkeit ist von mehreren Faktoren abhängig. Dazu gehören Einstellungen gegenüber Kindern wie auch Freizeitmöglichkeiten, Infrastrukturen und vieles andere mehr. Ein wichtiger Faktor ist sicherlich auch das institutionalisierte Angebot für die Familien. Immerhin jede dritte Familie gibt an, über dieses Angebot wenig bis überhaupt keine Informationen zu besitzen (vgl. Abb. 21). Mehr noch, der Großteil der Familien bescheinigt der Lokalpolitik Realitätsferne, wenn es um die Sorgen und Nöte von Familien geht (vgl. Abb. 21). Diese sich auf den ersten Blick widersprechenden Ergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit, stärker über die familienpolitischen Aktivitäten und Maßnahmen zu informieren. Nur wer diese kennt, kann sie auch in Anspruch nehmen. An der einen oder anderen Stelle wird sicher zusätzlich zur Information auch das direkte Gespräch mit den Familien und ihre aktive Einbindung in Entscheidungsprozesse die Zufriedenheit der Eltern mit der Familienpolitik vor Ort verbessern können. Es fällt auch auf, dass gerade die Gemeinden, in denen die Informationspolitik am positivsten bewertet wird, besonders häufig hohe Zufriedenheitswerte mit der Lokalpolitik aufweisen. Verstärkte Kommunikationsarbeit für die familienpolitischen Angebote und Strukturen scheint also ein probates Mittel zu sein, um den Familien zu vermitteln, wo die Lokalpolitik ihre Probleme ernst nimmt und bearbeitet. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist der vom Aktionsbündnis Familie Bodenseekreis geplante Familienwegweiser, der ein umfassendes Verzeichnis aller familienrelevanten Angebote und Einrichtungen im Kreis enthalten wird. Das Potential vorhandener kommunaler Informationskanäle (Gemeindeblätter, Ortsnachrichten, etc.) darf für familienbezogene Öffentlichkeitsarbeit nicht unterschätzt werden.

Zielgruppenbezug

Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sollten den Zielgruppenbezug nicht außer Acht lassen. Migrantenfamilien sind mit der Informationspolitik über Angebote für Familien am unzufriedensten (vgl. Abb. 49). Dies ist bedauerlich, denn es sind gerade diese Familien, die von den institutionalisierten Hilfsangeboten am ehesten profitieren könnten. Auf Grund ihrer Migrationsgeschichte können Familien mit Wurzeln in

entfernten Herkunftsländern vergleichsweise selten auf ein verwandtschaftliches Hilfsnetzwerk zählen. Besonders die Unterstützung durch die Eltern und Schwiegereltern, die bei allen anderen Gruppen sehr hoch ausgeprägt ist, ist bei den Migranten vergleichsweise gering (vgl. Abb. 50). Es liegt also im Interesse einer zielgruppenorientierten Familienpolitik, Informationskanäle zu entwickeln, die in der Lage sind diese informative Kluft zu überwinden. Dass nicht automatisch Sprachkenntnisse die Ursache für die Unzufriedenheit mit den Informationsangeboten sind, wird daran deutlich, dass auch Alleinerziehende sich weniger informiert fühlen.

13.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein großes Anliegen für die Familien im Kreis. Mehr als ein Drittel der Eltern sehen Berufstätigkeit und Familienpflichten als schwer vereinbar an (vgl. Abb. 20, Tab. 7).

Wechselnde und zu lange Arbeitszeiten

Zu lange Arbeitszeiten sind der am häufigsten genannte Grund für Probleme bei der Vereinbarkeit von Familienpflichten und Erwerbstätigkeit. Hiervon sind vor allem hoch- und höchstqualifizierte Personenkreise betroffen. Ebenfalls genannt werden häufig wechselnde Arbeitszeiten, ein Phänomen, welches vor allem für Eltern mit vergleichsweise niedriger Qualifikationsstruktur Realität ist. Diese innerbetrieblichen Strukturen sind problematisch, da sie die gemeinsame Zeit von Eltern und Kindern verknappen und auch die Organisation des Familienalltags erschweren. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Herausforderungen zu verweisen, die durch lange und häufig wechselnde Arbeitszeiten dann entstehen, wenn Kinder zu betreuen sind oder deren Betreuung zu organisieren ist. Besonders die Arbeitgeber der Region sind hier gefordert, die Bedürfnisse der Familien stärker zu berücksichtigen.

Viele Eltern sehen in der Teilzeitarbeit eine Möglichkeit, die Anforderungen der Familien- und der Berufswelt besser aufeinander abstimmen zu können. Sie würden gerne weniger arbeiten, sind dazu allerdings nicht in der Lage, da zu wenige Teilzeitstellen angeboten werden. Dieses Problem kann nur im Dialog und in Zusammenarbeit mit Vertretern aus der Wirtschaft gelöst werden.

Besondere Anforderungen der Schule an die Familien

Ein weiterer Punkt, welcher häufig im Kontext der Vereinbarkeitsproblematik genannt wird, sind die besonderen

Anforderungen der Schule an die Familien. Damit ist beispielsweise die Organisation von außerschulischen Veranstaltungen oder der Aufwand für die Hausaufgabenbetreuung gemeint. Dieser Befund verweist einmal mehr auf die vielfältigen Leistungen, die in den Familien selbst erbracht werden und auf die erhöhten Anforderungen, denen Familien deswegen ausgesetzt sind. Gerade für Familien, von denen auch in anderen Bereichen ein erhöhter Einsatz gefordert ist, etwa weil familiäre Netzwerke fehlen (Migranten), viele Kinder aufgezogen werden, mehrere Jobs für den Familienunterhalt notwendig sind oder Erziehung und Versorgung alleine getragen werden müssen, ist hier eine qualitativ hochwertige Unterstützung wesentlich.

Es zeigt sich in der Familienerhebung darüber hinaus, wie angespannt die Situation in den Schulen ist. Mehr als ein Drittel aller Eltern finden, dass die Schulen nicht oder zu wenig auf die Belange von Familien eingehen. Dass dieser Wert mehr noch als in den anderen Bereichen bei den Schulen beunruhigend ist, begründet sich darin, dass das einzige Klientel der Schulen Kinder und Jugendliche mit den dazugehörigen Familien sind und Bildung nur in Kooperation mit den Familien erfolgreich sein kann. Die Ergebnisse legen dabei keinesfalls einseitige oder eindeutige Verantwortlichkeiten für diesen Umstand nahe. Es sind viele Akteure, die an der Gestaltung von Schule beteiligt sind. Die Ergebnisse dokumentieren aber den großen Druck im Schulsystem und die Notwendigkeit, im Interesse aller Beteiligten die Orientierung der schulischen Bildungsarbeit stärker an den konkreten Lebenssituationen von Familien auszurichten. Dies kann geschehen, indem die Rahmenbedingungen für Schulbesuch und Lernen so gestaltet werden, dass gerade auch Kinder aus jenen Familien mit Mehrfachbelastung gute Chancen auf schulischen Erfolg haben. Auch hier ist eine Vielfalt von Optionen, institutionelle wie auch ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagements denkbar. Der Anteil der Unzufriedenen verweist jedoch darauf, dass es nicht nur die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind, die sich entsprechend zu den Schulen geäußert haben, so dass hier sicherlich breiter anzusetzen ist.

Erwerbsarmut

Der direkte Zusammenhang zwischen Erwerbsarmut und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht übersehen werden. In jeder fünften von Erwerbsarmut betroffenen Familie muss ein Elternteil mehr als einer Erwerbstätigkeit nachgehen, um das Familieneinkommen aufzubessern. Diese Notwendigkeit verknüpft die wichtige Familienzeit zusätzlich.

Es darf also nicht ausschließlich darum gehen, für eine ausreichende Anzahl an Arbeitsplätzen zu sorgen. Eine angemessene Bezahlung, die Familien zumindest über die Armutsgrenze hebt und von öffentlichen Transfers unabhängig macht, ist genauso wichtig.

13.5 Kinderbetreuung

Die Frage der Kinderbetreuung besitzt über die Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf hinaus hohe familienpolitische Relevanz. Die Bürgermeisterbefragung macht deutlich, dass diese Botschaft auch in den Gemeinden angekommen ist. Die Punkte Kleinkind-, Ganztags-, und Ferienbetreuung stehen im Problembewusstsein der Kommunen ganz oben (vgl. Abb. 56). Wünsche der Eltern, in diesem Bereich Verbesserungen herbeizuführen, dürften entsprechend der in der Bürgermeisterbefragung gemachten Angaben auf die volle Unterstützung in den Gemeinden zählen.

In der Familienbefragung offenbart sich deutlich der Wunsch nach zusätzlichen beziehungsweise besseren Strukturen der Kinderbetreuung. Das bezieht sich auf flexiblere Öffnungszeiten sowie auf einen Ausbau im Bereich der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung (vgl. Kap. 8.2 Zur schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf). Besonders die Alleinerziehenden würden von einem Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung profitieren. Sie sind oftmals auf außerverwandtschaftliche Betreuungsarrangements angewiesen. Auch der Anteil der Kinder, die zeitweise ohne jegliche Betreuung auskommen müssen, ist bei den Alleinerziehenden überdurchschnittlich hoch (vgl. Abb. 7). Für Familien mit Migrationshintergrund und einkommensschwache Familien ist vor allem die Kernzeitbetreuung bedeutend. Sie nehmen das zusätzliche Betreuungsangebot in der Grundschule überdurchschnittlich häufig in Anspruch (Abb. 11). Immer wichtiger wird neben dem quantitativen Ausbau der außerfamiliären Betreuung zugleich deren Qualität. Wenn Kinder immer mehr Zeit außerhalb von Familien verbringen, müssen die Einrichtungen die Vielfalt der Aufgaben zumindest im Ansatz aufgreifen, die Eltern üblicherweise in der Kindererziehung und -betreuung erfüllen: Hausaufgabenüberwachung, Lernhilfen, sportliche und musische Betätigungen und Übungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Hygieneerziehung und manches andere mehr. Die Breite der hier nur cursorisch angesprochenen Elternaufgaben verdeutlicht dabei, wie umfangreich Erwartungen und Leistungen an die Erziehung und Pflege von

Kindern geworden sind, und auch, warum die Vereinbarkeitsnotwendigkeiten von Familie und Beruf nicht immer ohne weiteres geschultert werden können.

Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen und Schulen

Die Öffnungszeiten institutioneller Bildungs- und Betreuungseinrichtungen besitzen für die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Berufstätigkeit einen zentralen Stellenwert. Viele Eltern halten sie für zu unflexibel und zu kurz. Diese Kritik bezieht sich etwas häufiger auf Kinderbetreuungseinrichtungen als auf Schulen. Von einer Verbesserung in diesem Bereich könnten vor allem die vielen Familien profitieren, die zur Arbeitsaufnahme in die Region ziehen und kein verwandtschaftliches Netzwerk vor Ort besitzen, welches sie bei der Kinderbetreuung unterstützen könnte.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt sind die als ausbaufähig wahrgenommenen Angebote zur Ferienbetreuung der Kinder. Fast 40 Prozent der Eltern mit Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf äußern sich dementsprechend. Gerade im Bereich Ferienbetreuung tragen auch die Arbeitgeber der Region Verantwortung. Sie haben ein Interesse daran, ihre Belegschaft unabhängig von Ferienzeiten einsetzen zu können, der Urlaub der Beschäftigten deckt jedoch oftmals nicht die Schließzeiten der Schulen und Betreuungseinrichtungen ab. Alles in allem belegen die Ergebnisse, dass der Bereich Ferienbetreuung weitere familienpolitische Aufmerksamkeit verdient.

Fehlen geeigneter Betreuungseinrichtungen

Das Fehlen geeigneter Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ist ein wesentlicher Kritikpunkt. Die Notwendigkeit eines weiteren Einkommens in vielen Familien und die schon angesprochenen Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber machen diese Kritik verständlich. Dies steht auch im Zusammenhang mit einem Einstellungswandel und neuen Mustern der Erwerbstätigkeit. Im Zuge der Modernisierung von Familien- und Rollenbildern sowie einer weiblichen Bildungsexpansion wird ein breites Spektrum von Betreuungsmöglichkeiten benötigt, um gut ausgebildete Frauen in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Angesichts erhöhter Scheidungsraten und der wirtschaftlichen Situation von Alleinerziehenden ist es eine rationale Entscheidung, wenn beide Elternteile den Kontakt zum Arbeitsleben nicht verlieren wollen und auch bei Erziehungsaufgaben erwerbstätig bleiben. Gegenwärtige Änderungen im Scheidungs- beziehungsweise Unterhaltsrecht bestärken

diese Notwendigkeit. Gleiches gilt für die Frage, ab welchem Kindesalter allein erziehende Eltern wieder voll erwerbstätig werden können und sollen. Was hier als zumutbare Altersgrenze befunden wird, ist tendenziell im Sinken. Die meist an Mütter gerichteten Erwartungen entpuppen sich dabei auf Grund der Anforderungen des Arbeitslebens an Flexibilität, Mobilität und Engagement häufig als Anspruch, der mit Sorge und Erziehung für Kinder nur schwer vereinbar ist und in einem für den Einzelnen kaum zu bewältigenden Spannungsfeld einer Vielfalt an schwer zu vereinbarenden Aufgaben mündet.

Abschließend und resümierend bleibt festzuhalten, dass bei einer generell hohen Zufriedenheit und einer guten wirtschaftlichen Sicherung der meisten Familien im Bodenseekreis doch auch deutliche familienpolitische Handlungsbedarfe zu identifiziert waren. Für das weitere Wohlergehen der Familien wie auch des Bodenseekreises insgesamt, ist es sinnvoll und notwendig, sich diesen Bedarfen im Sinne einer präventiven Sozial- wie auch Wirtschaftspolitik in naher Zukunft zuzuwenden.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Tab. 1: Eckdaten der Stichprobe.....	14
Tab. 2: Zuordnung der Qualifikationsniveaus	17
Tab. 3: Bedarfsgewichtetes Einkommen.....	19
Tab. 4: Bevölkerungszahl nach Kommunen 2008	21
Tab. 5: Kinder und Jugendliche nach Gemeinden 2008	22
Tab. 6: Ältere Personen nach Gemeinden 2008	24
Tab. 7: Ausländeranteil nach Gemeinden 2008.....	26
Tab. 8: Geborenenziffer und natürliches Bevölkerungswachstum nach Gemeinde 2008.....	28
Tab. 9: Wanderungen nach Gemeinden 2008	29
Tab. 10: Familienanteile nach Gemeinden.....	32
Tab. 11: Kinderreiche Haushalte nach Gemeinden 2008	34
Tab. 12: Alleinstehende nach Gemeinden 2008	36
Tab. 13: Nichtdeutsche Haushalte mit Kindern nach Gemeinden	37
Tab. 14: Wohnsituation der Familien im Bodenseekreis	41
Tab. 15: Unterstützung in Problemsituationen.....	76
Tab. 16: Begründung der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf	83
Tab. 17: Sparverhalten der Familien im Bodenseekreis	104
Tab. 18: Schuldenlast der Familien im Bodenseekreis	105
Tab. 19: Zur Miete wohnende Familien: Mietbelastung	107
Tab. 20: Familien im Eigenheim: Ausgaben für Nebenkosten	108
Tab. 21: Kinderbezogene Ausgaben.....	109
Tab. 22: Interkommunale Verteilung der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	126
Tab. 23: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Problembezogene Hilfsakteure	139

Abbildungen

Abb. 1: Familien nach Anzahl der Kinder 2008.....	33
Abb. 2: Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren nach Familienstand 2008	35
Abb. 3: Unzufriedenheit mit Wohnung und Wohnumfeld nach Gemeinde	44
Abb. 4: Kritik am Wohnumfeld	45
Abb. 5.: Umzugsgründe.....	51
Abb. 6: Wohnort nach Umzug	53
Abb. 7: Betreuung von Kindern unter 10 Jahren außerhalb von Bildungs-/Betreuungseinrichtungen.....	56
Abb. 8: Zurücklegen des Weges zur Schule.....	58
Abb. 9: „Der Schulweg meines jüngsten schulpflichtigen Kindes ist sicher“	59
Abb. 10: Zufriedenheit mit ausgewählten Aspekten der Schulen.....	62
Abb. 11: Inanspruchnahme des zusätzlichen Betreuungsangebots in der Grundschule	64
Abb. 12: Alltagssprache in Familien mit Migrationshintergrund.....	66
Abb. 13: Inanspruchnahme von Angeboten und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	67
Abb. 14: Inanspruchnahme von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nach bedarfsgewichtetem Einkommen und Qualifikationsniveau der Eltern	68
Abb. 15: Aufteilung der Haushaltsarbeit.....	71
Abb. 16: Aufteilung der Hausarbeit bei Doppelverdienern.....	72
Abb. 17: Erhaltene Hilfen von außerhalb der Kernfamilie	73
Abb. 18: Gewährte Hilfeleistungen an Personen außerhalb der Kernfamilie	75
Abb. 19: Zu pflegende Personen	79
Abb. 20: „Für mich lassen sich Familie und Beruf gut vereinbaren“	82
Abb. 21: Sehen Familien ihre Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt?.....	86
Abb. 22: Inanspruchnahme ausgewählter Einrichtungen.....	91
Abb. 23: Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen der Familien im Monat	97
Abb. 24: Bedarfsgewichtetes monatliches Pro-Kopf-Einkommen der Familien im Bodenseekreis	98
Abb. 25: Kinder nach bedarfsgewichtetem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen	100
Abb. 26: Bestandteile des Haushaltsnettoeinkommens.....	101
Abb. 27: Einkommenszusammensetzung bei ausgewählten Familienformen / Familientypen.....	102
Abb. 28: Empfänger finanzieller Transferzahlungen von Familien	103
Abb. 29: Bedarfsgewichtetes monatliches Pro-Kopf-Einkommen nach Gemeinde	110
Abb. 30: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Familienform.....	111
Abb. 31: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Migrationshintergrund	113
Abb. 32: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen nach Qualifikationsniveau	114
Abb. 33: Qualifikationsniveau der Eltern und Bildungsbeteiligung des ältesten Kindes an weiterführenden Schulen	115
Abb. 34: Bedarfsgewichtetes monatliches Einkommen und Bildungs- beteiligung des ältesten Kindes an weiterführenden Schulen	115

Abb. 35: Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation für ausgewählte Bereiche.....	117
Abb. 36: „Meinen Sie, Ihr Haushalt befindet sich unter einer erhöhten finanziellen Belastung?“	118
Abb. 37: Ursachen für die wahrgenommene erhöhte finanzielle Belastung.....	119
Abb. 38: Erwerbsarmut im Bodenseekreis.....	120
Abb. 39: Erwerbsarmut nach Bildungsstatus	121
Abb. 40: Erwerbsarmut nach Lebensformen	122
Abb. 41: Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.....	127
Abb. 42: Armutsrisiken der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.....	129
Abb. 43: Armutsrisiken der Kinder aus Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.....	130
Abb. 44: Kumulation der Gruppenzugehörigkeit.....	131
Abb. 45: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf nach Erwerbsbeteiligung der Eltern	132
Abb. 46: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf nach Qualifikationsniveau	133
Abb. 47: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Finanzielle Engpässe in ausgewählten Bereichen.....	135
Abb. 48: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Zusätzliche Problembereiche.....	137
Abb. 49: „Ich fühle mich über die Angebote für Familien in meiner Heimatgemeinde gut informiert“	141
Abb. 50: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Erhaltene Hilfen von Personen außerhalb der Kernfamilie	142
Abb. 51: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Gewährte Hilfen an Personen außerhalb der Kernfamilie	143
Abb. 52: Verlängerte Öffnungszeiten der Kommunalverwaltung	146
Abb. 53: Spezielle Anlaufstellen für Familien in der Kommunalverwaltung.....	147
Abb. 54: Verankerung von Familienfreundlichkeit im kommunalen Leitbild; spezielles Leitbild für Familienfreundlichkeit.....	148
Abb. 55: Miteinbezug von Familien bei der Planung von Projekten	149
Abb. 56: Wahrgenommener Handlungsbedarf nach Themenbereichen.....	150
Abb. 57: Familienpolitische Zielgruppen	151
Abb. 58: Einschätzung der Unterstützung durch die Kreisebene bei Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit	152

Anmerkungen

¹ POS = Polytechnische Oberschule; mit der mittleren Reife vergleichbarer Schulabschluss in der ehemaligen DDR

² Das Kriterium für die Reihenfolge der Gemeinden ist in dieser, wie in allen folgenden Tabellen und Abbildungen die Einwohnerzahl der Gemeinde

³ Die Gemeinde Meckenbeuren nimmt nicht an der Bevölkerungsfortschreibung der Kommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) teil; die hier aufgeführten Daten für Meckenbeuren stammen aus Berechnungen des Bürgeramtes Meckenbeuren

⁴ Die Prozentangaben beziehen sich auf Familien, die angaben „absolut“ oder „eher unzufrieden“ mit ihrer Wohnung beziehungsweise ihrem Wohnumfeld zu sein

⁵ Die Angabe des Umzugsgrundes „zu hohe Miete“ wurde nur für diejenigen umzugswilligen Familien analysiert, die tatsächlich zur Miete wohnen

⁶ Gefragt wurde, welche der Angebote und Einrichtungen die Kinder mindestens einmal im Monat in Anspruch nehmen

⁷ Zur Operationalisierung des Qualifikationsniveaus siehe Kapitel 2

⁸ Vgl. OECD; Trends and Determinants of Fertility Rates: The Role of Policies; 2005

⁹ Vgl. Martenstein, Harald; in: Die Zeit, Nr. 19, 04. Mai, 2006

¹⁰ Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 %

¹¹ Für weitere Angaben zur Definition des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens siehe Kapitel 2

¹² Zur Operationalisierung des Qualifikationsniveaus siehe Kapitel 2

¹³ Zur Operationalisierung des Qualifikationsniveaus siehe Kapitel 2